

Zeitschrift: Gesetze, Dekrete und Verordnungen des Kantons Bern
Herausgeber: Staatskanzlei des Kantons Bern
Band: 2 (1818-1821)

Rubrik: Gesetze, Dekrete und Verordnungen des Kantons Bern

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

B e s c h l u ß.

Organisation des Stadtwesens von Biel.

Vergl. N. Ges. u. Dskr. Th. I. S. 27. S. 20.

Wir S c h u l t h e i ß und R a t h d e r S t a d t 30. Dec. und R e p u b l i k B e r n, thun kund hiermit: demnach 1816. Uns von Seite des Stadt-Magistrats von Biel, der Entwurf einer Einrichtung des Gemeinwesens dieser Stadt und ihrer Competenz in Polizen-Sachen, zur Prüfung und allfälligen Obrigkeitlichen Sanction vorgelegt worden, und Wir daraufhin, nach sorgfältiger Untersuchung, Uns darüber Rapport erstatten lassen; als haben Wir, in Berücksichtigung derjenigen Rechtsamen und Freiheiten, welche der Stadt Biel, durch die am 14. November 1815 abgeschlossene, und am 23. November gleichen Jahrs Hochobrigkeitlich ratifizierte Vereinigungs-Urkunde des ehemaligen Bisthums Basel mit dem Canton Bern eingeräumt worden, den Uns vorgelegten Entwurf einer Einrichtung des Gemeinwesens der Stadt Biel, nach einigen von Uns angemessen erachteten Modificationen, gutgeheissen und genehmigt, wie hienach folget.

Einrichtung des Gemeinwesens zu Biel.

Ein Großer und Kleiner Rath, zusammen aus fünfzig ehrenfähigen Mitgliedern der Burgerschaft zu Biel, die das fünf und zwanzigste Jahr ihres Alters zurück-

30. Oct. 1816. gelegt haben, und eigenen Rechtens sind, stellt die Gemeinde von Biel vor. Er empfängt und pasirt alle Rechnungen, welche über Güter, Stiftungen und Arbeiten abgelegt werden, die derselben angehören, und zu ihrem Nutzen angeordnet worden. Er versammelt sich für alle Geschäfte, welche der Kleine Rath ihm vorzutragen nöthig findet, auf das Gebot des Burgermeisters. Er erwählt den Kleinen Rath aus seiner Mitte, den Burgermeister und den Seckelmeister aus der Mitte des Kleinen Rathes, und den Stadtschreiber aus der Mitte des Kleinen, oder des Großen Rathes. Er bestimmt, erhöht oder vermindert die von der Stadt zu entrichtenden Gehalte, auf den Vortrag des Kleinen Rathes.

Der Kleine Rath besteht aus zwanzig Mitgliedern, den Burgermeister und Seckelmeister inbegriffen. Ihm gebührt die Vorberathung, Einleitung und Vollziehung aller Gemeind-Beschlüsse. Er übt die der Stadt Biel durch die Vereinigungs-Akte vorbehaltene Polizen und Gerichtsbarkeit in Frevel- und Administrations-Sachen, Vormundschafts- und Waisen-Sachen aus. Seine Mitglieder erhalten eine mit dem gemeinen Gut in Verhältniß stehende mäßige Entschädigung für ihre Bemühung.

Die Mitglieder des Kleinen Rathes sitzen in allen Versammlungen des Großen Rathes; der Burgermeister präsidiert beede Räte, und ist verpflichtet den Großen Rath zu versammeln, wenn es durch sieben Mitglieder des Großen oder Kleinen Rathes schriftlich verlangt wird.

Dem Oberamtman zu Nidau kommt, in Folge der Verordnung vom 15ten, 17ten und 20sten Junii 1803

das Recht zu, den Versammlungen des Großen und Klei- 30. Det.
 nen Rathes nach §. 22. beizumohnen, wenn er durch ei- 1816.
 nen besondern Befehl der Hohen Regierung dazu beauf-
 tragt, oder auch von dem Präsidenten gedachter Rätthe,
 in Folge ergangenen Beschlusses, dazu eingeladen würde.

Die Mitglieder des Großen und des Kleinen Rathes
 sind einer jährlichen Bestätigung, oder Abrufung, durch
 die mehreren Stimmen unterworfen.

Der Große Rath wird ergänzt, sobald sechs Stellen
 in selbigem erledigt sind. Diese Ergänzung geschieht
 durch den Großen Rath, mit Zuzug von achtzehn Ausge-
 schossenen der sechs Zünfte, welche dieselben in Ver-
 hältniß ihrer Köpfezahl ernennen.

Der Kleine Rath wird ergänzt, sobald drei Stel-
 len in demselben erledigt sind.

Die im 20sten Artikel §. 8. der Vereinigungs-Urkunde
 der Stadt Biel bewilligte unmittelbare Correspondenz
 mit MⁿChⁿ. des Kleinen Rathes wird dahin erläutert,
 daß selbige nur dortige Stadtsachen betreffen kann; hin-
 gegen werden alle allgemeinen Landes - Verordnungen
 dem Stadtrath zu Biel, zu seiner Kenntniß und Publi-
 kation im Stadtbezirk, unmittelbar von der Regierung
 übersandt werden.

Vorgedachte Correspondenz der Stadt Biel wird
 durch die Unterschrift des Burgermeisters und diejenige
 des Stadtschreibers mit dem Stadtsiegel bekräftigt; so
 auch alle die Stadt Biel verbindende Contrakte und Aus-
 fertigungen, die in ihrer Competenz liegen.

30. Oct.
1816.

B e s t i m m u n g

der Polizen - Gerichtsbarkeit der Stadt Biel.

In näherer Bestimmung des Art. 20. §. 3. der Vereinigungs - Urkunde kommen der Stadt Biel folgende Verwaltungs - Gegenstände zu :

1) In dem Umfang der Stadt Biel , und ihres ganzen , die ehemalige Meneren , wie sie sich vor dem Jahre 1798 befand , umfassenden Bezirks , wird der Stadtrath die bestehenden und zukünftigen Polizen - Verordnungen vollziehen , und auch nöthig findende Lokal - Reglemente abfassen , dieselben aber immer , wenn sie auch auf die zum Bezirk von Biel gehörenden Landgemeinden ausgedehnt oder gedruckt werden sollten , der Oberamtlichen Genehmigung unterliegen. Für jeden solchen Fall wird der Ammann der betreffenden Gemeinde , mit Sitz und Stimme , zur Berathung gezogen ; der überhaupt in seinem Dorfe diese Polizen , unter Anleitung der Behörde zu verwalten haben wird.

2) Der Stadtrath von Biel ist befugt , die zu Vollziehung dieser Reglemente erforderlichen Bussen bis auf fünfzig Franken und eine dreitägige Gefangenschaft zu bestimmen.

3) Ueber alle Administrations - Polizenfrevel , deren Strafe nicht über drey Tage Gefangenschaft und fünfzig Franken Busse ausgesprochen wird , hat keine Weitersziehung statt.

4) In Sachen der administrativen und korrekctionellen Polizen hat die Stadt Biel , laut Art. 20. §. 3. der Vereinigungs - Urkunde , die Attribution der ersten Instanz , und steht unmittelbar unter der obersten Instanz.

5) Der Stadtrath von Biel hat zu Vollstreckung 30. Dec. 1816.
der ihm andurch übertragenen Competenz, diejenige Zahl
von Polizeidienern, welche dazu erforderlich seyn mag,
und die jeweiligen von demselben bestimmt werden wird.

6) Die in Folge habender Competenz auferlegten und
bezogenen Bussen sollen dem Staat nicht verrechnet wer-
den, und fallen in den Stadtseckel; wogegen demselben
die Bezahlung der obbenannten Polizeidiener, der Unter-
halt und die Besorgung der Gefangenen und alle mit Aus-
übung dieser Polizen verbundenen Kosten obliegen sollen.

7) B e r z e i c h n i s s

der Gegenstände, welche in der Stadt Biel und ihrem
Bezirk der Aufsicht und Besorgung der Orts-Polizen
aufgetragen sind.

A. S a c h e n - P o l i z e n.

In Bezug auf innerliche Ruhe und Ordnung überhaupt:

Die Sorge für die Feuerfestigkeit der Gebäude und
die Verhütung der Feuergefähr. Brandanstalten, Illu-
mination, Aufsicht über öffentliche und Privat-Gebäude,
Strassen, Gassen und Lauben; Aufstellung und Aufsicht
über eine allfällige Polizen-Wache; Polizen über die
Wirthshäuser, Schenken, Bierstüblein, Caffee's, Bäder
und dergleichen; Handhabung der öffentlichen Ruhe in
geringeren Fällen, als Zänkerereyen, Zusammenrottirungen
auf der Strasse, Nachtlärmen und Zusammenkünfte,
welche die Einwohner beunruhigen.

In Bezug auf die Handels- und Gewerbs-Polizen:
Die Aufsicht an Jahr- und Wochenmärkten, die Gewicht-
und Maassfegung nach dem Gesetz, Fleisch- und Brod-Lage,

30. Oct. 1816. **Polizen der Handwerke und Gewerbe, Behinderung des Fúrkaufs.** In Bezug auf Gesundheits- und Annehmlichkeits-Anstalten: Aufsicht über den Kauf, Verkauf und Gebrauch der Lebensmittel, Verbot alles Handels mit unreinem Fleisch, schädlichem oder unzeitigem Obst, verfälschten Weinen, Bier, Brauntwein, Verhängung von Confiskationen in dergleichen Fällen, Entfernung schädlicher Thiere und Sachen; die Polizen in Hinsicht auf Beerdigungen und Begräbnis-Plätze, Sauberhaltung und Ordnung der öffentlichen Spaziergänge, Straßen, Gassen, Lauben, Brünnen, Bäume, Besorgung der Stadthhren, Glocken.

In Bezug auf die Vergnügungen und Ergöblichkeiten der Einwohner: Größere und kleinere Schauspiele aller Art, und Vorsichtsmaasregeln dabei; Bälle, Concerte, öffentliche Feste und Lustbarkeiten.

B. Personen-Polizen.

Ueber die Einwohner überhaupt: Aufsicht und Einregistrirung aller Hintersäßen und Fremden, nach den gesetzlichen Vorschriften; desgleichen der Bürgerschaft. Ueber das Armenwesen: Die Bettler; Fortweisung derer, die nicht ansässig sind, Züchtigung der Bettler; alles nach Maasgabe der Armen-Ordnung. Behinderung des Bettels, Beschäftigung der Arbeitlosen; zweckmäßige Einrichtung und Gebrauch des Spitals und dessen Vermögens.

8) Diese Verordnung, welche nach den Umständen, aber jeweilen nach dem Sinn der Vereinigungs-Urkunde, abzuändern seyn mag, soll gedruckt und als eine Obrigkeitliche Verordnung, zu Jedermanns Verhalt, öffentlich bekannt gemacht werden.

Bestätigen und bekräftigen hiermit die Einrichtung 30. Oct.
des Gemeinwesens von Biel, in ihrem ganzen vorstehen- 1816.
den Inhalt; wollen und verordnen, daß dieselbe gehörig
vollzogen und befolgt werde.

Gegeben in Bern, den 30. October 1816.

Der Amts-Schultheiß,
in dessen Abwesenheit, der Alt-Schultheiß,
N. von Wattenwyl.

Namens des Rathes,
der Rathsschreiber,
Benoit.

Vervollständigung des obigen Beschlusses, in Betreff
der Administrativ-Prozesse.

Rescript des Kleinen Rathes an das
Oberamt Nidau.

Von dem Geheimen Rath sind Uns die verschiedenen 12. May
Berichte, Amts-Rapporte und Einfragen vom 27. July, 1817.
24. und 29. August und 25. December 1816, vorzüglich
die Verhältnisse mit der Stadt Biel betreffend, vorge-
legt worden. Die mehrsten darinn vorkommenden Gegen-
stände sind durch die seither der Stadt Biel ertheilte Or-
ganisations-Urkunde beantwortet; andere specielle wer-
den ohne Zweifel seither berichtet worden seyn. Einzig

12. May. die Einfrage, wie es in Administrations-Fällen gehalten
1817. werden solle, bedarf dermal noch einer Beantwortung. Der §. XX. der Vereinigungs-Urkunde sub Nro. 3. enthält darüber eine klare und deutliche Bestimmung, bey welcher es bleiben soll; nach welcher, in Sachen der administrativen und korrektionellen Polizen, der Stadt Biel die erste Instanz zukommt und unmittelbar unter der obersten Instanz steht. Hierbey sind einzig diejenigen Fälle nicht vorgesehen worden, in welchen die Stadt Biel als Parthie interessiert ist. In solchen Fällen wird das Oberamt Nidau den Fall untersuchen, und in erster Instanz, unter Vorbehalt des Rekurses vor die betreffende Behörde sprechen. Dessen Ihr zum Verhalt berichtet werdet.

Aktum den 12. May 1817.

Der Amts-Schultzeiß,
H. v o n W a t t e n w y l.

Der Staatschreiber,
G r u b e r.

C o n c o r d a t

mit Löbl. Stand Solothurn über die kirchlichen
Verhältnisse des Bucheggbergs.

Vergl. Ges. u. Defr. Th. II. S. 337.

Demnach der Canton Solothurn durch die politischen 29. Dec.
Ereignisse des Jahrs 1798 in die volle ausschließliche Lan- 1817.
deshoheit des Bucheggbergs eingetreten, und demselben 29. Jan.
zugleich die Garantie des eingeführten Gottesdiensts nach 1818.
der evangelisch-reformirten Glaubenslehre, in den Buch-
eggbergischen Pfarrgemeinden Obermühl, Messen, Leuf-
lingen und Metigen, in so weit sie zur Solothurnischen
Botmäßigkeit gehören, zukömmt; so haben beyde Löbl.
Stände Bern und Solothurn, in der Absicht die bestehen-
den freundschaftlich brüderlichen Verhältnisse zu befesti-
gen, gutgefunden, die kirchlichen Verhältnisse des Buch-
eggbergs, welche dadurch einige Veränderungen erlitten
haben, den gegenwärtigen Verhältnissen näher anzupas-
sen. Dem zu Folge sind die beauftragten Endsunterschrie-
benen Hghrn. Ehrengesandten zu näherer Bestimmung
des unterm 1. August 1806 abgeschlossenen Concordats
zusammengetreten, und haben auf Ratifikation ihrer hohen
Constituenten hin, folgende Punkten einmüthig verabredet
und

29. Dec.
1817.

29. Jan.
1818.

B e s c h l o s s e n :

1) Die von dem hohen Stand Bern in seinen Landen für die evangelisch-reformirte Glaubenslehre eingeführte Liturgie und Kirchengebräuche sind auch als solche im Bucheggberg von der Regierung des hohen Standes Solothurn angenommen, bestätigt und allein als verbindlich erklärt.

2) Abänderungen in dieser Liturgie und Kirchengebräuchen können nur auf den Fall Statt finden, wenn der hohe Stand Bern sie für seine Lande nöthig erachtet, und der hohe Stand Solothurn seine Landesherrliche Sanction, in so fern es den Bucheggberg anbetrifft, dazu giebt, von wo aus sie alsdann werden publizirt und in Vollziehung gesetzt werden.

3) Die Pfarrer im Bucheggberg werden aus der Bernischen Geistlichkeit gewählt. Solothurnische Angehörige, reformirter Religion, haben das Recht, in das Bernische Ministerium aufgenommen, und dadurch aller Rechte Bernischer Geistlichen genoss zu werden.

4) Die Pfarrer des Bucheggbergs stehen unter der Aufsicht der Classe von Büren, wohin der ganze Bucheggberg gehören soll.

5) Die Schulmeisterstellen im Bucheggberg sollen nur an solche vergeben werden, welche vom Löbl. Kirchenrath des hohen Standes Bern geprüft und mit einem Attestat versehen sind, daß sie zu den Schullehrerstellen im Canton Bern fähig seyen; die Schullehrer im Bucheggberg stehen unter der unmittelbaren Aufsicht der Orts-Pfarrer und des unter den Bucheggbergischen Pfarrern gewählten, mit dem Erziehungs-Rath des hohen Standes Solothurn in

Correspondenz stehenden Schul-Commissairs, woben der dießörtige Nexus der Ortspfarren mit der Classe von Büren anerkannt wird; die obere Leitung und Aufsicht des Schulwesens im Bucheggberg aber ist den weltlichen Mitgliedern des Erziehungs-Raths des hohen Standes Solothurn übertragen, welche in wichtigeren Fällen den Schul-Commissair mit Sitz und Stimme zuziehen werden. In den Schulen des Bucheggbergs endlich sollen keine andere Schulbücher gebraucht werden, als solche, welche in den evangelisch-reformirten Schulen des hohen Standes Bern eingeführt sind.

29. Dec.
1817.
29. Jan.
1818.

6) In Betreff der chor- und ehegerichtlichen Verhältnisse im Bucheggberg ist festgesetzt:

- a. In jeder der vier evangelisch-reformirten Kirchgemeinden soll ein Sitten- und Ehorgericht, mit der gleichen Bildung und den Attributen wie in den evangelisch-reformirten Landen des hohen Standes Bern eingeführt werden.
- b. Die Streitigkeiten der evangelisch-reformirten Angehörigen des Bucheggbergs in Ehesachen, sollen durch ein von einem Rathsglied des hohen Standes Solothurn präsidirtes, und aus dem Oberamtman und dreien Pfarrern im Bucheggberg bestehendes Ober-Ehegericht in erster, und durch das Ober-Appellationsgericht des hohen Standes Solothurn in zweyter und letzter Instanz entschieden werden; und
- c. Endlich, sollen die chor- und ehegerichtlichen Satzungen des hohen Standes Bern vom Jahr 1787 als gesetzliche Vorschrift aufgestellt und beobachtet

29. Dec.
1817.
29. Jan.
1818.

werden. Abänderungen in diesen Satzungen können nur auf den Fall Statt finden, wenn der hohe Stand Bern sie für seine evangelisch-reformirten Lande nöthig erachtet und der hohe Stand Solothurn seine Landesherrliche Sanction, insofern es den Bucheggberg betrifft, dazu giebt, von wo aus sie alsdann werden publizirt und in Vollziehung gesetzt werden.

7) Der hohe Stand Bern bezeichnet hiemit sein Oberamt Fraubrunnen als das Organ, durch welches die Bernerischen Behörden mit jenen des hohen Standes Solothurn, in Rücksicht auf die kirchlichen Verhältnisse, in Correspondenz treten werden.

8) Die Regierung des hohen Standes Solothurn erwählt auf einen zweifachen Vorschlag der Regierung des hohen Standes Bern, die Pfarrer im Bucheggberg; sie beeidigt und installirt dieselben.

9) Die Regierung des hohen Standes Bern versichert dagegen den, dem bisherigen Collatur-Rechten anhängigen ökonomischen Beitrag für die betreffenden Pfarrer, für die Kirche und die Pfarrgebäude.

10) Die Regierung des hohen Standes Solothurn ihrer Seits, sichert der Regierung des hohen Standes Bern den vollen Genuß der den Collatur-Rechten am Bucheggberg anhängigen Collatur-Gefälle zu.

11) Beide Regierungen versichern den kirchlichen Instituten der Pfarren Messen, Oberwyl, Metigen und Leußlingen die Integrität ihres bisherigen Vermögens in ihren respectiven Cantonen zu, und führen gemeinschaftlich die Aufsicht über die Anwendung derselben.

12) Beide Regierungen behalten sich vor, nach Erforderniß der Umstände die angemessenen Modificationen und Abänderungen dieses Concordats gemeinschaftlich zu treffen.

1817.

29. Jan.
1818.

13. Alle in gegenwärtigem Concordat nicht aufgenommenen, die Solothurnischen Gemeinden des Bucheggbergs betreffenden Bestimmungen bleiben den Landesherrlichen Rechten des hohen Standes Solothurn vorbehalten.

So geschehen auf der abgehaltenen Conferenz in Fraubrunnen den 27. November 1817.

Die Ehrengesandten des
hohen Standes Bern:
F. von Mutach.
v. Kirchberger v. Röll.

Die Ehrengesandten des
hohen Standes Solothurn:
Lüthi.
Amanz von Gluz.

Vorstehendes Concordat ist von beyden hohen Ständen gutgeheissen und ratifizirt worden

in Bern, den 29. December 1817. in Solothurn am 29. Jenner 1818.

Der Amts-Schultheiß,
N. von Wattenwyl.

Der Rathsschreiber,
Benoit.

Der Amts-Schultheiß,
Gluz Ruchti.

Der Staatsschreiber,
Fr. von Röll.

V e r o r d n u n g.

Einfuhr und Transit von Hornvieh aus Wallis und Italien.

7. Jenner 1818. **W**ir S c h u l t h e i ß und Rath der Stadt
und Republik Bern, thun kund hiermit:

Demnach Wir Uns haben überzeugen müssen, daß durch Unsere Verordnung vom 28ten August leztthin, durch welche Wir den Handel mit der aus dem Wallis und Italien kommenden Vieh-Waare verschiedenen Polizen-Vorschriften unterworfen und Unsere Angehörige auf die Nachtheile aufmerksam gemacht hatten, welche aus einer, bey frehem Verkehr mit dieser geringen Vieh-Race unausweichlichen Abartung für ihren Viehstand entstehen müßten, dennoch diesem verderblichen Handel nicht die erforderlichen Schranken haben gesetzt werden können, sondern daß derselbe im Gegentheil seit einiger Zeit mit mehrerer Thätigkeit als sonst betrieben werde; als haben Wir, um diesem, der vorzüglichen Viehzucht und dadurch dem Wohlstand des Landes höchst nachtheiligen Verkehr ein Ende zu machen, aus Landesväterlicher Fürsorge erkannt und verordnet, was hienach folget, wie Wir dann

v e r o r d n e n:

1) Die Einfuhr aller aus dem Wallis und Italien kommenden Hornvieh-Waare soll, in so ferne dieselbe

nicht für eine andere Botmäßigkeit bestimmt ist und dem- 7. Jenner
nach bloß transitirt, in Unserm Canton von nun an 1818.
Jedermann untersagt und verboten seyn.

2) Die als Transit durch den Canton gehende Vieh-
Waare aus den genannten Gegenden, soll einzig und
allein durch folgende Gränz-Pässe eingeführt werden
können, als nämlich:

über den Sanetsch, durch das Gränz-Büreau von
Gsteig bey Sanen;

über die Gemmi, durch das Gränz-Büreau im
Kandersteg;

über die Grimsel, durch das Gränz-Büreau zu
Guttannen;

und endlich, durch die Gränz-Büreau's von
Neuenegg;

Gümmenen und
Harberg.

3) Jedermann, der von obbemeldter Vieh-Waare
durch den Canton in eine andere Botmäßigkeit zu führen
vorhabens ist, soll bey dem betreffenden Eintritts-Büreau
für jedes Stück Hornvieh eine Geldhinterlage von fünf-
zig Franken leisten; wogegen ihm der Gränz-Inspektor
einen Transit-Schein für dasselbe zustellen und auf selbi-
gem die Route bemerken wird, welche dieses Stück Vieh
durch den Canton zu nehmen hat. Sind die Transporte
groß, oder hat der Führer das nöthige Geld zur Hinter-
lage nicht bey sich, so soll der Transport von Station
zu Station bis zum Austritts-Büreau von einem ober-
amtlich bestellten und beeidigten Wegweiser (Guide) be-
gleitet werden, welchem auf der Route die Aufsicht über
die Befolgung dieser Verordnung obliegt und der von

7. Jenner dem Führer des Transports von jeder Stunde Wegs
1818. mit sieben Bazen fünf Rappen entschädigt werden soll,
in welcher Entschädigung aber die Zehrung und die Rück-
reise des Führers begriffen seyn soll.

4) Die Gränz-Büreau's von
Kröschenbrunnen,
Auf dem Brünig,
Dürnmühle und
Murgenthal

werden als Austritts-Büreau's für die solchergestalten
transitirende Vieh-Waare bezeichnet, bey welchen der
Führer derselben gegen deren wirkliche Ausfuhr und
gegen Zurückstellung des Transit-Scheins, die bey dem
Eintritt geleistete Geldhinterlage wiederum in Empfang
zu nehmen hat.

Ist hingegen der Transport von einem Wegweiser
begleitet worden, so soll dieser von dem Austritts-
Büreau die Bescheinigung der ausgeführten Vieh-Waare
erheben und dem Oberamtmanne des Eintritts-Büreau's
überliefern.

5) Während des Aufenthalts des transitirenden Viehs
soll dasselbe weder zur Weide noch zur öffentlichen Tränke
getrieben werden dürfen, sondern dasselbe soll, wenn es
sich nicht auf dem Marsche befindet, abgesondert in der
Stallung gehalten werden.

6) Betreffend die bereits in hiesigem Canton befind-
liche Hornvieh-Waare, so aus dem Wallis oder Italien
eingeführt worden, so wie die davon gezogenen Kälber,
so wird andurch den Eigenthümern derselben unter der
im folgenden Artikel bestimmten Strafe verboten, solche
anderswohin

anderswohin als auf eigenthümliche eingefristete Weide, 7. Jenner
und von anderm Vieh abgesondert, zu treiben. 1818.

7) Auf die Widerhandlung gegen die Vorschriften der fünf ersten Artikel, die Eingränzung und den Transit vorbemeldten Viehes betreffend, ist die Confiskation der Waare und eine Buße von fünfzig Franken von jedem Stück gesetzt.

Die Strafe der Widerhandlung gegen die Vorschrift des 6ten Artikels, wird hingegen auf Confiskation der Vieh-Waare beschränkt.

8) Das confiscirte Vieh soll entweder sogleich aus dem Canton verkauft, oder aber alsobald geschlachtet werden, und, in beyden Fällen, der Erlös zur Hälfte dem Verleider, und zur Hälfte den Armen des Orts zukommen; die fallenden Bußen sollen auf gleiche Weise vertheilt werden.

9) Bey allen Fällen von Widerhandlung haben Unsere Oberamt männer als Richter erster Instanz summarisch zu urtheilen, unter Vorbehalt des Refurses an Uns den Kleinen Rath.

10) Unsere Zoll-Kammer ist mit der genauen Execution dieser Verordnung beauftragt; welcher auch überlassen bleibt, nöthig findenden Falls, die vorbemeldten Eingangs- und Austritts-Pässe noch mit andern zu vermehren und darüber das Angemessene bekannt zu machen.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, von Kanzeln

7. Jenner 1818. angezeigt, an gewohnten Orten angeschlagen, und allen Gränz- und Zollbeamten, so wie auch den Vieh-Inspektoren zur Nachachtung zugestellt werden.

Geben in Bern, den 7ten Jenner 1818.

Der Amts-Schultheiß,
Fr. von Müllinen.
Namens des Raths,
der Rathsschreiber,
Benoit.

Bestimmung der Bussen von unbefugten Holzschlägen und Holzflößen.

Kreisschreiben des Kleinen Raths an alle
Oberämter.

Vergl. Ges. u. Defr. Th. IV. S. 2.

14. Jenner 1818. Die Verordnung vom 2ten Jenner 1811 über den Holzverkauf schreibt über die Vertheilung der, von den derselben Zuwiderhandelnden zu erhebenden Bussen vor, daß ein Dritttheil derselben dem Verleider und die übrigen zwei Dritttheile Uns verrechnet werden sollen.

Auf den Vortrag Unseres Finanzraths haben Wir Uns aber veranlaßt gefunden, die Vertheilung dieser

Bußen anders und zwar so zu bestimmen, daß ein Drit- 14. Jenner
theil derselben dem Verleider, ein Drittheil den Armen 1818.
der Gemeinde in welcher das Holz gefällt worden, zu-
komme, und ein Drittheil Uns verrechnet werden soll.
Wornach Ihr Euch in Vorfällenheiten richten und diese
nähere Bestimmung, die auch in die erneuerte Sammlung
der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden soll, den
Vorgesetzten der Gemeinden bekannt machen werdet.

Aktum, den 14. Jenner 1818.

Der Amts-Schultheiß,
Fr. von Müllinen.
Der Staatschreiber,
Gruber.

D e k r e t

über die Wahlart des obersten Defans und der Pre-
diger an den vier Kirchen hiesiger Hauptstadt.

Vergl. Ges. u. Defr. Th. I. S. 357.

Durch das Dekret über die von dem Großen Rathe zu 2. Februar
behandelnden Geschäfte §§. 1. bis 3. wird die Wahl des 1818.
Obersten Defans und der Geistlichen am großen Mün-
ster MnGhrn. und Obern vorbehalten; dadurch sind
einige Modifikationen der diesmal bestehenden Wahlform
nöthig geworden. Es haben daher MnGhrn. und Obere
gutgefunden, die Vorschriften über die Wahlart der
Geistlichen an den Kirchen der Hauptstadt einer Revision

2. Februar 1818. zu unterwerfen; demnach haben Hochdieselben auf den Vortrag des Kirchenraths verordnet, was von einem zum andern folget:

Oberster Defan.

1) Die Stelle des Obersten Defans, der zugleich die Stelle des Defans des Bern-Capitels bekleidet, wird von MnGhrn. und Obern besetzt.

2) Wahlfähig sind nicht nur die im Bern-Capitel, sondern alle im Canton angestellten reformirten deutschen Geistlichen, insofern sie vor mehr als 10 Jahren die Weihe zum Dienst der Kirche erhalten haben.

3) Die Wahl geschieht auf einen doppelten Vorschlag des Kirchenraths; der aber von MnGhrn. und Obern vermehrt werden kann.

Geistliche am Münster.

A. Pfarrer.

4) Wenn eine der drey Pfarrerstellen am Münster verledigt wird, so rückt der Jüngere in die Stelle des Aelteren, mit Ausnahme der Defan-Stelle, bey deren Besetzung nach obiger Vorschrift verfahren wird.

5) Für die verledigte Stelle des dritten Pfarrers am Münster giebt die Stadt-Verwaltung dem Kleinen Rath den Vorschlag ein, der in den drey Helfern am Münster besteht.

6) Die Besetzung der Pfarrstellen auf diesen Vorschlag geht von MnGhrn. und Obern, nach freyer Wahl, aus der Zahl der drey Helfer vor sich.

B. Helfer am Münster.

2. Februar
1818.

7) Wenn eine Helferstelle am Münster verledigt wird, so bildet das Kirchen-Convent einen unbeschränkten Vorschlag aus der Zahl der Geistlichen im hiesigen Ministerio, welche vor mehr als zehn Jahren die Consecration erhalten haben.

8) Dieser Vorschlag wird der Stadt-Verwaltung eingegeben, er kann von derselben aus der Zahl wahlfähiger Geistlicher vermehrt werden, und wird von ihr an das Kirchen-Convent übersendet.

9) Dieses wird den Vorgeschlagenen davon Kenntniß geben und sie zu Haltung der Probpredigten einladen; nach eingekommenen, an den Herrn Obersten Defau zu stellenden Antworten, wird das Kirchen-Convent die Tage zu Haltung der Probpredigten festsetzen. Die Geistlichen, welche sich für die Haltung derselben erklärt haben, werden auf einen von dem Kirchen-Convent dem Kleinen Rathe zu erstattenden Vortrag durch die Canzley einberufen und von den zu haltenden Probpredigten ein Verzeichniß gedruckt, welches MrGhrn. und Obern bey Hause ausgetheilt wird.

10) Nach abgehaltenen Probpredigten übersendet das Convent sein Befinden über diese Predigten an die Stadt-Verwaltung, welche aus der Zahl der Geistlichen, welche eine Probpredigt gehalten haben, einen dreifachen Vorschlag bildet, und denselben, samt dem Befinden des Convents über alle gehaltenen Predigten, dem Kleinen Rathe, zu Handen MrGhrn. und Obern übersendet.

11) Aus diesem Vorschlag, der aber von Hochdenselben aus der Zahl der Geistlichen, welche die Prob-

2. Februar predigt gehalten haben, vermehrt werden kann, wählen
1818. MnGhrn. und Obere den jüngsten Helfer am Münster.

12) Bei allen diesen Wahlen wird die in dem Reglement über die innere Organisation des Großen Raths vorgeschriebene Wahlform befolgt.

Pfarrer und Helfer an der Heil. Geist- und
an der Nideck-Kirche.

13) Wahlfähig für die Pfarrstellen sind alle Bernerischen Geistlichen, welche zehn Jahre im Ministerio sind; für die Helferstellen sind fünf Jahre hinlänglich.

14) Sowohl für die Pfarr- als für die Helferstellen werden Probpredigten im grossen Münster gehalten.

15) Im Fall der Verledigung einer dieser beiden Pfarrstellen, bildet das Kirchen-Convent den Vorschlag der zu Abhaltung der Probpredigten einzuladenden Geistlichen.

16) Bei ledig werdenden Helferstellen an der Heil. Geist- oder Nideck-Kirche, werden dieselben ausgeschrieben mit der Bedeutung: Daß die Bewerber Probpredigten im Münster zu halten und sich dafür bei dem Herrn Oberst-Defak anmelden haben.

17) Nachher wird bei diesen Pfarr- und Helferstellen verfahren, wie oben bei den Helfern am Münster vorgeschrieben ist.

18) Die Erwählung geschieht von MnGhrn. den Räten, auf den dreifachen Vorschlag der Stadt-Verwaltung; der aber ebenfalls aus der Zahl der Geistlichen,

welche Probpredigten gehalten haben , vermehrt wer. 2. Februar
den kann. 1818.

Pfarrer und Helfer an der französischen Kirche.

19) Beide diese Stellen werden durch das Wochenblatt ausgeschrieben und zugleich angezeigt , daß diejenigen , welche sich dafür zu bewerben gedenken , Probpredigten zu halten , und sich darüber gegen den Herrn Dekan zu erklären haben.

20) Das Verzeichniß der Bewerber wird dem Kleinen Rath vorgelegt , von dem Kirchen - Convent die Haltung der Probpredigten angeordnet , und die Tagesbestimmung MnGhrn. und Obern mit der Bemerkung , daß die Wahl von MnGhrn. den Räten vor sich geht , durch gedruckte Zettel bekannt gemacht.

21) Nach Abhaltung aller Probpredigten wird MnGhrn. den Räten über den Gehalt derselben von dem Kirchen - Convent Bericht erstattet , und daraufhin von Hochdenselben zur Besetzung geschritten ; da bey den Predigern an der französischen Kirche der Stadt - Verwaltung kein Vorschlags - Recht zukommt.

Durch das gegenwärtige Dekret sind alle frühern , die Besetzung der Prediger - Stellen an den Kirchen der Hauptstadt betreffenden Vorschriften , in so fern sie demselben widersprechen , aufgehoben.

Gegeben in Bern , den 2. Februar 1818.

K a n z l e n B e r n .

V e r o r d n u n g.

Einwechslung der Bischöflich = Baselschen Neuthaler.

Vergl. neue Ges. u. Dekr. Th. I. S. 124.

26. März 1818. **W**ir Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit:

Demnach in der Verordnung UrGhn. und Obern vom 3ten Juny 1816, durch welche alle Münzen unter dem Werthe eines Schweizerfranken, die nicht das Bernerische Gepräge tragen, verboten worden sind, einstweilen eine Ausnahme gestattet ward, für die unter dem Fürstbischof = Baselschen Stempel ausgeprägten Münzen, bis die Einwechslung derselben zu obrigkeitlichen Händen statt haben werde; so haben Wir nun gutgefunden, diese Einwechslung unabänderlich zu veranstalten, und zu diesem Ende

v e r o r d n e t:

Bis 1sten Juny nächstkünftig können die Münzen mit dem Gepräge des ehemaligen Fürst-Bischofs von Basel, nämlich: Sechsbaken-, Fünfbaken- und Dreibaken-Stücke, nach ihrem Nennwerthe bei allen obrigkeitlichen Cassen an Bezahlung gegeben, und auch bei denselben gegen laufende Geldsorten ausgewechselt werden.

Nach diesem Zeitpunkte aber sollen selbige, gleich 26. März.
wie nach der Verordnung vom 3ten Juny 1816 alle an- 1818.
dere fremde Münzen unter dem Frankenstück, bey der
nämlichen Strafe, welche für diese vorgeschrieben ist,
im ganzen Canton verboten seyn.

Diese Verordnung soll zu jedermanns Kenntniß von
Kanzeln verlesen, und an gewohnten Orten öffentlich
angeschlagen werden.

Gegeben am 26. März 1818.

Der Amts-Schultheiß,
Fr. von Müllinen.
Der Staatschreiber,
Gruber.

D e k r e t.

Einführung der Bernischen Maaße und Gewichte
in den Amtsbezirken Fruntrut, Delsperg und
Frenbergen.

Vergl. Ges. u. Dekr. Th. III. S. 71.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt 24. April
und Republik Bern, thun kund hiermit: daß Wir 1818.
auf den Vortrag Unseres Justiz- und Polizen-Rathes, über
die Nothwendigkeit der Einführung eines möglichst gleichen

24. April 1818. **System von Maas und Gewicht in Unsern Landen**, folgendes zu beschließen gut gefunden, und somit verordnet haben:

1) Die in den Amtsbezirken von Bruntrut, Delsberg und Frenbergen noch üblichen Maasse und Gewichte des französischen Systems, so wie die allfälligen sonstigen Gewichte und Maasse anderer Art, sollen mittelst gegenwärtiger Verordnung, wie hienach zu sehen, gänzlich beseitigsetzt und abgeschafft seyn.

2) An ihre Stelle sollen daselbst die Maasse und Gewichte des hiesigen Cantons, so wie solche durch Unsere Verordnung vom 23. May und 16. July 1807 festgesetzt sind, treten, und auf die hienach bestimmten Termine allein-gültig seyn.

3) Zu diesem Ende sollen die an die Oberämter von Bruntrut, Delsberg und Frenbergen abgegangenen Modelle der hiesigen Mutter-Maasse und Gewichte den betreffenden Fabrikanten von Maassen und Gewicht als ausschließliche Regel dienen.

4) Sollen zu Bruntrut die nöthigen Arbeiter bestellt werden, um einerseits neue Maasse und Gewichte nach Unserm Systeme in genugsamer Menge zum Verkaufe zu verfertigen, andererseits dann alte Maasse und Gewichte nach demselben einzurichten; wobei es indessen jedem Partikular unbenommen bleibt, sich allfällig seine Maasse und Gewichte von Bern her zu verschreiben.

5) Zu gleicher Zeit soll auch ein geschwornener Maas- und Gewicht-Fecher bestellt werden, welcher die nach Unserm Systeme einzurichtenden Maasse und Gewichte

behörig verifizire, und bezeichne, späterhin aber dieselben von Zeit zu Zeit zu Folge der §. 7. u. f. Unserer oben angeführten Verordnung untersuche, und deren Berichtigung veranstalte. 24. April 1818.

6) Vom 1. August 1818 hinweg sollen auf den Getreidemärkten der Amtsbezirke Bruntrut, Delsberg und Freybergen keine andere Maaße und Gewichte gebraucht werden dürfen, als die Unsrigen; bey Strafe einer polizenrichterlich aufzulegenden Buße von ein bis höchstens fünfzig Franken, wovon jeweilen die eine Hälfte dem Verleider, die andere aber den Armen des Orts anheimfallen sollen.

7) Ferner sollen dessen zu Folge von dem gleichen Tage hinweg in diesen dreien Amtsbezirken die Lagen des Brodes, Mehles und Fleisches nach bernerischen Maaßen und Gewichten berechnet und bestimmt werden.

8) Endlich dann soll es vom 1. Jenner 1819 hinweg jedermann gänzlich verboten seyn, bey dem Kaufe und Verkaufe von Waaren, Lebensmitteln, oder sonst, sich anderer Maaße und Gewichten zu bedienen, als der Unsrigen; bey Strafe der oben §. 6. verhängten Buße.

9) Unser wohlverordnete Justizrath ist mit der Vollziehung des gegenwärtigen Beschlusses beauftragt, welcher in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden soll.

Gegeben in Bern, den 24. April 1818.

Der Amts-Schultheiß,
Fr. von Mülinen.
Der Staatschreiber,
Gruber.

G e s e h.

N e u e M i l i t ä r - V e r f a s s u n g d e s C a n t o n s.

Vergl. Ges. u. Defr. Th. IV. S. 167. 320. Th. V. S. 158.

4. Juni 1818. Wir Schultheiß, Klein und Große Rätthe der Stadt und Republik Bern, haben, in Berücksichtigung der Nothwendigkeit, Unsere Militär-Verfassung mit dem neuen endgenössischen Militär-Reglement in Uebereinstimmung zu bringen, und zur Vervollständigung derselben, als zweckmäßig erachtet, in einiger Abänderung Unserer Verordnungen vom 26. May 1812 und 25. Juny 1814 zu verordnen, was von Einem zum Andern hiendach folget:

I. D i e n s t p f l i c h t.

Jeder Cantonsangehörige und jeder Schweizer, der im Canton wohnt, vom zurückgelegten 19ten bis zurückgelegten 39ten Jahre Alters, ist Landwehrpflichtig.

II. E i n t h e i l u n g d e r M i l i z i n v e r s c h i e d e n e T r u p p e n - C o r p s.

Die gesammte Miliz des Cantons wird eingetheilt:

- a. In Auszügler, deren Zahl aller Waffen, mit Inbegriff der Offiziers, ohne Unsere Verfügung, nicht 8800 Mann übersteigen soll; nämlich:

48 Compagnien oder acht Bataillons Infanterie	4. Juny 1818.
mit Stab, nebst Stadt-Compagnie	. 7118
Artillerie, nebst Sappeurs und Train	. 1315
2 Compagnien Scharfschützen	. . 216
2 $\frac{1}{4}$ Compagnie Dragoner	. . . 151

Mann 8800

Die Auszügler sollen, wie bisher, auf Kosten des Staats bewaffnet, gekleidet und instruiert werden, und vorzüglich zum endgenössischen Zuzug bestimmt seyn.

- b. Reserve, bestehend aus der Mannschaft, die ihre gesetzliche Dienstzeit in den Auszügern vollendet hat, und wie bisher, vom Staat bewaffnet wird. Der in die Reserve übertretende Auszügler ist verpflichtet, seine vom Staat erhaltene Montirung, bis zu gänzlicher Dienstbefreyung zu unterhalten.
- c. Landwehr erster Classe, welche sich auf eigene Kosten nach Ordonnanz kleidet und bewaffnet; diese ist mit der Reserve bestimmt, den zweiten Bundes-Auszug oder die Bundes-Reserve zu bilden.
- d. Landwehr zweyter Classe, welche sich auf eigene Kosten vorschristsmäßig kleidet und bewaffnet; aus dieser werden die Auszügler und die Landwehr erster Classe ergänzt; sie ist vorzüglich zum Dienst im Innern des Cantons bestimmt.

III. Dienstzeit.

Dienstzeit der Unter-Offiziers und Soldaten.

- a. Auszügler. Die Dienstzeit der vom 1. Jenner 1818 an eingetretenen und künftig eintretenden Unter-Offiziers und Gemeinen in den Auszügern, ist auf

4. Juny
1818.

12 Jahre festgesetzt; nachher treten sie in die Reserve. Die Dienstzeit der Cappeurs ist auf 14 Jahre festgesetzt; nachher sind sie frey von allem Dienst.

Ben Feldzügen werden einem Auszügler vier Monate ununterbrochener Felddienst für ein Dienstjahr in der Reserve angerechnet.

b. Reserve. Die Dienstzeit der Unter-Offiziers und Gemeinen in der Reserve ist für die vom Jahr 1830 an aus den Auszügern Tretenden auf sechs Jahre festgesetzt; nachher sind sie von allem Dienst befrent.

c. Landwehr erster Classe. Die Dienstzeit der Landwehr erster Classe, sowohl der Unter-Offiziers als Gemeinen, ist von nun an für die in dieselbe Eintretenden auf 12 Jahre festgesetzt; nach diesen sind die Austretenden frey von allem Militär-Dienst.

d. Infolge §. 1. ist die Dienstzeit der Landwehr zweyter Classe vom zurückgelegten 19ten bis zurückgelegten 39sten Jahre Alters bestimmt.

e. Dienstzeit der Offiziers der Auszügler und Reserve, so wie der Offiziers der Landwehr erster Classe:

Dieselben können vom zurückgelegten 18ten bis zurückgelegten 40sten Jahre Alters, ledig oder verheyrathet, genommen und angestellt werden; ihre Dienstzeit erstreckt sich, wie bisher, bis zum zurückgelegten 45sten Jahre Alters. Desgleichen bleibt die Dienstzeit der Stabs-Offiziers bis auf das zurückgelegte 49ste Jahr festgesetzt.

Ein jeder eintretende Offizier, der nicht in auswärtigen Diensten angestellt war, soll angehalten werden, eine von dem Kriegs-Rath zu bestimmende Zeit, den

Dienst als Soldat, Corporal, Wachtmeister, Furier und 4. Compagnie
Feldweibel zu verrichten. 1815.

IV. E r g ä n z u n g e n.

a. Der Auszügler. Die Ergänzung der Auszügler geschieht wie bisher :

1. Vermitteltst Einloosung der ledigen und verheiratheten Männer vom zurückgelegten 19ten bis zurückgelegten 23sten Jahr, und der Unverheiratheten vom zurückgelegten 23sten bis zurückgelegten 30sten Jahr Alters, Stammquartierweise, mit Ausnahme der zu Tambouren tüchtigen Männern, die vor dem 20sten Jahr Alters ausgehoben werden können, deren früherer Eintritt aber an ihrer Dienstzeit abgerechnet wird; und
2. Durch tüchtige Freiwillige. In Bezug der Scharfschützen insbesondere ist auf Fähigkeit und Fertigkeit, in dieser Waffe zu dienen, Rücksicht zu nehmen, welches durch zweckmäßige Instruktionen an die Kreis-Commandanten geschehen wird.

b. Der Landwehr erster Classe.

1. Die Landwehr-Grenadiers werden vorerst durch Freiwillige in der unten festgesetzten Classe und Alter ergänzt; finden sich aber in einem Stammquartier nicht genug Freiwillige vor, so sollen die Fehlenden, nach Ergänzung der Auszügler, durch das Loos, unter den zu diesem Dienst tüchtigen, ledigen und verheiratheten Männern, vom zurückgelegten 22sten bis zurückgelegten 30sten Jahre Alters, ausgehoben werden.

4. Juny
1818.

2. Die Scharfschützen werden auf gleiche Weise ergänzt, jedoch nur aus Männern, deren Fähigkeit in dieser Waffe erprobt ist.

Eine besondere Verordnung wird die Dispensations- und Ersetzungsfälle der Auszuger und Landwehr erster Classe festsetzen und die daherigen Bedingnisse bestimmen.

V. Militär-Eintheilung des Cantons.

Der Canton Bern ist in acht Militär-Kreise eingetheilt, die mit No. 1. bis 8. bezeichnet werden.

Der Kriegs-Rath ist beauftragt, diese Eintheilung nach der Bevölkerung zu bewerkstelligen.

Jeder Kreis zerfällt in so viele Stammquartiere, als Kirchspiele darin sind, und in so viele Trullen, als die Zahl der Mannschaft und Dertlichkeiten, nach Ermessen des Kriegs-Raths, erforderlich machen wird.

VI. Aushebung der verschiedenen Arten von Mannschaft in den Kreisen.

Aus jedem Militär-Kreise sollen erhoben werden:

Ein Bataillon von sechs Compagnien Auszuger-Infanterie, nach dem in dem endgenössischen Reglement vorgeschriebenen Bestand, und 10 Mann Ueberzählige per Compagnie.

Ein halbes Bataillon oder drey Compagnien Reserve von unbestimmter Stärke.

Ein halbes Bataillon oder drey Compagnien Landwehr-Grenadiers von 145 Mann.

Nach Verhältniß seiner Bevölkerung liefert jeder Kreis

Kreis ein von dem Kriegs-Rath zu bestimmendes Contingent an Artillerie, Sappeurs, Train und Scharfschützen. 4. Juny 1818.

Die Mannschaft der Landwehr zweiter Classe wird in Compagnien von unbestimmter Stärke eingetheilt.

VII. Militär-Kreis-Behörden.

In militärischer Rücksicht steht jeder Kreis unter einem Kreis-Commandanten, der die Militär-Organisation leitet; diesem werden, je nach Ausdehnung des Kreises, ein bis drey Kreis-Adjudanten, als unmittelbare Gehülfen bengeordnet, welche in dem Kreis wohnhaft seyn und nicht in den Auszögern dienen sollen. Unter dem Kreis-Commandanten ist ferner jeder Trüß ein Trüßmeister vorgesetzt.

Ueber die in sämmtlichen Kreisen aufgestellten Auszügler und Landwehrmänner erster Classe führt der Musterungs-Commissär die Controllen und beaufsichtigt den vollständigen Bestand derselben.

VIII. Militär-Cassa.

Wie diese Cassa gebildet und welche Hülfquellen dafür eröffnet werden sollen, darüber hat der Finanz-Rath nach gepflogener Correspondenz mit dem Kriegs-Rath einen besondern Vortrag in künftiger Wintersitzung zu hinterbringen.

Die durch gegenwärtige Verordnung nicht aufgehobenen Artikel Unserer Militär-Verordnung vom 26sten May 1812 und 25sten July 1814 verbleiben in Kraft.

4. Juny
1818.

Dem Kriegs-Rath wird die Exekution dieser Verordnung aufgetragen, so wie auch dieselbe mit den noch bestehenden Reglementen in ein Ganzes zusammen zu fassen und Unserer Sanction vorzulegen.

Gegeben in Unserer Großen Rathversammlung, den
3ten und 4ten Juny 1818.

Der Amts-Schultheiß,

F r. v o n M ü l l e n.

Der Staatschreiber,

G r u b e r.

G e s e z.

Prozeß-Form für Administrativ- Streitigkeiten.

Vergl. Ges. u. Dekr. Eb. V. S. 28. u. f. S. 11. u. f.

6. Juny
1818.

Wir Schultheiß, Klein und Große Rätthe der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit: daß Wir über diejenigen Streitfälle und Justiz-Sachen, deren höchstinstanzliche Beurtheilung Unserm Kleinen Rath durch die Verfassung oder durch besondere Gesetze übertragen, und über die kein eiaenes Verfahren durch einzelne Gesetze vorgeschrieben ist, nachfolgende Form des Verfahrens verordnet haben, und hiermit verordnen:

I. A b s c h n i t t.

6. Juny
1818.

V o n K l a g e n g e g e n B e a m t e.

1) Wer gegen einen öffentlichen Beamten oder gegen eine Behörde, wegen eines Gegenstandes ihrer Amtsführung klagen will, der muß seine Klage schriftlich, dem unmittelbaren Obern der angeklagten Beamtung eingeben.

2) Eine solche Klagschrift soll der strengen Wahrheit gemäß, deutlich, mit den allfälligen schriftlichen Belegen begleitet, mit gehörigem Anstand und Mäßigung verfaßt, und von der klagenden Parthen unterschrieben seyn; so wie auch von dem Verfasser, wenn sie nicht von der Parthen selbst verfaßt ist.

Wenn die klagende Parthen nicht schreiben kann, so soll sie dieses, und die Wahrheit der in der Schrift angebrachten Thatsachen, vor zwey unparthenischen Zeugen erklären; welche diese Erklärung am Ende der Klagschrift besetzen, und durch ihre Unterschrift bescheinigen sollen.

3) Für beleidigende und daben wahrheitswidrige Thatsachen, welche in die Klagschrift gebracht würden, ist die klagende Parthen verantwortlich; für eine ungeziemende Schreibart hingegen der Verfasser.

4) Die Klagschrift und allfälligen Belege derselben, sollen der beklagten Beamtung abschriftlich mitgetheilt und ihre Verantwortung ebenfalls schriftlich, mit den allfälligen Belegen dazu, abgefordert werden.

5) Wenn die Klagschrift an Unsern Kleinen Rath gerichtet ist, so kann hierauf derselbe, je nach Bewandt-

6. ^{1818.} Gungniß des Falles, die Sache sofort entscheiden; oder zum erstinstanzlichen Entscheid an die betreffende Behörde verweisen; oder endlich eine fernere Untersuchung und den Gang derselben verhängen.

Sollte jedoch die Klagschrift die Beschuldigung eines Verbrechens enthalten, so muß die fernere Untersuchung und Beurtheilung allemal an den competenten Richter verwiesen werden.

6) Wenn die Klagschrift hingegen an einen andern unmittelbaren Obern der beklagten Behörde gerichtet ist, so soll dieser Obere, je nach Bewandniß des Falles, entweder die Sache sofort entscheiden, wenn er zu einem Entscheid darüber berechtigt ist; oder von Amtes wegen ferner untersuchen; oder endlich in der für seine Beamtung vorgeschriebenen Form bey Unserm Kleinen Rathe einfragen, welcher alsdann im Sinn des vorhergehenden §. 5. verfügen wird.

7) Unter dem Ausdruck von Behörden werden in diesem Gesetze auch die Vogts-Constituenten, und unter demjenigen von Beamten, die Vögte oder Vormünder verstanden.

Wer also gegen einen Vogt oder gegen Vogts-Constituenten eine Klage über irgend einen Gegenstand ihrer wirklichen Verwaltung führen will, wohin auch die Beschwerden über eine Vogtsrechnung, die noch nicht paßirt ist, oder über die Passation einer solchen, gehören; der muß sich nach den obigen Vorschriften dieses Gesetzes richten.

Wenn aber auf eine Verantwortlichkeit und auf Schadens-Ersatz wegen vormaliger Verhandlungen eines Vogts

tes, oder seiner Constituenten, geklagt werden will, oder 6. Juny
 gegen die Bevogtung eines Mehriährigen, so soll dieses 1818.
 auf dem gewohnten Wege vor dem Civil-Richter geschehen.

8) Wenn sich jemand über die Verhandlung eines
 Richters bey Unserm Kleinen Rath beschwert, und der-
 selbe die Klage aus dem Grund abweist, daß die Sache
 nicht vor ihn, sondern vor die obere Civil-Instanz ge-
 höre; so sollen die ordentlichen Fristen zur Weitersziehung
 vor den höhern Civil-Richter dem Beschwerenden erst
 von demjenigen Zeitpunkt hinweg laufen, wo ihm die Er-
 kanntniß des Kleinen Rathes amtlich kund gethan worden ist.

Demjenigen hinwiederum, welcher durch die obere
 Civil-Instanz mit einem Refurse deswegen abgewiesen
 wird, weil die Beschwerde über die Verfügung des untern
 Richters vor Unsern Kleinen Rath gehöre, soll es auch
 nachwärts unbenommen seyn, solche Beschwerden nach
 obigen Vorschriften zu führen, wenn er sich dieses Rechts
 nicht auf andere Weise verlustig gemacht hat.

9) Wenn eine Behörde, Kraft tragender Aufsicht
 über eine andere Beamtung, dieselbe höhern Orts ver-
 leiden muß, so soll auf die gleiche Weise verfahren wer-
 den; bloß mit dem Unterschied, daß anstatt der Klagschrift
 eine Anzeige eingegeben wird.

10) Die obigen Vorschriften sollen sich nicht auf Mi-
 litär-Behörden bey einer wirklich im Solde stehenden
 Truppe beziehen; in Betreff deren Wir es bey den vor-
 handenen besondern Vorschriften und Kriegsgebräuchen
 bewenden lassen.

6. Juny
1818.

II. A b s c h n i t t.

Von Straffällen der Verwaltungs-Polizen.

11) Unter Straffällen der Verwaltungs-Polizen werden alle diejenigen Straffälle verstanden, welche aus der Widerhandlung gegen eine Verwaltungs-Vorschrift entstehen, und die Unser Kleiner Rath höchstinstanzlich zu beurtheilen hat.

12) Alle dergleichen Straffälle sollen durch den Oberamtmann des Orts, wo sich dieselben ereignet haben, nach den gewöhnlichen Formen des Informativ- oder Untersuchungs-Prozesses, von Amtes wegen, und mit derjenigen Ausführlichkeit und Sorgfalt, die der Wichtigkeit des Falls angemessen seyn wird, untersucht werden, sobald ihm darüber eine glaubwürdige Anzeige zugekommen ist; die er allemal sogleich niederschreiben lassen wird, wenn sie nur mündlich geschieht.

13) Der Angeschuldigte ist berechtigt, dem Richter Zeugen zu seiner Entladung zu vernamen, und die Punkte anzugeben, worüber er ihre Abhörnung verlange; dieses soll jedoch über keinen solchen Umstand geschehen, welcher durch die amtliche Deposition eines beeidigten Beamten gesetzlich erwiesen ist. Der Angeschuldigte kann auch die Abhörnung eines jeden Zeugen über Fragen begehren, die er dem Richter mittheilt, in sofern sie zu Aufklärung der Sache dienen.

14) Die Aussagen der Zeugen sollen dem Angeschuldigten eröffnet und auf Begehren schriftlich mitgetheilt werden; er ist berechtigt, die eidliche Beschwörung einer

Zeugen-Aussage zu fordern, welche mit einem wichtigen 6. Punkt
Punkte seiner eigenen Aussagen im Widerspruch steht. 1818.

Auch der Richter ist befugt, einem Zeuge den Eid aufzulegen, wenn er desselben Aussagen nicht wahrhaft glaubt.

15) Nachdem der Richter die Prozedur für vollständig erachtet, soll er dem Angeschuldigten die Einsicht, und auf sein Begehren auch Abschrift der Akten gestatten.

In den Fällen aber, wo der Name des Anzeigers geheim zu halten ist, soll er dem Beklagten unbekannt bleiben.

Längstens acht Tage nach Empfang dieser Abschriften muß sich der Angeschuldigte zu Protokoll erklären, wenn er eine schriftliche Vertheidigung einreichen will; wozu ihm von da hinweg vierzehn Tage Zeit anberaumt sind; unter Vorbehalt einer Verlängerung, wenn sie der Richter thunlich findet.

Wenn die Vertheidigung eingelangt ist, oder wenn der Angeschuldigte keine solche einreichen will, so soll der Oberamtmann den Fall beurtheilen, den Beklagten vorladen, ihm das Urtheil eröffnen, und auf Begehren den Refurs gestatten, wenn die Sache weiters gezogen werden kann.

III. A b s c h n i t t.

Von Streitigkeiten zwischen Beamtungen.

16) Wenn sich zwischen öffentlichen Behörden Streitigkeit über den Umfang oder die Ausdehnung ihrer

6. Juny 1818. Amtsbefugniß erhebt, so soll die klagende, in der ihrer Beamtung überhaupt vorgeschriebenen Form, ihre Beschwerden schriftlich an Unsern Kleinen Rath, mit den allfälligen Belegen einsenden; diese Beschwerden und allfälligen Belege sollen der andern Behörde abschriftlich mitgetheilt, und ihre Gegenbemerkungen samt allfälligen Belegen abgefordert werden. Nach Empfang derselben wird Unser Kleiner Rath, je nach Bewandniß der Umstände, die Sache sofort entscheiden, oder zum Entscheid an die betreffende Behörde verweisen, oder endlich eine fernere Untersuchung und den Gang derselben verhängen.

IV. A b s c h n i t t.

Von Streitigkeiten über öffentliche Leistungen.

17) Wenn ein Staats- oder Gemeindsbeamter, kraft tragenden Amtes und zufolge einer höhern Vorschrift, von jemand eine Leistung fordert, welche zu den allgemeinen Cantons-, Amtes- oder Gemeindsbeschwerden gehört, und die ihm ganz oder zum Theil verweigert wird; so soll der Beamte sogleich dem betreffenden Oberamtmanne die pflichtmäßige Anzeige davon machen.

18) Der Oberamtmanne soll hierauf sowohl den Beamten als den Streitenden zugleich vor sich laden, über ihre Gründe vorläufig mündlich abhören, und als Friedensrichter den Streit beizulegen suchen.

Ist dieser Versuch fruchtlos, so soll ferner sogleich verfahren werden, wie folgt.

19) Wenn die Forderung der Leistung dem Oberamtmanne vorläufig gegründet scheint, so soll er demjeni-

tenten einen Termin von wenigstens vierzehn Tagen fest. 6. Juni
setzen, um seine Weigerungsgründe schriftlich und mit den 1818.
allfälligen Belegen begleitet, dem Oberamte einzugeben.

Benutzt der Reitent diesen Termin nicht, so soll er
sofort und ohne Rücksicht auf irgend eine Einwendung,
durch die gewohnten Executions - Mittel zu einstweiliger
Erfüllung der geforderten Leistung angehalten werden:
woben ihm vorbehalten bleibt, nach erfüllter Leistung,
in der Administrativ - Form klagend aufzutreten, und die
Rückerstattung des Betrages, oder die Entschädigung für
die erfüllte Leistung, einzuklagen.

Reicht er hingegen seine Weigerungsgründe in der
bestimmten Frist ein, so soll die Sache als eine Admini-
strativ - Streitigkeit, nach fernerer Mitgabe des fünften
Abschnitts dieses Gesetzes, untersucht und beurtheilt
werden.

20) Wenn im einen oder andern Falle des §. 17. die
streitige Leistung von solcher Art ist, daß aus einem Auf-
schub derselben allgemeiner Nachtheil zu besorgen wäre,
wie zum Beispiel bei Arbeiten an Strassen, Brücken,
Schwellen und dergleichen; so soll der Oberamtman dem
Reitenten den Antrag machen, die Leistung einstweilen,
ohne einigen Nachtheil für sein Recht, zu erfüllen. Die-
ser muß sich darüber sogleich zu Protokoll erklären; und
wenn er den Antrag nicht annimmt, so soll der Oberamt-
mann befehlen, daß die streitige Leistung unverzüglich auf
Kosten der Partheen erfüllt werde, welche am Unrecht
erfunden werden wird.

Diese Kosten soll der Oberamtman vorschießen, wenn
der auftretende Beamte als ein Beamter der Regierung

6. Juny handelt, und die betreffende Gemeinde, wenn er als ein
1818. Gemeinndsbeamter auftritt.

21) Findet hingegen der Oberamtmann vorläufig die Forderung der Leistung ungegründet, so soll er den Beamten dahin weisen, entweder davon abzustehen, oder aber in der Administrativ-Form klagend aufzutreten; und im letztern Fall soll die Sache nach fernerer Mitgabe des fünften Abschnitts dieses Gesetzes untersucht und beurtheilt werden; inzwischen aber sollen, im Fall der Dringlichkeit der Leistung, durch den betreffenden Beamten, dem Recht eines jeden unschädlich, diejenigen Massregeln genommen werden, die er nehmen müßte, wenn der Rekludent die Leistung wirklich nicht schuldig wäre.

22) Ueber diese Verhandlung, (§. 18. 19. 20. u. 21.) soll den Parthen auf Begehren ein Auszug des Protokolls mitgetheilt werden.

V. A b s c h n i t t.

Von dem ordentlichen Administrativ- Prozesse.

23) Wenn eine persönliche Pflicht oder ein Gegenstand des Privat-Interesse streitig wird, die mit einer allgemeinen Staatseinrichtung oder einem Zweige der Staatsverwaltung in solcher Verbindung stehen, daß sie nicht der willkührlichen Verfügung der Parthen ausschliessend überlassen werden können, sondern die Möglichkeit der Einwirkung der Staatsgewalt offen bleiben muß; so gehört ein solcher Streit vor den Administrations-Gerichtshof.

Als Streitigkeiten dieser Art sind namentlich durch 6. Juni
das Gesetz alle diejenige bezeichnet, deren höchstinstanzli- 1818.
cher Entscheid Unserm Kleinen Rathe übertragen ist.

24) Der ordentliche Richter, welcher die Administra-
tiv-Prozesse instruiert und erstinstanzlich beurtheilt, ist der
Oberamtmann, unter dessen Gerichtsbarkeit der streitige
Gegenstand, seiner persönlichen oder dinglichen Natur
gemäß, gehört.

Es kann aber durch Gesetze oder durch einen beson-
dern Auftrag des Kleinen Rathes, letzteres jedoch nur
für einzelne Fälle, eine andere Behörde, entweder mit
der Instruktion der Prozedur, oder mit der erstinstanz-
lichen Beurtheilung derselben, oder endlich mit beiden
zugleich, außerordentlicher Weise beladen werden; einer
solchen Behörde stehen alsdann für diese Gegenstände di-
gleichen Rechte und Verrichtungen zu, wie dem ordent-
lich Administrativ-Richter; bloß mit dem Unterschied,
daß ihre Befehle an die Parthenen rogatorisch durch die
betreffenden Oberämter ergehen müssen.

25) Unser Kleiner Rath ist der einzige höchstinstanz-
liche Richter für Administrativ-Streitigkeiten. Er kann
diese Gewalt an niemanden übertragen.

26) Der Administrativ-Prozeß wird im allgemeinen
nach den Regeln des Civil-Prozesses geführt, doch mit
Befolgung der nachstehenden besondern Vorschriften.

27) Keine Administrativ-Klage darf angenommen
werden, bevor ein fruchtloser Versuch zur Ausgleichung
vor dem Friedensrichter, nach Vorschrift der diesörtigen
Gesetze, statt gehabt hat; ausgenommen in den Fällen

6. Juni wenn nach Anleitung des ersten und dritten Abschnittes,
1818. der Kleine Rath einen Gegenstand zur Untersuchung an den Administrativ-Richter weisen würde.

Die im §. 18. verordnete Erscheinung soll als friedensrichterlicher Versuch zur Ausgleichung gelten.

Jeder fruchtlose Ausgleichungs-Versuch vor dem competenten Friedensrichter berechtigt zu Führung einer Administrativ-Klage, wenn gleich die Rechtsöffnung in der Absicht verlangt worden wäre, eine Civil-Klage zu führen; und eben so kann auch eine Civil-Klage geführt werden, wenn gleich die Rechtsöffnung für den Administrativ-Prozeß verlangt worden ist.

28) Eine Administrativ-Klage soll ohne Vorladung der Gegenparthen geführt werden, es sey, daß dieses mündlich oder schriftlich geschehe.

Wenn die Klage mündlich geführt wird, so soll sie der Richter, und zwar die angebrachten Thatsachen mit möglichster Vollständigkeit, zu Protokoll nehmen, und der Parthen das Niedergeschriebene vorlesen lassen, damit sie sogleich auffällige Verbesserungen anbegehren könne. Diese Ablesung des Protokolls soll überhaupt allemal geschehen, wenn eine Parthen ein mündliches Anbringen zu Protokoll gegeben hat.

Der Kläger soll die Urkunden, auf welche er sein Recht stützt und auffällige schriftliche Beweise von angebrachten Thatsachen, die er in Händen hat, sogleich im Original oder in vidimirten Abschriften belegen; das Verzeichniß derselben soll dem Protokoll einverleibt wer-

den, und die Schriften wenigstens bis nach Eingabe der 6. Juni
Verantwortung in der Amtschreiberei liegen bleiben. 1818.

Es soll dem Kläger auf sein Begehren ein Protokolls-Auszug mitgetheilt werden, im Fall die Klage mündlich geführt worden ist.

29) Die Administrativ-Klage kann auch schriftlich geführt werden; und zwar durch eine eigene Vorstellung an den Richter, oder durch Einlage von andern Schriften, die vorher unter den Partthenen gewechselt worden wären, und die das Klagsbegehren samt seinen Gründen mit hinlänglicher Deutlichkeit enthalten.

Die schriftliche Klage soll das Verzeichniß der Schriften enthalten, welche der Kläger nach Vorschrift des §. 28. mit derselben einzulegen hat.

30) Jede Administrativ-Klage soll den Vorschriften gemäß eingerichtet seyn, welche die Civil-Prozeßform für Civil-Klagen vorschreibt, in sofern gegenwärtiges Gesetz nichts anderes verfügt.

31) Wenn die Administrativ-Klage mündlich oder schriftlich geführt worden ist, so soll der Richter den Beklagten von Amtes wegen vorladen, ihm die Klage eröffnen, die Einsicht allfälliger Belege gestatten, und auf Begehren die Klage und Belege abschriftlich mittheilen. Zugleich soll der Richter einen Termin bestimmen, in welchem diese Abschriften, bey Verantwortlichkeit des Sekretariats, ausgefertigt seyn müssen.

Dem Beklagten soll auf sein Begehren ein Protokolls-Auszug mitgetheilt werden.

6. Juny
1818.

32) Von diesem Termin hinweg sind dem Antworter vierzehn Tage Zeit vergönnt, seine Verantwortung zu führen; doch kann der Richter diese Frist verlängern, wenn es die Umstände erheischen.

33) Die Verantwortung kann mündlich oder schriftlich geführt werden; und zwar kann sich der Beklagte, nach Gutfinden, selbst auf eine mündliche Klage schriftlich und auf eine schriftliche Klage mündlich verantworten.

Für die Verantwortung gelten auch, gleich wie für die Klage, die fernern Vorschriften der §§. 28. 29. 30. und 31.

34) Zerstörlche Einwendungen müssen in der Antwort angebracht und zugleich die einlässlichen Vertheidigungsgründe denselben nachgesetzt werden, damit die Streitsache selbst durch ein einziges Urtheil entschieden werden könne.

35) Wenn der Antworter hingegen den Administrativ-Gerichtsstand ablehnen, oder eine andere Vorfrage aufwerfen will, durch welche die Streitsache selbst nicht entschieden wird; so muß dieses in der für Zwischenfragen vorgeschriebenen Form geschehen. S. 64. und 65.

36) Nach eingelangter Klage und Antwort soll der Richter untersuchen: erstens, ob die Parthenen über den Thatbestand im Wesentlichen einig und nur über das Recht streitig seyen; zweitens, oder ob der Beklagte nur Verneinungen verseze und keine wesentlichen neuen Thatfachen anbringe; oder endlich drittens, ob derselbe neue, in der Klage nicht enthaltene Thatfachen vortrage.

37) Im ersten Fall soll der Richter sofort, nach Mittheilung 6. Juny 1818. gabe der §§. 59. und folgenden zum Urtheil schreiten.

Im zweiten Fall soll derselbe dem Kläger sofort einen für das Recht zur Beweisführung peremptorischen Termin bestimmen, und durch den Weibel schriftlich ankündigen lassen, inner welchem selbiger den Beweis anzutreten hat. Dieser Termin muß wenigstens vierzehn Tage von der Ankündigung hinweg seyn, und der Richter kann die Frist den Umständen gemäß verlängern.

Im dritten Fall endlich soll der Richter dem Kläger schriftlich und durch den Weibel eine Frist, von wenigstens vierzehn Tagen von der Ankündigung hinweg, eröffnen, inner welcher er seine Replik einzurichten habe. Nach den Umständen kann der Richter diese Frist verlängern.

38) Die Replik kann mündlich oder schriftlich gemacht werden, und es sollen dafür die Vorschriften der §§. 28. 29. 30. und 31. gleich wie für die Klage gelten; doch sollen mit derselben keine neuen Belege eingelegt werden; ausgenommen für neue Thatsachen zu Verneinung oder Berichtigung der antworterschen.

Sie soll die Verneinung, Berichtigung und Bestreitung der in der Antwort enthaltenen neuen Thatsachen und allfälligen Einwendungs-Fundamente, nebst der Bestimmung der klägerschen Beweisfälle, enthalten. Die Verneinung und Berichtigung von neuen in der Antwort enthaltenen Thatsachen kann auch durch das Anbringen neuer Thatsachen geschehen, welche den antworterschen entgegen stehen.

6. Juny 1818. Die Versäumniß ihrer Eingabe inner dem bestimmten Termin soll, in Betreff der Verneinungen und sonst, keine andern Folgen haben, als die, welche der §. 66. vorschreibt.

39) Nachdem die Replik dem Antwortter mitgetheilt worden ist, soll ihm der Richter, auf die im §. 37. für den dritten Fall vorgeschriebene Weise, einen Termin zu Eingabe seiner Duplik ankündigen lassen.

40) Die Duplik kann mündlich oder schriftlich gemacht werden; und es sollen dafür ebenfalls die Vorschriften der §§. 28. 29. 30. und 31. gleich wie für die Klage gelten; doch sollen mit derselben keine neuen Belege eingelegt werden.

41) Die Duplik soll die Verneinungen und Berichtigung derjenigen neuen Thatsachen enthalten, welche laut dem §. 38. noch in der Replik angebracht werden dürfen, nebst der Bestimmung der antworterschen Beweissätze; es können auch diese Verneinungen nur durch den Verlust des Rechts zu Eingabe der Duplik erlösen.

42) Nach Verstreichung des zu Eingabe der Duplik bestimmten Termins soll der Richter dem Kläger sofort einen, für das Recht zur Beweislegung peremptorischen Termin bestimmen und durch den Weibel schriftlich ankündigen lassen, inner welchem selbiger den Beweis anzutreten hat. Auf gleiche Weise soll nach Beendigung oder Eröfnung des klägerischen Beweises dem Antwortter ein Termin zu Antretung seines Beweises angekündigt werden.

Diese Fristen sollen, von der Ankündigung hinweg, 6. Juny wenigstens vierzehn Tage laufen, und der Richter kann ^{1818.} sie je nach den Umständen verlängern.

43) Der Beweis wird dadurch angetreten, daß der Beweisführer dem Richter entweder ein schriftliches Verzeichniß seiner Beweismittel über jeden Beweissatz, mit Anzeige der allfälligen Zeugen, deren Verhör er verlangt, und der Fragen, deren Beantwortung er wünscht, einreicht; oder aber, daß er dieses mündlich zu Protokoll erklärt.

Zugleich muß der Beweisführer allfällige Beweisschriften wirklich beylegen. Es soll demselben auf Begehren ein Protokolls-Auszug gegeben werden.

44) Der Richter theilt hierauf, längstens inner acht Tagen, der Gegenparthen dieses Verzeichniß abschriftlich, oder in einem Protokolls-Auszug, durch den Weibel mit, und bestimmt derselben eine Frist von wenigstens vierzehn Tagen, von der Ankündigung hinweg, inner welcher sie einen Tag vor ihm erhalten muß, wenn sie irgend eine Einwendung gegen das Beweisverfahren machen will; bey Strafe der Erßigung solcher Einwendung.

Wenn der Beweisführer Schriften zum Beweis eingelegt hat, so soll die Gegenparthen dieselben während obiger Frist ungehindert einsehen und Abschriften oder Auszüge davon erheben können.

45) Alle Einwendungen gegen das Beweisverfahren, mit Ausnahme des Falles §. 58. sollen in der für Zwischen-Fragen vorgeschriebenen Form aufgeworfen und erörtert werden. (§. 64. und 65.)

6. Juny
1818.

Wenn jedoch gegen eine Beweisschrift wegen Verfälschung, oder gegen einen Zeugen wegen Bestechung desselben, erzipirt werden will, so kann dieses durch eine schriftliche Vorstellung an den Richter geschehen, welche inner dem Termine eingereicht werden, und die Gründe dieser Anklage enthalten muß. Hierauf soll der Administrativ-Prozeß still stehn; ausgenommen diejenigen Theile des Beweisverfahrens, gegen welche nicht erzipirt worden, und die inzwischen vollendet werden können. Die Anklage soll durch einen besondern Untersuchungs-Prozeß von Amtes wegen erörtert und beurtheilt werden; wobei der Ankläger zu den Kosten und zu allfälliger Genugthuung und Entschädigung verfällt werden kann, wenn die Anklage ungegründet befunden wird, und zu angemessener Strafe, wenn sie boshafter Weise gemacht worden ist.

46) Wenn inner dem Termin keine Einwendungen gemacht werden, so soll der Richter den Beweis auf folgende Weise fortsetzen; und bey Einwendungen diejenigen Theile desselben, gegen welche nicht erzipirt worden ist, und die bestrittenen nach Beendigung der Zwischen-Frage nachholen.

Doch soll er solche Zeugen vorläufig abhören, gegen welche erzipirt worden ist, und ihre Aussagen verschlossen aufbewahren.

47) Bey dem Zeugenbeweis soll der Richter die Zeugen von Amtes wegen vor sich laden, unter Bedrohung des Eides ernstlich zur Wahrheit ermahnen, sodann über die ihm von dem Beweisführer mitgetheilten Fragen, und allenfalls auch über andere, die er selbst zweckmäßig fin-

den würde, abhören, und ihre Aussagen genau zu Proto- 6. Bund
koll bringen lassen. 1818.

Es soll dabei dem Richter überlassen seyn, auch die Parthenen zu dem Zeugenverhör vorzuladen, oder nicht, und die Zeugen ganz oder zum Theil in ihrer Gegenwart oder nach dem Austritt der Parthenen zu verhören.

In allen Fällen soll er beyden Parthenen auf Begehren das Verhör-Protokoll abschriftlich mittheilen, wozu er dem Sekretariat einen Termin bestimmen wird.

48) Innerhalb vierzehn Tagen nach diesem Termin, kann die Gegenparthen des Beweisführers dem Richter gleichfalls Fragen zur Beantwortung durch die aufgeführten Zeugen vorlegen; worauf der Richter nach Mitgabe des §. 47. fortschreiten wird.

Es kann aber auch die Gegenparthen des Zeugenführers ihre Gegenfragen schon vor dem ersten Zeugenverhör dem Richter eingeben; in welchem Falle die Zeugen in dem nämlichen Verhör über die Fragen beyder Parthenen und über diejenigen des Richters, zugleich abgehört werden.

49) Jede Parthen ist berechtigt, dem Richter zwey Male Fragen vorzulegen, über die er die Zeugen nach obiger Vorschrift abhören soll. Sie muß aber jedes Mal diese Fragen innerhalb vierzehn Tagen, nach Verstreichung des Termins zu Ausfertigung des Auszuges des vorhergehenden Protokolls, einreichen; ansonst ihr Recht dazu erloschen ist.

50) Wenn in der vorgeschriebenen Frist keine fernern Fragen an den Richter gelangen, oder die Parthenen

6. Guno ihr Recht hiezu erschöpft haben, so soll ihnen der Richter
 1818. schriftlich durch den Weibel eine Frist von längstens
 vierzehn Tagen bestimmen, innerhalb welchen eine jede
 derselben begehren kann, daß die Zeugen ihre Aussagen
 eidlich beschwören sollen, die eine Parthen nicht wahr-
 haft glaubt.

Die Aussagen derjenigen Zeugen, deren Eid von
 keiner der beyden Parthenen inner dem Termin gefordert
 wird, sollen unbeschworen die Wirkung von beschworenen
 Aussagen haben.

51) Wird aber der Eid eines Zeugen gefordert, so
 soll der Richter seine Unterweisung veranstalten, wenn
 sie erforderlich ist; darauf von Amtes wegen sowohl die
 Parthenen als den Zeugen vorladen, und den letztern den
 Eid in gewohnter Form abschwören lassen, wenn er sich
 nicht allenfalls so erläutert, daß beyde Parthenen ihn von
 der Abschwörung des Eides entladen.

52) Wenn dem Richter andere Zeugen bekannt sind,
 als die, welche von der Parthen aufgeführt worden, und
 er den vollendeten Beweis durch die letztern für unvoll-
 ständig hält, so kann er von Amtes wegen auch jene er-
 stern Zeugen vorladen, und sowohl über die ihm durch
 die Parthenen für die bisherigen Verhöre eingegebenen,
 als auch über andere Fragen, die er selbst zweckmäßig
 finden würde, abhören.

Ihre Aussagen sollen den Parthenen durch Abschrift
 des Verhör-Protokolls mitgetheilt werden; und es soll
 denselben, nach Empfang dieser Abschrift, ein Mal ge-
 stattet seyn, inner vierzehn Tagen dem Richter Fragen
 einzureichen, über die sie ihre Abhörung verlangen.

Der Richter und die Parthenen sind berechtigt zu 6. Juny
fordern, daß ein solcher Zeuge seine Aussagen eidlich be- 1818.
schwöre, wenn sie dieselben nicht wahrhaft glauben.

53) Der Beweis durch seine Gegenparthen wird gleich dem Zeugenbeweise und in den gleichen Terminen geführt. Der Zeugenführer kann durch vorlegende Fragen zwei Verhöre fordern, und den Eid des Selbstzeugen. Dieser ist aber berechtigt, seine Aussagen über die Fragen des Zeugenführers schriftlich einzureichen.

54) Der Beweis durch Experten oder Kunstverständige, wird durch den Richter eingeleitet; doch kann ihm der Beweisführer zu der Zeit, welche der §. 43. bestimmt, Fragen einreichen, welche die Experten in ihrem Befinden beantworten sollen.

Dieses Befinden soll den Parthenen abschriftlich mitgetheilt werden, und jede derselben hat vom Empfang hinweg vierzehn Tage Zeit, dem Richter ein Mal Fragen zu Erläuterung des Befindens einzureichen, über welche er die Experten abhören soll.

Die Experten sind schuldig, ihr Befinden und die Aussagen über allfällige Erläuterungsfragen, eidlich zu beschwören, wenn es verlangt wird; und dieses soll in der gleichen Form, wie bei Zeugen, geschehen.

Der Richter kann von Amtes wegen einen Experten-Beweis anordnen, wenn er es nöthig findet.

55) Der Beweis durch Schriften wird durch die Einlage derselben (§. 43.) und ihre Vidimation als Beweis-schriften, geführt.

6. Juny 1818. Wenn dem Richter Schriften bekannt sind, die zu Aufheiterung der Sache dienen, so kann er dieselben von Amtes wegen beifügen; er soll die Parthenen davon benachrichtigen, und ihnen auf Begehren Abschriften, in einem zu bestimmenden Termine, ausfertigen lassen.

56) Der zum Beweis angerufene Augenschein soll nur dann abgehalten werden, wenn ihn der Richter zweckmäßig findet. Im Fall eines Rekurses kann aber der Beweisführer einen Ober-Augenschein verlangen, ob schon der erstinstanzliche Richter keinen Augenschein eingenommen hätte, sobald bei Antretung des Beweises (§. 43.) auf denselben angetragen worden ist; wobei dann die Abhaltung desselben ebenfalls von dem Ermessen Unseres Kleinen Rathes abhängen soll, wenn derselbe nicht bereits von Unserm Justiz-Rathe verordnet worden ist. Jede der beyden Parthenen kann einen Ober-Augenschein verlangen, wenn der erstinstanzliche Richter den Augenschein wirklich abgehalten hat.

Zu dem Augenschein soll der Richter beyde Parthenen einladen; ungeachtet des Ausbleibens derselben kann er aber nichts desto weniger eingenommen werden.

Der Richter kann von Amtes wegen einen Augenschein abhalten, wenn er es nöthig findet.

57) Wenn der Beweis durch einen vorhandenen Grundriß, Aufriß oder Vermessung geführt wird, so ist derselbe als Beweis durch Schriften anzusehen.

Wenn hingegen zum Beweis ein neuer Grundriß, Aufriß oder Vermessung verlangt wird, so soll dieser Beweis durch den Richter eingeleitet werden, wie derje-

nige durch Kunstverständige, wenn er selbigen als zweck- 6. Juny
mäßig erachtet. Findet er ihn unzweckmäßig, so soll er 1818.
dieses dem Beweisführer erklären; und wenn dieser dar-
auf beharret, den Beweis sofort auf Kosten desselben
einleiten, die aber in diesem Falle dem Beweisführer
niemals erstattet werden sollen.

Zu der Aufnahme des Grundrisses, Aufrisses oder
einer Vermessung, sollen die Parthenen eingeladen, aber
ungeachtet ihres Ausbleibens, fortgefahren werden.

Der Richter kann von Amtes wegen die Aufnahme
eines Grundrisses, Aufrisses oder einer Vermessung ver-
hängen, wenn er es nöthig findet, jedoch nie ohne Ge-
nehmigung der Regierung; eine solche Aufnahme geschieht
aber allemal auf Unkosten der Regierung, und keine Par-
then kann zu deren Ersatz verfaßt werden.

58) Wenn eine Parthen Einwendungen gegen einen
Beweis, oder gegen ein Beweismittel zu machen hat,
welche der Richter von Amtes wegen anwendet; so soll sie
dieselben in einer gedrängten Vorstellung an ihn, oder in
einer mündlichen Erklärung zu Protokoll, anbringen.
Der Richter kann hierauf verfügen, was ihm angemes-
sen scheint; aber die höhere Instanz soll die Einwen-
dungen der beschwerenden Parthen auf alle Fälle unter-
suchen und nach ihrem Werthe berücksichtigen, wenn die
Streitsache vor sie zum Entscheid kommt.

Sollte jedoch die Rüge von der im zweiten Satz des
§. 45. erwähnten Art seyn, so soll der Richter auch auf
die daselbst vorgeschriebene Weise verfahren.

59) Nach Beendigung oder Ersizung des Beweises

6. Zum soll der Richter sofort, ohne fernern Schriftwechsel, zum
1818. Urtheil schreiten.

Es soll jedoch in seinem Ermessen stehn, vor dem Urtheil noch die Parthenen über nöthig findende Erläuterungen zu verhören; und ihre Aussagen müssen zu Protokoll genommen werden. Zu einer solchen Abhörung müssen beyde Parthenen vorgeladen werden, und sie muß in beyder Anwesenheit geschehen, sobald sich beyde einfinden.

60) Der Administrativ - Richter ist in seinem Urtheil nur in sofern an die Schlüsse der Parthenen gebunden, daß er keiner derselben ein Mehreres, als worauf sie geschlossen hat, zusprechen kann; hingegen kann er den Streit dadurch entscheiden, daß er den Parthenen ihre Schlüsse nur zum Theil zuspricht, oder eine neue Verfügung über den streitigen Gegenstand verhängt.

61) Das Urtheil soll inner vierzehn Tagen ausgefällt, mit einer deutlichen Rechts - Frage versehen, motivirt, in Schrift verfaßt, durch den Richter besiegelt, und durch sein Sekretariat unterschrieben werden.

62) Nach Ausfertigung des Urtheils soll der Richter die Parthenen auf einen bestimmten Tag vor sich laden, ihnen selbiges eröffnen, das Datum der Eröffnung in das Urtheil einschreiben, und den Parthenen das ausgefertigte Urtheil zustellen.

63) Ein Administrativ - Urtheil ist vierzehn Tage nach dieser Eröffnung ohne weiters exekutorisch, es sey dann Sache, daß in solcher Frist der Refurs erklärt worden seye.

64) Alle Zwischen-Fragen, über welche dieses Gesetz 6. Juny nichts besonders vorschreibt, sollen nur mündlich erörtert werden, wie hienach folgt. 1818.

65) Der Incidental-Kläger soll sein Zwischen-Begehren, mit gedrängter Anzeige seiner Hauptgründe, und einem Verzeichniß auffälliger Belege, in einer Vorladung dem Richter einhändigen; welche derselbe dem Incidental-Antworter sogleich durch den Weibel anlegen läßt, und den Tag so ansetzen soll, daß sie wenigstens acht Tage vor dem Erscheinungstag angelegt sey.

Ben der Erscheinung soll die Klage und Antwort mündlich geführt und zu Protokoll genommen werden; worauf der Richter die Parthenen entläßt, und wenn kein Beweis gelegt werden muß, zum Urtheil schreitet; welches auf die im §. 62. vorgeschriebene Weise eröffnet wird.

Muß aber ein Beweis gelegt werden, so bestimmt der Richter sogleich den Termin dazu; und der Beweis wird nach den oben enthaltenen Vorschriften angetreten und geführt; worauf sofort das Urtheil und die Eröffnung desselben auf vorgeschriebene Weise erfolgen.

Nach dem Entscheid einer Zwischen-Frage wird der Richter einen neuen Termin zu demjenigen Rechtsschritte bestimmen, bey welchem die Hauptsache verblieben ist.

66) Wenn der Antworter den im §. 32. für seine Verantwortung, oder der Kläger den im §. 37. für seine Replik festgesetzten Termin ohne passende Rechtsvorkehr verstreichen läßt, so soll jede fernere Rechtsvorkehr der

6. Juny saumseligen Parthen ersessen seyn; das Recht zum Re-
1818. kurse jedoch vorbehalten.

Wenn der Antworter den Termin zu Eingabe seiner Duplik (§. 39.) versäumt, so soll der Richter sofort dem Kläger für seinen Beweis, nach Mitgabe des §. 42. Termin setzen, und das Recht die Duplik einzugeben, und einen antworterschen Beweis zu führen, ersessen seyn.

Wenn ein Selbstzeuge auf die Vorladung des Richters (§. 47.) nicht erscheint, so soll er eine zweite peremptorische Vorladung an ihn erlassen; und wenn er wiederum ausbleibt, oder nicht passend antworten will, oder sich weigert den Eid zu schwören, so soll ihn der Richter so lange in Gefangenschaft setzen, bis er seine Pflicht erfüllt; der Widerspenstige soll auch die durch seinen Ungehorsam verursachten Kosten bezahlen.

Das gleiche Verfahren hat Platz, wenn eine Parthen auf die im §. 59. erwähnte Vorladung des Richters ausbleibt.

Wenn eine Parthen an dem zu Eröffnung des Urtheils bestimmten Tage (§. 62.) ausbleibt, so soll die Eröffnung an die andere dem ungeachtet erfolgen; und beyden die Frist zum Refurse von da hinweg laufen.

Wenn eine Parthen an dem zu Erörterung einer Zwischen-Frage bestimmten Tage (§. 65.) ausbleibt, so soll sie der Richter zu Bezahlung der Tagkosten verfallen, und eine zweite, peremptorische Vorladung von Amtes wegen erlassen. Bleibt darauf der Incidental-Kläger aus, so soll sein Zwischen-Begehren ersessen seyn, und er die Kosten bezahlen; bleibt der Incidental-Antworter aus,

so soll sein Recht zu antworten ersehen seyn, und der 6. Juny
Richter zum Urtheil schreiten. 1818.

67) Alle Folgen einer Ersizung werden durch den Richter aufgehoben, wenn sich die betreffende Parthen genugsam über ihre Versäumnis oder ihr Ausbleiben rechtfertigen kann.

Das Begehren dieser Aufhebung muß in der Form einer Zwischen-Frage gemacht werden; und zwar muß der Tag hiezu, bey Strafe der Ersizung des Entschuldigungs-Rechts, spätestens vierzehn Tage, nachdem die Ursache der Versäumnis oder des Ausbleibens aufgehört hat, bey dem Richter nachgesucht werden.

68) Wenn eine Termins-Berlängerung vor dem Urtheil nachgesucht, aber von dem Richter abgeschlagen worden ist, so kann dieser Abschlag rekurriert werden. Wird er in oberer Instanz abgeändert, so sollen die Kosten zum Hauptgeschäft geschlagen werden; wird der Abschlag bestätigt, so soll der Rekurrent die Kosten bezahlen, und für seinen Muthwillen höchstens fünfzig Franken Buße zu Händen des Staats erlegen.

Das Begehren einer Termins - Verlängerung und der Refurs darüber, sollen blos einseitig von der begehrenden Parthen, ohne Benziehung ihrer Gegenparthen, betrieben werden.

69) Wenn das Sekretariat in dem richterlich bestimmten Termin die betreffenden Ausfertigungen nicht gemacht hat, so soll es die dadurch entstehenden mehreren Kosten und den allfälligen Schaden bezahlen, und für

6. Zumy seine Saumseligkeit zehn Franken Buße zu Händen des
1818. Staats erlegen.

Auf Begehren der Parthen soll der Richter dem Sekretariat einen neuen Termin setzen, von dessen Verfluß die Frist für die Parthen erst zu laufen anfängt.

70) Unzänglichkeiten oder Beleidigungen, welche in Prozeßschriften gegen jemand gemacht werden, ohne daß es die Sache selbst erfordert, oder unanständige Stellen, soll der Richter von Amtes wegen austreichen und tilgen, in Fällen, wo die Gesetze eine Strafe vorschreiben, dieselbe verhängen, und dieses der Parthey eröffnen, welche die Schrift eingereicht hat.

Wenn eine Prozeßschrift überhaupt nicht so eingerichtet ist, wie sie das Gesetz vorschreibt, so soll sie der Richter von Amtes wegen aus dem Rechte weisen, bevor in dem Prozesse weiters fortgefahren wird.

In beiden Fällen ist der betreffenden Parthen, von Eröffnung dieser richterlichen Verfügung hinweg, der Refurs über dieselbe gestattet; welcher bloß einseitig betrieben werden soll. Wird die Verfügung in oberer Instanz abgeändert, so sollen die Kosten zum Hauptgeschäft geschlagen werden; wird sie bestätigt, so soll sie der Refurrent bezahlen.

71) Wegen Klags- oder Antworts-Verstärkungen, durch Veränderung der Schlüsse, oder durch Einstreuung unerlaubter, neuer Thatsachen, soll keine Zwischen-Frage über ihre Elimination aufgeworfen werden; sondern die Gegenparthen soll lediglich durch ihre darauf folgende

Rechtsvorkehr, oder bey derselben, dagegen protestiren; 6. Juny und der Richter soll bey dem Urtheil auf das unerlaubte 1818. Anbringen keine Rücksicht nehmen, wenn er die Protestation gegründet findet.

72) Die Reform einer Prozedur vor dem Urtheil über dieselbe, und die Revision nach dem Urtheile, oder das neue Recht, ist in den Fällen und auf die Weise gestattet, wie es die Civil-Rechtsform vorschreibt.

73) In Administrativ-Streitigkeiten sollen keine Ferien den Gang des Rechts hindern: wohl aber gelten sie für Betreibungen, die von einer solchen Streitigkeit herühren.

74) Die Prozeßkosten sollen auf gleiche Weise bestimmt und ermäßigt werden, wie bey Civil-Prozeßen.

Wenn jedoch, auf eine Klage gegen einen Oberamtmann, der Staat zu Bezahlung der Kosten verfällt worden ist, so soll der Amtsstatthalter diese Kosten erstinstanzlich ermäßigen, und Unserm Justiz-Rath davon Kenntniß ertheilen; damit gutfindenden Falls diese Ermäßigung weiters gezogen werden könne.

VI. Abschnitt.

Von den Rekursen.

75) Die Rekurse aller erstinstanzlich beurtheilten Gegenstände, deren Prozeß-Form in diesem Gesetz vorgeschrieben ist, sollen auf nachfolgende Weise betrieben werden.

6. Juny 1818. 76) Inner vierzehn Tagen , von der Eröffnung des Urtheils hinweg , muß der Refurrent sich bey dem Richter , welcher erstinstanzlich geurtheilt hat , zu Erklärung des Refurses melden , bey Strafe der Erßigung des Refurses.

Der Richter soll den Refurs oder Abschlag in das Urtheil , und in eine eigene Controлле darüber , mit Vermeldung des Tages , wo sich der Refurrent zuerst gemeldet hat , einschreiben ; zugleich auch in der Controлле die Namen der Parthey , das Datum des erstinstanzlichen Urtheils und seiner Eröffnung vermelden. Wenn jedoch der Refurs bloß eine Verfügung von Amtes wegen , nach Mitgabe des §. 68. und 70. betrifft , so wird nur der Name des Refurrenten eingeschrieben und bemerkt , daß der Refurs gegen eine solche Verfügung gerichtet sey.

77) Alle Administrativ-Streitigkeiten können refurirt werden ; ausgenommen diejenigen Straffälle , die unter der oberamtlichen Competenz stehen , und Tagkosten.

78) Der Refurrent kann bey der Refurserklärung dem erstinstanzlichen Richter seine Akten geordnet und zusammen geheftet einreichen , und denselben in den Fällen wo es der §. 81. gestattet , ein Refurs-Memorial beyfügen ; worauf er keine fernere Diligenz zu machen hat. Fügt er bey dieser Einreichung der Akten kein Refurs-Memorial bey , so ist sein Recht dazu ersehen.

Der erstinstanzliche Richter sendet die empfangenen Akten alsogleich an Unsern Kleinen Rath ; und wenn er von Amtes wegen die Prozedur vervollständigt hat , so soll er die dießörtigen Akten gleichfalls beyfügen.

79) Wenn die Akten nicht bey der Refurs-Erklä- 6. Juny
rung eingereicht worden sind, so muß sie der Refurrent, 1818.
inner dreßßig Tagen, von der Refurs-Erklärung hinweg,
dem erstinstanzlichen Richter geordnet und zusammengehes-
tet eingeben; bey Strafe der Erßigung des Refurses.

Der Richter soll diese Eingabe in das Urtheil und
in eine eigene Controlle darüber, mit Vermeldung des
Tages, auf gleiche Art, wie im §. 76. vorgeschrieben
ist, eintragen, und darauf die Akten, wie der §. 78.
verordnet, sogleich Unserm Kleinen Rath einsenden.

80) Wenn der Refurrent ein Refurs-Memorial ein-
zureichen wünscht, so muß er in den Fällen, wo ein sol-
ches gestattet ist (§. 81.), dasselbe, oder die Bitte um
Verlängerung des Termins dazu, und in andern Fällen
(§. 82.) die Bitte um die Erlaubniß ein Refurs-Memo-
rial eingeben zu dürfen, dem erstinstanzlichen Richter zu-
gleich mit den Akten, inner dem in §. 79. vorgeschrie-
benen Termin, einreichen; bey Strafe der Erßigung des
Rechts zu einer solchen Eingabe.

81) Ein Refurs-Memorial ist nur in den folgenden
Fällen ohne besondere Erlaubniß dazu gestattet:

1. Wenn der Refurrent einen Ober-Augenschein verlangt.
2. Wenn derselbe einen peremptorischen Termin zu Betreibung des Refurses verabsäumt hat, und sich darüber rechtfertigen will.
3. Wenn ein Refurs über eine Verfügung von Amtes wegen nach den §§. 68. und 70. betrieben wird.

6. Juny
1818.

4. Wenn der erstinstanzliche Richter in seinem Urtheil von Amtes wegen eine Thatsache anführt, die in der bisherigen Prozedur nicht enthalten war; oder ein Beweismittel beysügt, welches den Parthenen vorher nicht mitgetheilt worden ist; oder wenn er durch das Urtheil eine Versützung trifft, die nicht in den Schlüssen der Parthenen enthalten war; ferner in Fällen, wo Klage gegen einen Vogt oder Vogts-Constituenten geführt worden ist, (§. 7.); und endlich bey Straffällen der Verwaltungs-Polizen. (§. 11.)

82) In andern Fällen soll es Unserm Justiz-Rathe überlassen seyn, dem Refurrenten, auf seine Bitte dafür, die Eingabe eines Refurs-Memorials zu gestatten, wenn der Streit von hinreichender Wichtigkeit ist, und es die vollständige Besorgung des Rechtes der Parthenen zu erfordern scheint; oder im entgegengesetzten Fall dieselbe abzuschlagen.

83) Die Bitte um Termins-Verlängerung zu Eingabe des Refurs-Memorials, in den Fällen, welche der §. 81. festsetzt, und um Gestattung eines Refurs-Memorials in den Fällen des §. 82, soll an Unsern Kleinen Rath gerichtet, kurz und schriftlich abgefaßt seyn, und sich bloß auf den Gegenstand und die Gründe der zu machenden Bitte beschränken.

84) Wenn der Justiz-Rath die Eingabe eines Refurs-Memorials oder eine Termins-Verlängerung hiefür gestattet, so soll derselbe dem Refurrenten hiezu eine hinlängliche Frist bestimmen; welche ihm, bey Strafe des Verlusts des Rechtes zu dieser Eingabe, von da hinweg

zu laufen anfängt, wo ihm die Akten wiederum zuge- 6. Juny
stellt worden sind. 1818.

Unser Justiz-Rath soll hierauf alle eingekommenen Akten, und seine Verfügung über die betreffende Bitte des Rekurrenten, dem erstinstanzlichen Richter zusenden; und dieser soll die Akten und die Verfügung, dem Rekurrenten alsogleich durch den Weibel zustellen lassen; welcher gehalten ist, den Tag der Verrichtung in das Urtheil einzuschreiben.

85) Das Refurs-Memorial soll an Unsern Kleinen Rath gerichtet seyn, anständig, kurz und deutlich abgefaßt, und einfach eingereicht werden.

Dasselbe darf sich nur in den Fällen des vierten Artikels des §. 81. und wenn Unser Justiz-Rath die Eingabe eines solchen erlaubt hat, auf die Hauptsache der Streitigkeit beziehen. In dem ersten, zweiten und dritten Falle des §. 81. muß sich hingegen das Refurs-Memorial bloß auf das vorliegende Ansuchen und die Gründe dafür, beschränken.

Wenn sich der Rekurrent wegen der Versäumniß eines peremptorischen Termins zu Betreibung des Refurses rechtfertigen will, (§. 81. Art. 2.) so muß er, bey Strafe des nachherigen Ausschlusses, die Belege zu seinen Gründen hiefür sogleich dem Refurs-Memorial beifügen. Werden keine solchen Gründe durch ein Refurs-Memorial angegeben und bescheinigt, so soll verfahren werden, als ob keine vorhanden wären.

86) Wenn der Rekurrent die Termine beobachtet hat, oder eine Versäumniß auf vorgeschriebene Weise entschul-

6. ^{1818.} Sumpdiat, so soll der Justiz-Rath dem Intimaten ein Verzeichniß der eingelangten Akten, nebst einer Abschrift des Refurs-Memorials und der Belege zu Entschuldigung einer Versäumniß, wenn das eine oder andere eingelangt ist, durch den erstinstanzlichen Richter zuseuden, und von Empfang derselben hinweg einen genugsamen Termin setzen, seine Akten dem gedachten Richter einzureichen.

Der Weibel, welcher dem Intimaten diese Schriften zustellt, soll den Tag der Verrichtung schriftlich auf der Termins-Bestimmung des Justiz-Raths bescheinigen, welche dem Intimaten zugestellt wird.

87) Inner diesem Termin muß der Intimat seine Akten geordnet und zusammengeheftet dem erstinstanzlichen Richter einreichen; bey Strafe des Verlusts seines Rechts hiezu, es sey dann, daß er sich wegen der Versäumniß hinlänglich rechtfertigen könne; welches in der gleichen Form geschehen muß, wie für den Refurrenten vorgeschrieben ist.

Der erstinstanzliche Richter soll die empfangenen Akten alsogleich Unserm Kleinen Rath einsenden; nachdem er den Tag ihres Empfanges in das Urtheil und in seine Controlle eingeschrieben haben wird.

88) Ein Gegen-Refurs-Memorial ist nur dann erlaubt: wenn der Refurs-Refurrent ein Memorial eingegeben hat; wenn der Intimat einen Ober-Augenschein begehrt; wenn derselbe die Ersizung vorschützen will; wenn er sich selbst über die Versäumniß der Eingabe seiner Akten zu rechtfertigen sucht; wenn endlich bey Straffällen der Beklagte als Intimat erscheint, und vor dem erstinstanz-

lichen Urtheil keine schriftliche Bertheidigung einge- 6. Juny
geben hat. 1818.

Es muß dasselbe, oder eine Bitte um Termins-Verlängerung, auf die für den Refurrenten vorgeschriebene Weise, bey Strafe des nachherigen Ausschlusses, mit den Akten zugleich eingereicht werden.

89) Das Gegen-Refurs-Memorial, soll wie das Refurs-Memorial eingerichtet seyn, und so wie es der §. 85. für die verschiedenen Fälle eines Refurs-Memorials vorschreibt.

90) Bey dem Refurse einer Verfügung von Amtes wegen nach Mitgabe des §. 68. und 70. und bey demjenigen eines Strafurtheils über einen Fall, wo keine Privat-Parthey als Kläger aufgetreten ist, und wo der Beklagte rekurriert hat, fallen die Vorschriften der §§. 86. 87. 88. und 89. weg.

91) Wenn die Akten des Intimaten eingelangt sind, oder das Recht dazu erfassen ist, so schreitet der Justiz-Rath zu der Vorberathung; und ist berechtigt, einen von der einen oder andern Parthey verlangten Ober-Augenschein, gutfindenden Falls, zu erkennen und abzuhalten.

Wenn beyde Partheyen den Ober-Augenschein verlangen, so soll ihn der Justiz-Rath allemal veranstalten.

92) Der Justiz-Rath kann jede nöthig findende Vervollständigung der Prozedur befehlen und die Art und Weise derselben anordnen.

Juny 1818. Das gleiche Recht steht auch dem Kleinen Rathe vor der Beurtheilung zu.

93) Unser Kleine Rath wird, auf den Vortrag des Justiz-Raths, zuerst allfällige Vorfragen entscheiden, und sodann, Falls die Eröffnung des Rekurses nicht erkannt würde, nach den im §. 60. vorgeschriebenen Grundsätzen, die Hauptsache endlich beurtheilen.

94) Das Urtheil des Kleinen Rathes soll, mit den Akten, dem betreffenden Oberamtmann zugesandt werden; dieser wird die Parthenen auf einen Tag vorladen, ihnen dasselbe eröffnen und mit den Akten zustellen.

Von dem Tage dieser Eröffnung hinweg nach vierzehn Tagen, ist das Urtheil des Kleinen Rathes ohne weiters exekutorisch.

95) Dieses Gesetz soll den 1sten Jenner 1819 in Vollziehung treten, gedruckt, der Sammlung der Gesetze und Beschlüsse einverleibt und sonst auf gewohnte Weise bekannt gemacht werden.

Gegeben, in Unserer Großen Rathversammlung,
den 5. und 6. Juny 1818.

Der Amts-Schultheiß,
Fr. von Müllinen.

Der Staatschreiber,
Gruber.

P u b l i k a t i o n

über die Huldigung in den Leberbergischen A m t e r n.

Vergl. Neue Ges. u. Dskr. Th. I. S. 18.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt 8. Juny
und Republik Bern, Entbieten Euch, liebe und 1818.
getreue Angehörige der Städte und Landschaften des
Leberberges, Unsern Gruß und wohlgeneigten Willen,
und geben Euch anben zu vernehmen:

Das Wohlwollen der hohen verbündeten Mächte
hat Euch, durch Eure Vereinigung mit der Republik
Bern, dem schweizerischen Vaterlande einverleibt, mit
dem Ihr sowohl durch die Natur selbst, als durch nach-
barliches Wohlvernehmen und alte Verträge, längst schon
nahe verwandt waret, und dessen Freiheit und Wohl-
fahrt, unter dem Schutze der von ganz Europa ihm zu-
gesicherten, immerwährenden Neutralität, auch Ihr zu
geniessen berufen send.

Diese Vereinigung soll nun durch die Heiligkeit des
Eides versiegelt werden. Wir senden dafür, zum Be-
weis Unserer Zuneigung zu Euch, eines Unserer würdi-
gen Standeshäupter, von Abgeordneten aus dem Schooße
der Landes-Regierung begleitet, in Ewere Mitte. In

8. Juny 1818. Seine Hände sollen Eure geistlichen und weltlichen Vorsteher, sowohl für sich selbst als in Eurer Aller Namen, unter Anrufung Gottes, den feyerlichen Eid ablegen, Euren nunmehrigen Vaterlande und Eurer Regierung getreu und gehorsam zu seyn.

Diener des Altars, öffentliche Beamtete, Vorsteher der Städte und Landschaften! Wir haben das Vertrauen zu Euch, daß Ihr, jeder in seinem Stande, durch Belehrung, Gerechtigkeits- und Ordnungsliebe, und durch thätige Wachsamkeit, so wie durch eigenes Beispiel, Euch bestreben werdet, die für Euch und Eure Mitbürger zu leistende Verpflichtung gewissenhaft zu erfüllen; denn ihr Glück liegt zunächst in Euren Händen.

Von Euch, liebe Angehörige des Leberberges, fordern und erwarten Wir, daß Ihr, in Vollbringung des in Euren Namen zu gebenden Versprechens, durch Gehorsam gegen das Gesetz, und durch Treue an Vaterland und Regierung, stets beweisen werdet, des Berner-Namens würdig zu seyn. Wir kennen und schätzen Euch als ein gutes und wackeres Volk; darum bauen Wir auf Euch, als gute Söhne des Vaterlandes. Als solche werdet Ihr dann auch in Uns jederzeit, unter Gottes segenvollem Bestande, eine eben so milde und väterliche Regierung wieder finden, als diejenige war, unter welcher Ihr Jahrhunderte lang glücklich gelebt habet.

Zur Befestigung nun dieses wechselseitigen Bandes des Wohlwollens und der Ergebenheit, beschliessen Wir und

v e r o r d n e n :

S. Juny
1818.

1) Alle in den fünf Leberbergischen Aemtern, und den mit den Aemtern Erlach, Nidau und Büren neu vereinigten Städten und Landschaften verbürgerte Cantons-Angehörige sind verpflichtet, an Schultheiß, Klein und Große Räte der Stadt und Republik Bern, als ihrem nunmehrigen rechtmäßigen Landesherrn, den Eid der Treue zu leisten.

Diese Huldigung soll, sowohl für sich selbst, als im Namen aller vorgedachten Cantons-Angehörigen, durch die Geistlichkeit, die öffentlichen Beamten und Abgeordnete aller Städten und Gemeinden des Leberberges, an Unsere verordnete Regierungs-Deputation, zu Händen der hohen Landes-Regierung feyerlich erstattet werden.

2) Diese Feyerlichkeit soll am 24ten dieses Monats in der Stadt Delsberg vor sich gehen.

3) Zu dem Ende sollen sich in Delsberg versammeln:

Die gesammte stationirte Geistlichkeit beider Con-
fessionen, in dem im 1. Art. bezeichneten Landes-
theile.

Die fünf Oberamtleute im Leberberg.

Ihre Amtsstatthalter, Amtsschreiber und Amts-
weibel.

Denne die Amtsstatthalter am Amtsgericht für
Neuenstadt und den Tessenberg.

Derjenige am Amtsgericht von Biel, samt dessen
Amtsschreiber und Amtsweibel.

8. Juny
1818.

Die Mitglieder der Gerichtshöfe von Bruntrut und
Delsberg.

Die Mitglieder der Amtsgerichte in den andern
Kantonen des Leberberges, und der Amtsgerichte
von Biel und Neuenstadt.

Sämmtliche Gerichtsstatthalter und Gerichtswreiber,
samt denjenigen der Kantone Erlach, Nidau und
Büren, so es betrifft.

Der Bürgermeister und zwei Ausgeschossene des Ma-
gistrats jeder Stadt, nach der Auswahl des Magi-
strats.

Der Meyer jeder Gemeinde.

Ein Ausgeschossener jeder, einen besondern Gemeind-
rath besitzenden Gemeinde, nach dessen Auswahl.

Die Stadt-Magistraten und Gemeinden werden die
Wahl ihrer Ausgeschossenen sogleich vornehmen und ih-
rem Oberamtmanne anzeigen, auch dieselben beauftragen,
in ihrem und der gesammten Bürgerschaft Namen den
Huldigungsseid zu leisten.

4) Alle im vorigen Artikel bezeichneten Personen
sollen sich am 23ten Juny um Mittagszeit in Delsberg
einfinden, um der Regierungs-Deputation durch ihre
Oberamtsleute nachmittags vorgestellt zu werden. Dieje-
nigen aus den Oberämtern Erlach, Nidau und Büren
werden durch den Oberamtmanne von Delsberg vor-
gestellt.

5) In den fünf Oberämtern des Leberberges soll
dann, wie im alten Canton, die Huldigung der jungen
Männer, welche jeweilen auf Ostern jeden Jahres, das

sechszehnte Jahr Alters zurückgelegt, oder den Zutritt 8. Juny
zum Abendmahl des Herrn erhalten haben werden, 1818.
künftighin auf den ersten Sonntag nach Ostern, und erst-
mals in nächstkünftigem Jahr vor sich gehen.

Gegenwärtige Publikation soll gedruckt, und auf
gewohnte Weise sogleich bekannt gemacht werden.

Geben in Bern, den 8. Juny 1818.

Der Amts-Schultheiß,
Fr. von Müllinen.
Namens des Kleinen Rathes,
der Staatschreiber,
Gruber.

I n s t r u k t i o n

f ü r d i e A m t s s c h r e i b e r .

Vergl. Ges. u. Defr. Th. I. S. 101. u. f. Th. V. S. 43. u. f.

19. Junn 1818. **W**ir S c h u l t h e i ß u n d R a t h d e r S t a d t
u n d R e p u b l i k B e r n , t h u n k u n d h i e r m i t :

Daß Wir in Betrachtung des Mangels einer vollständigen Instruktion für die Amtsschreiber, besonders hinsichtlich der Einrichtung der Amts- und Amtsschreibern = Archive, auf darüber angehörten Vortrag Unseres Justiz- und Polizen = Raths, denselben nachstehende Instruktion zu ertheilen gut gefunden, wie Wir denn

v e r o r d n e n :

Der Amtsschreiber ist der Aktuar des Oberamts und des Amtsgerichts, privilegirter Notar, und in allen diesen Eigenschaften Vorsteher eines öffentlichen Bureau.

I. Als Aktuar des Oberamts liegt ihm ob, die Oberamtliche Audienz zu verschreiben, und alle Oberamtliche Verhandlungen zu Protokoll zu bringen.

Zu diesem Ende wird der Amtsschreiber

1. Den civil- und polizen- oder administrationsrichter-

lichen, so wie den Criminal-Verhören fleißig beywoh- 19. Juny
nen, dieselben getreulich nach allgemeinen und vor- 1818.
handenen, oder noch zu erlassenden besondern Vor-
schriften niederschreiben, den Oberamtman auf da-
herige Augenscheine begleiten, das Resultat derselben
verbalisiren, die Oberamtlichen Urtheile und Be-
schlüsse jeder Art ausfertigen, deren Einschreibung
besorgen, und dem Staate die von daher fallenden
Gebühren verrechnen.

2. Dem Oberamtman in waisenrichterlichen Verhand-
lungen an die Hand gehen, die Vogts-Zedel ausfer-
tigen, den Vogts-Rodel führen, das Nachsehen hal-
ten, daß die Vögte in vorgeschriebener Zeit Rech-
nung ablegen, die Berechnung und Passation der
abgelegten Vogts-Rechnungen besorgen helfen, und
die Einschreibung derselben, so wie übrige dahin
gehörende Scripturen sich angelegen seyn lassen.
3. Die Oberamtliche Correspondenz und alle daherigen
Ausfertigungen unter der Aufsicht und Leitung des
Oberamtmanns pünktlich und zu rechter Zeit be-
sorgen.
4. Die Oberamtlichen Rechnungen zu Händen der ver-
schiedenen Regierungs-Behörden sauber und richtig,
auch zu vorgeschriebener Zeit ausfertigen.
5. Den Zehntsteigerungen und Verleihungen von
Staatsdomänen u. im Amtsbezirke beywohnen, und
die Ausfertigung der Zehnt-Tabellen, Steigerungs-
Stats, Lehenbriefe und sonstiger Scripturen nach

19. Juny
1818.

den Regeln der Wissenschaft und vorhandenen Formularen besorgen.

6. Das Archiv des Oberamts nach der hier angehängten besondern Vorschrift einrichten, in Ordnung halten und die verschiedenen Bücher und Controllen fleißig und getreu führen.

7. Ueberhaupt aber, in allen Geschäften des Oberamts, der Aufträge des Oberamtmanns gewärtig seyn.

Bei der Vielseitigkeit und Menge dieser Geschäfte und deren Unvereinbarkeit mit der nöthigen Aufsicht über die Amtsschreiber, ist jedoch dem Amtsschreiber gestattet, an seiner Stelle dem Oberamtmann einen fähigen und annehmlichen Gehülfen an die Hand zu geben, welcher zu pünktlicher Befolgung der Oberamtlichen Aufträge von dem Oberamtmann in Eidespflicht aufgenommen wird; die Oberamtlichen Audienzen in Rechts- und Frevelsachen aber sollen jeweilen nur durch einen passirten Notar verschrieben werden.

II. Als Aktuar des Amtsgerichts wird der Amtsschreiber den Sitzungen des Amtsgerichts, und zwar wo es seine Gesundheitsumstände oder andere ehebaste Ursachen nicht verhindern, persönlich benwohnen; die Verhandlungen des Tribunals getreulich in die Feder fassen; dessen Urtheile unparthenisch und fleißig motiviren; dieselben zu rechter Zeit, und in sauberer Form ausfertigen, und in die Protokolle eintragen lassen, allfälligen richterlichen Augenscheinen benwohnen, die fallenden Sporteln getreulich verrechnen; alles wie es in den bestehenden gesetzlichen Vorschriften des nähern vorgezeichnet ist.

III. Als privilegirter Notar hat der Amtsschreiber 19. Juni 1818.
 sich nach den vorhandenen Vorschriften über die Ausübung
 seines Berufs zu verhalten, seine Verschreibungen nach
 dem Willen der Parthenen und den Gesetzen gemäß einzu-
 richten, und in seine besondern Contrakten-Protokolle
 (mit Ausnahme der Hypotheken-Protokolle, die in der
 Amtsschreiberey geführt werden müssen,) einzutragen;
 besonders wird ihm zur Pflicht gemacht, die notarialischen
 Akten zu rechter Zeit nach Vorschrift des Tarifs Tbl. 2.
 Tit. B. Abschn. 2. §. 4. auszufertigen, und keine Ab-
 schriften oder Auszüge von unbesiegelten Contrakten, oder
 nicht homologirten Testamenten, Ehebriefen, oder andern
 Verordnungen von Todeswegen zu verfertigen; weßfalls
 auch die Protokolle dieser letztern aufbewahrt werden
 sollen.

IV. Als Vorsteher der Amtsschreiberey hat der
 Amtsschreiber

1. Sorge zu tragen, daß in diese obrigkeitliche Schreib-
 stube nur solche Männer, und zwar in genugsamer
 Anzahl, als Arbeiter und Gehülften aufgenommen
 werden, die durch Erziehung und Ausbildung, be-
 sonders aber durch ihre moralische Aufführung sich
 dahin qualificieren; zumal er für alle seine Ange-
 stellte, und besonders für die Vollständigkeit der
 Protokolle verantwortlich ist.
2. Allen Personen, welche Geschäfte halber die Amts-
 schreiberey besuchen, mit gutem Bescheid zu begeg-
 nen, die verlangten Arbeiten den Gesetzen gemäß
 sorgfältig und förderlich auszufertigen, und sich der

19. Juny
1818.

Emolumente halb genau an die vorhandenen Tarife und Bestimmungen zu halten.

3. In Geldstags-Angelegenheiten, die einen besondern Theil seiner Pflichten enthalten, wie nicht minder in Beneficiis Inventarii, den Geldsverordneten mit Rath und That an die Hand zu gehen.

4. Die Hypotheken-Protokolle in guter Ordnung zu erhalten, und fleißig zu registriren, damit in vorkommenden Fällen die Nachschlagungs-Zeugnisse mit der gesetzlich vorgeschriebenen Vollständigkeit erteilt werden können.

5. Alle Arbeiten, welche nach vorhandenen Vorschriften in der Amtsschreibern gefertigt werden müssen, besonders denn die hienach in dem Verzeichniß der Bestandtheile des Archives der Amtsschreibern vorkommenden Rödel und Bücher exakt und sauber zu führen, und die Ausfertigungen in gehöriger Zeit zu besorgen.

6. Die Staatsgebühren von den Contracten vor der gerichtlichen Fertigung derselben nach Vorschrift des Tbl. 2. Tit. 2. Abschn. 2. §. 49. des Tarifs zu beziehen und getreulich zu verrechnen, wie nicht minder über den Verkauf des Stempelpapiers, der Viehscheine und andere ihm übertragene Gegenstände der obrigkeitlichen Comptabilität gute Rechnung zu führen.

Ueberhaupt denn soll der Amtsschreiber in allen Vorkommenheiten die in den Gesetzen und dem Tarif liegen-

Den Vorschriften, welche seinen Beruf ansehen, und deren 19. Juny
vollständige Kenntniß er sich zu seiner ersten Pflicht ma- 1818.
chen wird, genau befolgen, und nach allen seinen Kräf-
ten mitwirken, daß die obrigkeitlichen Arbeiten gefertigt
und alle begründete Klagen vermieden werden.

Unser Justiz-Rath wird beauftragt, durch einen Aus-
schuß aus seiner Mitte oder durch andere in dem Fache
erfahrene Geschäfts-Männer alle Amtsschreiberenen je in
vier Jahren einmal visitiren zu lassen, und Uns über die
Erfüllung vorstehender Amtspflichten durch die bestellten
Amtsschreiber, und über die Befolgung nachstehender
Vorschriften über die Amts-Archive den Vortrag zu er-
statten.

A n h a n g.

Vorschriften über das Archiv.

A. Das O b e r a m t l i c h e A r c h i v s o l l e n t h a l t e n :

1. Rücksichtlich auf die Beziehung der Staats-Einkünfte.

- a. Documenten-Buch.
- b. Bodenzins-Urbar.
- c. Zehnt-Urbar.
- d. Zehnt-Rödel.
- e. Heisch-Rödel.
- f. Concessionen-Buch.
- g. Cassa-Buch.

19. Juny
1818.

h. Controлле - Buch über Zehnt - und Bodenzins-
Loßkäufe.

2. Rücksichtlich auf Criminal - und Polizen-Sachen.

- a. Sammlung der Criminal - Anzeigen.
- b. Gefangenschafts - Model oder Thurbuch.
- c. Sammlung der Criminal - Prozeduren , in so fern solche nicht in dem Sekretariat des Appellations - Gerichts aufbewahrt werden , und der höchstinstanz - lichen Sentenzen.
- d. Sammlung der polizenrichterlichen Prozeduren , jede mit angefügter Sentenz.
- e. Reinliches Gesetzbuch mit den dazu dienenden In - struktionen.
- f. Signalementen - Bücher.
- g. Landjäger - Reglement.
- h. Instruktionen - Buch für das Landjäger - Corps.
- i. Sammlung der monatlichen Criminal - Rapporte.
- k. Register über die Gefangenschafts - Effekten.
- l. Bußen - Model.
- m. Verzeichniß der Transport - Befehle.
- n. Vaganten - Register.
- o. Controлле über die Armenführen.
- p. Paß - Controлле.
- q. Controлле über die Fremden.
- r. Abbüßungsmodel in Consistorial - Fällen.
- s. Eidsformular - Protokoll.

3. Civil

19. Juny
1818.

3. Civil - Gegenstände.

- a. Gerichts - Sitzung.
- b. Gesetze und Dekrete.
- c. Refurs - Controlle.
- d. Moderationen - Buch.
- e. Mandaten - und Instruktionen - Buch.
- f. Controlle über die hinter den Richter gelegten Effekten.

4. Administrations - Gegenstände.

- a. Register über die patentirten und beamteten Personen des Amtsbezirks.
- b. Zell-, Gemeind- und Wald-Reglementen-Buch.
- c. Sammlung der Amts-, Gemeinds-, Zehnt- und anderen Marchbeschreibungen, in sofern solche nicht in den Urbarien enthalten sind.

5. Correspondenz - Bücher.

- a. Brief - Controlle über alle von Staats - Behörden ankommenden Schreiben.
- b. Mißiven - Buch.
- c. Sammlung der einlangenden Schreiben von Regierungs - Behörden nach den verschiedenen Disasterien geordnet.

B. Amtsschreiberen - Archiv.

Neben denjenigen Manualen und Akten, die sich vor

19. Juny dem Jahr 1798 datiren und in der Amtschreiberey
1818. aufbewahrt werden, soll dasselbe enthalten :

- a. Die Hypotheken-Manuale, den Kirchhören nach geordnet.
- b. Controlle über die Stipulations-Gebühren.
- c. Allgemeines Manual, das alle Verschreibungen enthält, die kein Unterpfandsrecht tragen.
- d. Testamenten-Buch.
- e. Concept-Bücher über alle notarialische Verschreibungen.
- f. Amtsgericht-Protokoll
- g. Audienz-Protokoll
- h. Verbot- und Publikationen-Manual.
- i. Geldstags-Rödel.
- k. Beneficia Inventarii, wenn solche auf Verlangen der Parthenen doppelt ausgefertigt werden müssen.
- l. Vogts-Rödel.
- m. Vogts-Rechnungen, den Kirchgemeinden nach eingetragen.
- n. Brandassecuranz-Lagerbücher und was dazu gehört.
- o. Huldigungs-Register.
- p. Musterungs-Rödel.

} nebst Concept-Büchern.

Beiden Archiven dann soll ein vollständiges Inventarium zum Grunde liegen.

Allgemeine Vorschriften

19. Jun.
1818.

über die Form, in der die in den Archiven aufbewahrten Akten abgefaßt, und wie selbige geordnet werden sollen.

Die Amts-Archive sollen so eingerichtet seyn, daß der Beamtete, zu dessen Behuf und unter dessen besonderer Aufsicht sie stehen, sich im Stande befinde, mit der größtmöglichen Leichtigkeit das Ganze zu übersehen, und in einzelnen Fällen sich selbst und dem Publikum, in so ferne dieses auf Mittheilung gesetzliche Ansprüche zu machen befugt ist, die möglichst deutliche Auskunft zu verschaffen.

Zu dem Ende ist es nöthig, daß das Archiv in Fächer abgetheilt sey, durch welche die Akten verschiedener Natur von einander abgesondert werden, und von denen jedes seine Aufschrift, Nummer oder Letter trägt.

Die Protokolle sollen stehend geordnet, mit deutlichen Aufschriften oben auf dem Rücken, die den Inhalt und die Nummer bezeichnen, versehen seyn.

Alle Protokolle sollen so viel immer möglich, der Zeitfolge nach geführt werden, und keine Lücken noch weiße Blätter enthalten.

Jedes Protokoll führt sein besonderes Register, das jedesmal nach der Beendigung revidirt und durch ein Zeugniß der statt gehalten Revision als richtig bezeichnet werden soll.

Akten, die ihrer Natur und Bestimmung nach, nicht

19. Bunde gebestet oder gebunden werden sollen, mögen in eigenen
 1818. Pappendeckel - Behältern (Theken) oder in Bündeln in
 den ihnen angewiesenen Fächern geordnet werden; auf
 den Theken oder Bündeln soll der Inhalt angegeben seyn.
 Jedes Aktenstück trägt eine Nummer, welche mit der
 Nummer der Brief - Controle korrespondirt.

Nicht bloß zur Nettigkeit, sondern auch zur Ordnung
 wird es beitragen, wenn die Protokolle, so wie die The-
 ken, so viel möglich gleichförmig verfertiget sind.

Da hin und wieder der Fall eintritt, daß das Archiv
 von dem Bureau des Amtsschreibers entfernt ist, so ist es
 nothwendig daß das Bureau selbst nach dem gleichen
 Plane wie das Archiv geordnet sey, und daselbst dieje-
 nigen Akten aufbewahrt werden, welche stündlich zur
 Disposition bereit liegen sollen.

Besondere Vorschriften.

A. Für das Archiv des Ober-Amts.

Für diejenigen Akten, welche auf Perception der
 Staats - Einkünfte Bezug haben, wird ein besonderes
 Fach eingerichtet.

In selbigem werden die Original - Dokumente in
 Theken oder Bündeln aufbewahrt; die Bücher und Pro-
 tokolle der Zeitfolge und dem Inhalte gemäß aufgestellt,
 und die Instruktionen welche zur Schaffneren gehören in
 das Mandaten - oder Instruktionen - Buch eingetragen.

Ein zweytes Fach nehmen die Criminal - und Po-
 lizen - Akten ein.

Die Criminal-Anzeigen werden jährlich oder so oft 19. Sunn
es nöthig ist; geheftet. 1818.

Die Gefangenschafts-Rödel bestehen aus Protokollen von angemessener Größe.

Die polizenrichterlichen Akten werden vierteljährlich, oder so oft es nöthig ist, geheftet, mit Registern, Aufschrift und Nummern versehen.

Die höchstinstanzlichen Urtheile in Polizen- und Criminal-Sachen werden jährlich geheftet.

Verordnungen, Instruktionen in Polizen-Sachen 2c. in das Instruktionen-Buch eingeschrieben.

Die Criminal-Rapporte jährlich geheftet.

Für die übrigen Register und Controllen werden Cahiers eingerichtet.

Die Eidesformeln in Polizen-Sachen, betreffend die Eide und Gelübde der Beamten, welche von dem Ober-Amtmann beeidigt werden, Amtsrichter, Gerichtsstatthalter, Gerichtsfassen, Chorrichter 2c. Der Polizen-Beamten und Polizen-Diener, als da sind: Bannwarten, Bierer, Jagdaufseher, Polizenwächter, denne die Leistungs- und Bannisations-Eide.

Eine dritte Abtheilung des Archivs ist den Civil-, und eine vierte den Administrations-Gegenständen gewidmet.

Auch hier werden die besondern Instruktionen in das Instruktionen-Buch getragen.

19. Juny 1818. Die Verzeichnisse der Unterbeamteten und anderer patentirter Personen in ein dazu eingerichtetes Protokoll.

Die Sammlungen der Gemeinds - Reglemente , so wie die der Marchbeschreibungen mögen von Zeit zu Zeit geheftet werden.

Das fünfte Fach nimmt die Correspondenz - Scripturen auf ; und zwar in derjenigen Ordnung , wie solche hievor Art. 5. des Oberamts - Archivs sub Litt. a. und b. angemerkt ist. Die Brief - Controlle enthält folgende Rubriken :

- a. Die Nummer des Schreibens ;
- b. Das Datum desselben ;
- c. Die Behörde von welcher dasselbe eingelangt ist ;
- d. Der summarische Inhalt ;
- e. Die Anzeige der Beantwortung oder sonstigen Erledigung nach summarischem Inhalt und Datum.

Das Missiven - Buch enthält blos die wichtigern abgehenden Schreiben , deren wörtliche Eintragung nöthig gefunden wird. Die übrigen werden in der Brief - Controlle lediglich angemerkt. Die Original - Schreiben werden nach den verschiedenen Difasterien und Behörden geordnet , so oft nöthig eingebunden , und mit anweisenden Aufschriften versehen in das Fach aufgestellt.

Das General - Register enthält ein nach dem Plane des Archivs , systematisch geordnetes Inventar und Material - Register.

B. Für das Archiv der Amtsschreiberen.

19. Juny
1818.

Die Hypotheken-Protokolle verdienen die vorzügliche Aufmerksamkeit des Amtsschreibers. Sie sollen sauber geführt, und mit sorgfältigen Registern versehen werden. Die Register sollen nicht einzig die Namen der Contrahenten, sondern die allfällige besondere Benennung des Gegenstandes des Contrakts angeben, und zu noch mehrerer Erleichterung am Eingange eines jeden eingetragenen Akts zurückweisende Marginalien in Betreff der vorhergegangenen Contrakte über den gleichen Gegenstand enthalten.

Die Protokolle sind den Kirchhören nach abgetheilt, und nehmen das Hauptfach des Amtsschreiberen-Archivs ein. Die Stipulations-Controlle über sämtliche eingeschriebene Contrakte soll den Gegenstand des Contrakts, die Namen der Contrahenten und die Stipulations-Gebühr richtig und so angeben, daß die dem Staate schuldige Rechnung von selbst heraus fällt.

Die Waisensachen kommen in die zweite Abtheilung des Archivs.

Die Führung der Vogts-Rödel ist für jedes Oberamt ein nöthiger und wichtiger Gegenstand. Für jede Kirchgemeinde soll ein besonderer Rodel bestehen, und nach folgenden Rubriken geführt werden:

1. Namen des Burgerorts.
2. Namen der Bevogteten, ben Wittwen auch ihr ursprünglicher Geschlechts-Namen, nebst Zahl

19. Juny
1818.

und Taufnamen ihrer unter der nemlichen Vormundschaft stehenden Kinder.

3. Namen der Bögte.
4. Datum der Bogts-Zedel und der Entlassung.
5. Datum der Rechnungs-Ablage.
6. Restanz zu Gunsten der Bögtslinge.
7. Restanz zu Gunsten der Bögte.
8. Fruchtbareß Vermögen.

Die zwenten Doppel der Bogts-Rechnungen werden ebenfalls den Kirchgemeinden nach, Jahrgängeweise, oder so oft es nöthig ist, in Bände geheftet, und mit Ueberschriften versehen.

In das dritte Fach werden die Audienz- und Amtsgerichts-Concepte und Protokolle geordnet.

Das Audienz-Concept enthält die Verhandlungen streitender Parthenen vor dem Civil- und Polizen-Richter, das Amtsgerichts-Concept, die Urtheile in Civil- und Criminal-Fällen, Gant-Urkunde, Arrest-Zubekanntnisse ic. Aus den Concepten werden die gesetzlichen, und die von den Parthenen geforderten Urkunden gezogen, und in die Protokolle wörtlich eingetragen.

In das vierte die Geldtags-Akten und Beneficia Inventarii, (nach gesetzlicher Vorschrift eingerichtet.)

Die Protokolle über Verbote und Publikationen, enthalten alle Akten dieser Art, welche infolge gesetzlicher Vorschriften, oder auf Begehren von Privat-

personen und Corporationen , unter richterlicher Bewilligung öffentlich bekannt gemacht , oder officialiter angelegt werden , zum Beispiel die Verbote , Geldstrags- , Beneficia Inventarii- , Vermögens- Liquidations- Publikationen rc. und alle diejenigen Bekanntmachungen , die das Oberamt oder Partikularen der Offenkunde überliefern ; als welche ohne Ausnahme , sie mögen verfertigt worden seyn von wem sie immer wollen , zur Einsicht der Betreffenden in der Amtsschreiberen eingeschrieben werden sollen.

19. Juny
1818.

Gegenwärtige Instruktion soll gedruckt , sämmtlichen Oberamtleuten und Amtsschreibern zur pünktlichen Befolgung mitgetheilt , und in die neue Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Geben Bern , den 19. Juny 1818.

Der Amts- Schultzeiß ,
Fr. von Müllen.

Der Staatschreiber ,
Gruber.

E h e v e r k ü n d i g e n

v o n S o l d a t e n i n a u s w ä r t i g e n c a p i t u l i r t e n K r i e g s d i e n s t e n .

Vergl. Ges. u. Defr. Lh. III. S. 8.

K r e i s s s c h r e i b e n d e s K l e i n e n R a t h s a n a l l e O b e r ä m t e r .

24. Juny 1818. **S** obgleich Unserer Verordnung vom 12ten Jenner 1807, welche die Ehen von Werbern und Soldaten der französischen Schweizer - Regimenten ohne Einwilligung ihrer militärischen Obern zu verkünden verbietet, durch den Art. 2. des ehegerichtlichen Circulars vom 20. Merz 1809 die gehörige Ausdehnung auf alle stehenden Truppenkorps gegeben worden ist, so erzeigt es sich dennoch, daß man sich hin und wieder bloß an dem Buchstaben der ersten Verordnung gehalten, und Militairs in andern als französischen Diensten verkündet und eingesegnet habe.

Wir tragen Euch demnach auf, den Befehl von allen Kanzeln Euers Amtsbezirks verlesen und in Euer und der Pfarren Mandaten-Buch eintragen zu lassen, daß in Zukunft keine Ehe, weder eines in fremden capitulirten Kriegsdiensten stehenden, noch in einem bleibenden Truppenkorps des Cantons dienenden Unter - Offiziers oder

Gemeinen verkündigt, noch viel weniger eingesegnet werden soll, wenn nicht bey Erßtern die Bewilligung des Regiments-Commando's, legalisirt durch die Refruten-Kammer, und bey letztern diejenige des Kriegs-raths vorgewiesen werden kann; alles unter besonderer Verantwortlichkeit der Geistlichen, welche dieser Verordnung zuwiderhandeln würden. 24. Juny 1818.

Aktum, den 24. Juny 1818.

Der Amts-Schultheiß,
Fr. von Müllern.
Der Staatschreiber,
Gruber.

B e s c h l u ß.

Requisit der Aufnahme in das hiesige Ministerium
für die Anstellung reformirter Geistlichen.

Vergl. Ges. u. Dekr. Th. II. S. 301.

Auf angehörten Vortrag des Kirchenraths, und in Betrachtung der Wichtigkeit des heil. Predigtamtes und des Zutrauens, das in denjenigen gesetzt wird, dem dasselbe aufgetragen wird, haben MeGhrn. für sehr wesentlich angesehen und demnach beschlossen und 10. July 1818.

10. July
1818.

v e r o r d n e t:

Daß kein fremder reformirter Geistlicher im Canton Bern als Pfarrer, ja selbst als Classhelfer angestellt werden soll, der nicht vorerst in das hiesige Ministerium aufgenommen worden ist. Es kann sich auch kein Geistlicher, der nicht darinn aufgenommen worden, für eine Pfarr- oder Classhelferstelle melden, sondern er ist eo ipso von der Bewerbung ausgeschlossen.

Was hingegen die reformirten fremden Vikarien betrifft, so mögen dieselben, in dringenden Fällen, als solche ad interim angestellt werden, jedoch erst nachdem sie vorher die behörigen Proben über ihre Tüchtigkeit zur Zufriedenheit werden abgelegt haben. Jedoch soll ohne Vorweisung eines Testimonii consecrationis keiner zu diesen Proben hier zugelassen werden.

Gegenwärtiger Beschluß soll dem Kirchenrath zur Wissenschaft und Verhalt mitgetheilt werden.

Aktum, den 10. July 1818.

Der Alt-Schultheiß,
H. v o n W a t t e n w y l.

Der Rathsschreiber,
B e n o i t.

V e r o r d n u n g.

Bestimmung einiger gegenseitiger Vermögens-
Verhältnisse zwischen Angehörigen von Bern und
Solothurn.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt 13. July
und Republik Bern, thun kund hiermit: 1818.

Daß Wir, als Folge derjenigen Unterhandlungen, welche auf einer im Herbst des letzt abgewichenen Jahres zu Fraubrunnen abgehaltenen Conferenz zwischen den Abgeordneten der hohen Stände Bern und Solothurn statt gehabt, in Betreff der ehedorigen Abzugs-Rechte von Vermögen, welches ein Angehöriger des einen Cantons durch Heirath einem Angehörigen des andern Cantons zugebracht hatte, so wie auch der Rückfälle, und der Ehe-Contracten zwischen gegenseitigen Angehörigen, mit der Regierung des hohen Standes Solothurn über nachstehende Punkte einig worden sind, und dessen gemäß als reciprocirlich festgesetzte Bestimmungen zum künftigen Verhalten Unserer Angehörigen verordnet haben wollen, und somit

v e r o r d n e n :

1) Das im zweiten Artikel des Vergleichs zwischen den hohen Ständen Bern und Solothurn, vom 7ten July

13. July 1753, auf der Ausrichtung der Ehesteuern zwischen sich
 1818. verheyrathenden Angehörigen beider Stände gegenseitig
 vorbehaltene Abzugsrecht von Fünf vom Hundert, solle
 gleich wie das im 3ten Artikel festgesetzte Abzugsrecht von
 denen den Ehemännern aus eint oder anderer Botmäßigkeit
 angefallenen Weibergütern, als mit den gegenwärtigen
 eidsgenössischen Staatsverhältnissen nicht vereinbar,
 aufgehoben seyn.

2) Der durch den 2ten Artikel des mehrgedachten
 Vergleichs vorgeschriebene unbedingte Rückfall des Guts
 bey den kinderlos absterbenden Ehegatten an seine Ver-
 wandte, soll dahin erläutert seyn, daß dem überleben-
 den Ehegatten bis zu seinem Tode das Schleißrecht über
 dieses rückfallende Gut vorbehalten bleibe.

3) In Erläuterung des Schlusses des 3ten Artikels,
 welcher vorschreibt: „Daß im Fall kinderlosen Abster-
 „bens der Ehefrau, oder aber wenn sie Kinder hinter-
 „lassen würde, die unter den Jahren, das ist, das Mäd-
 „chen unter 12, und die Knaben des 14ten Jahr Alters,
 „abstürben, dennzumal das Weiber - oder Muttergut,
 „so viel annoch dessen wirklich vorhanden seyn werde,
 „wiederum dahin zurückfallen solle, wannenhero es geflos-
 „sen, und daß zur Sicherheit solchen Rückfalls des Ehe-
 „manns Eigengut darum verhaftet sey“, solle dieser Rück-
 fall auf gleichem Fusse auch dennzumal statt finden,
 wenn nach dem Absterben der Ehefrau die Kinder nach
 erlangtem Alter der Testirensfähigkeit von derselben nicht
 Gebrauch gemacht hätten.

4) In Betreff der Ehekontrakten zwischen Angehöri-
 gen beider Stände Bern und Solothurn dann, solle
 fñrohin vorgeschrieben seyn:

- a. Daß beidseitig die gegen einander sich verheiratheten Angehörigen nur einen Ehegatten, und zwar in der Botmäßigkeit, wo die Weibsperson angehört, zu errichten haben; 13. Juli 1818.
- b. Daß der Wiederfall höher nicht als auf den 6ten Theil des Guts stipulirt werden könne, und dem überlebenden Ehegatten bis zu seinem Tode das Schleißrecht über dieß rückfallende Gut vorbehalten bleibe;
- c. Daß die Ehesteuern, je nachdem die Eheparthenen sich dießorts vergleichen, entweder alsobald nach der Heirath, oder auf den Verfall derselben verabsolgtbar seyen; und
- d. Daß die einmal errichteten Ehegatten oder Ehekontrakten weder durch nachherige Stipulationen, oder Instrumente, noch sonst auf irgend eine andere Weise gehoben oder abgeändert werden dürfen.

5) Endlich soll gleichermassen von den beiden hohen Ständen recipirlich das den Ehemännern zukommende oder angefallene Weibergut, alsobald auf den Verfall desselben, von einer Botmäßigkeit in die andere verabsolgt werden; der Meinung jedoch (die denn auch jedesmal in die stipulirenden Ehekontrakten einzurücken ist) daß, im Fall kinderlosen Absterbens der Ehefrau, oder aber wenn sie Kinder hinterlassen würde, die unter dem testirensfähigen Alter, das heißt, das Mädchen vor Antritt des 12ten, und die Knaben des 14ten Jahr Alters, abstürben, so wie auch, wenn dieselben nach erlangtem diesem Alter abstürben, und von der Testirensfähigkeit

13. July nicht Gebrauch gemacht hätten, dennzumalen das Weiber-
 1818. oder Muttergut, so viel annoch dessen wirklich vorhanden seyn wird, wiederum dahin, von woher es geflossen, zurückfallen, und zur Sicherheit solchen Rückfalls des Ehemanns eigenes Gut darum verhaftet bleiben solle.

Gegenwärtiger Beschluß nun, welcher so lange dauern wird, als über die darin aufgestellten Punkte zwischen den hohen Ständen Bern und Solothurn keine abändernden Traktate eintreten, soll gedruckt, zu jedermanns Wissenschaft öffentlich bekannt gemacht, und in die Sammlung der neuen Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Geben in Bern, den 13. July 1818.

Der Amts-Schultheiß,
 Fr. von Mülinen.

Namens des Raths,
 der Staatschreiber,
 G r u b e r.

B e s t i m m u n g

der gegenseitigen Territorial-Verhältnisse zwischen
Bern und Solothurn.

Rescript des Kleinen Rathes an die Ober-
ämter Büren, Fraubrunnen, Burgdorf,
Wangen, Narwangen.

Nachdem die hohen Stände Bern und Solothurn, als 13. July
Folge einer im Herbst des Jahres 1817 zu Fraubrunnen 1818.
abgehaltenen Conferenz, in Betreff der zwischen beiden
Cantonen bestehenden Landmarche unter sich dahin über-
eingekommen sind:

1) Daß die im Jahr 1768 berichtigte und No. 1771
vom hohen Stände Bern, No. 1772 aber vom hohen
Stände Solothurn ratificirte, Landmarche zwischen be-
den hohen Ständen als Scheidungs-Linie der vollziehen-
den, richterlichen, und gesetzgebenden Landeshoheit für
jetzt und immer aufgestellt und anerkannt seyn, dabey
aber alle jene Vorbehältnisse, welche sowohl in dem Mar-
chungs-Verbale, als in der Ratifikations-Urkunde in Be-
treff von Eigenthums-Rechten gemacht sind, in Kraft
verbleiben sollen.

15. July 1818. 2) Daß jedoch diese Scheidung der Hoheitsrechte keinen Einfluß auf die bloßen Gemeindslasten, als da sind, Gemeindssteuern, Zellen &c. haben, sondern in dieser Rücksicht die alten Gemeinds-Einungsrechte vorbehalten seyn und bleiben sollen; und

3) Daß, wenn der Fall eintrittet, wo ein Grundstück von der Landmarche durchschnitten wird, mithin ein Theil desselben in der einen, der andere aber in der andern Botmäßigkeit liegt, alsdann die Verschreibung der allfälligen Handänderungs-Contrakten solcher Grundstücke einzig in derjenigen Botmäßigkeit vor sich gehen solle, hinter welcher der größere Theil derselben gelegen ist, anben aber der betreffende Amtsschreiber, Notar, oder Gerichtsamman, vor welchem der Akt verpflegt wird, unter eigener Verantwortlichkeit gehalten sey, der resp. Amtsschreiberen der andern Botmäßigkeit, in welcher das kleinere Stück gelegen ist, die offizielle Anzeige desselben von der Verschreibung oder Fertigung hinweg spätestens in Zeit vierzehn Tagen zu machen, damit den einschlagenden Gesetzen volles Genügen geschehe und die Tarifmäßigen Gebühren jeweilen gehörig bezogen werden können, namentlich dann von Seite des stipulirenden Notars dem betreffenden jenseitigen Amtsschreiber oder Notar ein verhältnißmäßiger Antheil der gesetzlichen Emolumente ungeschmälert zufließe.

So werdet Ihr alles dessen zur Communication an das Amtsgericht, die Fertigungsgerichte, den Amtsschreiber und die Amts-Notarien Eueres Amtsbezirks berichtet, mit dem fernern Auftrage, die gegenwärtige Weisung welche späterhin auch in die Sammlung der neuen

Gesetze und Dekrete aufzunehmen ist, üblichen Orts ein- 13. July
tragen und sie in gegebenen Fällen handhaben zu lassen. 1818.

Aktum den 13ten July 1818.

Der Alt-Schultheiß,
H. von Wattenwyl.
Der Staatschreiber,
Gruber.

B e s t i m m u n g

einiger gegenseitigen Administrations-Verhältnisse mit
dem Löbl. Stand Solothurn.

Rescript des Kleinen Raths an die Oberämter
Büren, Fraubrunnen, Burgdorf, Wan-
gen, Narwangen, Münster und Delsberg.

Als Folge jener Unterhandlungen, welche auf der im 13. July
Herbste des ferndrigen Jahres zwischen den hohen Stän- 1818.
den Bern und Solothurn abgehaltenen Conferenz vor-
berathen, und seither durch die Regierungen beider Can-
tone behörig ratifizirt worden sind, haben Wir Uns veran-
lasset gefunden, Euch somit pro Instructione anzubefehlen:

1) Daß fñrohin bey allfällig eintretenden Anständen
über Zoll- und überhaupt über Administrativ-Gegenstände,

13. Sulo der Kläger sich jeweilen vorerst an den betreffenden Ober-
 1818. amtmann , als erstinstanzlichen Richter wenden solle ,
 welcher dann entweder die Sache von sich aus zu beseiti-
 gen , oder den Fall mit den erforderlichen Beweisen und
 Bescheinigungen begleitet , an die obern competenten
 Behörden zu übersenden , indeß aber auf Verlangen dem
 Kläger eine schriftliche Erklärung seiner Anzeige halber
 an die Hand zu stellen hat; und

2) Daß in Fällen , wo zwischen einer Gemeinde des
 einten und einer des andern Cantons eine Streitigkeit
 entstehen werde , alsdann bevor das Recht darüber ange-
 treten werden dürfe , die gegenseitigen Herren Oberamt-
 männer zusammentreten und versuchen sollen , die Par-
 theyen freundnachbarlich zu vergleichen ; wenn solches
 aber nicht gelingen möchte , dennzumal ein gemeinschaft-
 liches Gutachten darüber ihren hohen Regierungen ein-
 zugeben haben , um wo möglich die Sache von Hochden-
 selben ohne Prozeß beseitigen zu lassen.

Diese Weisung nun , welche zu seiner Zeit unter die
 Sammlung der neuen Gesetze und Dekrete aufzunehmen
 ist , werdet Ihr gehörigen Orts einschreiben lassen , und
 sie in allen sich ereignenden Fällen oben ermeldter Art
 handhaben.

Altum Bern , den 13. July 1818.

Der Alt-Schultheiß ,
 N. von Wattenwyl.
 Der Staatschreiber ,
 Gruber.

V e r o r d n u n g.

Aufhebung des Verbots der Vermostung von Obst.

Vergl. Neue Ges. u. Dekr. S. 216. 357.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt 21. August
und Republik Bern, thun kund hiermit: 1818.

Gleichwie Wir durch die Theuerung und Seltenheit der Lebensmittel veranlaßt worden sind, unterm 22sten September 1817 das Vermosten des Obstes zu verbieten, so bewoget Uns hingegen die Aussicht auf eine fast allgemein gesegnete Obst-Ernde, diese Einschränkung des freyen Verkehrs nicht ferners fortbestehen zu lassen.

Demnach verordnen Wir:

1) Der Kauf von Obst zum Vermosten und der Handel mit solchem Most ist jedermann gestattet, und hiemit das dießörtige Verbot vom 22. September 1817 wieder aufgehoben.

2) Alle übrigen Artikel jener Verordnung, welche die Einfuhr fremden Obstweins betreffen, und die Vermischung des Eiders mit Wein verbieten, bleiben mit den darauf gesetzten Strafen in Kraft.

21. August 1818. Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, an den gewohnten Orten angeschlagen und von Kanzeln angezeigt werden.

Gegeben in Bern, den 21. August 1818.

Der Alt-Schultheiß,
N. von Wattenwyl.

Der Staatschreiber,
Gruber.

P u b l i k a t i o n.

Jagdbann für 1818 und 1819.

26. August 1818. Mehrn. die Rätthe haben in Betreff des Jagdbanns folgendes zu verordnen gut gefunden:

Die durch Publikation vom 25. September 1816 beschriebenen, für die Jahre 1816 und 1817 mit Bann belegten Bezirke in den Oberämtern Narwangen, Narberg, Bern, Courtelary, Delsberg, Erlach, Freybergen, Konolfingen, Münster, Bruntrut, Trachselwald und Wangen, sind von nun an wieder für die Jagd eröffnet.

Hingegen werden für die Jahre 1818 und 1819 mit Bann belegt:

Im Amt Fraubrunnen:

26. August
1818.

Derjenige Bezirk welcher von der Wegscheide im Sand auf der Zürichstrasse bis zur Schmidte zu Alchenflüh links; und von bemeldter Wegscheide auf der Solothurn-Strasse bis unten an den Krebsrein im Eingang des Dorfes Fraubrunnen rechts von der Strasse liegt, und von dem Weg von Fraubrunnen über Zauggenried und durch den Kernenried-Wald zur Schmidte zu Alchenflüh eingeschlossen wird; mit alleiniger Ausnahme des Weihers hinter der Mühle zu Kernenried, welcher für die Moosjagd offen bleibt.

Im Amt Freybergen:

Der Bezirk von der Brücke von Soubey längs dem Fußweg über les Enfers nach Montfaucon, von da längs der grossen Strasse bis an die Amts-Grenze von Bruntrut, dann längs dieser gegen den Doubs hin und den Fluß aufwärts bis wieder an die Brücke zu Soubey.

Im Amt Trachselwald:

Folgende zwei Bezirke, als nemlich:

1) Von dem Einfluß der Grünen in die Emme, von da dem rechten Ufer der Emme nach hinauf bis zur Amtsmarche gegen Signau bey Rahnsflüh, derselben nach bis in die Strasse von Langnau, längs dieser Strasse über den Ramisberg hinab, in den Dürrgraben bis an den Dürrbach, dem Dürrbach nach bis zu seinem Einfluß in die Grünen, und von da bis zum Einfluß des letztern Bachs in die Emme.

26. August 1818. 2) Von Lüzelflüh bey der Emmenbrücke dem Fluß nach hinunter bis zur Haslebrücke, von derselben dem Weg nach, so nach Rügsau führt, bis in dieses Dorf, von da alles längs der Strasse über Rügsbach, Rinderbach, Britteren, bis nach Affoltern zum Wirthshaus, von da längs dem Weg nach Sumiswald, durch die Wyten-Hohlen hinab auf die Strasse nach Hutwyl, derselben nach bis Sumiswald und wieder zurück an die Brücke zu Lüzelflüh.

Welches zu Jedermanns Nachricht und Verhalt an-
durch bekannt gemacht wird.

Gegeben in Bern, den 26. August 1818.

K a n z l e n B e r n.

B e w i l l i g u n g

v o n F r e n s c h i e s s e n u n d S c h i e ß ü b u n g e n.

Cirkularschreiben des Kleinen Raths
an alle Oberämter.

28. Sept. 1818. **D**emenach über den Unterschied zwischen Frenschiesßen und anderen Schießübungen und daherige Bewilligungs-Competenz Einfragen an Uns gelangt, so haben Wir auf den Vortrag Unseres Kriegsraths und Unseres Justiz- und Polizen-Raths gutgefunden, darüber folgendes zu

v e r o r d n e n :

28. Sept.
1818.

1) Als Freyschießen sollen angesehen werden, solche Uebungen im Schießen, die von einer Gesellschaft oder einem Wirth, um eigenen Gewinns willen angestellt, dabey Gaben ausgesetzt, durch den Druck öffentlich bekannt gemacht, alle Schützen, wer sie auch seyn mögen, dazu eingeladen werden, und die gewöhnlich einige Tage dauern.

Dergleichen Freyschießen sollen nur an Werktagen abgehalten und die Bewilligung dazu jeweilen bey Uns selbst bittschriftlich nachgesucht werden.

2) Alle anderen Schießübungen hingegen, sey es von geschlossenen oder nicht geschlossenen Gesellschaften, stehen unter der Competenz des betreffenden Oberamtmanns, und können von ihm und zwar vorzüglich für die, von dem Kriegs Rath eingeführten Unter-Abtheilungen der Amts-Schießgesellschaften, welche besonders aufzumuntern sind, auch an Sonntagen nach beendigtem Nachmittags-Gottesdienst, bewilligt werden.

Zu diesen gewöhnlichen Schießübungen sind solche zu zählen, an welchen ein Laverne-Wirth, oder sonst ein Partikular, der das Ausschankrecht einer Pinte ausübt, ein Schaaf oder sonst etwas zum Verschießen hergiebt, um vermittelst dessen, eine Begünstigung des Weinausschenkens zu erhalten; Sache wäre denn, daß andere, im ersten Artikel angegebene Umstände hinzukommen würden.

Unsere Oberamtsleute werden jedoch ihre Bewilligung mit solcher Mäßigung ertheilen, daß Unordnung, Mißbrauch und ungleiche Behandlung verhütet werden.

28. Sept. 1818. 3) Unsere Oberamtleute werden für die bei Freyschießen und anderen Schießübungen nöthige Polizen-Aufsicht gehörige Vorsorge treffen, insonderheit aber darauf wachen, daß das Lokal zum Schießen so ausgewählt und eingerichtet werde, daß keine Gefahr dabei zu besorgen sey.

4) Die sogenannten Kegleten so wie jede dergleichen Spiele um ausgelegte Gaben sollen in allen Fällen verboten seyn, und eben so bei den Schießen von Amts-Schießgesellschaften und deren Unterabtheilungen, das Kegelschießen und jede Spiele, als zweckwidrig und zu Unordnung Anlaß gebend.

Dessen Ihr zur Wissenschaft und Verhalt berichtet werdet, mit dem Auftrag, gegenwärtiges Kreisschreiben pro Instructione gehörigen Orts einschreiben zu lassen.

Bern, den 28. September 1818.

Der Amts-Schultheiß,
N. von Wattenwyl.
 Der Rathsschreiber,
 Benoit.

Kaufhaus-Ordnung für die Stadt Bruntrut.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt 30. Sept.
und Republik Bern, thun kund hiermit: 1818.

Da Wir, nach angehörtem Rapport Unsers Finanzrathes über die Revision des vorläufig eingeführten Tarifs und Reglementes für das Kaufhaus zu Bruntrut vom 20. März und 8. May 1817, zweckmäßig gefunden haben, diese provisorischen Vorschriften durch ein Reglement für die Zukunft zu ersetzen, so haben Wir diesernach erkannt und verordnet was hienach folget, wie Wir dann

v e r o r d n e n :

1) Alle Frachtwagen mit Waaren, welche für Bruntrut bestimmt sind, oder als Transit durch diese Stadt fahren, sollen in das, aussenher dem sogenannten Thor von Courtedoux gelegene, Kauf- und Waaghaus geführt, allda abgeladen, und die Waaren verificirt und abgewogen werden.

2) Auch die von Bruntrut weiters zu versendenden Waaren sind der Abwägung im Kaufhause, und den daberigen Gebühren unterworfen, sobald ihr Gewicht ein Centner oder mehr ist.

30. Sept.
1818.

Alle in diesem Falle sich befindlichen Artikel sind daher dem Kaufhause zu übergeben, allwo sie abgewogen werden sollen, und ihr Gewicht auf den Fuhrbriefen anzusehen ist.

Es bleibt indessen dem Oberaufseher des Kaufhauses anheimgestellt, in Ansehung der vorzüglichsten Handelsleute des Orts, die Waaren derselben in ihren Magazinen durch einen Kaufhaus-Spetter abwägen zu lassen.

3) Das obrigkeitliche Salz, das Getreide, welches auf die öffentlichen Märkte geführt wird, und überhaupt alle diejenigen Artikel, welche bey der Ein- oder Ausfuhr nur den kleinen Zoll von dem vorgespannten Pferd zu bezahlen haben, sind von der Abwägung im Kaufhause, und von den daherigen Gebühren enthoben.

4) Vom Waaggeld ist befreit: derjenige Wein, welchen die Gast- und Wirtenschenkwirthe und andere Partikularen gewöhnlich im Elsaß oder in der Franche-Comté selbst abholen, und deren Fässer durch den geschwornen Messer mit der Anzahl Bern-Maas ihres Inhalts bezeichnet sind. Es wird, bey der Ankunft solcher Weinladungen vor dem Kaufhause, genügen, deren Inhalt zu verifiziren und mit den Zollacquitten zu vergleichen.

In dieser Ausnahme sind nicht mitbegriffen, derjenige Wein, Brantwein und andere geistige Getränke, welche in größeren und kleineren Fässern, oder in Kisten, an Commissionairs, En-gros-Händler oder Partikularen, durch die gewöhnlichen Fuhren adressirt werden.

5) In der Absicht, den Transit möglichst zu befördern, so sollen diejenigen Fuhrleute, deren Bestimmung

nicht nach Bruntrut geht , auch nicht gehalten seyn , 30. Sept. 1818.
ihre Waaren im Kaufhause daselbst abzuladen , in so fern sich bey Untersuchung der Fuhrbriefe nicht etwa eine falsche Angabe in dem Gewicht auf denselben vermuthen lassen sollte , und in so fern die Fuhrleute übrigens die Eintritts - und Zollgebühren richtig entrichtet haben werden.

6) Der Oberaufseher des Kaufhauses ist verpflichtet , über die sorgfältige Aufbewahrung der in demselben niedergelegten Waaren zu wachen , und den Eigenthümern oder Commissionairs darüber getreue Rechnung zu halten , unter seiner persönlichen Verantwortlichkeit.

7) Wenn er , bey Ankunft der Waaren , eine ungewöhnliche Verminderung in dem Gewicht , in Vergleichung mit dem Fuhrbriefe , oder einige Schadhastigkeit in der Verpackung wahrnimmt , so soll er sogleich dem Handelsmann oder dem betreffenden Commissionair davon Kenntniß geben , damit dieser die nöthige Untersuchung in Gegenwart des Fuhrmanns vornehmen lassen könne , welcher für den daherigen Verlust oder Schaden verantwortlich ist.

8) Er wird das Kaufhaus jederzeit rein halten , die Waaren mit Ordnung im Lager aufstellen lassen , und in demselben kein Vitriolöl , Schießpulver , Kohlen noch andere feuergefährliche Artikel aufnehmen.

9) Er wird keine Niederlage von Waaren unter dem Vordache des Kaufhauses gestatten , indem dieser Raum zum Auf- oder Abladen frey bleiben muß.

30. Sept. 1818. 10) Er wird zwei Journale führen, das eine über die Waaggelder und über die Weiterspeditung der Waaren aus dem Kaufhause, das andere über die Halles-Gebühren, in welchen die Einnahmen getreulich artikelsweise eingetragen werden sollen.

11) Er wird alljährlich, jeweilen auf den 30. Brachmonat und 31. Christmonat, in der vorzuschreibenden Form, Rechnung ablegen.

12) Das Kaufhaus steht zum Auf- und Abladen offen, alle Tage, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, und zwar:

Vom 1. April bis 30. Herbstmonat von 6 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends.

Vom 1. Weinmonat bis 31. März aber nur von 8 Uhr Morgens bis 5 Uhr Abends.

Die Scripturen werden indessen nur expedirt von 8 Uhr Morgens bis Mittags, und von 2 Uhr Nachmittags bis 6 Uhr Abends.

T a r i f

der von dem Kaufhause zu Bruntrut zu
beziehenden Gebühren.

Kreuzer.

13) Als Waaggeld wird für alle Arten von ein- und ausgeführten Waaren bezahlt: vom Centner Bern-Gewicht 4

14) Für die transitirenden Waaren hingegen nur 2

Kreuzer. 30. Sept.
1818.

15) Als Lagergebühr für diejenigen Waaren,
welche man eine oder mehrere Nächte, bis auf einen
Monat, im Kaufhause aufbewahren läßt, vom
Centner Bern-Gewicht - - - - - 4
Von jedem Monat mehr - - - - - 4

16) Die Fuhrleute entrichten für den Waag-
schein, von einem Wagen mit 5—15 Centnern
Bern-Gewicht - - - - - 4
mit 15—25 - - - - - 6
- 25—35 - - - - - 8
und so weiters für jede zehn Centner auch zwei
Kreuzer mehr.

17) Wenn durch die im Kaufhaus angestellten
Arbeiter abgeladen wird, so entrichten die Fuhr-
leute für dieses Abladen von jedem Centner Bern-
Gewicht - - - - - $\frac{1}{2}$

18) Diesen Waagknechten, wenn sie Ballen oder
Waaren aus dem Kaufhause zu vertragen haben,
wird von jedem Centner Bern-Gewicht bezahlt - 2

19) Jedem Fuhrmann, welcher bey dem Kauf-
hause ladet, soll eine Faktur der mitzunehmenden
Waaren übergeben werden, in welcher der Ort ihrer
Bestimmung genau ausgesetzt seyn soll. Für diese
Facturen zahlt der Fuhrmann - - - - - 8

20) Die Widerhandlungen gegen die gegenwärtige
Verordnung sollen Unserm Oberamtman zu Bruntrut

30. Sept. 1818. angezeigt werden, welcher, je nach den Umständen, eine Buße von sechs bis fünfzig Franken sprechen wird, von denen ein Dritttheil der Zollkassa und zwei Dritttheile dem Anzeiger anheim fallen sollen.

21) Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, publizirt und an gehörigen Orten zu jedermanns Kenntniß und Verhalt angeschlagen werden.

Geben Bern, den 30. September 1818.

Der Alt-Schultheiß,
H. von Wattenwyl.

Namens des Raths,
der Rathsschreiber,
Benoit.

Kaufhaus-Ordnung für die Stadt Burgdorf.

4. Nov. 1818. Wir Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit:

Demnach die Zollgerechtigkeit der Stadt Burgdorf durch Kauf an Uns gelanget, als haben Wir zu Er-
zweckung einer guten Ordnung, zur Sicherheit der Waaren,
und

und zu einer richtigen Beziehung des Zolls und der Kaufhaus-Gebühren, nach vorgegangener genauer Untersuchung und nach sorgfältiger Prüfung der Umstände, gut befunden, nachfolgende Verordnung bekannt zu machen, die so lange dauern soll, als die Umstände keine Veränderung erfordern werden; 4. Nov. 1818.

a l s :

1) Obschon der Eingang der für die Stadt Burgdorf bestimmten Waaren und Güter zollfrei ist, so sollen dennoch dieselben im Kaufhaus daselbst zur Verifikation angegeben und die Fuhrbriefe davon vorgelegt werden.

2) Sollen alle Waaren und Güter, die von Burgdorf abgehen, in das dasige Kaufhaus gebracht und daselbst abgewogen werden, jedoch soll für die Bürger von Burgdorf die Abwägung der Waaren unentgeltlich stattfinden.

3) Alle andern Waaren sollen in dem Waaghaus abgewogen und mit ihrer Qualität, Nummer, Marque, Gewicht, Ort der Bestimmung, Namen des Fuhrmanns oder Eigenthümers und dem Tag ihrer Abreise, von dem Waagmeister in das Ausfuhr-Buch geschrieben werden.

4) Von dieser Abwägung der Waaren, sollen nur allein ausgenommen seyn:

a. Diejenigen, so für Bürger der zollfreien Orte, als Bern, Thun, und Nidau bestimmt sind.

b. Die sogenannten Transitwaaren, die zu Burgdorf nur durchgehen, wenn sie nämlich entweder mit glaubwürdigen Ladarten aus Eidgenössischen Kauf-

4. Nov.
1818.

häufern oder Bernerischen Zollstätten, oder deutlichen Fuhrbriefen begleitet sind.

5) Soll in dem Kaufhaus der Zoll von allen ausgehenden Sachen und Waaren bezogen werden, gegen Ausstellung des vorgeschriebenen gehörigen Zollzeichens oder Acquits, je nach dem Bestimmungs-Ort auf die betreffenden Zollstätte des Cantons, die der Kaufhaus-Beamte dem jeweiligen aufladenden Fuhrmann zu seiner Justifikation einzuhändigen hat. Dagegen soll ihm von jedem derselben entrichtet werden fünf Rappen.

6) Soll das Waaghaus

vom 1. April bis 1. Weinmonat,
des Vormittags von 7 bis 11 Uhr,
des Nachmittags von 1 bis 5 Uhr;

vom 1. Weinmonat bis 1. April,
des Vormittags von 8 bis 11 Uhr,
des Nachmittags von 1 bis 4 Uhr,

geöffnet und der Waagmeister gehalten seyn, während dieser Zeit, den daselbst vorkommenden Geschäften fleißig abzuwarten; der Waagmeister soll hingegen, außer der bestimmten Zeit, das Waaghaus verschlossen halten und die Schlüssel davon in seine Verwahrung nehmen, wie auch nicht zugeben, daß in seiner Abwesenheit einige Waaren aus dem Waaghaus geführt werden, zumalen derselbe alles dasjenige vergüten soll, was in dem Waaghaus deponirt und darin verlohren worden.

7) Sollen alle Niederlagen bey den Burgern, Einfassen, Gesellschafts- und Tavernen-Wirthen, wie auch zu Alchenfluh, gänzlich abgeschafft und verboten seyn, bey einer Buße von fünfzig Franken, davon zwey Drit-

theil dem Verleider, und ein Drittheil der Regierung 4. Nov.
heimdienen sollen. 1818.

8) Zu Entdeckung dieser Niederlagen liegt dem Waagmeister oder Zollner ob, bey allfälligem Verdacht, nach vorher eingeholter Oberamtlicher Bewilligung, eine Visitation vor sich gehen zu lassen. Bey entdeckter Gefährde oder Widerhandlungen hat er so fort seine pflichtmäßige Anzeige an das Oberamt zu thun.

9) Zu richtiger Beziehung des sogenannten Pfundzolls, für das Abwägen der Krämerkisten, an den Jahrmärkten, sind alle und jede von außen einkommende Krämer, bey einer Buße von Fr. 5 gehalten, nur vor dem Kaufhaus abzuladen und ihre Waaren daselbst abzuwägen zu lassen, in so fern das Gewicht nicht durch deutliche Fuhrbriefe oder Zollacquitte von übrigen Zollstätten hinlänglich bescheiniget werden kann.

So haben gleichfalls an den Jahrmärkten von Burgdorf, alle übrigen Krämer den vorgeschriebenen Pfundzoll, denne die Krämer, so aussenher dem Rutschelen Thor, oder sonst außer der Stadt feil halten, den tarifmäßigen Zoll zu bezahlen, und dafür Zeichen im Kaufhaus abzunehmen.

10) Gleichwie alle, sowohl Kaufmanns- als Krämer-Waaren und so weiter im Kaufhaus, nach hievor enthaltener Vorschrift verzollt werden sollen, so wird hingegen dem noch angestellten Zollner bey dem Wundinger Thor obliegen, von allem Vieh, Lebensmitteln und andern geringen Artikeln, so im Zolltarif vernamset sind, den Zoll zu beziehen, wenn selbiger nicht bereits im

4. Nov. 1818. Kaufhaus entrichtet worden wäre. Für alles dasjenige nun, so weiters gehet, soll dem Eigenthümer ein mit Nummer und Datum, wie auch mit der Anzahl der Stücke versehenes Zollzeichen ertheilt, und selbiges entweder bey der eint oder andern betreffenden Zollstatt hinter Burgdorf, oder aber bey der nächsten Bernerischen Zollstatt abgegeben werden.

11) Für den Waaglohn von allem, was im Kaufhaus gewogen wird, ist zu bezahlen festgesetzt, vom Str. zu 16 Unzen das Pf. berechnet, jeweilen 2 ½ Rappen.

Ferner wird bezahlt:

Von einem allda abzumägenden großen Schwein	bz. 2
Von einem kleinen Schwein unter 1 Centner	— 1
Von einem Kalb eben so	— 1

Für Gehalt- und Lagerlohn aber, von jedem im Kaufhaus liegen gelassenen Centner Waare, für die zwey ersten Nächte 2 ½ Rappen, und wenn sie länger im Kaufhaus bleiben sollten, vom Centner für jeden Monat 5 Rappen.

Spannerlohn.

Es soll bezahlt werden:

1. Für die Waare allenfalls abzuladen und in der Halle zu rangiren per Centner 2 ½ Rappen.

2. Wenn die Waare aus der Halle gethan und aufgeladen wird, per Centner gleichfalls 2 ½ Rappen.

Waaren, welche auf einer d... enden Zollstätte zu Burgdorf oder Kirchberg bereits tarifmäßig verzollt worden

sind, sollen gegen Vorweisung des daherigen Zollzeichens 4. Nov.
 bey der andern Zollstatt zollfrey passieren. 1818.

Den Burgern zu Burgdorf bleibt die Zollfreyheit bey den Zollstätten zu Bern, Andau, Eschamern, Lüzelsflüh und Zollbrück ferners auf dem alten Fuß, wie dieselbe bisher bestanden hat, bestätigt, auch bleibt denselben gleich wie den Burgern der Stadt Bern, die Zollfreyheit zu Kirchberg und auf der Emme zugesichert.

Die Burger der Stadt Solothurn und Landleute aus dem Emmenthal, genießen wie bis dahin den Vortheil, daß sie nur den halben Zoll zu entrichten haben, so lange die daherigen Verträge noch geltend bleiben.

Die Zollbeamten werden den Zoll nach bestehendem Tarif beziehen, und so jemand sich dessen weigern würde, so ist der Fehlbare entweder nicht durchzulassen, oder ihm ein Stück Waare von genugsamem Werth anzuhalten und dessen das Oberamt sogleich zu berichten.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, und zu jedermann Verhalt an gewohnten Orten angeschlagen werden

Gegeben Bern den 4. November 1818.

Der Alt-Schultheiß,
 N. von Wattenwyl.
 Namens des Raths,
 der Staatschreiber,
 Gruber.

D e k r e t.

Abänderung des §. 14. der Verordnung über die Brandversicherung.

Vergl. Ges. u. Dekr. Th. II. S. 325.

11. Dec. 1818. **W**ir Schultheiß, Klein und Große Rätthe der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit:

Daß Wir aus den, Uns vorgelegten Rechnungen und Berichten Unserer Brandasssekuranz-Kammer haben ersehen müssen, daß die, durch den §. 14. der Verordnung vom 28. May 1806 bestimmten Gebühren nicht mehr die Kosten decken, welche die Aufnahme der Gebäude in die Brandversicherungs-Anstalt und die jährlichen neuen Schätzungen erfordern. Da es sich nun erzeigt, daß die seit einigen Jahren eintretende Verminderung der jährlich neu zu schätzenden Gebäude und ihre öftere Abgelegenheit dieses, früher nicht bestandene, Mißverhältniß der Kosten zu den Einnahmen herbeigeführt, und der Anstalt bereits große Verluste verursacht haben; so haben Wir, auf den Vortrag Unseres Kleinen Rathes, erkennt und

v e r o r d n e n:

1) Der §. 14. der Verordnung vom 28. May 1806 ist aufgehoben.

2) Es sollen von nun an , sämtliche Kosten welche 11. Dec. 1818.
mit dem Eintritt der Gebäude in die Brandversicherungs-
Anstalt , oder den neuen Schätzungen bereits versicherter
Gebäude , verbunden sind , von denjenigen Häuserbesitzern
bezahlt werden , welche dieselben zusammen veranlassen.
Zu diesem Ende sollen diese , im Umfang eines jeden
Amts alljährlich entstehenden Kosten zusammengerechnet
und auf die neu geschätzten Gebäude des nemlichen Amts ,
von denen diese Kosten herrühren , verhältnißmäßig ver-
theilt werden.

3) Das , durch die angezogenen Verluste bereits ent-
standene und bis Anfang künftigen Jahrs noch entstehende
Defizit im Vermögen der Anstalt , soll in der Rechnung
für 1819 zu der Summe der Brandvergütungen und Ver-
waltungskosten geschlagen und von den Versicherten be-
zahlt werden.

4) Unsere Brandasssekuranz - Kammer und die betref-
fenden Herrn Oberamtleute sind mit der Ausführung die-
ses Dekretes beauftragt.

Gegenwärtiges Dekret soll gedruckt , an gewohnten
Orten angeschlagen und der Sammlung Unserer Gesetze
und Dekrete einverleibt werden.

Gegeben in Unserer Großen Raths - Versammlung ,
den 11. December 1818.

Der Amts - Schultheiß ,
Fr. von Müllen.

Der Staatschreiber ,
Gruber.

G e s e h.

Umwandlung der Zuchthausstrafen.

44. Dec. 1818. Wir Schultheiß, Klein und Große Rätthe
 1. Febr. 1819. der Stadt und Republik Bern, thun kund
 hiermit :

Daß Wir zu Verminderung der nach den jetzigen
 Strafgesetzen allzuhäufig eintretenden Zuchthausstrafen,
 bis zu der Vollendung eines neuen Strafgesetzbuchs, des-
 sen Bearbeitung durch Unsern Kleinen Rath allbereits
 befohlen worden ist, nachfolgende einstweilige Verfö-
 gungen getroffen haben; und zu solchem Endzweck

v e r o r d n e n :

1) Alle Unsere Gerichtsstellen sollen bei vorkommen-
 den Straffällen noch fernerhin keine andere Strafen
 durch ihr Urtheil aussprechen, als diejenigen welche die
 bestehenden Gesetze vorschreiben.

Wenn aber den Gesetzen gemäß eine Zuchthausstrafe
 verhängt wird, so verordnen Wir sodann was folget :

2) Jedes Urtheil auf Zuchthausstrafe, welches durch
 ein Oberamt ausgesprochen worden ist, muß alsobald,
 und längstens in acht Tagen, nachdem es dem Verurtheil-
 ten nach gesetzlicher Vorschrift eröffnet worden, schriftlich

ausgefertigt, und mit der Prozedur begleitet, nebst der 14. Dec.
Anzeige: ob der Verurtheilte rekurirt habe oder nicht? 1818.
Unserm Appellations-Gericht eingesandt werden. 1. Febr.
1819.

Wenn ein solches Urtheil als Refurs vor Unserm Appellations-Gericht einlangt, so wird dasselbe verhängen was Rechtens ist; wenn es aber ohne Refurs einlangt, so soll das Appellations-Gericht dasselbe revisionsweise untersuchen, niemals verschärfen, übrigens aber verhängen was Rechtens ist.

3) Bei jedem endlichen Urtheil auf eine Zuchthausstrafe, welche die Strafzeit von zwey Jahren nicht übersteigt, es sey, daß dieselbe durch das Urtheil selbst oder durch die so eben vorgeschriebene Revision also bestimmt worden, soll nach dieser eigentlichen Beurtheilung des Straffalles, allemal eine Strafumwandlung geschehen; es sey denn, daß das Appellations-Gericht für einen Fall durchaus keine derjenigen Strafen zweckmäßig finde, welche der §. 5. dieses Gesetzes zu der Umwandlung vorschreibt.

4) Diese Strafumwandlungen sollen ausschließlich durch Unser Appellations-Gericht geschehen.

Es muß daher ein jedes Urtheil auf eine zwey Jahre nicht übersteigende Zuchthausstrafe, welches auch von einem andern Richter als dem Oberamte ausgesprochen worden ist, (die Kriegsgerichtlichen Urtheile jedoch ausgenommen) dem Appellations-Gericht unverzüglich eingesandt werden, um über die Strafumwandlung zu verfügen.

14. Dec. 1818. Die Oberämter sollen bey der Einsendung ihres Ur-
 1. Febr. 1819. theils zur Revision, und jeder andere Richter bey der-
 1819. jenigen zur Strafumwandlung, allemal ihr Gutachten
 über die Zweckmäßigkeit dieser letztern, und über die
 Art derselben beysügen.

5) Die zur Umwandlung vorgeschriebenen Strafen
 sind folgende:

1. Gefangenschaft in dem Gefängniß eines Oberamtes.
2. Diese kann verschärft werden durch einfaches An-
 schließen an Ketten, oder durch das Krumschließen
 auf eine zu bestimmende Zeit.
3. Ferner durch die Kost von Wasser und Brodt, bis
 auf 20 Tage höchstens. Diese Strafe soll jedoch
 nicht anders als auf folgende Weise vollzogen wer-
 den: Der Sträfling soll jeweilen zwey Tage keine
 andere Nahrung erhalten, als Wasser und Brodt,
 am dritten Tage aber die gewöhnliche Gefangenen-
 Kost; und so fort, während der ganzen Strafzeit.
 Eine größere Milderung bleibt dem vollziehenden
 Oberamtman in Fällen erwiesener Krankheit vor-
 behalten.
4. Öffentliche Ausstellung an einem Markttage, wenn
 ein solcher an irgend einem Orte des Oberamtes
 wöchentlich gehalten wird, oder ein Jahrmarkt in
 kurzer Zeit bevorsteht, sonst aber an einem Audienz-
 Tage bey der Amtswohnung, mit einer das Berge-
 hen anzeigenden Aufschrift auf der Brust. Diese
 Art von Ausstellung darf jedoch weder bey noch an
 dem Halßeisen geschehen.

5. Öffentliches Herumführen mit der Trommel und in Begleit von Landjägern ; an einem der so eben erwähnten Tage , und mit der gemeldten Aufschrift. 14. Dec. 1818. 1. Febr. 1819.

6. Eingrenzung in die Gemeinde , entweder verbunden mit der Strafe des Blockes , oder ohne dieselbe mit Verpflichtung zur öffentlichen Arbeit.

7. Endlich eine , durch die Umwandlungs-Erkenntniß zu bestimmende körperliche Züchtigung , die entweder auf ein Mal oder zu verschiedener Zeit angewandt werden kann , welches die Erkenntniß bestimmen muß.

Mit dieser letztern Art von Strafen soll jedoch niemand belegt werden , der mit einem Leibschaden behaftet , oder überhaupt kränklich ist , und eben so wenig eine schwangere , oder seit weniger als sechs Wochen entbundene Weibsperson. Hingegen ist sie vorzüglich auf fremde Landstreicher als Strafumwandlung anwendbar.

8. Andere Strafen , welche dem Kleinen Rathe auf den Vortrag des Appellations-Gerichts als Commutations-Strafen zu bestimmen überlassen werden.

6) Es können mehrere der im vorhergehenden §. vorgeschriebenen Strafen zusammen vereinigt aufgelegt werden ; und Wir überlassen es Unserm Appellations-Gericht , dieselben bey der Strafumwandlung nach Eidespflicht so auszuwählen , und in dem Maaße aufzulegen , wie es die Persönlichkeit des Sträflings , die demselben durch das Urtheil auferlegte Strafzeit , und die übrigen bey jedem Falle vorkommenden Umstände erfordern werden.

14. Dec. 1818.
1. Febr. 1819.

7) Den betreffenden Beamteten wird hiermit anbefohlen, von nun an keine Zuchthausstrafe eher zu vollziehen, als auf ein ordentliches oder Revisions-Urtheil Unseres Appellations-Gerichts, oder aber auf ein endliches Urtheil Unseres Obern Obergerichts, welches diese Strafe auf eine längere Dauer als die von zwey Jahren verhängt.

8) Von denen in den vorhergehenden Artikeln enthaltenen Verfügungen, welche anbefehlen, daß alle und jede erstinstanzlich auf zweyjährige und mindere Zuchthausstrafe lautenden Strafurtheile der Revision Unseres Appellations-Gerichts unterworfen seyen, bleiben jedoch die durch die Gerichtshöfe von Bruntrut und Delsberg ausgefallten Straf-Sentenzen gleicher Art einstweilen in so weit enthoben, als die Revision derselben nicht dem Appellations-Gerichte, sondern lediglich den erwähnten beiden Gerichtshöfen unter sich vice versa für so lange zustehen soll, als in den Amtsbezirken Bruntrut, Delsberg und Freybergen die französischen Pönal-Gesetze noch fortbestehen oder Wir nicht gut finden werden dießorts etwas anderes zu verfügen.

Inzwischen aber wird es diesen beiden Gerichtshöfen obliegen, in gegebenen Fällen jeweilen so zu verfahren, wie es nach Vorschrift der §. 3., 5. und 6. für das übrige Staatsgebiet von Seite des Appellations-Gerichts, und nach §. 2. und 4. von Seite der erstinstanzlichen Richter geschehen muß.

9) Dieses Gesetz soll mit 15ten Hornung 1819 in Vollziehung treten und auf gewohnte Weise öffentlich bekannt gemacht werden.

Gegeben in Unserer Großen Raths-Versammlung, 14. Dec.
den 13. und 14. December 1818, und 1. Hornung 1819. 1818.

1. Febr.
1819.

Der Amts-Schultheiß,
N. von Wattenwyl.
Namens des Großen Rathes,
der Staatschreiber,
G r u b e r.

G e s e h.

Besoldung der reformirten Geistlichkeit
im Leberberg.

Vergl. N. Ges. u. Defr. Tb. I. S. 21. S. 10.

Wir Schultheiß, Klein und Große Rätthe 21. Dec.
der Stadt und Republik Bern, thun kund 1818.
hiermit: 1. Febr.
1819.

Daß Wir auf angehörten Vortrag Unseres Finanz-
Raths über die Vollziehung des 10ten Artikels der Ver-
einigungs-Urkunde des ehemaligen Bisthums Basel, an-
sehend die Besoldung der reformirten Geistlichkeit im
Leberberg,

v e r o r d n e n :

1) Vom 1sten Jenner 1819 an, sollen die reformirten
Geistlichen im Leberberg nach dem im alten Canton

21. Dec. eingeführten Progressiv-System, bey welchem der Durchschnitts-Betrag einen jährlichen Gehalt von 1600 Schweizerfranken ausweist, aus der Standes - Cassa besoldet werden, und zwar mit dem allfälligen Mehrwerth des Getreides.

1818.
1. Febr.
1819.

2) Dagegen sind die reformirten Gemeinden des Leberbergs schuldig:

- a. Ihrem Pfarrer das nöthige Brennholz zu liefern, welches jedoch für jedes Jahr den Betrag von 20 Klafter nicht übersteigen darf.
- b. Den Werth der bey der Vereinigung mit Frankreich behändigten Güter und Nutzungen, welche zum Pfarr- oder Kirchengut gehörten, worin solches immer bestehen mag, zu obrigkeitlichen Händen zurückzugeben.

3) Zu dem Ende und da diese Güter zum Theil veräußert worden, soll der Werth derselben zu Vier vom Hundert capitalisirt und auf diesem Fuß verzinsset werden. Es bleibt aber dem Finanz-Rath überlassen, wenn die Gemeinden wohlgelegene Güter zu Händen der Pfarren um billige Preise abzutreten geneigt wären, sich mit ihnen darüber abzufinden.

4) Für diese Zinse dann sollen die Gemeinden unter ihrer solidarischen Verpflichtung einen Träger stellen, von welchem der Betrag quartaliter zu Händen der Standes-Cassa zu entrichten ist.

5) Unter Aufsicht Unserer Oberamt männer liegt den Gemeinden wie bisher ob, die Erbauung und der gehörige Unterhalt der Pfarrgebäude und der Kirche, mit

Ausnahme der Kirchen-Chöre, deren Errichtungs- und 21. Dec.
 Unterhaltskosten der Staat zu ertragen hat, wozu aber 1818.
 die Gemeinden die Holzlieferungen und Fuhrungen lei- 1. Febr.
 sten sollen. Wobey Wir Uns aber, gleichwie es durch 1819.
 die von Uns unterm 23sten November 1815 ratifizierte
 Vereinigungs-Akte S. 7. gegen die katholischen Gemein-
 den der Leberbergischen Aemter geschehen, verpflichten,
 denjenigen Gemeinden, deren Mittel als unzureichend
 erfunden würden, zu Hülfe zu kommen.

6) Nach dem Artikel 10. der Vereinigungs-Urkunde
 sollen die von den Gemeinden für die Jahre 1816, 1817
 und 1818 nicht entrichteten Besoldungs-Supplemente an
 die Staats-Cassa nachbezahlt werden.

Um aber die Gemeinden hierin zu erleichtern, ver-
 ordnen Wir, daß nebst demjenigen Beitrag, den sie nach
 Artikel 2. und 3. fñrohin jährlich bezahlen würden,
 mehr nicht als die Hälfte eines rückständigen Jahrs-
 Beitrags, jährlich eingefordert werden soll, also daß
 gedachte Rückstände zu Ende des Jahrs 1825 gänzlich
 getilget seyen.

7) Gegenwärtiges Dekret ist auf die Stadt Biel
 und die dortigen Pfarrstellen, als worüber eine beson-
 dere Uebereinkunft mit dieser Stadt abgeschlossen wor-
 den, nicht anwendbar.

8) Der Kleine Rath ist mit der Publikation und
 Vollziehung dieses Dekrets beauftragt, welches der
 Sammlung der Gesetze und Dekrete einverleibt wer-
 den soll.

21. Dec. Gegeben den 19ten und 21sten December 1818 und
 1818. 1sten Februar 1819.
 1. Febr.
 1819.

Der Amts-Schultheiß,
 N. von Wattenwyl.
 Der Staatschreiber,
 Gruber.

D e k r e t

über die Organisation der Dragoner.

Vergl. oben S. 29.

13. Febr. Wir Schultheiß, Klein und Große Rätthe
 1819. der Stadt und Republik Bern, thun kund
 hiermit:

Daß Wir in Execution des Grundgesetzes vom 3. und 4. Juny 1818, das eine Vermehrung der Dragoner, nach Vorschrift des eidsgenössischen Reglements anbefiehlt, und in Betrachtung der Nothwendigkeit, diesem Corps eine zweckmäßigere, und für das Beste des Landes, weniger kostbare Organisation zu geben, auf den Vortrag Unseres Kriegs-Rathes verordnet haben und hiemit

v e r o r d n e n:

a. Bestand.

1) Die Auszügler-Cavallerie, bestehend aus zwey Compagnien leichter Dragoner, und einem Stab, bildet zusammen eine Schwadron von " " 151 Pferden.

b.

b. Formation.

13. Febr.
1819.

2) Der Stab soll bestehen aus

1 Eskadrons - Chef ;

1 Quartiermeister , mit Ober - oder Unterlieutenants - Rang ;

1 Standarten - Junker , mit Offiziers - Rang ;

1 Unter - Chirurgus ;

Total : 4 Mann.

Die Formation der Compagnien ist nach dem eidsgenössischen Fuß auf 64 Mann , und 19 Mann Zusatz für beyde , zusammen

147 —

Total : 151 Mann.

Wovon die eine Compagnie 73 , und die andere 74 Mann zählt.

Eine Compagnie besteht aus :

1 Hauptmann ;

1 Oberlieutenant ;

1 Unterlieutenant ;

1 Feldweibel ;

1 Fourier - Wachtmeister ;

2 Wachtmeister ;

6 Corporalen ;

1 Pferdarzt ;

1 Hufschmid ;

1 Sattler ;

3 Trompeter ;

54 Dragoner.

73 Mann.

c. Stellung und Aushebung.

3) Der Kriegs - Rath bestimmt die Kreise , wo die Dragoner ausgehoben werden sollen , die auch verheyrathet

13. Febr. seyn können, so wie die Anzahl, die die bezeichneten Kreise 1819. zu liefern haben.

4) Die Rekrutirung geschieht vorerst durch Freywillige, und, in Ermangelung derselben, durch das Loos unter denjenigen auszügerpflichtigen Jünglingen, deren Väter bereits Pferde halten. Die Eingeloosten werden dem betreffenden Hauptmann und Chef vorgestellt, und müssen, vor ihrer Annahme, sorgfältig untersucht werden, ob sie keine physischen Gebrechen haben, auch ob sie schon mit Pferden gut umzugehen wissen.

Die Freywilligen haben sich den nämlichen Vorschriften und Obliegenheiten zu unterwerfen wie die Ausgehobenen, und sollen für ihre Annahme bey ihrem Oberamt sich zu melden haben, von wo sie an den Herrn Eskadrons-Chef, oder an die betreffenden Herren Hauptleute gewiesen werden, um allda erst die Bedingnisse zu vernehmen.

5) Die Dienstzeit der Dragoner ist festgesetzt auf sechs Jahre in dem ersten Auszug, und sechs Jahre in der Reserve, nach welcher Zeit sie von allem Militairdienst befreyt sind. Der Kriegs-Rath kann aber, wegen besondern erheblichen Gründen, auch vor vollendeter Dienstzeit gänzliche Abschiede ertheilen und die Bedinge dazu bestimmen.

6) Vorzüglich Männer von 21 bis 26 Jahren, und von der Größe von 5 Schuh und 7 Zoll bis 6 Schuh Bernmaaß, ohne Absatz, können in die Cavallerie aufgenommen werden. Die Trompeter, die allfällig früher eintreten, dienen ebenfalls nicht länger als 12 Jahre.

7) Die gänzliche Montirung und Equipage des Dragoners, mit Ausnahme der in der noch bestehenden Verordnung bezeichneten Stücke, die dieser selbst anzuschaffen verpflichtet ist, wird von der Militair-Cassa geliefert, die Bewaffnung hingegen von dem Zeughaus. 13. Febr. 1819.

8) Gleich den Auszügern aller andern Waffen, soll auch der Dragoner die von der Militair-Cassa erhaltene Montirung, so wie auch die ihm selbst obliegenden Theile derselben, während seiner ganzen Dienstzeit, in dem Auszug wie in der Reserve, unterhalten.

Nachher bleibt die Montirung sein Eigenthum, die Equipage und Waffen hingegen verbleiben dem Staat, und werden bey seiner Entlassung aus der Reserve abgegeben.

9) Für die durch das dermalige Reglement erforderliche Vermehrung der Dragoner, so wie auch für spätere Ergänzung der Compagnie müssen die von den Dragonern angebotenen Pferde einige Tage vor einem großen Jahrmarkt sammethaft in die Stadt beschieden werden, um allda genau inspizirt und gemessen zu werden.

Dieser Inspektion wohnen ex officio bey:

Der Chef des Corps;

der Musterungs-Commissair;

der betreffende Hauptmann; und endlich

zwey von dem Kriegs-Rath zu bezeichnende Pferdeverständige.

Die Annahme eines Pferdes, welches den unten folgenden Bedingungen (§. 10.) entspricht, wird von den drey

13. Febr. Herren Offiziers ausgesprochen, die daherige Schätzung
1819. aber von dem Musterungs-Commissair und den Experten bestimmt, welche jedoch, mit Ausnahme des Chefs, geheim bleiben soll.

In Fällen, wo wegen Ausrangirung oder sonstigem Abgang von einzelnen Pferden, dieselben ersetzt werden müssen, wird wie oben angezeigt verfahren, jedoch kann ein Hauptmann den Chef, und ein Subaltern-Offizier seinen Hauptmann repräsentiren.

10) Die Dragoner-Pferde, um angenommen zu werden, müssen folgende Bedingnisse erfüllen:

1. Die Pferde sollen vollständig vier Jahre alt seyn, und nicht über sieben Jahre Alters angenommen werden.
2. Müssen messen eine Höhe von 4 Schuh 10 Zoll bis 5 Schuh 2 Zoll.
3. Sollen Wallachen (Münch-Pferde) seyn.
4. Dem Chef soll (nach §. 9.) vergönnt seyn, einige wenige Stuten anzunehmen, die besonders wohl gebaut und nicht lasterhaft sind, jedoch nach obigen Bedingen, und mit dem Zusatz, daß der Eigenthümer dieser Stute zwey und dreißig Franken in die Auszügler-Cassa deponire, die derselben verfallen sind, wenn sein Pferd trächtig wird.
5. Die Offiziers dürfen Stupschwänze, hingegen keine Hengste reiten.
6. So viel möglich sollen die Pferde von dunkler Farbe seyn.

7. Für Trompeter können weisse oder graue Pferde 13. Febr. 1819.
angenommen werden.

11) Der Dragoner ist verpflichtet, sein Pferd sechs Jahre zu behalten, wenn es angenommen und einrangirt ist, und darf es, ohne spezielle Erlaubniß, nicht verkaufen. Diese wird ihm an den im §. 12. eigens dazu verordneten Musterungen durch den Chef des Corps oder seinen Stellvertreter gegeben. Für das fünfte Dienstjahr erhält der Dragoner, so sein Pferd benbehaltet, ein Wartgeld von zwölf Franken, und für das sechste ein Wartgeld von zwanzig Franken.

12) Die Inspektions - Musterungen der Dragoner geschehen am Ende Octobers jeden Jahres. Die allfällig dennzumal ausrangirten Pferde werden am Martini-Fahrmarkt ergänzt.

13) Ausser der Garnisons - und Instruktions - Zeit im Monat May, und den Inspektions - Musterungen im October dürfen (ganz besondere Fälle ausgenommen) in gewöhnlichen Zeiten, keine Pferde ausrangirt oder ersetzt werden.

14) Derjenige Dragoner, so dieser Vorschrift zuwider handelt, bezahlt zu Handen der Militair - Cassa eine Busse von hundert Franken, und ist gehalten, sich mit dem neu angeschafften Pferd, ohne Sold und Rationen für den Mann, auf vierzehn Tage nach Bern in die Instruktion zu begeben, damit sein Pferd zugeritten werden könne; so wie auch, wenn durch dessen Schuld dasselbe undienstfähig wird.

13. Febr. 1819. Wird aber dem Dragoner sein Pferd austrangirt, oder sollte ihm dasselbe fallen, so erhält er bey Zureitung des neuen, Ration und Sold.

15) Um die so wünschenswerthe Nacheiferung in Haltung von schönen und guten Pferden unter das Corps zu bringen und zu beleben, sollen alle Jahre, bey jeder Compagnie des Auszuges, fünf und zwanzig Bern-Dukaten für die schönsten und besten Pferde ausgetheilt werden. Doch nur Eigenthümer von Wallachen können auf diese Prämien Anspruch machen.

Der Chef des Corps, vereint mit den Herren Hauptleuten, entscheidet, wie viel Prämien von obiger Summe ausbezahlt werden sollen, und sprechen solche zu.

Ueber die Verwendungsart dieser Prämien, so wie auch über die Einschreibung und Schätzung der Pferde soll ein eigenes Regulativ festgesetzt werden.

16) Wenn die Dragoner länger als vierzehn Tage nach einander sich im Cantonal-Dienst befinden, so beziehen sie vom fünfzehnten Tag an, ein Reitgeld von fünf Baken täglich.

Das gleiche Reitgeld beziehen sie, vom Tag ihres Eintritts in eidsgenössischen Sold; in keinem Falle aber kann dasselbe in Jahresfrist, sey es aus Ursache von Cantonal- oder eidsgenössischem Dienst, das Maximum von fünfzig Franken übersteigen; auch nicht, wenn der Zusammenzug der Dienstage nach obiger Berechnung höher zu stehen käme.

17) Die Dragoner sollen alle Jahre in der vom Kriegs-Rath zu bestimmenden Zeit, wo aber auf die

Epochen der größten Feldarbeiten Rücksicht zu nehmen 13. Febr. 1819.
ist, auf acht bis vierzehn Tage in Instruction gezogen,
und in allen Theilen ihres Dienstes geübt werden, wo sie
denn Sold und Ration wie bisher genießen.

Bei jeder solchen Zusammenziehung soll sogleich eine
genaue Inspection der Pferde, Equipage und Waffen
statt haben, und eben so vor dem Abmarsch.

Was an der Equipage und Waffen, durch Vernach-
lässigung des Dragoners, fehlerhaft befunden wird,
soll auf seine Kosten hergestellt werden. Abgang durch
den Dienstgebrauch oder Alter wird auf Rechnung des
Staates ersetzt.

Sollte während der Instruktionszeit durch üble Be-
handlung von Seite des Dragoners, die Ausmusterung
seines Pferdes nothwendig werden, so kann der Kriegs-
Rath auf erhaltenen Rapport des Eskadrons - Chefs,
oder des betreffenden Compagnie - Commandanten, als
Strafe für die nachlässige Besorgung oder Mißhandlung
seines Pferdes, den Sold während der Dressurzeit des
neuen zurück halten lassen.

18) Im October jedes Jahres werden auf zwei oder
drei Plätzen die sämtlichen Dragoner auf ein bis zwei
Tage zusammengezogen, und an jedem Ort durch zwei
Dragoner - Offiziers, nach einer genauen Inspection der
Mannschaft, Pferde, Waffen, Montirung und Equipage,
in einigen Manövrès exercirt.

19) Für diese zwei Musterungen erhalten die Dra-
goner weder Sold noch Ration, sind aber vermöge

13. Febr. dessen von den bisherigen Vormusterungen des Frühjahrs 1819. befreit.

20) Die Dragoner-Offiziers machen, so wie die Kreis-Commandanten, nach abgehaltener Inspektions-Musterung, einen detaillirten Rapport an den Kriegs-Rath.

21) Die Reserve soll alljährlich kompagnieweise auf vier Tage zusammengezogen werden, und wird denn, für Sold und Rationen, gleich gehalten, wie der Dragoner-Auszug.

22) Der Kriegs-Rath ist mit der Vollziehung der gegenwärtigen Verordnung beauftragt. Dieselbe soll öffentlich angeschlagen, und der Sammlung der Gesetze und Dekrete einverleibt werden.

Gegeben den 13. Februar 1819.

Der Amts-Schultheiß,
N. von Wattenwyl.
Namens des Großen Rathes,
der Staatschreiber,
G r u b e r.

Kreisschreiben des Kleinen Raths
an alle Oberamt männer, mit Ausnahme
derjenigen des Leberberges.

Einstweilige Verfügung zu Beschränkung
der Gemeinds- und Armen-Zellen.

Auf die uns zugekommene Anzeige, daß ungeacht der ^{14. April 1819.} eingetretenen wohlfeileren Zeiten dennoch in verschiedenen Gemeinden, besonders des Emmenthals, die Zellen eher zu- als abgenommen haben, und daß überhaupt sowohl in dem Bezug als der Verwendung derselben an vielen Orten die größte Willkührlichkeit statt finde, sind Wir veranlaßt worden, durch Unsere verordnete Landes-Defonomie-Commission über das Zellwesen im ganzen Canton genaue Berichte einziehen, und darüber allgemeine Vorschriften bearbeiten zu lassen.

Indessen aber, und bevor diese weitläufige und schwierige Arbeit wird erledigt werden können, haben Wir nöthig erachtet, schon jetzt einige Verfügungen anzuordnen, um einerseits die Gemeinds- und Armen-Zellen so weit möglich zu beschränken, und anderseits verschiedenen in den Gemeinds-Verwaltungen eingeschlichenen Mißbräuchen abzuhelpen, deren längerer Fortbestand eben so nachtheilig auf das Gemeindwesen wirkt, als er dem Wohlstand des Landes immer gefährlicher wird.

14. April 1819. Dem zufolge haben Wir erkannt und verordnet,
was hienach folgt:

1) Zu möglichster Beschränkung der für Unsere Angehörige, an vielen Orten so drückend gewordenen Armen- und Gemeinds-Zellen, soll es einstweilen und bis auf weitere Verordnung, den sämtlichen Gemeinds-Behörden des Cantons verboten und untersagt seyn, von sich aus jährlich höhere Armen- und Gemeinds-Zellen beziehen zu können, als der Durchschnitts-Ertrag derselben von den Jahren 1813, 1814 und 1815, mit Inbegriff der Umgänger-Kosten, oder der den Zellpflichtigen, welche ausser der Gemeinde wohnen, dafür angerechneten billigen Schätzung, ausweisen mag. Diese Durchschnitts-Summen sollen alsogleich aus den Rechnungen ausgezogen, für die Armen- und Gemeinds-Zellen besonders berechnet, von Unsern Oberamt Männern in Entgeghaltung mit den betreffenden Rechnungen verifizirt, und der Landes-Oekonomie-Commission zu Unsern Händen ohne Verzug angezeigt werden.

Würde aber diese Durchschnitts-Summe der eint oder andern Zelle zu Bestreitung der Bedürfnisse nicht zureichen, so mögen die in diesem Falle sich befindenden Gemeinden bey Uns um die Bewilligung nachsuchen, noch eine oder mehrere Zellen erheben zu können, die ihnen jedoch nur auf die geleistete Bescheinigung, daß die Durchschnitts-Summe von jenen drey Jahren wirklich unzureichend seye, ertheilt werden wird.

Eben so haben sich diejenigen Gemeinden, welche in bemeldten Jahren keine Zelle erhoben hätten, und jetzt oder späterhin in Fall kommen möchten, eine solche aus-

zuschreiben, bey Uns vorher um die Bewilligung zu deren Erhebung zu bewerben. 14. April 1819.

Sollte über die Bestimmung des Maximums bey den Partikularen der eint oder andern Gemeinde Zweifel entstehen, so soll solches Unsern Oberamt Männern angezeigt werden, welche im Fall die Parthenen nicht in der Minne verglichen werden können, den Gegenstand, jedoch ohne Gestattung eines weitem Schriftwechsels, Unserer Landes-Oekonomie-Commission einzuberichten, und zugleich alle Rechnungen jener drey Jahrgänge, auf welche die Berechnung des Maximums gegründet worden, in Original einzusenden haben. Diese Bestimmung soll auch, wenn sie schon der einen oder andern Vorschrift eines sanctionirten Zell-Reglements nicht angemessen wäre, nichts desto weniger ihre Anwendung finden.

2) Da die Erfahrung zeigt, wie leicht seit einiger Zeit die Gemeinden sich für ihre Angehörigen in Bürgschafts-Verpflichtungen einlassen, so verordnen Wir, um diesem zur Verarmung derselben führenden Uebel Einhalt zu thun, und zu Vermeidung der daraus für die hinter solchen Gemeinden Eigenthum besitzenden Ausburger entstehen könnenden Nachtheile, daß alle Gemeinds-Versammlungen, bey denen es um Bürgschafts-Verpflichtungen zu thun ist, nach vorher ausgewirkter oberamtlicher Bewilligung, mit Anzeige des Gegenstandes der Verhandlung, an zwey auf einander folgenden Sonntagen, nach dem Gottesdienst, von der Kanzel öffentlich bekannt gemacht werden sollen.

Die Verbürgung dann soll nur mit zwey Drittheilen der bey der Versammlung anwesenden stimmfähigen

14. April 1819. Gemeindbürgern beschloffen werden können, und die Folgen einer solchen Verpflichtung sollen auch nur auf den Gemeindbürgern einzig lasten.

3) Betreffend die Geldanleihen der Bürgergemeinden, so sollen dieselben nur von einer auf obige, durch den Art. 2. vorgeschriebene Weise zusammenberufenen Versammlung aller stimmbfähigen Gemeindbürger, und mit einer Stimmenmehrheit von zwey Dritttheil der Anwesenden beschloffen werden können.

Die gleichen Vorschriften gelten auch für die Anleihen, welche nicht bloß zu Handen der Gemeindbürger-schaft, sondern für alle hinter der Gemeinde Grundeigen-thum Besizenden gemacht werden wollen, wie z. B. bey Erbauung von Kirchen, zu Bestreitung von Militairkosten, u. s. w. In solchen Fällen aber soll noch überdieß die Gemeinds-Versammlung, mit bestimmter Anzeige des Gegenstandes der Verhandlung, durch genugsame Zeit vorher beschehene Publikation im Wochenblatt ausgeschrieben werden.

4) Ansehend die von den Gemeinden führenden Prozesse, so soll immerhin zu Anhebung eines solchen Prozesses von Seite einer Gemeinde vorerst die oberamtliche Autorisation erhalten werden. Im Fall sich dann die Gemeinde an den oberamtlichen Abschlagsgründen zu Anhebung eines Prozesses nicht ersättigen sollte, so bleibt ihr das Recht vorbehalten, dieselben vor Uns zu ziehen.

Diese aus landesväterlicher Fürsorge zum Besten Unserer Angehörigen und ihres Gemeindwesens von Uns beschlossenen Anordnungen, deren Exekution von dem Tage

an Platz haben soll, da sie den Gemeinden werden be- 14. April
kannt worden seyn, werdet Ihr allen Gemeinden Eueres 1819.
Amts mittheilen, dieselben Euerem oberamtlichen Man-
daten-Buch einverleiben, und genau darauf achten, daß
solche in allen Theilen von Jedermann befolgt werden.

Dieses Circular-Schreiben ist auch der Sammlung
der Gesetze und Dekrete einzuverleiben.

Gott mit Euch!

Actum den 14. April 1819.

Der Amts-Schultheiß,
H. von Wattenwyl.
Namens des Raths,
der Staatschreiber,
Gruher.

F e u e r o r d n u n g

f ü r d e n C a n t o n B e r n.

Vergl. Ges. u. Dekr. Th. IV. S. 28. u. f.

25. May
1819.

Wir S c h u l t h e i ß und R a t h der Stadt
und Republik Bern, thun kund hiermit:

Daß Wir aus landesväterlicher Sorgfalt für Unsere
getreuen Angehörigen, auf den Vortrag Unseres Justiz-
und Polizen-Raths, eine allgemeine Feuerordnung für
den Canton zu erkennen nothwendig erachtet, und dem-
nach

v e r o r d n e n:

I. T h e i l.

Vorschriften zur Verhütung der Feuergefähr.

A. Allgemeine Vorschriften.

1) Jedermann soll überhaupt auf Feuer und Licht
in seinem Hause zu jeder Zeit fleißig Acht haben, und
auch Sorge tragen, daß seine Kinder und Dienstboten
vorsichtig damit umgehen.

2) Da durch Spinnengewebe, Ruß und andere feuer-
fangende Unreinlichkeiten, die sich auf den Estrichen
sammeln, leicht ein Brand entstehen, und besonders bey

einer ausgebrochenen Feuersbrunst das Feuer dadurch selbst Gebäuden, die von dem Brand-Orte entfernt sind, mitgetheilt werden kann, so wird allen und jeden Hauseigenthümern vorzüglich anempfohlen, dafür zu sorgen, daß die Estriche ihrer Häuser, so oft nöthig, von allem Spinngewebe, Ruß und dergleichen gereinigt werden.

25. May
1819.

3) Das Herumtragen feuersgefährlicher Dinge ohne die nöthige Vorsicht ist anmit gänzlich untersagt. Insbesondere dann soll niemand mit Feuerbränden oder glühenden Kohlen in unbedeckten Gefäßen, über die Gasse oder Strasse, noch viel weniger aber damit oder mit bloßem, nicht in einer wohl verschlossenen Laterne verwahrten Lichte, in Stallungen oder Scheunen, Estrichen, um das Haus herum oder an solche Orte gehen, wo Stroh, Heu, Späne oder andere leicht feuerfangende Dinge liegen. Auch soll in Ställen, Scheunen und andern feuersgefährlichen Orten nicht Feuer geschlagen werden. Alles bey einer Buße von zwey bis vier Franken, und Verdoppelung derselben im Wiederholungsfalle.

4) Es soll demnach jeder Hauswirth wenigstens mit einer, und wenn er Vieh zu halten pflegt, wenigstens mit zwey gut verwahrten Laternen versehen seyn; bey einer Buße von zwey Franken.

5) In Scheunen, Stallungen, Werkzeugkammern, Speichern, Tennen, Holz- und andern Schöpfen, auf Bühnen und Dächern, wie auch in Werkstätten der Schreiner, Drechsler, Wagner und anderer Holzarbeiter, soll gar nicht, um die Häuser herum nur mit bedeckten Pfeisfen geraucht werden; bey Strafe von drey Franken.

26. May
1819.

6) Wenn die Pflege des Viehs Räucherungen nothwendig macht, so muß die mit der Gluth in den Stall gebrachte Kohlenpfanne in einen frisch befeuchteten Züßer gelegt werden.

7) Kindern unter zwölf Jahren, Blödsinnigen soll kein Licht anvertraut werden. Auch sollen zu keiner Zeit Kinder unter zwölf Jahren, Blödsinnige und ganz unvermögende Alte oder Kranke, in einem Hause, wo Licht oder Feuer ist, allein gelassen werden; bey einer Buße von drey Franken und mehrerer Verantwortlichkeit, wenn Unglück daraus entstände.

8) Alles Losbrennen von Mörsern, Böllern oder sogenannten Raketenköpfen, alles Werfen von Granaten, Raketen aus den Häusern, auf den Strassen und in den Gassen einer Stadt oder eines Dorfes, und überhaupt näher als fünfzig Schritte bey einem Hause, bey Tage oder bey Nacht, ist bey vier Franken, und im Wiederholungsfalle, bey doppelter Buße und Confiskation der Feuer-Instrumente verboten.

9) Bey der nemlichen Buße ist es verboten, auf Stroh- oder Schindeldächer zu schießen; wenn sich Knaben solches erlauben, so werden die Eltern oder die Vögte verantwortlich seyn.

10) Das Hauf- oder Flachs-dörren und Brechen ist bey Tage in Häusern, Scheunen oder Ställen bey einer Buße von vier Franken, und sollte es Nachts bey Lichte geschehen, bey doppelter Strafe verboten. Solches soll nur an ungefährlichen Orten auf offenem Felde und nicht näher als hundert Schritte von den Häusern, auch
niemals

niemals auf einer Straße statt haben. In jeder Gemeinde 25. Mal sollen ein oder mehrere besondere Plätze dafür verzeigt 1819. werden.

11) Alles Feuern mit Stoppeln und Dingeln ist bey einer Buße von vier Franken verboten. Bey gleicher Strafe soll unter keinem Vorwand, ohne Bewilligung des Gerichtstatthalters oder Gemeind-Obmanns, näher als fünfzig Schritte bey einem Hause Feuer gemacht werden. Auch ist alles Flachs- und Reiftenbecheln beym Lichte ohne Laterne bey einer Buße von vier Franken verboten.

12) Bey Licht soll nicht gedroschen werden, es sey denn solches in einer wohl verschlossenen Laterne verwahrt, bey einer Strafe von vier Franken.

13) In Spinnstuben soll Abends zum Lichte wohl Sorge getragen werden. Vor dem Schlafengehen soll die Asche auf dem Feuerherd oder der Feuerplatte wohl zusammen gewischt und gedeckt werden. Auch sollen nahe bey der Feuerplatte oder den Ofen, zur Zeit wenn solche geheizt werden, keine Holzspäne oder andere leicht feuerfangende Dinge liegen. Die Asche soll dann nicht in entzündbare Gefäße, wie hölzerne Züher, oder auf entzündbare Orte geschüttet, oder auch an solche Orte gelegt werden, wo der Wind sie leicht weiter tragen könnte; es sey dann, daß sie ganz kalt und erloschen ist; bey Strafe von zwey Franken.

14) Die Turbenasche soll, sobald sie aus dem Ofen genommen wird, entweder in Wasser oder in eine Grube geschüttet werden. Wenn jemand die Turbenasche zu eigenem Gebrauch aufbehalten will, so soll er selbige in

25. May steinernen Gefäßen, die mit eisernen Deckeln versehen, und
 1819. von andern brennbaren Sachen entlegen sind, sorgfältig
 aufbewahren. Falls man Turbenasche in einem hölzer-
 nen Gefäße antreffen würde, so soll der Hausherr, bey
 dem solches gefunden, vier Franken Buße bezahlen, mit
 Vorbehalt des Regresses auf den fehlbaren Dienstboten,
 oder wer es sonst seyn mag.

15) Die Hausbewohner werden ein wachsames Auge
 halten, daß ihre Dienstboten obige Vorschriften genau be-
 folgen, und die Fehlbaren verleiden, ansonst sie im Wi-
 derhandlungsfalle für dieselben verantwortlich und buß-
 fällig sind.

16) Bey einer Buße von vier Franken sollen Kohlen,
 die für Schlosser, Schmiede und andere Feuerarbeiter be-
 reitet werden, nicht eher auf den Kohlenboden oder an ei-
 nen sonstigen Verwahrungsort in ein Haus gelegt werden,
 bis der ganze ausgebrannte Haufe derselben wenigstens acht
 und vierzig Stunden ohne Rasendecke der freyen Luft aus-
 gesetzt worden ist.

17) Die Schmiede, Schlosser und übrigen Feuerar-
 beiter sollen ihre Kohlenvorräthe nicht in Holzhäusern,
 Ställen und andern feuersgefährlichen Orten aufbewahren,
 sondern solche in besondern Behältnissen, wo keine Gefahr
 zu besorgen, verwahren; bey einer Buße von vier Fran-
 ken. Auch sollen sie bey ihren Werkstätten kein Stroh,
 Späne und dergleichen sammeln.

18) Die Ebenisten, Schreiner, Drechsler, Küfer,
 Wagner und überhaupt alle Handwerker, die in Holz ar-
 beiten, sollen jeden Abend, ehe man Licht braucht, und

auch wenn sie Leim kochen wollen, die Späne zu der Werk- 25. May
stätte hinaus an einen ungefährlichen Ort legen lassen; 1819.
bey einer Buße von vier Franken. Ueberhaupt wird ihnen
beym Gebrauch des Lichts und Feuers, bey schwerer Ver-
antwortlichkeit, alle Vorsicht anempfohlen.

19) Die Kaufleute und Laboranten, welche mit brenn-
baren Waaren handeln, sollen dieselben sorgfältig, Brannt-
weingeist, Vitriolöl und dergleichen dann nur in gewölb-
ten Kellern aufbewahren; bey einer Buße von acht
Franken.

20) Den Pulverhändlern ist bey zehn Franken Buße
verboten, bey Licht Schießpulver zu verkaufen, und mehr
als fünfzig Pfund in Vorrath zu haben.

21) Alles Firniß- und Wagensalbe-Kochen ist in den
Städten ohne Bewilligung der Polizen verboten. Auf dem
Lande darf solches nur an ungefährlichen Orten und in der
Entfernung von mehreren hundert Schritten von den Häu-
sern geschehen. Die Gemeindsvorgesetzten sollen den Ort
dazu anweisen. Bey Nacht ist solches aller Orten gänzlich
zu unterlassen; alles bey einer Buße von zehn Franken.

22) Diejenigen, die nicht für ihren besondern Haus-
gebrauch, sondern für Andere um Lohn waschen, sollen
davon in den Städten dem Polizen-Direktor, auf dem Lan-
de aber dem Feuergr'schauer die Anzeige machen, welche
das Lokal des Bauchofens, auch die Stelle, wo das Feuer
zum Ausglätten gemacht werden soll, zu untersuchen, und
die Bewilligung zum Gebrauch dieser Feuerstellen zu er-
theilen oder abzuschlagen haben.

25. May
1819.

23) In den Städten soll allein in den steinernen Ofenhäusern, auf dem Lande aber nur in den dazu erlaubten Bauchöfen gebacket werden. Des Nachts soll in den Bauchöfen und Waschhäusern das Feuer niemals allein gelassen werden, sondern jemand dabey verbleiben; bey einer Buße von vier Franken.

24) Zur Verminderung der Feuersgefahr, und um das Wasser für die Spritzen im Winter wärmen zu können, werden die Gemeinden sich nach und nach angelegen seyn lassen, da, wo noch keine vorhanden sind, öffentliche Bauch- und Ofenhäuser zu erbauen, und solche in gutem Stande zu erhalten.

25) Diejenigen Personen, welche ihre Dienstboten und Tagelöhner auf den Heustöcken, oder in Ställen und Tennen schlafen lassen, auch den Armen und reisenden Handwerksburschen Nachtquartier daselbst erlauben, sollen ganz besonders darauf achten, daß diese Leute auf ihrem Nachtlager weder rauchen noch einiges Licht haben. Sie sollen, um alles Unglück zu verhüten, dieselben ihr allfällig bey sich habendes Feuerzeug vor Schlafengehen ablegen lassen.

26) Heu, und besonders Emd, soll nicht naß auf die Bühne gebracht werden. Auch ermahnen Wir jedermann, insonderheit bey größern Heustöcken, die nöthigen Zuglöcher anzubringen, und diese Vorsicht nicht zu vernachlässigen.

27) Wenn durch Unbehutsamkeit, Nachlässigkeit und Sorglosigkeit von irgend jemand eine Feuersbrunst entstehen sollte, so soll er vom Richter nach Maassgabe seines Fehlers bestraft werden; welche Strafe bis auf gänzlichen

Ersatz des durch eine Feuersbrunst entstandenen Schadens 25. May.
ausgedehnt werden kann. 1819.

28) Wer aber vorsätzlich sein oder anderer Leute Haus anzündet, soll als Mordbrenner nach Unserm peinlichen Gesetzbuche bestraft werden.

B. Besondere Vorschriften.

29) Alle Camine, Feuerplatten in den Küchen sollen in Zukunft mit liegenden Camin- oder andern Steinen und vier Wänden, und bey den Schmelzöfen und Essen mit doppelter Dicke aufgeführt werden. Ein Hauptkamin oder Rauchfang soll inwendig zwey und einen halben Schuh auf einer Seite, und zehn Zoll auf der andern, Weite haben. Ein Arm dann nicht weniger denn anderthalb Schuh auf einer, und neun Zoll auf der andern Seite. In den Rauchfängen, Caminen und Feuerplatten soll kein Holz eingemauert werden. Wenn ein Träm gegen ein Camin kömmt, soll ein Wechsel gemacht werden; alles bey zehn Franken Buße. Alle Camine sollen wenigstens zwey Schuh hoch über das Dach aufgeführt werden.

30) Unter der gleichen Buße sind auch bey neuen Bauten alle hölzerne Rauchfänge oder Arme, wodurch der Rauch in ein Hauptkamin geführt wird, verboten. Desgleichen eiserne Rohre ohne erhaltene Bewilligung außer den Häusern nach zu führen, oder inwendig nicht in ein Camin gehen zu lassen. Diese sollen auch nie näher als sechs Zoll zum Holz kommen, oder daselbst mit Letten etwa zwey Zoll dick umgeben werden.

31) Es soll auch kein Ofen, Feuerplatte, Caminherd an Orte gesetzt werden, wo der Rauch nicht gehörig und

25. Man ohne Feuersgefahr durch einen gut eingerichteten Rauchfang abgeführt werden kann; bey zehn Franken Buße.
1819.

32) Es soll kein Back-, Dörr-, noch Hafnerofen, dergleichen kein Wasch-, Seifen-, Farb- und anderer Kessel, keine Bierbrauereyen, Branntweinbrennereyen, keine Schmiedesse, und überhaupt keine neue Feuerstätte, wie sie immer heißen möchte, groß oder klein, weder in einem alten, noch in einem neuen Gebäude errichtet werden, es sey dann ein solcher Bau von der betreffenden Behörde bewilliget worden; bey zwanzig Franken Buße und Abbrechung des Gebauten.

33) An denjenigen Orten, wo sich bewilligte Back- oder andere Oefen oder Feueressen befinden, oder wenn neue errichtet werden, sollen solche vorschriftmäßig gebaut und eingerichtet seyn, und die Decke wohl mit Kalk oder Gyps beplastert werden; bey zwanzig Franken Buße, und Zuckung des Feuerrechts, je nach den Umständen. Für die bestehenden Oefen und Essen ist eine Frist von zwey Jahren nach Bekanntmachung gegenwärtiger Verordnung bestimmt, innerhalb welcher sie dieser Vorschrift gemäß eingerichtet seyn sollen.

34) Die Brodbäcker und andere Handwerker, welche grosses und öfteres Feuer machen, sollen ihre Feuermauern wenigstens zwey Schuh neun Zoll dick verfertigen lassen, und in der Caminwürge eine eiserne Falle oder Schieber haben, um dieselben bey entstehendem Feuer zu beschliessen; bey zehn Franken Buße für diejenigen, die solches unterlassen würden.

35) Ueberhaupt ist in Zukunft gänzlich untersagt, hölzerne Rauchfänge, es sey in Städten oder auf dem Lande,

zu errichten. Denjenigen, die hölzerne Rauchfänge haben, 25. May
wird ernstlich empfohlen, dieselben mit einem Bren von le- 1819.
bendigem Kalk und Blut oder Blutwasser zu überziehen,
und dann öfters mit Latten anzustreichen. Ein solcher Ueber-
zug wird auch bey hölzernen Wänden die Gefahr der Mit-
theilung des Feuers sehr vermindern.

36) Aus der Küche soll bey neuen Bauten keine Thüre
in einen Stall oder Tenne gehen. Alle Ofenthürlein sol-
len ganz eisern, der Hacken oder die Stange, woran die
Hähli gehängt wird, soll auch eisern seyn; alles bey einer
Buße von acht Franken.

37) Alle Werkmeister, Maurer, Zimmerleute, Camin-
feger, Hafner, Dachdecker und alle andere Handwerker
werden bey Aufführung oder Verbesserung irgend eines Ge-
bäudes diese Vorschriften wegen des feuersichern Bauens
genau beobachten. Wenn ein Hauseigenthümer oder Haus-
bewohner etwas von ihnen begehren würde, das den Ord-
nungen zuwider, oder sonst feuersgefährlich wäre, so sol-
len sie solches bey ihrer Pflicht verweigern; ansonst bey
entstehendem Schaden derjenige, den es betreffen mag,
dafür verantwortlich seyn, und nach den Umständen strenge
bestraft werden soll.

38) Wenn ein Werkmeister, Maurer, Zimmermann,
Caminfeger, Dachdecker oder irgend ein anderer Handwer-
ker, der an einem Hause arbeitet, etwas dieser Verord-
nung Zuwiderlaufendes oder Feuersgefährliches in diesem
Hause bemerkt, so soll er solches alsobald dem Hausbewoh-
ner anzeigen, der dann solchen Fehler oder Mangel unver-
züglich verbessern und repariren lassen soll; ist dieser nicht
Hauseigenthümer, so soll er es unverzüglich demselben an-

25. Man zeigen, und der Eigenthümer gehalten seyn, dasselbe be-
 1819. werksstelligen zu lassen; bey einer von dem Oberamte zu
 bestimmenden Strafe von zwey bis acht Franken und all-
 fälliger Verantwortlichkeit für daraus entstehenden Scha-
 den. Damit aber solche Reparationen auf keinen Fall
 vernachlässiget werden, so soll der Handwerker die gleiche
 Anzeige, die er dem Hausbewohner macht, auch dem Ge-
 richtstatthalter der Gemeinde oder dem ersten Vorgesetzten
 des Orts machen, der dann dem Oberamte selbige hin-
 terbringen soll.

39) Für einen von dem Oberamtman zu bestimmen-
 den Bezirk soll ein Caminfeger angestellt und in Pflicht
 aufgenommen werden. Die Tage für seine Arbeit wird
 auf vier Tagen von jedem Camin, und auf zwey Tagen
 von jedem Arm eines Camins gesetzt.

40) Ein solcher Caminfeger soll alle Vierteljahre den
 Kehr seines Bezirks machen. Wirthe, Bäcker und andere
 Feuerarbeiter, welche alle Monate rußen sollen, müssen
 ihn besonders dafür kommen lassen; es sey denn Sache,
 daß sie ihre Camine mit einem Tannbuschlein oder Besen
 rußen können, und daß das Haus, wo ihre Feuerwerkstatt
 sich befindet, hundert Schritte von irgend einem andern
 Gebäude entfernt stehe, wo sie dann in der Zwischenzeit
 von einem Vierteljahre zum andern mit einem Bund Dor-
 nen oder Tannbuschlein rußen können.

41) Wenn der Caminfegermeister seine Arbeit nicht
 alle selbst verrichten kann, so soll er nur tüchtige Gesel-
 len dazu gebrauchen; er wird jeweilen für selbige ver-
 antwortlich seyn, und selbst nachsehen, ob die Arbeit ge-
 hörig verrichtet worden sey.

42) Sollte dem Caminfeger von dem Eigenthümer oder Bewohner des Hauses eine Verhinderung geschehen, so soll er nach Vorweisung der Caminfeger-Instruktion, auf beharrliches Widersehen, solches alsobald dem Gerichtstatthalter der Gemeinde oder dem ersten Ortsvorgesetzten anzeigen. Dieser soll unverzüglich den Rapport davon Unserm Oberamtmann machen, welcher den Eigenthümer oder Bewohner des Hauses mit einer Buße von acht Franken belegen wird. 25. May 1819.

43) Die Caminfeger sollen bei ihrer Arbeit die Feuerstätte und Rauchfänge genau besichtigen und untersuchen, ob nicht etwa Löcher, Risse, durchgehende Hölzer und andere Feuersgefährlichkeiten darin seien, und ob die Rauchfänge die gehörige Dicke haben. Die beobachteten Fehler wird der Caminfeger alsobald dem Eigenthümer oder Bewohner des Hauses, wie auch dem Gerichtstatthalter oder ersten Ortsvorgesetzten anzeigen. Der Gerichtstatthalter oder Ortsvorgesetzte wird die Verbesserung anbefehlen, woben er dem betreffenden Hauseigenthümer dazu genugsame Zeit einräumen wird, nach deren Verfluß er sich aber versichern soll, ob seinem Befehle Folge geleistet worden sey. Hat der Hauseigenthümer diese Zeit vorbegehen lassen, ohne daß der angezeigte Mangel wahrhaft verbessert worden, so soll der Gerichtstatthalter den Verhalt Unserm Oberamtmann anzeigen, welcher dann alsogleich die Verbesserung auf Kosten des Hauseigenthümers ausführen lassen wird.

44) In jeder bedeutenden Dorfgemeinde oder auch in jeder Gegend, wo eine ansehnliche Zahl von Wohnungen nahe bei einander stehen, soll wenigstens ein von dem Oberamte bestätigter und in Pflicht aufgenommener Nacht-

25. May wächter angestellt , und von derselben besoldet werden.

1819. Den Gemeinden steht es frey , die allfällig in denselben angestellten Polizienwächter auch als Nachtwächter anzustellen ; doch sollen sie in letzterer Eigenschaft immer noch besonders von Unsern Oberamt Männern in Pflicht aufgenommen werden.

45) Diese Nachtwächter sind besonders verpflichtet , zu jeder Stunde in der Nacht alle Haupt- und Nebenstraßen durchzugehen , auf alles Feuer wohl aufmerksam zu seyn , auch wenn sie Rauch oder Licht an einem verdächtigen Orte bemerken , oder einen Brandgeruch empfinden sollten , die Hausleute gleich aufzuwecken und mit ihnen genau nachzusehen , wo etwa Feuersgefahr vorhanden seyn möchte. Sobald sie im Orte oder in dessen Nähe Feuer ausgehen sehen , sollen sie augenblicklich Lärm machen , die Brandmeister , die Feuermeister und übrige beim Brand-Corps Angestellten , wie auch den Siegrist aufwecken oder aufwecken lassen. Ist das Unglück außerhalb des Ortes , so sollen sie denselben niemals verlassen , sondern ihn die ganze Nacht hindurch unausgesetzt und mit der angestrengtesten Wachsamkeit durchpatrouilliren , um allen weiteren Gefahren und Unordnungen gleich vorbeugen zu können.

46) Diese Nachtwächter sind auch verpflichtet , auf die in den §§. 3. 8. 9. 11. und 21. bezeichneten Fälle genaue Acht zu haben , und die Uebertreter alsobald dem Gerichtstatthalter anzuzeigen. Dieser soll sie dann unverzüglich bey Unserm Oberamtmanne verkleiden.

47) Um Uns noch ferner zu versichern , daß alles oben Verordnete befolgt werde , so sollen von Unserm Oberamtmanne in jeder Kirchgemeinde , in den Städten und

auf dem Lande, auf den Vorschlag der Ortsvorgesetzten, 25. May
 wenigstens zwey Feuerg'schauer oder Feuer-Aufseher er-^{1819.}
 wählt werden. Diese werden von dem Oberamt in Pflicht
 aufgenommen.

48) Diese Feuerg'schauer sollen viermal im Jahr, je von drey zu drey Monaten, an unerwarteten, unter ihnen allein abzuredenden Tagen, die Feuerstätten, Feuerherde und Ofen ihrer Gemeinde besichtigen, und sonderlich darauf achten, ob die Defen, Feuerplatten, Gewölbe, Dielen und Rauchfänge so verwahrt und im Stand seyen, daß keine Feuersgefahr zu befürchten; ob fleißig und wohl geruhet, ob keine feuerfangende Sachen nahe bey den Feuerherden gelegt und die Asche so verwahrt werde, daß daher keine Feuersgefahr zu besorgen sey. Sie sollen überhaupt nachsehen, ob alle oben vorgeschriebene Verordnungen befolgt, die gläsernen Laternen sich in gehörigem Stande befinden und die vorgeschriebenen Feuergeräthschaften der Ordnung gemäß vorhanden seyen. Zu diesem Endzweck sollen sie eine Controlle führen, in welcher das Datum des Kehrs und die dabey gemachten Bemerkungen eingeschrieben werden.

49) In wichtigen und zweifelhaften Fällen, oder wenn sie sich nicht mit den gehörigen Sachkenntnissen ausgerüstet glauben, so mögen sie verständige und unparthenische Handwerker, als Maurer, Hafner, Caminfeger u. s. w. mit sich nehmen, oder sie zu Rathe ziehen.

50) Wenn in der Gemeinde ein neues Gebäude aufgeführt wird, so sollen diese Feuerg'schauer mit Hülfe von einigen unparthenischen Handwerkern, die nicht bey dem Baue angestellt sind, das Gebäude zu zwey verschie-

25. May 1819. denen Malen besuchen und in Augenschein nehmen, und genau darauf achten, daß obige Bauvorschriften zu Verhütung der Feuersgefahr in allen ihren Theilen befolgt werden.

51) Wenn die Feuerg'schauer in ihren Hausbesuchen etwas Fehlerhaftes oder gegen diese Verordnung Laufendes antreffen, so sollen sie alsobald dem Hauseigenthümer selbst, oder durch seinen Miethmann anbefehlen, das Mangelhafte abzuschaffen oder in gehörigen Stand zu setzen. Der Gerichtstatthalter soll von allen diesen Verrichtungen der Feuerg'schauer einen genauen Rapport erhalten, und denselben unverzüglich Unserm Oberamtmann vorlegen.

52) Bei den Hausbesuchen sollen die Feuerg'schauer nirgends Wein oder andere Gaben annehmen.

53) Auch sollen die Feuerg'schauer auf die Unterhaltung der Brunnen, Weiher, Wasserbehälter, insofern sie zur Löschung eines Brandes mehr oder weniger nothwendig sind, besonders Achtung geben, so daß dieselben so viel möglich beständig in brauchbarem Stande seyen und keine Abänderungen ohne Vorwissen und Gutheissen des Oberamts daran gemacht werden.

54) Wenn zwischen der Kirchgemeinde und ihren Feuerg'schauern nicht etwas anders abgeredet ist, so wird ihnen Unser Oberamtmann einen durch die Gemeinde zu bezahlenden Taglohn bestimmen.

II. T h e i l.

Hülfsmittel und Löschanstalten gegen eine
Feuersbrunst.

W a s s e r.

55) In denjenigen Gemeinden, wo außer den Brunnen und Cöden kein laufendes Wasser vorhanden, sollen an zweckmäßigen Stellen große Wasserbehälter und Weiher errichtet werden, damit bey entstehendem Brande das Wasser schleunig könne eingeleitet und angeschwellt werden. Da die bestellten Feuerng'schauer die Oheraufsicht über diese Wasserbehälter haben, so sollen sie dieselben stets reinlich halten, und ihnen ist allein erlaubt, dieselben ableiten oder auslaufen zu lassen. Wenn jemand anders dieses thun würde, so soll er mit einer Buße von höchstens zehn Franken belegt werden; die Väter sind für ihre Kinder, die Bögte für ihre Bögtinge verantwortlich.

56) Bey einem obwaltenden Gewitter soll niemand seine Brunnen, Weiher, Wasserbehälter ausleeren oder auslaufen lassen; bey einer Buße von höchstens zehn Franken.

57) Alle Eigenthümer von Brunnen, Cöden, Weihern, Wassersammlern sind gehalten, aus denselben das nöthige Wasser zu Bedienung der Feuersprißen und anderer Löschanstalten unverweigerlich schöpfen zu lassen; widerigen Falls solche auf Befehl des Brandmeisters mit Gewalt dazu angehalten werden sollen, und überdieß in eine Buße verfallen, die bis auf vierzig Franken gehen kann.

25. May
1819.

Feuergeräthschaften.

58) Ein jeder Eigenthümer eines oder mehrerer zu Wohnungen eingerichteten Gebäuden in Städten und auf dem Lande, soll einen tauglichen ledernen Feuereimer haben, der mit seinem Namensbuchstaben bezeichnet ist, und an einem schicklichen Orte aufbewahrt werden soll; bey Strafe von zwey Franken bey jeder Haus-Visitation. Es darf auch in Zukunft kein Angehöriger des Cantons, oder in demselben Wohnender, sich verheyrathen, er habe denn dem Pfarrer ein Zeugniß von seinem Gerichtstatthalter vorgewiesen, wie daß er einen währschaften ledernen Eimer besitze. Jeder Besitzer neu concedirter Häuser oder Feuerrechte soll gleichfalls gehalten seyn, einen ledernen Eimer anzuschaffen. Auch bey jeder Annahme eines neuen Burgers soll dieser der Gemeinde zwey währschafte lederne Feuereimer entrichten.

59) Ueberdieß soll jede Gemeinde, die eine oder mehrere Spritzen hat, mit zwanzig bis achtzig Eimern versehen seyn. Diese Eimer sollen im Spritzenhaus an Stangen aufbewahrt werden.

60) Der Besitzer oder Bewohner eines mit Stroh bedeckten Hauses soll, bey Strafe von acht Franken, eine eigene Dachleiter besitzen. Ausserdem soll jede Gemeinde, je nach ihrer Größe, wenigstens drey bis sechs Feuerleitern haben; sie sollen dreyßig Schuh lang, stark und fest gebaut, oben mit zwey eisernen Rädchen oder Rollen zum Hinaufschieben und unten mit starken eisernen Spitzen versehen seyn. Wir empfehlen annoch den wohlhabendern Gemeinden, wo die Häuser kostbarer und näher an einander gelegen sind, eine oder zwey Leitern nach dem Modell, das in

Bern zu versehen, machen zu lassen, nemlich auf Rollen 25. Man
laufend, und auseinander gehend, weil man diese neben 1819.
die Gebäude aufstellen und von da mit besserer Wirkung in
das Feuer spritzen kann. Obige Feuerleitern sind an einem
sichern und trockenen Orte aufzubewahren.

61) Es soll auch jede Gemeinde, außer den Feuer-
hacken für die Feuerläufer, wenigstens mit vier großen
und vier kleinen Feuerhacken und einer Rondelle versehen
seyn. Diese Geräthschaften sind an einem schicklichen Orte
in der Nähe des Spritzenhauses, oder in diesem selbst auf-
zubewahren.

62) Da die Feuerspritzen das wesentlichste Hülfsmittel zur Löschung und Hemmung eines ausgebrochenen Brandes sind, so verordnen Wir andurch, daß in jedem Kirchspiele, wo noch keine vorhanden seyn sollten, eine tüchtige Feuerspritze angeschafft werde, und in größern Kirchspielen, wo über zweyhundert Häuser sind, zwey. Wir werden Uns immer geneigt finden lassen, wie bis dahin, die Gemeinden durch eine ihrem Vermögen und der Zweckmäßigkeit der angeschafften Spritze angemessene Unterstützung zu erleichtern. Die Gemeinden in den gebirgigen Gegenden Unsers Cantons, wo große Spritzen nicht fortgeschafft werden können, sollen sich Tragspritzen anschaffen.

63) Jeder Spritzenmacher im Canton soll sich als ein geschickter Künstler bey Unserm Justiz- und Polizen Rathe legitimiren, in welchem Falle ihm von dieser Behörde ein Patent als Spritzenmacher ausgefertigt werden wird. Einem jeden, der nicht ein solches Patent in Händen hat, ist die Verfertigung und Reparation der Feuerspritzen im Canton gänzlich untersagt.

25. May
1819.

64) Ehe und bevor diese neuen Spritzen den Gemeinden abgeliefert werden, sollen sie auf dem Amtssitze von Kunst- und sachverständigen Männern, die der Justiz-Rath hinschickt, in allen ihren Theilen genau untersucht, nachher in Gegenwart der Ausgeschossenen der betreffenden Gemeinde probirt, und wenn sie nicht das Vorgeschriebene leisten, verworfen, und den Spritzenmachern überlassen werden. Die allfälligen Reparationen an einer angenommenen neuen Spritze, die von schlechter Arbeit herrühren, sollen während der zwey ersten Jahre durch denjenigen, so die Spritze verfertiget hat, in seinen Kosten gemacht werden.

65) Wenn aber Gemeinden ausser dem Canton Spritzen verfertigen lassen, so haben sie keine Unterstützung von Uns zu erwarten. Auf jeden Fall sollen aber diese Spritzen nach den in dieser Verordnung enthaltenen Vorschriften eingerichtet seyn.

66) Alle neue und auch die alten Feuerspritzen sollen mit Pferddeckseln versehen werden. Die größern Spritzen sollen auch Spannfetten haben. Damit im Falle der Noth ein Stück Schlauch aus einer Gemeinde an den Schlauch einer andern geschraubt werden könne, so sollen im ganzen Canton, sowohl für die alten jetzt schon bestehenden, als für die neuen noch zu verfertigenden Spritzen, gleiche Schlauchgewinde eingeführt werden. Diese Schlauchgewinde sollen so gemacht seyn, daß bey Zusammensetzung zweyer Schläuche nur das Muttergewinde, die Schläuche selbst aber nicht gedreht werden. Unsere Oberamt männer sind beauftragt, darauf zu wachen, daß innerhalb zwey Jahren alle Schlauchgewinde der alten schon bestehenden Spritzen

Sprizen von den patentirten Sprizenmachern nach dem 25. May
jenigen Modell eingerichtet werden, welches sie von Unserm 1819.
Justiz- und Polizen-Rathe erhalten werden.

67) Zu jeder Sprize gehören:

- a. 200 Schuh Schläuche, lederne oder tüchene.
- b. 2 Gabeln.
- c. 8 Feuerpatschen.
- d. 6 Bleicherschaukeln.
- e. 1 Wasserfaß.
- f. 1 Laterne mit Feuerzeug und zwei Kerzen im Vorrath.
- g. 8 Sielplatten.
- h. 2 Böhne.
- i. 1 Seil um die Schläuche aufzuziehen; ferner 2 lederne Bindlappen und 2 Stricke um die schadhaften Schläuche zu repariren.
- k. 1 Schmierbüchse.
- l. 2 eiserne Haken an einem Seile von 2 bis 3 Klafter, mit welchen man sich auf nassen und schlüpfrigen Strohdächern festhalten kann.
- m. 2 Blachen oder Decken von grobem Leintuch, 25 Ellen in sich fassend, um die Dächer der benachbarten Häuser bei einem Brande gleich damit zu bedecken.

68) Die Feuersprizen mit ihren dazu gehörigen Geräthschaften sollen in einem sichern, luftigen, mit Ziegeln bedeckten, wo möglich von hölzernen Häusern abgesonderten Orte aufbewahrt werden. Der erste Vorgesetzte des

25. Man Ortes, der Brandmeister und der Spritzenmeister haben
1819. ein jeder einen Schlüssel zu dem Spritzenhause.

Brand- oder Hülfscorps.

69) Auf den Vorschlag der Ortsvorgesetzten werden Unsere Oberamt männer in allen Kirchgemeinden einen Brandmeister und zwei oder, nach den Umständen, mehrere ihm beigegebene Gehülfen ernennen, und sie in Pflicht aufnehmen.

70) Der ältere dieser Gehülfen soll auch in Abwesenheit des Brandmeisters dessen Stelle versehen. Sonst gebraucht der Brandmeister dieselben um seine Befehle vollziehen, und bei einem ausgebrochenen Brande überall in Ausübung bringen zu lassen.

71) Der Brandmeister hat die oberste Leitung aller Löschanstalten bei einem ausgebrochenen Brande, und sowohl die Angestellten folgend benannter, als die sonst zu Hülfe eilende Mannschaft stehen unter seinem Befehle. Er wird auch alles dasjenige, was hier zur schleunigen Hülfeleistung bei einer ausgebrochenen Feuersbrunst vorgeschrieben ist, genau befolgen und mit aller Strenge handhaben lassen.

72) Jede Kirchgemeinde soll wenigstens drei bestimmte Feuerläufer ernennen, von welchen einer mit dem Namen eines Oberfeuerläufers die andern anführen soll. Dieselben sollen so viel möglich aus rüstigen unverheyratheten Männern genommen werden.

73) Die Gemeinden werden zu jeder Spritze
1 Spritzenmeister,

2 Rohrführer, und je nach der Größe der Spritze acht oder 25. Max
zwölf Spritzendrucker, und zwei Schlauchlenker er- 1819.
nennen.

Dem Spritzenmeister, der über diese sämtliche
Spritzenmannschaft den unmittelbaren Befehl führt, liegt
die besondere Aufsicht der Spritze, Schläuche, Eimer und
überhaupt aller zu seiner Spritze gehörenden Geräthschaf-
ten ob. Der Rohrführer dirigirt das Spritzenrohr, und
soll vorzüglich ein unerschrockener Mann seyn. Die zwei
Schlauchlenker haben darauf zu sehen, daß die Schläuche
auf die kürzeste und am mindesten dem Verderben ausge-
setzte Weise gelegt und geführt werden. Für jede Feuer-
leiter werden die Gemeinden auch vier bis sechs starke
Männer ernennen.

74) Die Gemeinden sollen auch sechs bis zehn recht-
schaffene Männer, zur Rettung der Habseligkeiten bestimmt,
ernennen. Dieselben sollen mit Säcken versehen seyn. Es
liegt diesen Männern ob, sich bey einem ausgebrochenen
Brande in der Gemeinde unverzüglich an den Ort des
Brandes zu begeben, und den Dienstboten des Brandbe-
schädigten mit Rath und That an die Hand zu gehen, auch
die Dienstboten bey der Austragung der Effekten unter
guter Aufsicht zu halten. Diese Männer sollen ein Zeichen
an ihrer Kleidung tragen, welches sie auszeichnet und
einem jeden in der Gemeinde kenntlich macht. Uebrigens
werden sie für ihren Dienst vom Oberamte in Gelübde auf-
genommen werden.

75) Endlich werden Unsere Oberamt männer auf den
Vorschlag der Ortsvorgesetzten aus Unsern Reserve-, Aus-
zügler- oder Landwehr - Soldaten, die in der betreffenden

25. Man Gemeinde wohnen , wenigstens zwölf Gemeine und zwei
1819. Unter-Offiziere ernennen , welche bey einem im Orte selbst
ausgebrochenen Brande sich unverzüglich auf dem bestimm-
ten Sammelplatze völlig bewaffnet einfinden werden. Hier
wird ihnen der Brandmeister oder seine Gehülfsen die wei-
tern Befehle ertheilen , welche sie genau und pünktlich
auszuführen haben.

76) Alle Jahre zweymal , im Frühling und im Herbst ,
soll das ganze Brand- oder Hülf-Corps gemustert wer-
den. Die Musterungen werden unter dem Befehle des
Brandmeisters vor sich gehen , und der Gerichtstatthalter
und einige andere Ortsvorgesetzte werden denselben be-
wohnen. Zuerst wird der Brandmeister durch einen seiner
Gehülfsen das ganze Corps verlesen lassen und einen Appell
halten , um zu sehen , ob alle da seyen. Die Fehlenden
sollen aufgezeichnet und durch den Gerichtstatthalter Unserm
Oberamtmann angezeigt werden. Dieser wird , Falls sie
keine erheblichen Entschuldigungen vorzubringen haben ,
dieselben mit einer Buße von zwei Franken belegen.

77) Nach abgehaltenem Appell soll der Brandmeister
alle diejenigen , die nicht bey den Feuerspriken angestellt
sind , entlassen , mit der Sprikenmannschaft aber in guter
Ordnung zu den Sprikenhäusern marschiren , die Spriken
und übrigen Feuergeräthschaften herausnehmen und die
Mannschaft während einer guten Stunde üben.

78) Nachher wird der Brandmeister sämtliche Feuer-
geräthschaften wohl beaugenscheinigen , das Fehlerhafte
gleich ausbessern , die Schläuche reinigen , trocknen und
einschmieren lassen. Dieß Nemliche soll auch geschehen ,

wenn die Feuerspritzen bey einer Brunst gebraucht worden sind. 25. May 1819.

79) Für jede Feuerspritzenmusterung gebührt dem Brandmeister und den Spritzenmeistern jedem $7\frac{1}{2}$ Bazen; die bey den Spritzen Angestellten erhalten fünf Bazen. Bey einem Brande außer der Kirchgemeinde bezieht der Brandmeister, wenn er ihn bewohnt, so wie der Spritzenmeister, 15 Bazen. Bey einem Brande in der Kirchgemeinde, ein jeder $7\frac{1}{2}$ Bazen. Die bey den Spritzen Angestellten erhalten bey einem Brande in der Kirchgemeinde fünf Bazen und bey einem außerhalb derselben zehn Bazen. Die Gehülffen des Brandmeisters, wenn nicht der eine oder der andere in dessen Abwesenheit den Befehl führt, erhalten so viel, wie die bey den Spritzen Angestellten.

80) Der Brandmeister wird einen Feuer-Rodel, d. i. ein genaues Verzeichniß aller Feuerverordneten oder Individuen des ganzen Brand- oder Hülfscorps führen, wie auch aller der Kirchgemeinde zustehenden Feuergeräthschaften. Er wird eine Abschrift dieses Rodels mit den Bemerkungen der allenfalls erforderlichen Ersezungen und wichtigern Reparationen im Anfange jedes Jahrs durch den Gerichtstatthalter Unserm Oberamtmann einreichen lassen.

81) Niemand darf nach angetretenem achtzehnten und vor vollendetem fünfzigsten Jahre, ohne erhebliche von der Gemeinde gewürdigte Gründe, die Stelle eines dieser Feuerverordneten ausschlagen.

25. May
1819.

III. T h e i l.

Vorschriften und Anstalten bey einer wirklich ausgebrochenen Feuersbrunst.

Wenn es im Orte selbst brennt.

82) Wenn jemand, sey es bey Tag oder Nacht, in seinem eigenen Hause oder in einem andern Gebäude etwas Feuerverdächtiges bemerkt, so soll er augenblicklich die Hausbewohner darauf aufmerksam machen und es irgend einem Ortsvorgesetzten oder Feuerverordneten anzeigen; zugleich auch wenn das Feuer wirklich sichtbar oder ausgebrochen ist, so soll er durch die Strassen: Feuer! Feuer! rufen, und dadurch alle Ortsbewohner zur Hülfsleistung auffordern.

83) Würden Hausbewohner, in der Absicht das Feuer im Stillen zu dämpfen und zu unterdrücken, dasselbe verheimlichen, oder aus was immer für einer Ursache das Haus verschlossen halten, und Feuerlärm zu machen unterlassen, so sollen sie mit fünfzig Franken Buße oder acht-tägiger Gefangenschaft bestraft, und im Fall hieraus wirklich ein größerer Brandschaden erfolgen würde, nach Vermögen zum dießfälligen Ersatz angehalten werden.

84) Der Hauseigenthümer oder die Hausbewohner sind verpflichtet, alle Thüren des Hauses zu öffnen, damit die Nachbarn darin löschen können; würden die Thüren eines Gebäudes, in welchem Feuer erblickt wird, nicht gleich geöffnet, so soll man dieselben mit Gewalt erbrechen.

85) Der Siegrist, sobald er von einem Brande in der 25. May
Kirchgemeinde benachrichtigt ist, soll auf eingeholten Be- 1819.
fehl des Herrn Pfarrers oder, in dessen Abwesenheit,
des nächsten Vorgesetzten unverzüglich mit allen Glocken
stürmen, und fortfahren, bis er vom Brandmeister Befehl
bekömmt, aufzuhören. Da es aber beträchtliche Ge-
meinden giebt, die von der Kirche ziemlich entfernt sind,
so daß eine Stunde und mehr vom Ausbruche des Brandes
vergehen könnte, ehe der Siegrist stürmen würde, so wird
ihnen empfohlen, mit ihren Nachbarn noch andere Feuer-
zeichen zu verabreden. Der Siegrist, der, nachdem ihm
das Feuer angezeigt worden, sich nicht alsobald zu dem
Herrn Pfarrer begiebt und nicht sogleich seinem Befehl
zum Stürmen Folge leistet, soll mit einer Buße von fünf
Franken oder mehrtägiger Gefangenschaft bestraft werden.

86) Wenn die Feuersbrunst bey der Nacht ausbricht,
so soll, besonders in den Städten, ein jeder Bürger und
Einwohner, bey Strafe von zwey Franken, verbunden
seyn, zu einiger Beleuchtung der Strassen eine brennende
Laterne vor die Fenster seiner Wohnung hinaus zu stellen,
sobald die Brunst durch Feuerrufen oder Läuten angekün-
digt wird. Auch ist jeder Einwohner gehalten, seine
Waschgefäße vor das Haus hinaus auf die Strassen zu
stellen, doch mit der Vorsicht, daß solche dadurch nicht
zu sehr verengt werde; bey zwey Franken Buße.

87) Die Feuerläufer, die im Falle einer Brunst im
Orte selbst, zum voraus wissen sollen, in welche angren-
zenden Kirchgemeinden ein jeder von ihnen sich zu begeben
hat, um Hülfe anzurufen, machen sich, sobald ihnen der
Brand bekannt ist, sogleich auf den Weg. Nachts haben
sie Laternen mit sich. Sie werden in den nächsten Ort-

25. Man schafften Lärm machen, und die Feuerverordneten und Orts-
 1819. vorgesetzten aufwecken. Einer dieser Feuerläufer soll auch
 Unserm Oberamtmann Nachricht vom Brande bringen.
 Nachdem sie ihren Lauf vollendet, sollen sie wieder zur
 Brandstätte zurückkehren, wo sie dem Brandmeister von
 ihren Verrichtungen Nachricht geben, und ferner bey den
 Löschanstalten sich gebrauchen lassen sollen.

88) Beym ersten Feuerlärm begeben sich der Brand-
 meister, seine Gehülffen, die Spritzenmeister und übrige
 bey den Spritzen und andern Geräthschaften Angestellte
 auf ihre angewiesenen Posten, und eilen mit den Spritzen
 auf den Brandplatz. Derjenige, der wegbleibt, soll mit
 vier Franken oder, unvermögenden Falls, mit Gefan-
 genschaft bestraft werden. Auch, bey der nemlichen
 Buße, eilen alle Maurer, Zimmerleute, Caminfeger,
 Dachdecker mit Maurerhämmern, Aexten und Beilen, die
 Küfer und ihre Knechte mit ihren Brenten zum Feuer;
 desgleichen die Sattler und Schuhmacher, um gleich bey
 der Hand zu seyn, wenn etwas an den Schläuchen aus-
 zubessern seyn sollte.

89) Alle übrige Burger, Hintersäßen, Handwerks-
 gefellen und Dienstboten haben, sobald sie das Feuerzeichen
 hören, mit den Eimern ihrer Herren und Meister, oder mit
 ihren eigenen, auf den Brandplatz zu eilen, um da nach
 Anordnung des Brandmeisters zur Herbeschaffung des
 nöthigen Wassers oder zu andern Diensten sich willig ge-
 brauchen zu lassen; bey einer Buße von zwey Franken.
 Personen unterm siebenzehnten und über dem sechszigsten
 Jahre mögen zu Hause bleiben, so wie auch die, deren Häu-
 ser näher als hundert Schritte bey dem Brande sind, oder

deren Wohnungen in einer Stadt unter den zehn dem 25. May
Brande nächsten Häusern sich befinden. 1819.

90) Beim Löschen eines Brandes ist insbesondere zu beobachten:

Wenn man gleich Anfangs, ehe die Spritzen ankommen, Wasser bey der Hand hat, so muß solches so viel möglich dem Ursprung des Feuers zugeschüttet werden.

Wenn Del, Harz, Schmalz, Speck u. s. w. in Brand gerathen, so ist es nur schädlich, Wasser ins Feuer zu gießen; man muß suchen, es mit Sand, Asche oder Dünger zu löschen; brennender Weingeist aber kann durch Zuguß von Wasser gelöscht werden. Man muß sich hüten, dem Feuer Luft zu machen, indem es dadurch nur lebhafter wird und sich verbreitet.

Wenn ein Camin in Brand geräth, so soll alles Fleisch oder Speck, so allfällig zum Räuchern aufgehängt wäre, sofort heruntergerissen werden. Alles in der Küche liegende Holz muß weggeschafft, und das auf der Feuerplatte in den nächsten Ofen geworfen werden; die Thüren und Schieber des Camins müssen eiligst verschlossen werden. Man muß auch das Camin in den obern Theilen des Hauses genau bewachen lassen, damit man gleich merke, wenn sich ein Spalt erzeugen würde, und man dann mit nassen Tüchern und Feuerpatschen vermachen und gleich das Feuer dämpfen könne. Grobgestossener Schwefel angezündet und auf einer Feuerschaufel in die Würge des Camins empor gehalten, löscht das Feuer auch oft sehr schnell; daher ist es sehr zu empfehlen, daß in jedem Hause so zubereiteter Schwefel vorrätzig sey. Hingegen ist es verboten, in ein Camin zu schießen, indem es dadurch zerspalten könnte.

25. May 91) Die Spritzenmeister und die bey denselben Ange-
 1819. stellten haben auch Folgendes bey einem Brande zu beob-
 achten: Wenn man mit den Spritzen zum Feuer fährt, so
 soll man nicht allzu geschwind fahren, besonders auf un-
 ebenen Strassen, damit nicht etwas an denselben in Un-
 ordnung gerathe oder verdorben werde.

Die Spritzen sollen so gestellt werden, daß sie nicht
 nur gut gegen den Brand arbeiten, sondern sich auch nö-
 thigen Falls bey überhandnehmendem um sich greifenden
 Feuer gut zurückziehen und eine andere Stelle beziehen
 können.

Ferner ist zu beobachten, daß die Schläuche nicht
 quer über die Straße oder Gasse, sondern längs den Häu-
 sern und Zäunen zu liegen kommen, damit die Durchfahrt
 frey bleibe und die Schläuche nicht beschädigt werden.

Das Feuer muß so viel möglich gegen den Wind an-
 gegriffen und zu löschen versucht werden.

Wenn ein Gebäude schon stark in Brand ist, so sollen
 die Spritzen nicht eher gegen das Feuer arbeiten, als bis
 man sicher ist, ununterbrochen Wasser zu bekommen, weil
 durch Unterbrechung der Arbeit das Feuer nur stärker und
 lebhafter würde.

Die Schläuche, welche man in das Innere des Hau-
 ses und der Gemächer bringen will, sollen nicht durch die
 Stiegen, sondern durch die Fenster geleitet werden.

Die Rohrführer, denen lederne oder Filzkappen sehr
 anzurathen sind, sollen wo möglich so nahe dem Feuer
 stehen, daß der Wasserstrahl noch unzertheilt das Feuer

erreiche, und auch den Wasserstrahl nicht auf das Feuer 25. May
richten, ohne der brennenden Materie beizukommen, indem, 1819.
wenn man den Sitz des Brandes nicht erreicht, das Feuer
durch die Verdampfung des Wassers nur stärker angefacht
wird. Aus dem gleichen Grunde soll der Rohrführer das
Wasser nie im Boden ins Feuer spielen lassen, sondern
das Rohr festhalten und den Wasserstrahl so viel möglich
Windaufwärts an die Wurzel des Feuers treiben.

Die letzten Feuersprizen, welche nicht unmittelbar
gegen das Feuer arbeiten können, sollen so nahe als mög-
lich zu einem Wasser gestellt werden, damit sie von da
den Sprizen beim Feuer Wasser liefern können.

Es soll bei jeder Feuerspritze ein Faß oder eine Bütte
gestellt werden, daraus das Wasser in die Spritze zu schöp-
fen ist, damit durch Zuschütten unreinen Wassers in die
Spritze selbst das Pumpwerk nicht verstopft werde.

Bei großer Kälte sollen die Schläuche und Sprizen,
wenn sie nicht arbeiten, ungesäumt geleert werden, damit
das Wasser in denselben nicht gefriere, welches sie un-
brauchbar machen würde.

92) Der Brandmeister wird vor allem aus die nöthi-
gen Befehle zu Stellung und Richtung der Feuersprizen,
zu den Arbeiten der Mannschaft mit den Feuerhäcken, Feuer-
patschen, so wie der Handwerker, geben.

Er läßt die Wasserträger in einer doppelten Reihe bis
zum nächsten Wasser sich stellen, woben zu beobachten ist,
daß die stärkern Personen in diejenige Reihe zu stellen sind,
welche die gefüllten Eimer trägt. Sind genugsam Leute
da, so werden mehrere Reihen oder Ketten gegen ver-

25. Man schiebene Wasserbehälter hin errichtet. Seine Gehülfen
 1819. und die auf dem Brandplatz sich einfindenden Ortsvorgesetzten, werden überall Ordnung und Stille gebieten, auch sonst mit Rath und That dem Brandmeister an die Hand gehen.

93) Der Brandmeister wird auf die Dächer der nächstgelegenen Häuser alsobald einige Männer senden, welche dieselben mit Wasser begießen und mit nassen Tüchern bedecken, die beständig naß zu halten sind. Dazu sollen sich die Handwerker, als Maurer, Zimmerleute, Caminfeger und Dachdecker vorzüglich und ohne Widerrede gebrauchen lassen, eben so, wie auch zum Einreißen; bey vier Franken Buße oder sonst angemessener Strafe.

94) Wenn die Witterung so kalt ist, daß das Wasser gefriert, so soll in allen Bauch- und Waschhäusern, Wirthshäusern und andern steinernen Wohnungen, wo Gelegenheit dazu sich vorfindet, unausgesetzt Wasser gewärmt werden, um die Feuerspritzen nach Nothdurft damit begießen und anfüllen zu können. Bey solcher kalten Witterung, wo die Strasse mit Glatteis bedeckt ist und das Wasser auf dem Boden plötzlich gefriert, soll Sägmehl oder Asche zc. auf das Eis gestreut werden. Es ist auch in solchen Fällen rathsam, das Wasser mit Salz, Vitriol oder Lauge zu verschärfen, weil es schwerer gefriert und besser löscht.

95) Einer der Gehülfen oder sonstigen Ortsvorgesetzten wird auf alle Fälle die Wasserfässer in Bereitschaft halten und bespannen lassen, um das Wasser aus entferntern Orten herbenzuführen, damit immer so viel Wasser als möglich auf der Stelle sey. Die Besitzer dieser bestellen

Pferde werden dieselben beim ersten Befehl anschirren und bereit halten, um Fässer zu führen oder andere nöthige Fuhrungen zu machen; bei einer Buße von zehn Franken. 25. May 1819.

96) Die Feuergr'schauer, Brunnenmeister und Bachmeister, wenn von den letztern da sind, werden sich alsobald bei dem ersten Feuerzeichen zu den Quellen, Wasserbehältern oder Bächen begeben, um Sorge zu tragen, daß der Zufluß des Wassers nicht gehemmt, sondern eher so viel möglich vermehrt, und alles in die Nähe des Feuers geleitet, auch daselbst angeschwellt werde. Sollten zu wenig Feuereimer auf dem Platz erscheinen, oder die brennenden Gebäude allzuweit von dem Wasser entfernt seyn, so sollen die Weibspersonen aufgerufen werden, das Wasser in Zübern zuzutragen, welchem Auf sie alsobald Folge leisten sollen; bei angemessener Strafe.

97) Alle Wagen und Geräthschaften, so auf den Strassen stehen, welche zum Feuer führen, müssen so geschwind als möglich aus dem Wege geschafft werden.

98) Die von äußern Gemeinden angekommene Mannschaft soll gleichfalls unter den Befehlen des Brandmeisters des Orts, wo die Feuersbrunst ist, stehen, und seine oder seiner Unterbeamten Befehle befolgen.

99) Sollte während der Brunst an einem andern mehr oder minder entfernten Gebäude in der Gemeinde noch ein zweyter Brand entstehen, so darf die Mannschaft nicht ohne Ordnung dahin laufen, sondern der Brandmeister hat schleunig zu veranstalten, welche Mannschaft mit Spritzen, Leitern, Hacken und Eimern dahin geben soll. Für diesen Fall und aus besonderer Vorsicht sollen

25. Man bey jeder Feuersbrunst die noch vorrätthigen Feuerhacken
1819. und Eimer mit einiger Mannschaft in Bereitschaft bleiben, um nach den Umständen schleunig zu Hülfe zu kommen.

100) Zur Verwahrung der geretteten Effekten und Hausgeräthschaften, soll in jenen Orten, wo sich eine Kirche befindet, diese hiezu bestimmt seyn; an andern Orten werden die Vorgesetzten bestimmte Plätze oder Häuser hiezu bezeichnen. Der Brandmeister wird zur Bewachung dieser Effekten vier Soldaten gebrauchen; und überhaupt wird er durch Ausstellung bewährter ehrlicher Männer sorgen lassen, daß unterwegs nichts abseits getragen werde. Was an Heu, Stroh, Hanf, Flachs und andern leicht feuerfangenden Dingen gerettet werden kann, muß zuerst fort auf das freye Feld gebracht, und da wegen der Feuersgefahr genau bewacht werden.

Eben so muß das brennende von dem Gebäude herunterfallende Holz sogleich gelöscht und weggeschafft werden.

101) Es wird jedermann ermahnt, im Falle eines in seiner Wohnung ausgebrochenen Brandes, sich zuerst und vorzüglich mit Austragen der kostbarsten leicht tragbaren Effekten, als: Schriften, Leinwand und dergleichen, abzugeben, zugleich die Pferde und das Vieh aus den Stallungen zu treiben und heraus zu ziehen, und nicht in der ersten Uebereilung mit schwerer Geräthschaft und Mobilien sich zu beschäftigen.

Sollte jemand von den Effekten, so geflüchtet werden, verdächtigerweise etwas beyseits tragen, oder gar davon entwenden, so soll er sogleich in Arrest gesetzt und

hernach dem Richter zur gebührenden Strafe überliefert 25. May
werden. Die von verschiedenen Haushaltungen geflüchte- 1819.
ten Effekten sollen sorgfältig abgesondert werden, so daß
die Habseligkeiten jeder Haushaltung so viel möglich zu-
sammen kommen.

102) Der Brandmeister wird die übrige bewaffnete
Mannschaft dazu gebrauchen, die aus Neugierde herbey-
laufenden und müßig stehenden Leute, wenn es noch an
Arbeitern mangelt, mit Gewalt zur Hülfsleistung anzuhäl-
ten, oder sie ganz aus dem Orte zu weisen; ferner wird
ein Theil dieser Soldaten den Ort fleißig durchpatrouil-
liren, auf alles liederliche Gesindel wohl Acht geben,
und dasselbe fortweisen; überhaupt hat der Brand-
meister diese Wache nach seiner Einsicht und nach seinem
Verstande zu gebrauchen, um seinen Befehlen den gehö-
rigen Respekt zu verschaffen. Wenn einer von diesen be-
stellten Brand-Corps-Soldaten bey einer ausgebrochenen
Feuersbrunst sich nicht auf dem Sammelplatz einfindet,
so wird er mit einer Buße von vier Franken belegt.

103) Wenn das Feuer endlich gelöscht ist und keine
weitere Gefahr mehr vorhanden zu seyn scheint, so soll
jedoch die Brandstelle noch einige Zeit bewacht werden.
Zwen Spritzen mit dazu gehöriger Mannschaft werden auf
der Brandstätte bleiben, desgleichen die nöthigen Eimer
und Feuerleitern und übrige Geräthschaft.

104) Nachdem die Feuerspritzen und die auf der
Brandstätte zur Vorsicht gebliebene Mannschaft verabschie-
det worden, so sollen die Spritzen, Eimer, Feuerleitern,
überhaupt alle Feuergeräthschaften wieder an ihrem Ort
verwahrt werden.

25. May 1819. Die Sprizen werden gereinigt und die Schläuche zum Trocknen aufgehängt. Bei kalter Witterung müssen selbige in einem warmen Gemach getrocknet werden. Der Brandmeister wird veranstalten, daß alles dieses in gehöriger Ordnung geschehe.

Einige Tage nachher wird der Brandmeister über die beim Brande gewesenen Feuersprizen, Feuereimer, Leitern, Hacken und übrige Geräthschaft eine Musterung halten. Die kleinern Reparationen wird er sogleich anordnen und über den Zustand aller Feuergeräthschaften hat er sowohl der Gemeinde als dem Oberamte einen genauen Rapport vorzulegen.

Der Brandmeister wird auch gleich nach der Brunst einen genauen und detaillirten Rapport über die ganze Hergangenheit des Brandes Unserm Oberamtmanne erstatten.

Wenn es außserhalb der Gemeinde brennt.

105) Sobald durch Sturmläuten, eigene Ansicht, oder durch die Feuerläufer von einer außer der Gemeinde entstandenen Feuersbrunst, der Ort derselben mag nun in oder außser dem Canton, doch nicht über drey Stunden entfernt seyn, in einer Gemeinde Kunde einlangt, so soll ein vorher und für diesen Fall bestimmtes Feuerzeichen in derselben gegeben werden, und darauf die Ortsvorgesetzten, Brand- und Sprizenmeister, Feuerläufer und übrige Sprizenverordnete alsobald auf dem bestimmten Platz sich einfinden.

106) Wenn der Ort der Brunst nicht genau bekannt ist, so sollen die Feuerläufer ohne Verzug, und des Nachts
mit

mit einer Rondelle versehen, nach der Gegend hinlaufen, 25. May
 wo das Feuer gesehen oder das Stürmen gehört worden ist, 1819.
 bestimmte Erkundigungen einziehen, wo es brenne, und
 dann den Vorgesetzten Nachricht davon hinterbringen.
 Sollten sie nach einem Laufe von zwei Stunden keine
 sichere Nachricht von dem Brande erhalten können, so
 liegt ihnen ob, von dem Vorgesetzten desjenigen Orts,
 bis wohin sie gekommen, ein mit ihrer Unterschrift ver-
 sehenes Zeugniß ihrer Anwesenheit zu verlangen.

Nach ihrer Rückkunft soll allemal der Ober-Feuer-
 läufer einen ausführlichen Rapport dem Brandmeister
 abstatten.

107) Ist nun die Brunst innerhalb dreier Stunden Ent-
 fernung, so soll die Feuerspritze mit den dazu gehörigen
 Männern und Geräthschaften alsobald dahin abgesendet
 werden, zugleich mit den Feuerläufern, die die Rondelle,
 Feuerhacken und Eimer mitnehmen, und zwar nur unter
 dem Befehl des Spritzenmeisters oder eines der beiden
 Gehülfen des Brandmeisters.

108) Zur Bespannung der Feuerspritzen in solchen
 und andern Fällen, der Wagen mit Leitern und andern
 Geräthschaften, der Wagen mit Wasserfässern, von wel-
 chen Wir schon oben §. 95. gesprochen, werden zum Vor-
 aus die Pferde und Führer aufgeschrieben und bestellt,
 welche dann im Falle des Gebrauchs unverzüglich und
 unverweigerlich bey der Stelle seyn sollen; bey zehn Fran-
 ken Buße. Die Müller, Fuhrleute, größern Güterbesitzer
 mögen vorzüglich ihre Pferde zu diesem Dienste herzugeben
 gehalten seyn. Jedoch werden die Besitzer der Pferde für
 diesen Dienst, wie billig, von der Gemeinde entschädiget,

25. May wie auch, wenn im Dienste ohne ihr Verschulden ein
1819. Pferd beschädiget oder gar zu Grunde gerichtet wird.

109) Da alle von fremden Gemeinden herzuende Mannschaft eben so gut, wie die einheimische, dem Brandmeister des Orts, wo die Brunst ist, gehorchen soll, so soll sie deswegen mit ihrer Feuerspritze den Brand nicht eher verlassen, als bis sie nach gänzlich gelöschtem Feuer gehörig mit Dank entlassen werde; es sey denn Sache, daß in ihrer eigenen Gemeinde Feuer aufgienge, in welchem Falle sie dann sogleich zurückkehren kann.

110) Diejenige aussere Feuerspritze, die bey einer Feuersbrunst die erste auf dem Brandplatze in brauchbarem Zustande ankömmt und thätige Hülfe leistet, soll zu Gunsten der dabey sich befindlichen Spritzenmeister und Gehülffen von der Brand-Asssekuranz sechszehn Franken Belohnung erhalten.

111) Die Feuerläufer erhalten für ihre Läufe bey einem Brande in der Gemeinde $7\frac{1}{2}$ Bazen. Bey einem Brande aussere derselben für jede Stunde Wegs hin und her zusammen vier Bazen, und wenn sie nach einem zweyständigen Laufe nach dem im §. 106. enthaltenen Falle mit dem erforderlichen Zeugniß zurück gekommen sind, empfangen sie $7\frac{1}{2}$ Bazen.

112) Allemal, wenn die Feuerspritzen bey einem Brande gewesen, soll der Brandmeister durch den Gerichtstatthalter Unserm Oberamtmann davon Rapport abstaten.

IV. T h e i l.

25. May
1819.

Untersuchung der Ursachen einer Feuersbrunst und
der gegen diese Verordnung begangenen Vergehen,
und Beschluß.

113) Alle dieser Verordnung zuwiderlaufende Handlungen sollen von Unsern Oberamt Männern untersucht und beurtheilt werden. Deswegen sind die Ortsvorgesetzten, Feuerg'schaner und Brandmeister bey ihrer Pflicht gehalten, dieselben dem Oberamtmanne anzuzeigen.

114) Nach jeder Feuersbrunst wird der Oberamtmanne über die Ursachen derselben die erforderlichen Informationen aufnehmen; dabey soll vorzüglich untersucht werden:

Ob der Brand durch Zufall, durch Bosheit oder durch Vernachlässigung im Rußen entstanden, oder ob feuersgefährliche Fehler in dem Gebäude Schuld daran seyen.

Ferner soll untersucht werden, ob das Feuer bey seinem Ausbrechen verheimlicht worden; und endlich, ob nach Entdeckung des Feuers und bey der Hülffleistung jedermann, und besonders die verschiedenen Beamten und ihre Angestellten ihre Pflicht erfüllt haben.

Zugleich wird der Oberamtmanne untersuchen, welche außere Feuerspriße sich zuerst bey dem Brande eingefunden und Wasser gegeben habe; ob solche im Falle seyen, die geordnete Recompens zu erhalten, und ob sich jemand durch Dienstleistung bey dem Feuer außerordentlich ausgezeichnet habe.

25. May 1819. 115) Es sollen auch diejenigen, welche bey einer Feuersbrunst ihre Schuldigkeit nicht erfüllt, sey es durch mangelnde oder fehlerhafte Feuergeräthschaft, fehlende Strassenbeleuchtung, Nichterscheinen bey der Brunst, und überhaupt durch Ungehorsam oder andere dieser Verordnung zuwiderlaufende Handlungen, von Unserm Oberamtmann zur Verantwortung gezogen, und mit den hievor ausgesetzten Strafen belegt werden.

116) Von den fallenden Bußen, wenn der Straffall durch eine Verleidung bekannt wird, soll ein Drittel dem Verleider, unter Geheimhaltung seines Namens, und die andern zwey Drittel zu Handen der Brand-Anstalt der Gemeinde zufließen.

Bei gänzlichem Unvermögen wird der Oberamtmann die Geldbuße in eine verhältnißmäßige Gefängnißstrafe umwandeln.

117) Endlich erwarten Wir billig von Unsern lieben und getreuen Angehörigen, daß sie dieser heilsamen und zum allgemeinen Besten abzweckenden Verordnung eben so willige als schuldige Folge leisten, sich, zu ihrer eigenen Sicherheit, eifrigst bestreben werden, derselben nachzuleben und sie in allen Artikeln zu befolgen, und daß sie besonders bey so großen Unglücksfällen, wie die Feuersbrünste sind, ihre christliche Liebe und Schuldigkeit ihren Nachbarn durch ihre eifrige Hülfsleistung im Augenblicke der Gefahr an den Tag legen werden.

Durch diese Verordnung wollen Wir jedoch nicht die wirklich bestehenden, sondern, ausgedehnten und der Ortsbeschaffenheit angemessenen Feuerordnungen verschie-

dener Städte und Gemeinden Unsers Cantons aufgehoben 25. May
haben, in so fern sie im Allgemeinen und in den Haupt- 1819.
punkten mit dieser übereinstimmen; da öfters Ort und
Umstände eigener besonderer Einrichtungen bedürfen. Un-
sern Oberamt Männern und Gemeindevorgesetzten befehlen
Wir, genau Acht zu haben, daß gegenwärtige Verord-
nung in allen Theilen befolgt werde.

Gegenwärtige Feuer-Ordnung soll gedruckt und im
Anfange jedes Jahres an den Gemeindeversammlungen
abgelesen werden.

Gegeben den 25ten May 1819.

Der Amts-Schultheiß,
N. v o n W a t t e n w y l.
Namens des Raths,
der Staatschreiber,
G r u b e r.

V e r o r d n u n g.

Einzuggelder von einheirathenden Weibspersonen aus dem Canton Solothurn.

Vergl. Neue Ges. u. Defr. Th. I. S. 226.

8. Juny
1819.

Wir Schultheiß, Klein und Große Rätthe der Stadt und Republik Bern, thun fund hiermit:

Demnach die hohe Regierung des eidsgenössischen Standes Solothurn, durch eine unterm 15ten December 1818 im Druck ausgegangene Verordnung, in der ausgesprochenen Absicht, die Ehen seiner Angehörigen mit ausern unbemittelten Weibspersonen zu erschweren, Bedingungen aufgestellt hat, wodurch Unsere Cantons-Angehörigen gegen diejenigen des dortigen Cantons in ein sehr nachtheiliges Mißverhältniß gestellt werden; als haben Wir zu Verhütung solchen Nachtheils, Uns bemüßiget gesehen, von Unserer Verordnung vom 20sten December 1816, wodurch das Einzuggeld einheirathender Schweizerbürgerinnen bestimmt wird, in Bezug auf Angehörige des Cantons Solothurn eine Ausnahme zu machen, und haben demnach, in Aufstellung einer gänzlichen Reciprocität, beschlossen was folgt, wie Wir denn

v e r o r d n e n:

1) Von Publikation gegenwärtiger Verordnung an, darf sich kein Gemeindsbürger des Cantons Bern mit einer

Angehörigen des Cantons Solothurn verehelichen, wenn 8. Juny
nicht, nebst Bezahlung eines Einzuggeldes von Einhun- 1819.
dert Schweizerfranken, von seiner Braut noch ein schul-
denfreyes Vermögen von Fr. 400 erzeugt wird.

2) Dieses Vermögen muß in baarem Geld bestehen, und auf 10 Jahre unter die Verwaltung und Garantie der Gemeinde des Bräutigams gelegt werden; welche ihm, als Ehemann, jährlich den Zins von diesem Capital zu Vier vom Hundert zukommen lassen soll.

3) Diese Verordnung, neben welcher das Gesetz vom 20sten December 1816, mit alleiniger Ausnahme der oben enthaltenen Bestimmungen, unverändert fortbestehen wird, soll jedoch nur so lange in Kraft bleiben, bis die Gründe, die Uns solche abgenöthiget, nicht mehr vorhanden sind; auf welchen Fall hin Unser Kleiner Rath somit zum Voraus ermächtigt wird, diese hoffentlich nur einstweilige Verfügung von sich aus wieder aufzuheben, und dessen zufolge, auch gegen die Angehörigen des Cantons Solothurn die Anwendbarkeit des §. 2. Litt. b. Unserer Verordnung vom 20sten December 1816, wie gegen alle andern Eidsgenossen, vollständig wieder eintreten zu lassen.

Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt, und üblicherweise öffentlich bekannt gemacht, auch allen Pfarrherren und Gemeinden des hiesigen Cantons zum Verhalt mitgetheilt werden.

Gegeben in Unserer Großen Raths-Versammlung,
den 8. Juny 1819.

Der Amts-Schultheiß,

N. von Wattenwyl.

Der Staatschreiber,

G r u b e r.

V e r o r d n u n g

über das Fuhr- und Lizenzwesen.

Vergl. Ges. u. Defr. Th. I. S. 323.

23. Juny 1819. **W**ir S c h u l t h e i ß und R a t h der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit:

Demnach Wir in Betrachtung gezogen, daß seit Erscheinung des Fuhr- und Lizenz-Mandats vom 8ten Herbstmonat 1788 die Umstände und der Handelsverkehr sich wesentlich verändert, und daß der, seither an vielen Orten entstandene, für die Strassen vortheilhafte Gebrauch breiter Radschienen Begünstigung verdiene; daß ferner der Bezug eines Lizenzgeldes, welches, in Zukunft wie bisher, nur allein zu Besoldung der angestellten Wegknechte und zu guter Besorgung der Hauptstrassen verwendet werden soll, zum Vortheil und zur Erleichterung Unserer Cantons-Angehörigen gereiche; als haben Wir Uns bewogen gefunden, gedachte Verordnung zu revidiren und nach den jetzigen Zeiten und Umständen einzurichten, welchem nach Wir in Abänderung derselben und bis auf weitere Verfügung, zu Beförderung des inländischen Handels und des Transits durch hiesigen Canton, in Betreff der Ladung der Fuhrwerke und daheriger Lizenz-Gebühr, festgesetzt und beschlossen, was folget; wie Wir denn

v e r o r d n e n :

23. Juny
1819.

1) Die Ladung eines Güter- oder Bagage-Wagens mit Inbegriff des Fuhrwerks, der Ladung, des Strohs, der Stricke, des Wagentuchs oder der Blache und des Schleiftrogs, darf ansteigen, statt des bisherigen Maximums von 64 Centner Berngewicht, bis auf 80 Centner, und diejenige eines Wagens mit Wein, Branntwein u. dgl. Flüssigkeiten bis auf 1200 Bernmaas, die Maas mit der Thara zu vier Pfund gerechnet, ohne einiges anderes als das nöthige Geräth aufzunehmen. Wenn bey Ladungen von Wein und Branntwein der Wagen auch noch mit andern Waaren befrachtet wäre, so soll selbiger gewogen werden, und das Ganze darf das Gewicht von 66 Centner nicht übersteigen.

2) Für die nach obiger Bestimmung bewilligte mehrere Ladung soll dann aber folgendes Lizenzgeld bezahlt werden, als :

Von jedem Centner Waare, welcher, Wagen und Geräth mit einbegriffen, das Gewicht von 52 Centner übersteigt, bis auf 64 Centner, für jede volle Stunde durch hiesige Lande rp. 3

Von 64 bis auf 80 Centner, für jede volle Stunde — 6

Von 1 bis 50 Pfund wird nichts bezahlt ; hingegen soll das Mehrere von 51 bis 100 Pfund für einen Centner gerechnet werden.

Sollte die Ladung diese 80 Centner um 50 Pfund übersteigen, so wird dafür bis auf 100 Pfund ein Lizenzgeld bezahlt von — 12

23. Juny 1819. Sollte sie aber von 151 bis 200 Pfund höher gehen, so wird davon bezahlt . . . rp. 24

Was aber 82 Centner übersteigt, das soll als Ueberladung behandelt werden.

Von jeden 100 Bernmaas Wein, Branntwein u. dgl., welche die Ladung von 800 Bernmaas übersteigen, bis auf höchstens 1200 Maas, für jede volle Stunde Wegs durch hiesige Botmäßigkeit — 12

Von 25 Maas soll nach gleichem Verhältniß für eine volle Stunde bezahlt werden . . . — 3

Von 50 Maas . . . — 6

Von 75 Maas . . . — 9

Nur insofern der Halt der Fässer es mit sich giebt, ist eine Mehrladung von 50 Maas oder von 2 Centner mit der Thara zugegeben, in welchen Fällen jedoch für das betreffende Quantum das vierfache Lizenzgeld zu bezahlen ist, mithin von 25 Maas für jede Stunde . . . — 12

— 50 Maas . . . — 24

Was denn aber 1250 Maas übersteigt, soll als Ueberladung behandelt werden.

Ben breiten Radschienen, von wenigstens 5 Bernzoll Oberfläche, ist zwar nicht eine mehrere Ladung als 80 Centner gestattet; hingegen die Lizenzgebühr herabgesetzt:

Für Ladungen von 52 bis auf 64 Centner, per Centner auf . . . — 2

Für Ladungen von 64 bis auf 80 Centner, per Centner auf . . . — 4

Ben breiten Radschienen genießen die Wein- und Branntwein-Fuhren die gleiche Vergünstigung.

3) Die Länge einer Stunde Wegs ist bestimmt zu 23. Juny 18000 Bernschuh, und Unsern Zollbeamten sollen die erforderlichen Verzeichnisse der Strassen, auf welchen das Lizenzgeld bezogen wird, so wie auch deren Ausmessung, zu Jedermanns Einsicht und Verhalt zugestellt werden. 1819.

4) Dieses Lizenzgeld soll bey der ersten Zollstatt, welche ein Fuhrmann bey seinem Eintritt in den Canton antrifft, oder bey derjenigen Zollstatt, wo er die Waaren aufgeladen hat, oder wenn daselbst keine Zollstatt wäre, bey der ersten folgenden, und zwar für die ganze Route bezahlt werden. Dagegen haben die Zoll-Commissen für den Wein einen eigenen Lizenz-Zedel auszustellen, und für die Waaren auf dem Zoll-Acquit-Zedel, den sie jedem Fuhrmann überliefern, anzumerken, wie viel an Lizenzgeld, für wie viel Centner oder Maas und für wie viel Stunden solches entrichtet worden sey. Diese Lizenz- oder Zoll-Acquit-Zedel sollen auf Begehren bey allen Zollstätten vorgewiesen, und bey dem Austritt aus dem Canton dann dem letzten Zoll-Bureau zugestellt werden.

5) Bey jeder Zollstatt, wo eine Lastwaage ist, sollen die Güter- und Weinwagen abgewogen und, Falls es die erste Zollstatt wäre, von dem Uebergewicht über die vorgeschriebenen 52 Centner das oben bestimmte Lizenzgeld für jede Stunde Wegs nach hievor bestimmtem Fusse bezogen werden.

Bey eintretenden Fällen sollen die Zollbeamten nach ihrer aufhabenden Pflicht die mehrere Breite der Radschienen genau untersuchen und auf den Acquitten anmerken. Wenn aber das Lizenzgeld bey einer andern Zollstatt schon bezahlt worden wäre, so soll dennzumal auf

23. ^{1819.} **Fun**n der Lastwaage lediglich das Gewicht des Wagens und der Ladung verifizirt, wenn aber ein mehreres Gewicht sich erzeugte, der Zoll, wie auch das Lizenzgeld nachbezogen werden; zu welchem Ende jeder Fuhrmann gehalten seyn soll, jeden Orts, wo eine Lastwaage befindlich ist, und insbesondere in der Hauptstadt, bey den Waagmeistern sich anzumelden, um seine Ladung, sey es bey der Abfahrt von Bern, oder bey'm Eintritt in die Stadt, abzuwägen und verifiziren zu lassen, bey zehn Fr. Busse für jede Unterlassung.

6) Bey den Zollstätten aber, wo keine Lastwaagen befindlich sind, soll das Gewicht der Ladung eines Wagens aus den Ladkarten oder Frachtbriefen berechnet und für den leeren Wagen samt Geräth allein das Gewicht von 18 Centner in Anschlag gebracht, die ganze Ladung aber (wie oben angezeigt) bey der ersten Lastwaage nachher abgewogen, verifizirt und der Nachbezug gemacht werden.

7) Die Fuhrleute der Bagage-, Güter- und Weinwagen, welche von der Hauptstadt weggeführt oder dahin gebracht werden, sollen sich gleichfalls dem 1. 2. und 9. §. dieser Verordnung gemäß verhalten, und sollen daher bey den Lastwaagen Unserer Hauptstadt ihre Ladung abwägen lassen, und das Lizenzgeld dem Waagmeister bezahlen; unterlassenden Falls sie für jede Uebertretung mit zwanzig Franken Busse von jedem Wagen würden bestraft werden; der betreffende Waagmeister wird ihnen dafür einen Lizenz-Zedel zustellen, den sie bey den Thoren, durch welche sie passiren, wie auch bey allen folgenden Zollstätten, auf Erfordern vorzuweisen haben, ansonsten sie nicht aus der Stadt gelassen werden.

8) Es soll ab jedem Güter- und Bagage-Wagen, 23. Juny
 ben dessen Abwägung auf der Lastwaage nichts anders ab- 1819.
 genommen oder abgehängt werden dürfen, als die Vor-
 waage; sonst aber alles andere Geräth oder Ladung, wel-
 cher Art und unter welchem Vorwande es auch seyn möchte,
 die Gewichtprobe aushalten, und nichts an der Haupt-
 last abgerechnet, mithin für den Wagen, für das mit-
 führende Geräth und für die allfällige Feuchtigkeith bey
 einfallendem Regenwetter oder Schnee, nichts zugegeben
 werden, worauf die Waagmeister genau zu achten haben.

9) Wenn die auf einer Grenz-Zollstatt ankommenden
 Ladungen blos aus Fässern mit Getränken, Wein, Brannt-
 wein ic. bestehen, welche aber niemals, und bey der hie-
 nach festgesetzten Buße das Quantum von 1200 oder mit
 der im §. 2. zugestandenen allfälligen Zulage von 50 Bern-
 maas übersteigen dürfen, so mag die Abwägung in dem
 Falle unterbleiben, wenn die Geschirre nach Bernmaas
 gehörig gesinnet und mit dem Standes-Wappen bezeich-
 net sind, und alsdann ist das Gewicht des Wagens zu
 18 Centner und per Maas Getränke, nach dem aufge-
 brannten Halt, 4 Pfund anzurechnen; sind die Fässer
 nicht gesinnet, so muß die Abwägung wie für andere
 Waaren statt finden.

10) Wäre aber auf der Grenz-Zollstatt keine Last-
 waage und gehet die Bestimmung dieser Ladung gegen
 einen Ort, wo sich eine solche befindet, so soll dennoch
 auf der Grenz-Zollstatt das Lizenzgeld bezogen, der Wa-
 gen aber zur Verifizirung und Nachbezahlung an die Last-
 waage consignirt werden.

11) Wenn denn durch eine auf diese Weise von den
 Zoll-Commissen oder Waagmeistern von Zeit zu Zeit vor-

23. Gany zunehmende Messung oder Abwägung der Fässer eine Ue-
 1819. berladung und unrichtige Angabe sich zeigen würde, so
 soll selbige mit einer Buße vom zehnfachen Betrag der
 verschlagenen Gebühren bestraft werden.

12) Allen und jeden Fuhrleuten ohne Ausnahme soll
 verboten seyn, in Umgehung der Lizenzgebühren, die auf
 den Fuhrbriefen und Ladfarten verzeichneten Waaren ei-
 nes Wagens auf andere kleinere Wagen zu vertheilen,
 oder sich der Nachwägelein, Viertel-, halben Gabelwä-
 gelein zu bedienen; es sey denn, daß die Hauptladung
 das völlige gestattete Gewicht habe, in welchem Fall der
 Rest der durch einen Fuhrmann zu spedirenden Waaren
 auf einen zweyten Wagen geladen werden kann.

13) Für zweyrädrige Gabelwagen ist die Hälfte des
 für vierrädrige Fuhrwerke in §. 1. und 2. bewilligten Ge-
 wichts, mithin 40 Centner, — bey 6 Zoll breiten Rad-
 schienen aber auch ein Mehreres und selbst bis auf 80
 Centner zu laden, gestattet, und im gleichen Verhältniß
 mit der angezeigten Begünstigung für breite Radschienen
 das Lizenzgeld zu bezahlen; also:

Von 26 bis 32 Centner, per Centner	.	rp.	3
Mit breiten Radschienen	—	.	— 2
Von 32 bis 40 Centner	—	.	— 6
Mit breiten Radschienen	—	.	— 4

14) Zu mehrerer Schonung der Strassen ist allen
 Güter- und Weinfuhrleuten verboten, beim Spannen
 ihrer Fuhrwerke andere Schleiftröge zu gebrauchen als
 solche, die in der Breite wenigstens 6 Zoll Bernmaaß,
 und in der Länge 18 Zoll halten, bey einer Buße von
 acht Franken für jede Widerhandlung.

15) Die Widerhandlungen und Mißbräuche durch 23. Juny
 Ueberladung und Verschlagnisse der Lizenzgebühren sollen 1819.
 ohne Schonung mit folgenden Bussen belegt werden :

- a. Von jedem Centner an Waare oder Wein , wovon
 das Lizenzgeld nach S. 2. nicht bezahlt worden Fr. 4
- b. Von jedem überladenen Centner , so die 82
 Centner übersteigt — 8

In solchen Ueberladungsfällen sollen die Fuhrleute
 auch gehalten seyn , am Orte des erfundenen Uebergewichts
 das Betreffende abzuladen und daselbst lagern zu lassen
 bis zur nächsten Reise , oder dasselbe nebst Fuhrbrief zu
 weiterer Fuhr einem andern Fuhrmann zu übergeben , der
 seine volle Ladung nicht hat ; ansonsten sie bey nächster
 Zollstatt für die nemliche Ueberladung gleich behandelt
 werden würden.

16) Wenn ein Fuhrmann bey der ersten vorgeschrie-
 benen Zollstatt das Lizenzgeld nicht bezahlt und dafür kei-
 nen Schein von dem Zoll-Commis aufzuweisen hat , so
 soll dieses als eine Lizenz- Verschlagniß angesehen und
 bestraft werden.

17) Von dieser allgemeinen Vorschrift soll nichts
 ausgenommen seyn , als einzelne und unzertheilbare La-
 sten , deren Fuhr , wenn sie das zu laden vergünstigte Ge-
 wicht überschreiten , nur auf breiträdri gen , wenigstens
 5 zölligen Schienen und sogenannten Blochwagen allein
 gestattet ist , bey Strafe von acht Franken Buße im Wi-
 derhandlungsfalle.

Von obbestimmten Bussen soll ein Drittheil dem Staat,
 ein Drittheil den Armen der Kirchgemeinde , hinter

23. Juny welcher die Widerhandlung entdeckt worden, und ein
1819. Drittel dem Verleider zufallen.

18) Was die Getreidefahren anbetrifft, so sollen selbige in Hinsicht des gestatteten Gewichts für die Ladungen und der zu entrichtenden Lizenzgebühren gleich gehalten seyn wie die übrigen Güterfahren.

19) Wir befehlen demnach Unsern Zoll- und Kaufhausbeamten und Waagmeistern, wie auch den Inspektoren bey den Thoren, auf die genaue Beobachtung dieser Unserer Vorschrift pflichtmäßig zu wachen, und die Widerhandelnden dem competenten Richter ohne Ansehen der Person zur Bestrafung anzuzeigen.

Endlich ist Unser Wille, daß diese Verordnung vom künftigen 1sten August weg von Jedermann befolget, zu allgemeiner Nachricht in beyden Sprachen gedruckt, bey sämtlichen Zollstätten angeschlagen und gehörig eingeschrieben werde.

Gegeben den 23sten Juny 1819.

Der Amts-Schultheiß,

N. v o n W a t t e n w y l.

Der Staatschreiber,

G r u b e r.

Verord.

V e r o r d n u n g.

Transport von Reisenden und Waaren über den Gemmiberg.

Vergl. Ges. u. Dekr. Ch. IV. S. 175.

Wir S c h u l t h e i ß u n d R a t h d e r S t a d t 14. July
und R e p u b l i k B e r n, thun kund hiermit: Daß ^{1819.}
Wir für den sichern Transport der Reisenden und ihres
Gepäcks, so wie von allerley Waaren über den Gemmi-
berg festzusetzen gutgefunden haben, was hiernach folgt;
wie Wir denn

v e r o r d n e n:

1) Zu Förderung der Reisenden und ihres Gepäcks,
so wie zum Waaren-Transport über die Gemmi, ist im
Kandersteg ein von Unserm Oberamtmanne erwählter Bal-
lentheiler oder Speditor bestellt, an den sich Reisende oder
Kaufleute zu wenden haben, der für die Waaren ein
sicheres Gemach halten soll, und für deren Aufbewahrung
und Expedition, mit Vorbehalt von Feuer und oberer
Macht, gutsteht.

2) Für den Transport der Reisenden und ihres Ge-
päcks soll dieser Ballentheiler sichere und vertraute Träger,
und sichere nicht lasterhafte Pferde und Maulthiere in Be-
reitschaft halten, und für die Solidität der Tragsessel,

14. July Sättel, Basten oder Fuhrwerken, bey persönlicher Verantwortlichkeit, haften.
1819.

3) Bringt ein Reisender eigene Pferde oder Träger anderswoher mit, so kann er auf seine eigene Gefahr reisen.

4) In Rücksicht der Träger und Pferde aus dem Wallis wird gänzliche Reciprocität beobachtet, und ihnen das Gleiche, was den Unsrigen bey ihnen gestattet; auf alle Fälle aber hat man sich immer an Unsern Ballentheiler zu halten und die Bezahlung ihm zu machen.

5) Sollte den Säumern Unfers Cantons verweigert werden, die Waaren weiter als Schwarzenbach zu transportiren, oder solche als Rückfuhr zu laden, so würde das Gegenrecht gehalten, und den Wallisern auch untersagt werden, die Waaren weiter als bis zum Schwarzenbach zu transportiren.

6) Dem Wirth im Randersteg wird das alte Vorrecht beygehalten, zwey Mann, zwey Pferde und ein Wägelein vor allem aus zu geben, über deren Tüchtigkeit aber der Ballentheiler zu urtheilen hat.

7) Wer, dieser Verordnung zuwider, Reisende, ihr Gepäck oder Waaren weiter schaffen wollte, ausser den nach §. 2. von dem Ballentheiler bestellten Personen, der zahlt das erste Mal eine Buße von zehn Franken, das zweyte Mal das Doppelte, wovon ein Drittheil dem Verleider, ein Drittheil den Armen des Orts, und ein Drittheil den von dem Ballentheiler zum Transport der Fremden bestellten Personen zukommen soll. Hievon sind Posten und Staffeten ausgenommen.

8) Der Ballentheiler schlichtet allenfalls entstehende 14. Juli
Streitigkeiten zwischen Reisenden und Säumern auf der 1819.
Stelle; sollte sich aber eine Parthen lädirt glauben, oder
über den Ballentheiler selbst zu klagen haben, so kann
sie sich bey Unserm Oberamtman in Frutigen melden,
der kurzes und gutes Recht halten wird.

9) Der Ballentheiler bezieht von den Reisenden für
jeden aufgebotenen Träger einen Bazen, von jedem Pferd
oder Maulthier zwey Bazen, und von jedem Centner
Kaufmannsgut zwey Bazen, sorget aber dafür, daß die
Träger, Pferd knechte und Führer den Reisenden mit An-
stand und Ehrerbietung begegnen.

Tarif für die Träger.

Stunde der Abreise: spätestens um sechs Uhr Morgens.

I. Träger.

- a. Für ein Kind von sechs Jahren wird ein Träger
genommen, der das Kind in einer Hütte trägt,
die eigends dazu mit einem Sitz eingerichtet ist.
- b. Für eine leichtere Person werden vier Träger ge-
nommen.
- c. Für eine schwerere sechs Träger, und in keinem
Fall mehr.

Jedem Träger, der sich aber durchaus selbst verkö-
stigen soll, bezahlt man:

bis Baden	40 Bazen.
— Dauben	25 —
— Schwarenbach	20 —
— Winteregg	15 —

Reiset der Reisende später als sechs Uhr ab, so soll
man ihm bis Baden zehn Bazen mehr bezahlen.

14. July 1819. Einem Mann mit Ladung von Gepäck von 75 bis 80 Pfund bezahlt man :

bis Baden	40 Bazen.
— Dauben	20 —
— Schwarenbach	15 —
— Winteregg	10 —

II. Pferde und Maulthiere.

Stunde der Abreise: spätestens um sechs Uhr Morgens.

Für ein Pferd und einen Mann :

bis Baden	60 Bazen.
— Dauben	40 —
— Schwarenbach	25 —
— Winteregg	15 —

Wenn er aber nach sechs Uhr verreiset, so bezahlt er:

bis Baden	80 Bazen.
— Dauben	50 —
— Schwarenbach	30 —
— Winteregg	20 —

Wenn der Reisende neben dem Pferdeknecht noch einen eigenen Führer will, so bezahlt er demselben

25 —

Reiset er aber nach sechs Uhr ab, so bezahlt er:

30 —

III. Auf Saumrosse für Gepäck mögen bis 250 Pfund geladen werden, und wird dafür gleich bezahlt wie oben für Reispferde.

IV. Die Waaren zahlen vom Centner vom Randersteg:

bis Baden	20 Bazen.
— Schwarenbach	10 —

bis Frutigen	4 Bazen.	14. July
von Frutigen nach Randersteg	6 —	1819.

V. Wägelein mit einem Pferd.

Stunde der Abreise : um zwen Uhr Nachmittags.

Mit ein, zwen, drey Pers.

Von Randersteg bis Frutigen 30 40 50 Bazen.

Wenn nach zwen Uhr abgefahren wird, so bezahlt man

bis Frutigen 40 50 60 —

Wägelein mit einem Pferd und einer Person nach Mühlenen

40 50 60 —

Wird später als zwen Uhr abgefahren, so bezahlt man 10 Bazen mehr.

Wägelein mit einem Pferd und

einer Person nach Thun . 80 100 120 —

Wenn nemlich der Fuhrmann nur einen Tag verläßt und Abends wieder zurück kommen kann; sonst aber wird 20 Bazen mehr bezahlt.

Eine jede Person kann 50 Pfund Gepäck mit sich führen.

Durch diese Verordnung wird die frühere vom 28sten May 1812 aufgehoben, und es soll dieselbe so lange in Kraft verbleiben, bis Wir etwas anders vorzuschreiben gutfinden werden.

Gegeben den 14ten July 1819.

Der Amts-Schultheiß,

N. von Wattenwyl.

der Staatschreiber,

Gruber.

D e k r e t.

Veränderte Einrichtung des Sanität-Collegiums.

Vergl. Ges. u. Dekr. Th. III. S. 67. u. f.

17. Sept. 1819. **D**er Kleine Rath der Stadt und Republik Bern, auf angehörten Vortrag des Sanität-Raths über zweckmäßige Verbesserung der Organisation des Sanitäts-Collegiums, und zu Bezeichnung der engern Verbindung desselben mit dem Sanität-Rath,

b e s c h l i e ß t:

1) Die in dem Sanität-Rathe sitzenden zwei medizinischen Mitglieder, sollen auch Mitglieder des Collegii seyn.

2) Die fünf übrigen Mitglieder des Collegii, werden von dem Sanität-Rathe aus den in und um Bern stationirten patentirten Medizinalpersonen so erwählt, daß wenigstens zwei Aerzte, zwei Wundärzte und ein Apotheker im Collegio sitzen.

3) In den Pflichten und Funktionen des Collegii werden folgende Abänderungen getroffen:

a. Das Collegium kann über Gegenstände, die in das Medizinalfach einschlagen, von sich aus Gutachten und Vorschläge dem Sanität-Rathe vorlegen.

b. Die von dem Appellations-Gericht und dem Justiz-Rath verlangenden gerichtlichen Gutachten werden von dem Collegio direkte an diese Behörden übersandt. 17. Sept. 1819.

4) Bei Krankheit oder Abwesenheit eines der beiden medizinischen Mitgliedern des Sanität-Raths kann der Präsident desselben, falls er es nöthig findet, ein Mitglied des Collegii als Suppleant einberufen, um den Sitzungen des Sanität-Raths beizuwohnen.

5) Unter diesen Modifikationen, verbleibt der Beschluß des Kleinen Rathes vom 24sten Juny 1807, das Sanitäts-Collegium betreffend, in Kraft.

Gegenwärtiger Beschluß soll dem Sanität-Rathe zur vollziehenden Verfügung mitgetheilt und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete einverleibt werden.

Bern, den 17. September 1819.

Der Amts-Schultheiß,
N. v o n W a t t e n w y l.

Der Rathsschreiber,
B e n o i t.

Kreisschreiben des Kleinen Raths,
an alle Oberämter.

Untüchtigkeit der Criminalisirten zum
Militärdienste.

An alle Herren Amtleute; ausgenommen Bruntrut,
Delsberg und Frenbergen.

27. Sept. 1819. Das Ehrgefühl des Militärs ist ein Kleinod, auf dessen
Erhaltung Wir den höchsten Werth setzen. Wer daher,
wegen groben Verbrechen, von dem Criminal-Richter
in eine der bestehenden öffentlichen Strafanstalten verur-
theilt wird, der ist nicht mehr würdig, die Waffen zur
Ehre und Vertheidigung des Vaterlandes mit seinen Mit-
bürgern zu tragen und soll aus den Dienstrollen, falls
er sich darauf befindet, so fort ausgestrichen werden.

Wir tragen Euch diesernach auf, jedesmal bey In-
struktion einer Prozedur über Diebstahl und andere eigent-
liche Criminalfälle, den oder die Inquisiten unter vierzig
Jahren Alters, und so deutlich als möglich, damit keine
Verwechslung statt haben könne, zu befragen: Ob sie
unter hiesigem Cantons-Militair der Auszügler, der Re-
serve oder Landwehr erster Classe stehen, in welcher Waffe
und in welchem Corps? und ihre Antwort dem Verhör
einzurücken; damit das Appellations-Gericht, nach der

Beurtheilung, dem Kriegs-rath die erforderliche Mittheilung machen könne. 27. Sept. 1819.

Gegenwärtiges Schreiben werdet Ihr, zu Euerm und Euers Nachfahren Verhalt, in das Schloß-Mandaten-Buch einschreiben lassen.

Aktum den 27sten September 1819.

Der Amts-Schultheiß,
H. von Wattenwyl
Der Rathsschreiber,
Benoit.

Ausgleichungs-Steuer

für die in den Jahren 1813 und 1814 an die allirten Truppen geleisteten Lieferungen.

Vergl. Ges. u. Defr. Th. III. S. 87. Th. V. S. 121.

Wir Schultheiß, Klein und Große Rätthe 18. Dec. der Stadt und Republik Bern, thun kund 1819. hiermit:

Daß, nachdem Wir Uns von Unserm verordneten Finanzrath über die Liquidation der in den Jahren 1813 und 1814 an die allirten Truppen von den Gemeinden gemachten Lieferungen und geleisteten vielfältigen Forderungen haben Rapport erstatten lassen, Wir mit Bedauern wahrzunehmen gehabt: daß nach Abzug des all-

18. Dec. bereits an die Gemeinden bezahlten à Compte von den
1819. aus der österreichischen Liquidation erhaltenen Zahlungen, mehr nicht als Liv. 66,000 übrig sind, dagegen aber die an die Gemeinden noch zu vergütenden Lieferungen nach den in Unserer Sitzung vom 4ten Februar dieses Jahrs äusserst mäßig ausgesetzten Preisen auf 246,000 Franken sich ansteigen.

Zwar fällt es Uns schwer, den damals so hart gedruckten Gegenden und Gemeinden nicht eine solche Vergütung gewähren zu können, die mit den getragenen Lasten in einem billigen Verhältnisse wäre; noch schwerer aber, daß Wir diese Entschädnisse nicht aus der in den letzten Jahren durch ausserordentliche Umstände erschöpften Standes-Cassa zu bestreiten im Stande Uns befinden, sondern zu dem schon unterm 27sten Dezember 1813 von der damaligen Standes-Commission beschlossenen Vergütungs-Fuß Uns genöthiget finden.

Diesemnach und im Gefühl der Pflicht, die schon unterm 27sten Dezember 1813 von der damaligen Standes-Commission versprochene Entschädniß durch Vertheilung der Last auf den ganzen Canton, so viel die Umstände es erlauben, zu vollziehen, haben Wir beschlossen was hienach folget, wie Wir denn

v e r o r d n e n :

1) Es soll eine Ausgleichungs-Steuer von 194,000 Franken auf den alten Canton ausgeschrieben und nach einem billigen Verhältnisse nach den Verordnungen vom 7ten Oktober 1807 und 24sten November 1813 erhoben werden :

a. Von dem Grund - Eigenthum.

18. Dec.
1819.

b. Von dem beweglichen Vermögen durch die Gemein-
den in welchen jeder Pflichtige verburgert ist.

c. Von der Begangenschaft, da, wo ein jeder seinen
Beruf ausübt.

2) Der Betrag dieser Steuer sowohl als die vorbe-
meldten aus der Oesterreichischen Liquidation noch her-
rührenden Gelder sind ausschließlich zu Entschädigung
der Gemeinden bestimmt, und soll von der Regierung
für ihre in der Oesterreichischen Liquidation für Mili-
tair-Spithäler und andere Gegenstände admittirte An-
sprache der 118,000 Franken nichts davon erhoben werden.

3) Der Kleine Rath ist mit der Ausgleichung zwi-
schen den Oberämtern und Gemeinden beauftragt, und
zwar so, daß denjenigen Gemeinden, welche Lieferungen
gemacht haben, ihre daherigen tarvmäßigen Vergütungen
von ihrem zu bezahlenden Steuer-Antheil abgerechnet
werden sollen.

4) Nach beendigter Liquidation und Ausgleichung
soll darüber eine besondere Rechnung abgelegt, gedruckt
und an alle Gemeinden ausgetheilt werden.

Gegeben in Unserer Großen Rathsversammlung, den
18ten December 1819.

Der Amts - Schultzeiß,
N. von W a t t e n w y l.

Der Staatschreiber,
G r u b e r.

G e s e h.

Aufhebung des Auszüger- und Dragoner-Geldes gegen Einführung einer Dispensations-Gebühr von dem Auszügerdienst und von der Trüllpflicht.

Vergl. Ges. u. Defr. Th. I. S. 396. u. f. Th. II. S. 108. u. f. 319. Th. III. S. 61. Th. IV. S. 149. 173, u. oben S. 33.

20. Dec. 1819. **W**ir Schultheiß, Klein und Große Rätthe der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit:

Demnach die Erfahrung gezeigt, wie die Beziehungsart des im Jahr 1804 zu Bildung einer Militär-Cassa eingeführten sogenannten Auszüger-Geldes, so wie des im Jahr 1812 verordneten Dragoner-Geldes, den Gemeinden Unseres Cantons lästig aufgefallen; gleichwohl aber diese Auflage nicht ohne einen angemessenen Ersatz zu Händen der, durch Unser Gesetz vom 3ten und 4ten Junn 1818, neuerdings zu errichten erkannten Militär-Cassa, abgeschafft werden kann, zumal sie ohnedem in keinem richtigen Verhältnisse mit Unserer dermaligen Militär-Verfassung sich befindet; als haben Wir, in Betrachtung, daß es der Billigkeit angemessen sey, diejenigen Landwehrpflichtigen, welche ihre Dienstpflicht nicht persönlich ausüben, zu Leistung eines Beitrages an die Militär-Ausgaben anzuhalten, festgesetzt und verordnet, was hiernach folgt; wie Wir dann

v e r o r d n e n :

20. Dec.
1819.

1) Vom 1sten Jenner 1820 hinweg soll, zu Bestreitung der Ausrüstungs- und Instruktions-Kosten Unsers Militär-Befens, eine Abgabe eingeführt werden, welche jeder Cantons-Angehörige und jeder im Lande angesessene Schweizer zu entrichten hat, so lange er sich im Landwehrpflichtigen Alter, das heißt, vom zurückgelegten 19ten bis zum angetretenen 40sten Jahre befindet, im Fall derselbe die Landwehrpflicht in dem einen oder dem andern Truppen-Corps der Miliz nicht persönlich erfüllt; es sey nun, daß er durch Amt oder Stelle, seinen Stand oder Beruf, nach dem darüber aufgestellten, in näherem zu revidirenden Reglement davon enthoben, oder nach einer bestimmten Anzahl von Dienstjahren davon dispensirt werde.

2) Von dieser Abgabe sind ausgenommen :

- a. Alle Geistliche; als welche jederzeit von aller Militär-Dienstpflicht enthoben sind.
- b. Schullehrer, so lange sie bey einer Schule wirklich angestellt sind.
- c. Die durch körperliche Gebrechen zum Militär-Dienst Untüchtigen, insofern sie von ihren Gemeinden besteuert werden müssen.

3) Die Dispensations-Fälle vom Militär-Dienst werden in folgende zwey Hauptabtheilungen eingetheilt:

- a. Die erste Abtheilung begreift alle diejenigen Cantons-Angehörigen und im Lande angesessenen Schweizer vom zurückgelegten 19ten bis zum angetretenen 40sten Jahre Alters, welche durch Amt oder Stelle, ihren

20. Dec.
1819.

Stand oder Beruf, nach dem darüber aufgestellten, jedoch in näherem zu revidirenden, in dem 16ten Artikel der Militär-Verfassung vom 2ten Juny 1813 enthaltenen Dispensations-Gesetze, von der persönlichen Ausübung der Auszüglerpflicht befreit verbleiben.

- b. Die zweite Abtheilung begreift diejenige Mannschaft der Landwehr, welche auf ihr Begehren von den Trülmusterungen, nicht aber von den jährlichen Inspektions- oder Vormusterungen, bey welchen dieselbe immerhin mit eigenen Waffen erscheinen soll, befreit wird. Diese Befreyung kann jedoch erst nach zurückgelegtem 30sten Jahre erhalten werden.

Diejenigen, welche erst nach angetretenem 30sten Jahre in den Canton ziehen, so wie diejenigen, die unter stehenden Truppen gedient und einen ehrlichen Abschied erhalten haben, können sogleich von allen Trülmusterungen befreit werden.

4) Die erste Abtheilung, mithin alle diejenigen, welche von jeglicher persönlichen Erfüllung der Militär- oder Landwehrpflicht enthoben werden, haben für diese Befreyung, so lange sie sich im pflichtigen Alter und der durch den näher zu bestimmenden 16ten Artikel des Militär-Gesetzes vom 2ten Juny 1813 festgesetzten Ausnahme befinden, alljährlich an die Militär-Cassa zu entrichten:

Die erste Classe . .	24 Franken.
Die zweite Classe . .	16 —
Die dritte Classe . .	8 —
Die vierte Classe . .	4 —

5) Die zweite Abtheilung oder diejenige Mannschaft der Landwehr, die nach zurückgelegtem 30sten Jahre auf ihr Begehren von den Trümmusterungen befreit wird, so wie diejenigen, welche erst nach angetretenem 30sten Jahre Alters in den Canton ziehen oder unter stehenden Truppen gedient haben und ebenfalls auf ihr Verlangen, nach §. 3. hievor, von diesen Trümmusterungen dispensirt werden, bezahlen, je nach ihren Vermögensumständen und so lange sie sich noch im pflichtigen Alter befinden, alljährlich an die Militär-Cassa:

Die erste Classe . . 5 Franken.

Die zweite Classe . . 3 —

Die dritte Classe . . 2 —

6) Die nähern Bestimmungen der verschiedenen Classen, so wie die Classification der Pflichtigen selbst und die nöthigen weitem Anordnungen sind dem Kleinen Rath vorzulegen überlassen.

7) Das im Jahr 1804 zu Bildung einer Militär-Cassa für Bestreitung der Ausrüstungs- und Instruktions-Kosten eingeführte, seither herabgesetzte Auszügler-Geld, so wie das im Jahr 1812 verordnete Dragoner-Geld, ist vom 1sten Jenner 1820 hinweg dergestalt aufgehoben, daß solches für das Jahr 1820 und fernerhin nicht mehr bezogen werden soll.

8) Ueber den Bezug und die Verwendung dieser, als Ersatz für die aufgehobenen Auszügler- und Dragoner-Gelder, eingeführten Dispensations-Gelder, deren Ertrag in Unsere Staats-Cassa fließen soll, wird jährlich eine besondere Rechnung abgelegt und Uns zur Einsicht vorgelegt werden.

20. Dec. 1819. 9) Nach Verlauf von drey Jahren, nemlich zu Ende des Jahrs 1822, soll Uns über den Erfolg gegenwärtiger Verordnung und deren allfällige Bestätigung oder Abänderung von Unserm Finanz-Rath Rapport erstattet werden.

10) Gegenwärtige Verordnung soll gedruckt und an den gewohnten Orten angeschlagen werden.

Gegeben in Unserer Großen Rathversammlung, den 18ten und 20sten December 1819.

Der Amts-Schultheiß,
N. von Wattenwyl.
Der Staatschreiber,
Gruber.

G e s e h.

Bestimmung der Leberbergischen Grundsteuer.

Vergl. N. Ges. u. Dekr. Th. I. S. 30. 40. u. f.

29. Dec. 1819. **W**ir Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit:

Demnach unterm 14ten Merz 1816 die Grundsteuer, welche die Leberbergischen Nempter und die mit den Nemptern Erlach, Nudau und Büren vereinigten Landestheile

zu bezahlen haben, damals zwar nur für das Jahr 1816 29. Dec. bestimmt, dessen ungeachtet aber bis zu Ende des laufen- 1819.
den Jahres 1819 auf diesem Fuße bezahlt worden; so haben UeGhrn. und Obere, nach vorher angestellten sorgfältigen Berechnungen über den Maaßstab, nach welchem diese Grundsteuer, nach Mitgabe des §. 23. der Vereinigungs-Urkunde, bestimmt werden soll, und auf den Hochdenselben von dem Finanz-Rathe erstatteten Vortrag beschlossen, was von Einem zum Andern folget:

1) Die Grundsteuer der obigen Landschaften ist für das Jahr 1820 und folgende Jahre auf die Summe von 160,171 Franken, nebst fünf Procent für die Perceptions-Kosten, bestimmt.

2) Hingegen werden vom 1sten Jenner 1820 an, die durch Zusatz - Centimes gelieferten Beiträge für die Lehranstalten von Biel, Bruntrut und Delsberg, und jene für die Krankenanstalt in Bruntrut und Bern, von der Staats-Cassa übernommen.

3) Die Zusatz-Centimes, welche bisher zu Bezahlung der ehemals von Frankreich entrichteten Pensionen verwendet worden, werden ferner und bis zu derselben Auslöschung von dem Lande erhoben, und zu diesem Zwecke verwendet. Hiervon sind die geistlichen Pensionen ausgenommen, welche UeGhrn. und Obern dem Lande abnehmen, und ihre Bezahlung der Staats-Cassa vom 1sten Jenner 1820 an aufgelegt haben.

4) Die wohlthätige Errichtung der Cassa für Hagelbeschädigte, vermittelst einer Zulage von fünf Procent, und die Erhebung der erforderlichen Kosten zu den Cadaster-

29. Dec. Arbeiten, bleiben, letztere bis zu ihrer Vollendung, eben-
1819. falls vorbehalten.

Also beschlossen in der Versammlung des Großen Rathes den 22sten December 1818 und 14ten December 1819, und zu publiziren, und der Sammlung der Gesetze und Dekrete einzuverleiben anbefohlen, den 29sten December 1819.

Der Amts-Schultheiß,
N. von Wattenwyl.
Der Staatschreiber,
Gruher.

Eidgenössisches Concordat über Ehe-Einssegnungen und Copula- tions-Scheine.

Vergl. Neue Ges. u. Dekr. Th. I. S. 247. u. f.

10. Jan. Das nachstehende Concordat über Ehe-Einssegnungen
1820. und Copulations-Scheine, welches von UnGhrn. und Obern am 22sten December 1819 ratifizirt worden, ist nun von allen Hohen Ständen der Eidgenossenschaft, mit Ausnahme von Schwyz und Tesin angenommen, und hat also Gesetzes-Kraft erhalten; demzufolge haben MeGhrn. beschlossen: Es solle dasselbe gedruckt, den Ghrn. Ober-ämtleuten übersendet, und von denenselben den Herren

Pfarrherren, Gerichtsstatthaltern und Gemeindevorständen 10. Jan. zugestellt, auch der Sammlung der Gesetze und Dekrete 1820. einverleibt werden.

Bern, den 10. Jenner 1820.

Kanzler Bern.

C o n c o r d a t.

Die Eidgenössischen Stände, überzeugt, daß zur Handhabe sittlicher und bürgerlicher Ordnung, zweckmäßige Vorschriften über die Ehe-Einsegnungen im Allgemeinen, so wie insbesondere über Vorweisung und Form der Verkündungs- und Copulations-Scheine festgesetzt werden müssen;

Nach vorgenommener Revision des dießfalligen Concordats von 1817, haben sich gegenseitig über folgende Bestimmungen vereinigt:

1) Es ist Sache der Cantons-Gesetzgebung, zu bestimmen, unter welchen Bedingungen die Ehe zwischen ihren eigenen Cantons-Angehörigen eingesegnet werden möge.

2) Die Ehe zwischen dem oder der Angehörigen des einen Cantons, mit der oder dem Angehörigen eines andern Cantons, oder zweier Versprochenen des nämlichen Cantons, welche sich in einem andern Canton wollen copuliren lassen, soll nur nach geschעהner Vorweisung der Verkündungs-Scheine sowohl von dem Wohnort als von der Heimath, so wie einer Erklärung der Versproche-

10. Jan. 1820. nen, daß kein gesetzliches Hinderniß gegen die Ehe obwalte, eingesegnet werden. Sollte für eine Heirath zwischen Römisch-Catholischen eine Dispensation nach Canonischem Recht von der competenten geistlichen Behörde ertheilt worden seyn, so wird die Vorweisung des dießfalligen Akts erfordert.

3) Zur Einfegnung der Ehe eines Schweizers mit einer Ausländerin, oder eines Ausländers mit einer Schweizerin, ist, (wenn die Copulation in einem andern Canton geschieht,) nebst den Verkündungs-Scheinen, annoch ein Zeugniß, daß die Obrigkeit des Schweizerischen Theils von dieser Heirath Kenntniß erhalten habe und daß kein gesetzliches Hinderniß gegen dieselbe obwalte, erforderlich.

4) Bei solchen Ehen zwischen einem Ausländer und einer Schweizerin, und eben so zwischen zwei Landesfremden, muß ein Akt der Einwilligung der betreffenden ausländischen Behörden, beigebracht werden.

5) Die oben benannten Verkündungs- oder Proklamations-Scheine, werden von den Herren Geistlichen oder Ehegerichten des Geburts- und des Wohnorts ausgefertigt und von den Cantons-Regierungen, oder den von denselben hiezu bezeichneten Behörden legalisirt, und sollen Tauf- und Geschlechtsnamen, Geburts- und Wohnort ausdrücklich enthalten.

6) Die Copulations-Scheine werden ebenfalls Tauf- und Geschlechtsnamen, Wohnort und Heimath ausdrücklich enthalten, und müssen gleichfalls von den Cantons-Regierungen oder den hiezu bezeichneten Behörden legalisirt seyn.

7) Die concordirenden Stände anerkennen den Grund- 10. Jan.
 satz, daß alle Folgen unregelmäßiger Copulationen und 1820.
 namentlich die Verpflichtung, bei daraus entstehender
 Heimathlosigkeit, den betreffenden Individuen und Fami-
 lien eine bürgerliche Existenz zu sichern, auf diejenigen
 Canton zurück fallen sollen, wo die Ehe eingeseget wor-
 den ist.

Also verabredet in Luzern den 6ten July 1819.

Eidgenössisches Concordat über die Niederlassung der Schweizer.

Vergl. Neue Ges. u. Dekr. Th. I. S. 239. u. f.

Die nachstehenden Löbl. Stände der Eidgenossenschaft 10. Jan.
 haben das folgende Concordat über die Niederlassung der 1820.
 Schweizer angenommen; so daß dasselbe von nun an
 Gesetzes-Kraft erhält. Dem zufolge haben MeEhrrn. be-
 schlossen: Es solle dasselbe gedruckt, den Hhrrn. Ober-
 amtleuten übersendet, und von denselben den Gerichts-
 statthaltern und Gemeindräthen zugestellt, auch der Samm-
 lung der Gesetze und Dekrete einverleibt werden.

Bern, den 10ten Jenner 1820.

Kanzley Bern.

10. Jan.
1820.

Concordat.

Die Eidgenössischen Stände: Luzern, Zürich, Bern, Glarus, Friburg, Solothurn, Argau, Thurgau, Tessin, Waadt, Neuenburg und Genf, —

Von dem Bedürfnis überzeugt, daß über die Niederlassung der Schweizer, feste und sichernde Bestimmungen getroffen werden, haben unter sich verabredet und festgesetzt was folgt:

1) Die concordirenden Stände verpflichten sich gegenseitig, der eine den Cantonsbürgern des andern, unter folgenden nähern Bestimmungen, den Aufenthalt und die Niederlassung zu gestatten.

2) Um die Niederlassungs-Bewilligung zu erhalten, und die damit verbundenen Rechte ausüben zu können, muß der Schweizer, der sich in einem andern Canton niederlassen will, einen Heimathschein nach demjenigen Formular vorlegen, welches gegenwärtiger Verkommnis beygefügt ist. Der Heimathschein soll für seine Gültigkeit auf keine Jahre beschränkt, und mit der Legalisation der Cantons-Regierung versehen seyn, zugleich auch die Erklärung enthalten, daß der Inhaber seit zehn Jahren Schweizerbürger seye.

Der Begehrende hat ferner ein Zeugnis sittlicher Aufführung und guten Leumunds, so wie auch, daß er eigenen Rechtsens sey, vorzulegen. Er hat endlich, falls solches von der Regierung verlangt wird, den Beweis zu leisten, daß er sich und die Seimigen, sey es durch

sein Vermögen, Gewerbe oder Handwerk, sey es durch ^{10. Jan. 1820.} einen andern rechtlichen Erwerb, ohne Belästigung der Gemeinde oder des Cantons zu ernähren im Stande sey.

Diejenigen Einwohner und Landes-Angehörige, welche kein Gemeinds-Bürgerrecht besitzen, haben, wenn sie sich in einem andern Canton niederlassen wollen, den abgehenden Heimathschein, durch eine von der Regierung des Cantons, dem sie angehören, ausgestellte Zusicherung ihrer und der Ihrigen jeweiligen Wiederaufnahme dafselbst, zu ersetzen, wodurch sie den übrigen Schweizerbürgern gleichgestellt werden.

3) Nach erhaltener Niederlassungs-Bewilligung, tritt der Niedergelassene, mit Ausnahme der politischen Rechte und des Mitantheils an Gemeinds-Gütern und frommen Stiftungen, in alle Rechte und Verpflichtungen der Bürger des Cantons, in dem er sich niederläßt. Er kann daher auch, nach Maaßgabe der Gesetze und Polizen-Berordnungen dieses Cantons, sein Gewerbe treiben.

Er ist über dies verpflichtet, auch zu den Orts-Polizen-Ausgaben beizutragen, und zwar nach den Bestimmungen, die von der Regierung erlassen, oder bestätigt werden.

4) Das Niederlassungsrecht darf durch keine Personal- oder Geld-Bürgschaft oder andere besondere Last, oder Abgabe beschwert werden, und die Kanzlengebühr für die Niederlassungs-Bewilligung, soll den Betrag von acht Franken nicht übersteigen.

40. Jan. 1820. 5) Der Regierung des Cantons, in dem der Nieder-
gelassene wohnt, steht das Recht zu, denselben in seine
Heimath zurückzuweisen, wenn er sich eines unsittlichen
Lebenswandels schuldig macht, so wie auch, wenn er
durch Verarmung, der Gemeinde oder dem Canton zur
Last fällt.

6) Wenn ein Canton einem Bürger eines andern Can-
tons auf einen vorschristmässig ausgestellten Heimathschein,
den Aufenthalt oder die Niederlassung gestattet, so ist der
letztere Canton gehalten, denselben, so wie seine Ehefrau
und Kinder, jederzeit und unter allen Umständen wieder
aufzunehmen.

7) Den Eidgenössischen Ständen, welche dem gegen-
wärtigen Verkommniß nicht beitreten, wird der Bei-
tritt offen behalten; bis ein solcher erfolgt, behalten sich
die contrahirenden Stände in allem, was auf Niederlas-
sung Bezug hat, gegen die nicht beigetretenen Cantone,
unbedingtes Gegenrecht und Convenienz vor.

Luzern, den 10ten July 1819.

Kreisschreiben des Kleinen Rathes,
an alle Oberämter.

Gleichstellung der Angehörigen Löbl. Stands
Glarus, in Concursfällen, für unterpfänd-
liche Ansprachen.

An alle Oberamtleute, und an die Stadt Biel.

Von Unserm Eidgenössischen Mitstand Glarus, ist Uns ^{10. Jan. 1820.} der Antrag gethan worden, daß gleich wie nach dortigen Gesetzen die Hypothekar-Gläubiger, es seien Einheimische oder Fremde, in Concursen jeweilen ein vorzügliches Recht auf die ihnen verhafteten Unterpfänder haben, auch in hiesigem Canton, Angehörige des Cantons Glarus, welche in hiesiger Botmäßigkeit Hypothekar-Gläubiger wären, in Concursfällen, gleich den eingebornen Unterpfands-Gläubigern gehalten werden möchten.

Da nun eine solche Gleichstellung der Rechte, den Verkehr der gegenseitigen Cantons-Angehörigen erleichtert, und also dem Eidgenössischen Verband ganz angemessen ist; so haben Wir nach angehörtem Vortrag des Justiz-Rathes, dem Antrag des Hohen Standes Glarus gerne entsprochen und mithin erkennt: es solle, bis auf fernere Verfügung, jeder Angehörige des Hohen Standes Glarus, welchem in dem hiesigen Canton auf rechtskräftige Titel gegründete Hypothekar-Rechte zustehen, rück-

40. Jan. sichtlich auf dieselben, in Geldstags-Fällen der betreffenden
 1820. Schuldner, völlig gleich gehalten werden, wie solche Hypothekar-Gläubiger, die hiesige Cantons-Angehörige sind.

Dessen Ihr berichtet werdet, um die Verfügung zu treffen, daß dem gegenwärtigen Schreiben, welches in der Sammlung der Gesetze und Dekrete abgedruckt werden soll, in vorkommenden Fällen nachgelebt werde.

Bern, den 10. Jenner 1820.

Der Amts-Schultheiß,
 Fr. von Müllinen.

Der Staatschreiber,
 Gruber.

V e r b o t

d e r A r a u e r - Z e i t u n g.

12. Jan. Wir Schultheiß und Rath der Stadt
 1820. und Republik Bern, auf angehörten Vortrag Unseres Geheimen Raths, haben befunden:

Es sey in der Aarauer-Zeitung vom 8ten Jenner No. 4. ein, mit der Unterschrift: un bon Suisse, bezeichneter Brief in französischer Sprache eingerückt worden, worin, unter falschen Anbringen und beleidigenden Vergleichen, die gesammten Regierungen der XIII

ehemaligen Stände Löblicher Eidgenossenschaft verleumdet, und das Andenken aller derjenigen, welche im Jahr 1798 für das Vaterland gegen den damaligen feindlichen Einfall gestritten, geschmäht werde. Es eigne sich demnach dieser Brief zu einem offenbaren Libell, welches durch die Aarauer-Zeitung ausgebreitet worden; und da Wir, so viel an Uns, die Verbreitung aller Schmäh-schriften, insbesondere denn derjenigen, welche wie diese, im Vaterlande Zwietracht auszustreuen suchen, zu verhindern Uns stets angelegen seyn lassen werden, so haben Wir verordnet:

1) Der Eintritt der Aarauer-Zeitung in Unser Gebiet ist von nun an gänzlich verboten.

2) Für jedes Exemplar der Aarauer-Zeitung, welches in Unser Gebiet gebracht würde, soll eine Buße von fünfzig Franken, wovon die Hälfte dem Verleider, die andere Hälfte den Armen des Orts zufallen soll, demjenigen auferlegt werden, welcher diese Zeitung empfangen haben würde; so wie auch demjenigen, der sie einbringen oder vertragen würde; den einzigen Fall ausgenommen, wo jemand eine solche Zeitung unwissend empfangen, und alsobald dem Richter des Orts hinterbringen und selbst anzeigen würde, wie er dieselbe empfangen habe.

3) Allen Post-Bureauz ist die Sammlung von Pränumerationen für die Aarauer-Zeitung, so wie auch jede Versendung derselben untersagt, und sollen dieselben jede der Post aufgegebenen Aarauer-Zeitung dem Richter des Orts abgeben.

12. Jan. 1820. 4) Alle Widerhandlungen gegen dieses Verbot sollen von Unsern Oberamtleuten mit der vorgeschriebenen Buße, und im Falle Unvermögens, mit Gefangenschaft bestraft werden, unter Vorbehalt des Recurses an Uns.

5) Gegenwärtiges Verbot soll auf gewohnte Weise zu jedermanns Kenntniß gehörig publizirt werden.

Gegeben den 12ten Jenner 1820.

Der Amts-Schultheiß,
Fr. von Mülinen.
Namens des Raths,
der Rathsschreiber,
Benoit.

Kirchen-Visitations-Ordnung.

2. Febr. 1820. Wir Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit: Daß nachdem Wir Uns über die Nothwendigkeit einer verbesserten Visitations-Ordnung für die reformirten Pfarren des Cantons, von Unserm Kirchenrathe Bericht haben erstatten lassen, Wir für gut befunden haben, darüber nachstehende Vorschriften zu ertheilen, und demnach

v e r o r d n e n :

1) Die Aufsicht über den Zustand der Pfrund-Gebäude, Güter, Zäunung &c. wird von nun an dem geist-

lichen Visitator abgenommen, und dem betreffenden Ober- 2. Febr.
amtmanu übertragen. 1820.

2) Die Amtsrichter und Gerichtsstatthalter, die Ben-
fizer der Unter- und der Ehorgerichte, die Gemeinds-
Vorgesetzten und Schulmeister, sollen, ben ihrer Verant-
wortlichkeit, gehalten seyn, in der Gemeinde ihres Wohn-
orts jeweilen ben der Kirchen-Visitation mit den übri-
gen Hausvätern sich einzufinden.

3) Vor der Visitation soll der Visitator dem
Visitirten seinen schriftlichen Bericht über den religiösen
Zustand seiner Gemeinde abnehmen, der besonders über
folgende Punkte Licht geben soll:

- a. Ueber die Gottesdienstlichkeit und sittliche Aufführung
der Gemeinds-Einwohner überhaupt, und die unter
ihnen, in Rücksicht auf Lehre und Wandel, auffäl-
lig sich zeigenden Uebel.
- b. Ueber den Schul-Unterricht, die Besuchung der
Schulen und Unterweisungen durch die Kinder und
das daherige Verhalten der Eltern.
- c. Ueber die Gottesdienstlichkeit und sittliches Betra-
gen der Unterbeamten und Gemeinds-Vorgesetzten
insbesondrer, so wie auch über ihre Bereitwilligkeit
dem Pfarrer in Amts-Angelegenheiten Hand zu bieten.

Es wird der Klugheit des Visitators überlassen,
sogleich ben seiner kirchlichen Visitations-Verhandlung,
von diesem schriftlichen Berichte des Visitirten Gebrauch
zu machen.

4) In der Kirche soll die Visitation mit einer
Predigt und kurzen Katechisation anfangen, die

2. Febr. 1820. der Visitirte oder sein Pfarrvikar selbst halten soll. Nur Krankheit kann ihn davon dispensiren. Sobald nach Beendigung des Gottesdienstes der Visitirte abgetreten seyn wird, soll der Visitor, nach einem schicklichen Eingange, den versammelten Beamteten, Vorgesetzten, Schulmeistern und Hausvätern, im Namen der Regierung und der Classe, folgende Fragen vorlegen, welche die Hauptverhältnisse des zu Visitirenden umfassen.

Der Pfarrer als Prediger;

1. Predigt er verständlich und erbaulich?
2. Hält er Wochen-Predigten?
3. Begehrt die Gemeinde über jenes oder dieses einige Verbesserung?

Der Pfarrer als Jugendlehrer;

4. Hält er die Kinderlehren fleißig? Wenn hören sie auf?
5. Wenn fangen die Unterweisungen zum Heil. Abendmahl an? Wenn hören sie auf? Wie manche Stunde in der Woche hält er sie? Und über welches Buch?
6. Begehrt die Gemeinde hierüber einige Verbesserung?

Der Pfarrer als Schulaufscher;

7. Besucht er die Schulen fleißig und mit der gehörigen Aufmerksamkeit auf das, worüber die Kinder darinn unterrichtet werden?
8. Werden sie auch von den Vorgesetzten besucht?
9. Begehrt die Gemeinde darüber einige Verbesserung?

Der Pfarrer als Seelsorger;

10. Wie hält er es mit den Hausbesuchungen?

11. Besucht er die Kranken , wenn er dazu berufen 2. Febr.
wird ? 1820.

12. Ist er leutselig mit jedermann , der seiner bedarf?

13. Wünschet man hierüber einige Verbesserung?

Der Pfarrer als Vorbild im Wandel;

14. Ist sein Wandel untadelich , sowohl im Hause als
außerhalb desselben?

15. Geben seine Hausgenossen keinerlei Art von Aer-
gerniß?

16. Wünschet man hierüber einige Verbesserung?

Summarischer Schluß;

17. Ist die Gemeinde mit der Amtsführung und dem
Lebenswandel ihres Pfarrers zufrieden?

Hierauf sollen diese Fragen sammt den , während der
Verhandlung von dem Visitator hingeschriebenen Ant-
worten , von demselben abgelesen und von dem Statthal-
ter und ältesten Chorrichter im Namen aller anwesenden
Vorgesetzten unterzeichnet werden.

Es soll auch der Visitator nach jeder Visitation die
Namen der anwesenden Beamten , Vorgesetzten und
Schulmeister , (auch wo möglich die Anzahl der anwe-
senden übrigen Hausväter) Unserm Oberamtmanne ein-
senden , damit derselbe die Abwesenden zur verantwor-
tung ziehe und der nachlässigen Gemeinde den verdienten
Verweis zukommen lasse.

5) Der vollständige Bericht des Visitators mit Inbe-
griff der Antworten auf die oben angeführten Fragen ,
soll durch ihn , nach jeder Visitation , dem Dekan zur

2. Febr. Einsicht und zu Händen der Class-Versammlung einge-
 1820. händigt, sodann von letzterer mit den Capitels-Akten
 an Uns übersandt werden.

6) Sind bey der Visitation von der Gemeinde über das Eine oder Andre Beschwerden gegen den Pfarrer oder Wünsche angebracht worden, so mag sie der Visitator demselben, jedoch unter Geheimhaltung der Anzeiger, mittheilen, damit er seine Rechtfertigung oder Bericht zu Händen der Classe schriftlich ausstellen könne.

7) Obgleich Unser Wille und Meinung ist, daß allfällige Beschwerden gegen einen Pfarrer nur an öffentlicher Visitation angebracht und späterhin auf dergleichen Anbringen keine Rücksicht genommen werden soll; so jedennoch, falls nachher, im Laufe des Jahres, eine Gemeinde eben so unvermutheten als ernststen Anlaß fände, über ihren Seelsorger zu klagen, soll dieselbe dem Visitator ungesäumt ihre Anzeige machen, welcher sodann Unserm Oberamtmanne davon zu fernerer Verfügung Kenntniß geben soll.

8) Der Visitator hat fernerhin die R ö d e l und Register jeder Art, so wie die Bücher, welche jeder Pfarrer halten und führen soll, genau zu untersuchen, und sein Urtheil darüber in guten wahren Treuen seinem General-Berichte über die abgehaltene Visitation beizufügen.

Gegenwärtige Verordnung, welche bereits in diesem laufenden Jahr in Vollziehung zu setzen ist, soll gedruckt, Unsern Oberamtleuten, den Defanen und Pfarrern zum Verhalt

Verhalt mitgetheilt, und seiner Zeit der Predikanten- 2. Febr.
Ordnung einverleibt werden. 1820.

Geben Bern, den 2. Februar 1820.

Der Amts-Schultheiß,
Fr. von Mülinen.

Namens des Raths,
der Rathsschreiber,
Benoit.

Kreis Schreiben

An alle Oberämter reformirter Landen.

Auf den Vortrag Unseres Kirchen-Raths über die Man- 2. Febr.
gelhaftigkeit der bisherigen Kirchen-Visitationen, haben 1820.
Wir zu Verbesserung derselben beynliegende Verordnung
erlassen, welche schon für das laufende Jahr 1820 in
Vollziehung gesetzt werden soll. Wir tragen Euch auf,
solche allen stationirten Geistlichen Eures Amts, welche
nicht zugleich Dekanen sind (indem sie diesen direkte zu-
gesandt wird) zur Wissenschaft und Verhalt zuzustellen.

Dem 2. Artikel derselben gemäß, werdet Ihr allen
Gerichtsstatthaltern, Besitzern der Gerichte und Chor-
gerichte, Gemeindsvorgesetzten und Schulmeistern den Be-
fehl zugehen lassen, die zum Besten ihrer Gemeinde ange-
ordnete Kirchen-Visitation unter ihrer Verantwortung
nicht zu verabsäumen, die Hausväter in der Gemeinde
dann ebenfalls auffordern lassen, derselben jeweilen be-
zuwohnen.

2. Febr. 1820. In Betreff der durch den 1. Artikel der Verordnung den Oberamtleuten übertragenen Untersuchung des Zustandes der Pfrund- Domainen, werdet Ihr Unsere nähere Weisung gewärtigen.

Den 2. Februar 1820.

K a n z l e n B e r n.

S c h u l d b e t r e i b u n g e n gegen Geistliche.

Cirkular an alle Herren Oberamt männer.

9. Febr. 1820. Ein Rathsbeschluß vom 24sten July 1760 enthält die Vorschrift eines besondern Verfahrens gegen Geistliche, welche in den Fall kommen für Schuldansforderungen betrie- ben zu werden.

Nachdem Wir Uns nun diese Vorschrift haben vorle- gen lassen, so haben Wir gefunden: diese Ausnahme von den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften für die Geist- lichen könne, bey veränderten Umständen und Verhält- nissen, ihre Anwendung nicht mehr finden. Dem zufolge haben Wir diese Vorschrift von nun an aufgehoben und beschlossen:

Es solle gegen Geistliche, welche in den Fall kom- 9. Febr.
men, um Schuldansforderungen betrieben zu werden, nach 1820.
Vorschrift der Geseze, wie gegen jeden andern Einwoh-
ner des Landes, verfahren werden.

Dessen Ihr berichtet werdet, um in vorkommenden
Fällen demnach zu verfahren.

Gegenwärtiges Schreiben soll in der Sammlung der
Geseze und Dekrete abgedruckt werden.

Bern, den 9ten Februar 1820.

Der Amts - Schultheiß,
Fr. von Mülinen.

Der Staatschreiber,
Gruber.

V e r o r d n u n g

über den Bezug der Dispensations-
Gelder von dem Militärdienst.

Vergl. oben S. 204.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt 21. Febr.
und Republik Bern, thun kund hiermit: 1820.

Demnach durch das Dekret des Souverainen Großen
Raths vom 18ten und 20sten December 1819, derjenige
Beitrag festgesetzt und bestimmt worden, welchen die Land-

21. Febr. 1820. wehrpflichtigen, die ihre Dienstpflicht nicht persönlich ausüben, oder die auf ihr Begehren von den Trülmusterungen befreit werden, als Ersatz der aufgehobenen Auszüge- und Dragoner-Gelder, an die Militär-Cassa zu entrichten haben; Uns aber durch den sechsten Artikel der gleichen Verordnung die nähern Bestimmungen der verschiedenen Classen, so wie die Classification der Pflichten selbst und die nöthigen weitem Anordnungen vorzuführen überlassen worden sind; als haben Wir, in Hinsicht auf die Classification derjenigen Mannschaft der Landwehr, welche auf ihr Begehren von den Trülmusterungen befreit werden kann, festgesetzt und verordnet, was hienach folget, wie Wir dann

v e r o r d n e n :

1) Nach Vorschrift des Art. 5. des Dekrets vom 18ten und 20ten December 1819, haben alle diejenigen, welche sich in der zweiten Abtheilung der Dispensations-Fälle vom Militär-Dienst befinden, mithin diejenige Mannschaft der Landwehr, die nach zurückgelegtem 30sten Jahre Alters auf ihr Begehren von den Trülmusterungen befreit wird, so wie diejenigen, welche erst nach angetretenem 30sten Jahre Alters in den Canton ziehen, oder unter stehenden Truppen gedient haben und ebenfalls auf ihr Verlangen von diesen Trülmusterungen dispensirt werden, je nach ihren Vermögensumständen, und so lange sie sich noch im pflichtigen Alter befinden, an die Militär-Cassa alljährlich zu entrichten:

Die erste Classe	.	.	5 Franken.
Die zweite Classe	.	.	3 —
Die dritte Classe	.	.	2 —

2) In diese drei Classen werden eingetheilt:

21. Febr.
1820.

A. Zu der ersten Classe, die jährlich fünf Franken bezahlt, gehören:

Alle obrigkeitlichen, Municipal- oder Gemeindebeamten und Angestellten, die eine jährliche Besoldung von 200 Franken und mehr in Geld, Provisionen oder Sponteln beziehen.

Die Banquiers, Handelsleute, Fabrikanten und Krämer, so wie deren Commissen.

Die Capitalisten.

Die Fürsprecher vor dem Obersten Appellationsgericht, die Procuratoren, die Amts-Notarien, die patentirten Rechts-Agenten und Schuldenböte.

Die Besitzer und Pächter der Apotheken zu Stadt und Land.

Die Besitzer und Pächter von Mühlen, Schmidten und allen andern Ehehaften.

Die Besitzer und Pächter von Gasthöfen, Wirths-, Schenkhäusern und Bädern.

Die Eigenthümer von Liegenschaften von 30 und mehr Fucharten, und die Pächter von Liegenschaften, die 400 Franken und mehr Pachtzins bezahlen.

Die Sennen, die 15 oder mehr Stück Vieh besitzen.

Die Handwerksmeister, so zwei oder mehr Gesellen halten.

Die Pulvermacher.

Die ersten Papierer in den Papierfabriken und der Meisterknecht in jeder Mühle.

21. Febr. 1820. Die Lehnkutscher, Pferdhalter, Post-Condukteurs und die Fuhrleute, so zwey Züge halten.

B. Zu der zweiten Classe, die jährlich drey Franken bezahlt, gehören:

Alle obrigkeitlichen, Municipal- oder Gemeindebeamten, die eine Besoldung unter 200 Franken in Geld, Provisionen oder Sporteln beziehen.

Die Eigenthümer von Liegenschaften unter 30 Fucharten Halts.

Die übrigen Post-Commissen, Posthalter, Böte und Postknechte.

Die angestellten Copisten in obrigkeitlichen Büreau.

Die Handwerksmeister, so allein oder nur mit einem Gesellen arbeiten.

Die Viehärzte.

Die Küher, so weniger als 15 Stück Vieh besitzen; die Milchträger.

Die Wegknechte und Salpetergräber.

Die Brunn- und Bachmeister von Bern.

Der Meisterknecht auf Liegenschaften.

Die Arbeiter im Zeughause und in jeder andern Werkstatte und Fabrik.

Die im Brand-Corps der Hauptstadt Eingeschriebenen, die Hochwächter u. s. w.

Die Kaufhausarbeiter.

Die Führen und ihre ersten Knechte.

Die Schiffsleute.

Die Bedienten, Lehnkutscher-, Fuhrleute-, Fuhr- und Stallknechte. 21. Febr. 1820.

Die Metzgerknechte.

Die Mühlefarren und Kohlenbrenner.

C. Zu der dritten Classe, die jährlich zwei Franken bezahlt, gehören:

Die Tagelöhner, Handlanger u. s. w., so wie überhaupt die Unbegüterten.

3) Wer durch Vermögen, Besoldung oder Beruf in zwei verschiedene Classen gesetzt werden könnte, bezahlt die Anlage der höhern Classe. Derjenige aber, auf den keiner der obbenannten Stände, Berufe u. s. w. anzuwenden ist, soll nach seinem Vermögensstand eingetheilt werden.

4) Zu Eintheilung der Betreffenden in die obvermeldeten Classen, wird in jeder Kirchgemeinde (Stammquartier), unter dem Vorsitze des Gerichtstatthalters, eine Commission, bestehend aus den Obmännern oder Gemeindevorständen und den Trüllmeistern der verschiedenen Abtheilungen der Kirchgemeinde, aufgestellt, bei deren ein von dem Oberamtmann verordneter Schreiber die Feder führen soll.

Für die Hauptstadt wird eine besondere Commission zu dieser Untersuchung niedergesetzt werden.

5) Vor diesen Commissionen soll die Eintheilung derjenigen Mannschaft, welche Kraft des ersten Artikels gewärtiger Verordnung begehren würde, von den Trüllmusterungen befreit zu werden, in die betreffenden Classen vor sich gehen.

21. Febr. 1820. 6) Zu dem Ende sollen alljährlich im Laufe Jenners durch Publikation von der Kanzel, die Landwehrmänner, die bisher getrület und ihr 30stes Jahr Alters nun zurückgelegt haben, so wie die nach angetretenem 30ten Jahre Alters in den Canton gezogenen, und die antersiehenden Truppen gedienten, welche Willens sind, sich von der Trüllpflicht dispensiren zu lassen, aufgefordert werden, auf den festgesetzten Tag im Hauptorte der Kirchgemeinde zu erscheinen.

7) Die Anwesenden sollen durch ihre Trüllmeister der Commission Mann für Mann vorgestellt und auf die Erklärung, daß sie von den Trüllmusterungen enthoben zu werden wünschen, alsogleich in diejenige der oben bestimmten Classen eingetheilt werden, in die sie nach Vermögen, Besoldung oder Beruf gehören. Zugleich wird dem also Eingetheilten seine Classordnung eröffnet, und wenn derselbe Einwendungen dagegen zu machen hätte, so soll er, im Fall die Commission solche nicht erheblich finden würde, sich auf der Stelle erklären, ob er seine Classification annehmen wolle oder nicht, da er dann im letztern Falle von dem Trüllmeister auf seinem Model bemerkt und zu Besichtigung der Trüllmusterungen angehalten werden soll.

8) Erklärt sich der Vorgesetzte hingegen zur Annahme seiner Eintheilung, so soll er alsogleich die, nach seiner Classification, schuldige Gebühr dem Gerichtstatthalter erlegen; sein Name wird sofort auf die Tabelle getragen, auch dabey die Gebühr bemerkt; und wenn die Commission auf solche Weise ihre Arbeit beendigt haben wird, so sollen die Tabellen in drey Doppeln ausgefertigt und mit der Unterschrift des Gerichtstatthalters versehen, davon dem Oberamtmann zwey zugesendet werden, welcher

das eine Doppel aufbewahren, das andere aber Unserm 21. Febr.
Kriegs-Rathe einsenden wird. 1820.

9) Die Commission wird sofort dem Betreffenden eine jährlich zu erneuernde Quittung zustellen lassen, gegen eine Ausfertigungsgebühr von zehn Rappen für die erste und zweite, und fünf Rappen für die dritte Classe.

Die Gerichtstatthalter haben dann diese durch den Schreiber ausgefüllten Quittungen zu unterschreiben, und die bezogenen Gelder drey Tage nachher an das Oberamt einzuliefern.

10) Von den eingegangenen Dispensations-Geldern werden die Oberamtsmänner Fünf vom Hundert zu Handen der damit beschäftigten Beamteten innbehalten. Aus den Dispensations-Geldern sollen auch die ersten Einrichtungs- und fernern Exekutions-Kosten bestritten werden.

11) Der Finanz-Rath wird sich über den Eingang dieser Trüll-Dispensations-Gelder von den Oberamtsmännern Rechnung ablegen lassen, und Uns alljährlich über den Ertrag und die Verwendung derselben eine besondere Rechnung zur Passation und Vorlegung an Ueßren. und Obern vortragen.

12) Den vom 1sten Jenner 1781 bis 31sten December 1784 Gebornen, die sich laut Verordnung vom 19ten Februar 1819 im Frühjahr losgekauft haben, wird vergünstigt, sich bis zu zurückgelegtem militärpflichtigen Alter, nach Inhalt derselben Verordnung, fernerhin loszukaufen, oder aber nach Inhalt des neuen Gesetzes vom 20sten December lezthin, sich vom Trüllen dispensiren zu lassen;

21. Febr. in welchem letztern Falle sie aber verpflichtet sind, sich zu
1820. bewaffnen und an den Vormusterungen zu erscheinen.

13) Eine fernere Verordnung wird die Exekution der ersten Abtheilung vorgedachten Dispensations-Gesetzes vom 20sten December 1819 bestimmen.

Gegenwärtige Verordnung, deren Vollziehung Unserm Kriegs-Rathe übertragen ist, soll gedruckt, überall im Canton auf übliche Weise publizirt und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete eingetragen werden.

Gegeben in Bern, den 21sten Februar 1820.

Der Amts-Schultheiß,
Fr. von Müllen.
Namens des Rathes,
der Rathsschreiber,
Benoit.

25. Febr. **W**ir Schultheiß, und Kriegs-Räthe der
1820. Stadt und Republik Bern, Kraft der Uns übertragenen Vollziehung obiger Verordnung befehlen hiermit: daß dieselbe Sonntags den 5ten Merz von allen Kanzeln verlesen und zu Jedermanns Einsicht angeschlagen werde. Die Commission, in Folge §. 4. derselben, wird sich, je nach der Bestimmung des Hrn. Oberamtmanns, für dieß Jahr, entweder Mittwochs den 15ten oder Donnerstags den 16ten Merz, und für die Zukunft entweder den vierten Mittwoch oder den

vierten Donnerstag im Jenner, nach vorhergegangener 25. Febr.
Publikation, versammeln, und die daherigen Aufträge 1820.
vollführen.

Bern, den 25sten Februar 1820.

Der Präsident des Kriegs-Raths,
General R. v o n W a t t e n w y l.

Der Kriegs-Rathschreiber,
v o n E r n s t.

I n s t r u k t i o n.

Zu Erläuterung obiger Verordnung, damit selbige we- 25. Febr.
der mißdeutet werde, noch Anlässe zu Irrthümern geben 1820.
könne, ist ausdrücklich zu bemerken: daß diese Dispensa-
tionen einzig die gegenwärtig in der Landwehr zweyter
Classe eingeschriebene Mannschaft betreffen, welche das
dreißigste Jahr Alters zurückgelegt, oder aber solche,
welche unter diesem Alter, zu der Landwehr gehörig und
in hiesigen besoldeten oder fremden Militär-Diensten ge-
standen sind.

Diejenigen Landwehrmänner, so nun obige Eigen-
schaften besitzen, und von den Trüben sich loskaufen wol-
len, werden, je nach Stand oder Beruf, durch die Com-
mission des Stammquartiers in eine der im §. 1. genann-
ten drey Classen von fünf, drey oder zwey Franken ge-
setzt. Diejenigen, so in obigem Alter sich befinden und
wegen Gebrechen oder andern Gründen g ä n z l i c h e oder

25. Febr. 1820. einstweilige Entlassungs-Attestate von vorherigen Jahren her besitzen, aber noch nicht 39 Jahre zurückgelegt haben, müssen sich ebenfalls stellen, um mit einer Anlage belegt zu werden, indem die in diesen Attestaten enthaltenen Gründe wohl von dem persönlichen Dienst befreien, keineswegs aber von der Anlage. Solche Landwehrmänner, die infolge ihres Berufs öfters Wohnort ändern, wie Cantonsfremde, Küher, Salpetergraber, Knechte u. s. w., sollen sich vor derjenigen Commission melden, in deren Stammquartier sie sich am Tage der Versammlung derselben, zufolge der gegenwärtigen Verordnung, aufhalten.

So wie nun ein Mann zum Loskauf sich vor der Commission erklärt hat, trittet er ab, wie auch seine allfälligen Verwandten, und die Commission entscheidet in welche Classe der Anlage er gehört; hierauf wird derselbe wieder vorberufen, und ihm das Resultat eröffnet, wo er dann sofort seine Anlage dem Statthalter zu bezahlen hat, und seine ausgefüllte Quittung, mit der Unterschrift des Gerichtstatthalters und Schreibers versehen, in Empfang nimmt; dabei ist ihm einzuschärfen, daß er solche nicht verliere.

Wer keinen der im §. 2. genannten Berufe u. s. w. ausübt, soll nach Billigkeit classifizirt werden.

Auch muß dem Betreffenden deutlich erklärt werden, daß er immerhin verpflichtet sey, seine Armatur zu behalten, und an den Vor- und Hauptmusterungen zu erscheinen; und endlich, daß es ihm frey stehe, wieder zu trüllen, wenn er dies der jährlichen [Bezahlung einer Abgabe vorziehe.

Die sich Losgekauften muß der Trüllmeister auf sei- 25. Febr.
nem Trüll - Mannschafts - Model nicht durchstreichen, son- 1820.
dern nur anmerken, weil dieselben immerhin zur Land-
wehrmannschaft zählen, und damit ihnen an der Vormu-
sterung könne abgerufen werden. Jeder Trüllmeister soll
daher auf seinem Model folgende Ordnung beobachten:

1. Landwehr erster Classe, als Grenadiere und
Scharfschützen.
2. Landwehr zweyter Classe, die trüllt, und
3. Landwehr zweyter Classe, die ihre Gebühr be-
zahlt hat.

Alljährlich, nach vorgegangener Publikation ab der
Kanzel, versammelt sich die Commission, auf den vierten
Mittwoch oder vierten Donnerstag im Jenner, und classi-
fizirt alle diejenigen, welche als das dreßsigste Jahr Al-
ters zurückgelegt, zum Loskauf sich melden, und bezieht
an diesem Tage die Gebühr sowohl dieser als der früher
Losgekauften. Sie untersucht auch allfällige Reklamatio-
nen der Lektorn, wegen bisheriger Standes- oder Berufs-
änderung, um selbige in solchen Fällen im Mehrern oder
Mindern anzulegen. Solche Aenderungen sind auf den
Tabellen zu bemerken.

Wer diese zur Zahlung bestimmten Tage versäumt
(wie z. B. solche, die infolge ihres Berufs öfters
Wohnort ändern), zahlt eine Buße gleich dem Betrag
ihrer Gebühr, oder muß für dasselbe Jahr mit trüllen,
wenn er sich auch später anderswo aufhält. Die Quit-
tung des letzten Jahres muß in Zukunft allemal vorge-
wiesen werden. Dieses soll den Betreffenden deutlich ein-
geschärft werden, damit sie sich darnach zu verhalten wissen.

25. Febr.
1820.

Jeder Trüllmeister erhält ausser dem die Pflicht und Befugniß, vor und während der Trüllzeit, im Frühjahr und Herbst, von allen denjenigen, die in seinen Trüllbezirk eingezogen oder angestellt sind, als Küher, Knechte, Gesellen, Hausierer und andere nicht einen festen Wohnsitz habende Individuen, welche muthmaßlich noch im pflichtigen Alter sind, ihre Taufscheine, Reserve-Brevets, Auszügler-Büchlein oder Quittungen zum Einsehen abzufordern, um sich zu versichern, ob selbige der Militär-Pflicht unterworfen sind oder nicht. Hätte der Betreffende weder das eine noch das andere, oder bloß einen Taufschein, der sein pflichtiges Alter, aber nicht seine Anstellung im Militär oder Loskauf beweisen würde, so ist der Trüllmeister bei seiner Pflicht aufgefordert, diesen Mann freundlich oder rechtlich vor das Oberamt citiren zu lassen, wo denn der Herr Oberamtmann nach den Umständen und nach daherigen Instruktionen verfahren wird. Dem Trüllmeister gebührt dennzumal ein billiges Taggeld und die Hälfte der Buße, wenn der Saumselige in eine verfällt.

In Betreff endlich derjenigen Mannschaft, die in den Jahren 1781, 1782, 1783 und 1784 geboren ist, so bleibt die Verordnung vom 27sten Januar 1819 in Kraft, und selbige Mannschaft soll ihre damals festgesetzte Anlage dem Gerichtstatthalter am nemlichen Tage, wo oben bemerkt, entrichten, wenn es nicht schon geschehen ist; nemlich die im Jahr 1781 Gebornen sechs Franken, die andern aber fünf Franken, bis sie ihr 39stes Jahr zurückgelegt haben, wofür ihnen ebenfalls eine Quittung nach ihrer Classe auszustellen ist.

Von den durch den Beschluß den Beamten zugesprochenen fünf Procent bezieht das Oberamt für Mühwalt

und Mißrechnung ein Procent, der Gerichtstatthalter ein ^{25. Febr.} Procent, der Schreiber ein Procent und die sämtlichen ^{1820.} Trüllmeister eines Stammquartiers, zu gleichen Theilen unter sich vertheilt, zwey Procent (ist nur ein Trüllmeister, so bezieht er dennoch zwey Procent.) Bey Ueberlieferung an das Oberamt können diese fünf Procent so gleich innbehalten und nach Vorschrift vertheilt, müssen aber auf den Tabellen verrechnet werden.

Sowohl die Gerichtstatthalter als die Trüllmeister werden diese Instruktion zum Gebrauch aufbewahren, damit sie ihnen oder ihren Nachfolgern dienen möge.

Bern, den 25sten Februar 1820.

Der Präsident des Kriegs-Raths,
General N. von Wattenwyl.

Der Kriegs-Rathschreiber,
von Ernst.

Verordnung nebst Instruktion zu näherer Exekution der ersten Abthei- lung des Dispensations-Gesetzes.

Vergl. oben S. 204. u. ff.

4. April 1820. **W**ir Schultheiß und Rath der Stadt
und Republik Bern, thun kund hiermit:

Demnach durch das Gesetz des Großen Rathes vom 18ten und 20sten Dezember 1819 festgesetzt worden, daß die in dem 16ten Artikel der Militär-Verfassung vom 2ten Juny 1813 enthaltenen Dispensations-Fälle vom Auszügler-Dienst neuerdings einer Revision unterworfen werden sollen, einerseits; anderseits dann durch das gleiche Gesetz derjenige Beitrag bestimmt worden, welchen die Militär-Pflichtigen, die ihre Dienstpflicht nicht persönlich ausüben, als Ersatz der aufgehobenen Auszügler- und Dragoner-Gelder, an die Militär-Cassa zu entrichten haben; Uns aber durch den 6ten Artikel jenes Gesetzes die nähere Classification der Pflichtigen selbst, und die nöthigen weitem Anordnungen vorzukehren überlassen worden sind; als haben Wir zu diesem Endzweck in Revision der Verordnung vom 2ten Juny 1813, und in Bestimmung der Dispensations-Fälle für die Landwehr erster und zweyter Classe, so wie auch in Betreff der Classification der Pflichtigen festgesetzt und verordnet, was hiernach folget, wie Wir denn

verord-

v e r o r d n e n :

4. April
1820.

1) Von den Dispensations-Fällen.

A. Auszügler.

a) Vom Auszügler - Dienst können gänzlich befreit werden :

1. Die Mitglieder des Kleinen Rathes.
2. Die Mitglieder des obersten Appellations - Gerichts.
3. Die Mitglieder des obern Ehe - Gerichts.
4. Die Amtschreiber.
5. Die patentirten Aerzte, Wundärzte, Apotheker und Viehärzte, welche bey dem Militär nur in ihrem Berufsfache angestellt werden können.
6. Die patentirten Salpeter - und Pulvermacher.
7. Zu jeder Mühle von einem Mahlhaufen der Meister oder Meisterknecht, und zu einer Mühle von zwey und mehr Mahlhaufen der Meister oder Meisterknecht und ein Mühlefarrer.
8. Alle die, welche durch Attestate des dazu bestellten Arztes oder Wundarztes bescheinigen können, daß sie durch körperliche Gebrechen, oder schlechten Gesundheits - Zustand zum Auszüglerdienst gänzlich untauglich sind.

b) Von Ausübungen militärischer Funktionen unter den Auszüglern, können während der Dauer ihrer Aemter dispensirt werden :

1. Die Oberamtsleute.
2. Die Amts - und Gerichtsstatthalter.
3. Die Amtsrichter.
4. Die Chefs de Bureau der Haupt - Collegien.

4. April 1820. 5. Der Aktuar des Verhörrichter-Amtes.
 6. Die dormaligen vier Salzbeamten in Bern, und die Salzfactoren zu Wangen, Nidau, Burgdorf, Bruntrut, Delsperg und Dachsölden.
 7. Die Zoll- und Kaufhaus-Beamten.
 8. Der Münzmeister in Bern.
 9. Die obrigkeitlichen Schaffner.
 10. Die obrigkeitlichen Oberförster.
 11. Die obrigkeitlichen Cassenführer.
 12. Das zu Besorgung der Post unumgängliche Personale.
 NB. Für §§. 11. und 12. nach der Bestimmung des Kriegs-Raths.

c) Vom einstweiligen Eintritt in die Auszügler sind befreit:

1. Alle diejenigen, bey welchen einer der in Litt. b. enthaltenen Dispensations-Fälle anwendbar ist.
2. Die studirenden Jünglinge auf der Akademie in Bern, und in den Collegien in Bruntrut und Delsperg, während der Dauer ihrer Studien, und bis zum zurückgelegten 22sten Jahr Alters.
3. Die bey dem Chef eines Handelshauses oder bey einem Handwerksmeister in der Lehre stehenden Jünglinge bis in das 22ste Jahr Alters.
4. Die obrigkeitlichen Bannwarten.
5. Die stationirten Schulmeister und Siegristen.
6. Die Papiermüller.
7. Die Brunn- und Bachmeister der Stadt Bern.
8. Die obrigkeitlich bestellten Wegknechte.
9. Die, welche die Standesfarbe tragen.
10. In bevölkerten Kirchgemeinden höchstens zwey Vor-

steher von Hufschmidten , in kleinern Gemeinden 4. April
nur einer. 1820.

11. Die in den stehenden Truppen angeworben sind.
12. Der Almosner einer Gemeinde.
13. Der einzige Sohn eines haushäblichen Vaters , vom angetretenen 60sten Jahr Alters , oder einer haushäblichen Wittwe vom angetretenen 50sten Jahr Alters , so lange diese leben , insofern der eine oder andere nicht bereits in die Auszügler eingelooft worden ; ist er es aber schon , so wird er nach einem bereits bestehenden Grundsatz und verhältnismäßigen Scala wieder entlassen , und zahlt jährlich dasjenige , was seine Classification mit sich bringt.
14. Dem Küher der im Sommer zu Berg fährt oder Alpet , und wenigstens 30 eigene Kühe überwintert , kann ein Sohn von dem Auszügler-Dienst dispensirt werden.
15. Von zwey oder drey Brüdern kann nicht mehr als einer — und von vier , fünf und sechs Brüdern können nicht mehr als zwey in die Auszügler versetzt werden.
16. Die Wiedertäufer , nach S. 13. der Vereinigungs-Urkunde.
17. Der Schweizer , welcher nicht Cantonsburger , oder in dem Canton haushäblich angesessen ist , kann nicht in die Auszügler eingelooft werden.

B. Reserve.

Die Mannschaft der Reserve kann in vorkommenden Fällen vom Kriegs-Rath nach den Dispensations-Grund-

A. April säßen der Auszügler, je nach den Umständen, vom Militär-Dienst befreit werden.

1820.

C. Landwehr.

a) Landwehr erster Classe.

Die Landwehr-Grenadiers und Scharfschützen können in vorkommenden Fällen vom Kriegs-Rath nach den Dispensations-Grundsätzen der Auszügler, je nach den Umständen, vom Militär-Dienst befreit werden.

b) Landwehr zweyter Classe.

Vom Landwehr-Dienst zweyter Classe können auch unter 30 Jahren dispensirt werden, folgende in die erste Abtheilung des Gesetzes vom 18ten und 20sten December 1819 gehörende Personen:

1. Alle diejenigen, bey welchen einer der für die Auszügler bestimmten Dispensations-Fälle anwendbar ist.
2. Die Mitglieder des Großen Rathes.
3. Die Obrigkeitlichen und Gemeinds-Beamten.
4. Die Chefs bey jedem Banque- und Handelshaus, Fabrike, Schmelz- und Eisenhütte.
5. Die Commisfen in jedem Banque- und Handelshaus, Fabrike, Schmelz- und Eisenhütte.
6. Die Eigenthümer, Pächter und Meisterknechte von Liegenschaften, von 30 bis 60 und mehr Fucharten angebauten Landes.
7. Die Fürsprecher vor dem obersten Appellations-Gericht, die Procuratoren zu Stadt und Land, — die Amts-Notarien.
8. Die Vorsteher und Lehrer an öffentlichen und Privat-Erziehungs-Anstalten.

9. Die Postofficianten in Bern, — die Post-Commissen, — 4. April
die Post-Conducteurs, die Postknechte und die Land- 1820.
böte.
10. Die Besitzer und Pächter der Apotheken in Bern,
in den Städten und auf dem Lande, und die pa-
tentirten Provisoren in den Apotheken der Hauptstadt.
11. Die Buchdrucker.
12. Die Besitzer und Pächter von Mühlen und andern
Erbhaften.
13. Die Besitzer und Pächter von Gasthöfen, Wirths-
häusern, Bädern und Pintenschenken.
14. Die Sennen, welche 15 bis 60 Haupt Vieh besitzen.
15. Die Werkmeister in Holz und Stein, und die Hand-
werksmeister.
16. Die angestellten Copisten in Obrigkeitlichen Büreau.
17. Die Bleicher- und Bierbrauer-Meister.
18. Die Wiedertäufer.
19. Die Lehnkutscher und Knechte, die Pferdhalter, —
die Fuhrleute und die Fuhrknechte.
20. Die Arbeiter im Zeughaus, in den Eisenschmelzen,
Hammerschmidten, Drahtzügen und in den Fabriken.
21. Die im Brand-Corps der Hauptstadt eingeschriebene
Mannschaft.
22. Die Hochwächter.
23. Die Kaufhaus-Arbeiter.
24. Die Föhren und ihre ersten Knechte, und die Schiff-
leute.
25. Die Metzger und Metzgerknechte.
26. Die Bäckermeister.
27. Die Kohlenbrenner.
28. Die Milchträger und Küherknechte.
29. Die Bedienten, und die Stallknechte in den größern
Gasthöfen.

4. April
1820.

c) Kommt ein Ober-Offizier aller Grade, welcher wirklich in dem Corps der Auszügler oder Landwehr sich angestellt befindet, in einen der hievor angezeigten Dispensations-Fälle; so kann derselbe vor gänzlich beendigter Dienstzeit, seiner Offiziers-Stelle nur in besondern Umständen, durch den Kriegs-Rath entlassen werden.

d) Die Unter-Offiziere und Gemeine hingegen, welche in den einen oder andern der obigen Dispensations-Fälle kommen würden, können auf Begehren von der fernern persönlichen Ausübung des Militär-Dienstes enthoben werden.

2) Von der Classification.

a) Nach dem Artikel 4. der Verordnung vom 18ten und 20sten Dezember 1819 haben alle diejenigen, welche sich in der ersten Haupt-Abtheilung der Dispensations-Fälle vom Militär-Dienst befinden, mithin alle diejenigen, welche von jeglicher persönlichen Erfüllung der Auszügler- oder Landwehr-Pflicht enthoben werden, für diese Befreyung, so lange sie sich im pflichtigen Alter, und in einer der im §. 1. der gegenwärtigen Verordnung festgesetzten Ausnahmen befinden, alljährlich an die Militär-Cassa zu entrichten:

Die erste Classe	.	.	.	Frk. 24
Die zweite Classe	.	.	.	— 16
Die dritte Classe	.	.	.	— 8
Die vierte Classe	.	.	.	— 4

b) Diese vier Classen werden folgendermassen be- 4. April
stimmt : 1820.

I. Zu der ersten Classe, die jährlich Franken 24 bezahlt, gehören:

Alle obrigkeitlichen und Gemeinds-Beamten, die eine Besoldung von Fr. 1200 und mehr in Geld, Provisionen oder Sporteln beziehen.

Die Banquiers und Chefs der grössern Handelshäuser.

Die Inhaber von grossen Fabriken, Schmelz- und Eisen-Hütten.

Die Eigenthümer von Liegenschaften von 60 und mehr Tucharten angebauten Landes.

Die Fürsprecher vor dem obersten Appellations-Gericht.

Die drey ersten Postofficianten im Hauptbureau zu Bern.

Die Besitzer und Pächter der Apotheken in Bern.

Die Besitzer einer Mühle von drey und mehr Mahlhäufen.

Die Besitzer und Pächter der grössern Gasthöfe und Bäder.

Die Mehgermeister in Bern.

II. Zu der zweiten Classe, die jährlich Franken 16 bezahlt, gehören:

Alle obrigkeitlichen und Gemeinds-Beamten, die eine Besoldung von Fr. 800 bis unter Fr. 1200 in Geld, Provisionen oder Sporteln beziehen.

Die Handelsleute und Fabrikanten, so sich nicht unter die obige Classe qualificiren.

Die Buchdrucker.

Die Eigenthümer von Liegenschaften von 50 bis 60 Tucharten angebauten Landes.

4. April 1820. Die Pächter von Liegenschaften, die Fr. 1200 und mehr Pachtzins bezahlen.

Die Pächter von Mühlen von drey, und die Besitzer einer Mühle von zwey Mahlhausen.

Die Wirth, Badwirth und Kaffeewirth, so sich nicht in obige Classe qualificiren.

Die Procuratoren zu Stadt und Land, und die Amtsnotarien.

Die Werkmeister in Holz und Stein.

Die Bleicher- und Bierbrauer-Meister.

Der erste Commis in jedem Handelshause, wo deren mehrere sind.

Die patentirten Provisoren in den Apotheken der Hauptstadt.

Die übrigen Post-Commissen im Bureau zu Bern.

Die Vorsteher und Lehrer an öffentlichen und Privat-Erziehungsanstalten, insofern solche nicht dem geistlichen Stande, und durch ihre Besoldung der ersten Classe angehören.

Die patentirten Aerzte und Wundärzte in der Hauptstadt und den größern Municipal-Städten.

Die Sennen, welche 60 Haupt Vieh besitzen, oder mit mehr als 60 Stück zu Berg fahren.

Die Metzgermeister in den Municipal-Städten.

III. Zu der dritten Classe, die jährlich Fr. 8 bezahlt, gehören:

Alle obrigkeitlichen und Gemeinds-Beamten, die eine Besoldung von Fr. 200 bis unter Fr. 800 in Geld, Provisionen und Sporteln beziehen.

Die Eigenthümer von Liegenschaften von 30 bis 50 Sucharten angebauten Landes.

Die Pächter von Liegenschaften, die unter Fr. 1200 4. April
bis Fr. 400 Pachtzins bezahlen. 1820.

Die Apotheker in den Municipalstädten und auf dem
Lande.

Die Pintenwirthe.

Die Pulvermacher.

Die Eigenthümer von Mühlen von einem Mahlhaufen.

Die Pächter von Mühlen unter dreyn Mahlhaufen.

Die Besitzer oder Pächter aller in obigen Classen
nicht genannten Ehehaften.

Die Sennen, die 15 bis 60 Stück besitzen, oder
mit weniger als 60 Stück zu Berg fahren.

Die unter obigen Classen nicht begriffenen übrigen
Commisfen von Handelshäusern.

Die Handwerksmeister zu Stadt und Land, so zwey
oder mehrere Gesellen halten.

Die Wiedertäufer.

Die ersten Papierer in den Papier-Fabriken, und
der Meisterknecht in jeder Mühle, wo deren mehrere find.

Die Lehnkutscher.

Die Pferdhalter.

Die Post-Conducteurs.

Die Fuhrleute, so zwey Züge halten.

Die Metzgermeister auf dem Lande.

Die Bäckermeister in Bern und in den Municipal-
Städten.

IV. Zu der vierten Classe, die jährlich Franken 4 be-
zahlt, gehören:

Alle obrigkeitlichen und Gemeinds-Beamten, die eine
Besoldung unter Franken 200 in Geld, Provisionen oder
Sporteln beziehen.

4. April 1820. Die studirenden Jünglinge, so wie die Lehrlinge, während ihrer Lehrzeit, bis in das 22ste Jahr Alters.

Die Post-Commissen auf dem Lande.

Die Handwerksmeister, so allein oder nur mit einem Gesellen arbeiten.

Die angestellten Copisten in den obrigkeitlichen Bureau.

Die Buchdruckergesellen.

Die Viehärzte.

Die Wegknechte und Salpetergräber.

Die Brunn- und Bachmeister von Bern.

Die Meisterknechte auf Liegenschaften.

Die Arbeiter im Zeughause, in den Eisenschmelzen, Hammerschmidten, Drahtzügen und in den Fabriken.

Die im Brand-Corps der Hauptstadt Eingeschriebenen.

Die Hochwächter.

Die Kaufhausarbeiter.

Die Postknechte und Böte.

Die Fahren und ihre ersten Knechte.

Die Schifflente.

Die Lehnkutscherknechte.

Die Mühlefarrer.

Die Kohlenbrenner.

Die Milchträger und Küherknechte.

Die Fuhrknechte.

Die Bedienten.

Die Stallknechte in den größern Gasthöfen.

Der einzige Sohn eines haushäblichen Vaters vom angetretenen 60sten Jahr Alters, so lange dieser lebt, wenn er nicht wegen Beruf oder Stand in eine höhere Classe gehört.

Der einzige Sohn einer haushäblichen Wittwe vom

angetretenen 50sten Jahr Alters, so lange diese lebt, 4. April
wenn er nicht wegen Beruf oder Stand in eine höhere 1820.
Classe gehört.

Die Bäckermeister auf dem Lande.

Vermögliche Untüchtige sind, mit steter Rücksicht auf
Umstände und nach Billigkeit, zu classificiren.

c) Wer durch Stand, Beruf, Vermögen oder Besoldung in zwei oder mehrere Classen fällt, bezahlt die Anlage der höchsten Classe, in die er gesetzt werden kann.

d) Die Herren Offiziers der Auszügler, welche vor Auslauf ihrer Dienstzeit austreten, bezahlen — wenn sie durch den Kriegs-Rath nicht in die Reserve oder in eine andere Waffe versetzt werden sollten — die Anlage derjenigen Classe, in welche sie durch ihren Stand, Beruf oder Besoldung fallen; und wenn die gegenwärtige Verordnung ihnen keine solche Classe anweisen würde, so bezahlen die Obersten und Oberst-Lieutenants die Anlage der ersten Classe, die Majoren und Hauptleute diejenige der zweiten Classe, und die Subaltern-Offiziers diejenige der dritten Classe.

Die Trüllmeister, Unteroffiziers und Gemeinen bezahlen, bey ihrem Austritt vor der Zeit, die Anlage derjenigen Classe, in welche sie nach Stand, Beruf oder Besoldung fallen; und wenn die gegenwärtige Verordnung ihnen keine solche Classe anweisen würde, so haben sie die der vierten Classe, und dazu, nach vorgeschriebenen Verhältnissen, die Entschädniß für Instruction und vom Staat erhaltene Montur, zu entrichten.

4. April 1820. Alles für so lange, als die Betreffenden sich noch im pflichtigen Alter befinden werden.

e) Hingegen sind von obigen Abgaben, laut Artikel 2. der Verordnung vom 18ten und 20sten Dezember 1819 ausgenommen:

1. Alle Geistliche; als welche jederzeit von aller Militär-Dienstpflicht enthoben sind.
2. Stationirte Schulmeister, welche bey einer Schule wirklich angestellt sind, nicht aber ihre Gehülfen; und
3. Die durch körperliche Gebrechen zum Militär-Dienst Untüchtigen, insofern sie von ihren Gemeinden besteuert werden müssen.

V. In Betreff der Bezugskosten, Quittungen zc. soll es vollkommen gleich gehalten werden, wie in den Art. 10. und 11. der Verordnung vom 21sten Februar 1820 vorgeschrieben ist.

Die Exekution gegenwärtiger Verordnung betreffend die Vollziehung des ersten Theils des Gesetzes vom 18ten und 20sten Dezember 1819, wird dem Kriegs-Rath aufgetragen.

Gegeben in Bern, den 4ten April 1820.

Der Amts-Schultheiß,
Fr. von Mülinen.

Namens des Rathes,
der Rathsschreiber,
Benoit.

Vollziehungs-Beschluß

über obige Dekrete.

Wir Schultheiß und Kriegs-Räthe 5. April der Stadt und Republik Bern, verordnen, 1820.
Kraft der Uns übertragenen Vollziehung der Verordnung vom 4ten April 1820, rücksichtlich der Dispensationen Art. 4. des Gesetzes vom 18ten und 20sten Christmonat 1819, was folgt:

Vom 24. bis und mit dem 30. April nächstkünftig sollen auf jedem oberamtlichen Sitz, und unter direkter Mitwirkung des Hrn. Oberamtmanns, entweder an einem, zwey oder drey Tagen, je nach der Größe des Amtsbezirks, die Dispensations-Gesuche stammquartierweise angenommen, und denen für solche sich meldenden Personen die daberigen Scheine gegen Entrichtung der Dispensations-Gebühr abgegeben werden.

Für diese Dispensationen, gegen Entrichtung der in angebrachter Verordnung enthaltenen Gebühren, von jährlich Frk. 24, 16, 8 und 4, sollen sich melden: alle diejenigen, welche im militärpflichtigen Alter von 20 bis 40 Jahren stehen *) und nicht wirklich im aktiven vaterländischen Militär-Dienst angestellt sind, wie da sind: z. B. die in fremden Diensten gestandenen Herren Offiziere; alle die, so vor beendigter Dienstzeit aus den Auszögern, Reserve oder Landwehr 1ster Classe entlassen worden sind, oder in Zukunft es werden, ohne in die Landwehr 2ter Classe getreten zu

*) Zu mehrerer Deutlichkeit erscheint dieser S. hier in etwas verschieden von demjenigen in der bereits publizirten Verordnung.

5. April 1820. seyn ; die Müller ; die Küher von größerm Sennthum als 15 Haupt ; die gänzlich Untüchtigen , so nicht besteuert werden u. s. w. Alle in dieser Cathegorie begriffenen Personen , welchen Standes sie seyn mögen , (mit einziger Ausnahme der Untüchtigen , die keine Wahl haben können ,) werden , wenn sie nicht mit einem Dispensations - Schein versehen sind , ohne weiters zu der persönlichen Militärpflicht , nämlich zum Trüllen , angehalten werden.

Diejenigen Landwehrmänner aber , so unter 30 Jahren sind , und einen der in den Artikeln I. II. III. IV. von oben genannter Verordnung vom 4. April 1820 benannten Berufe u. s. w. ausüben , können ebenfalls nach Belieben zur Dispensation sich melden.

Die Herren Gerichtsstatthalter und die Trüllmeister werden bey ihrer Verantwortlichkeit die genaueste Aufsicht halten , daß in ihren Gemeinden , von nun an , unter welchem Vorwand es immer seyn mag , sich keine im militärpflichtigen Alter von 20 bis 40 Jahren stehenden Personen aufhalten , die nicht im aktiven vaterländischen Dienst der Auszügler , Reserve oder Landwehr 1ster und 2ter Classe angestellt seyen , oder aber einen Dispensations - Schein oder Quittung vorweisen , oder endlich bescheinigen können , daß sie in fremden kapitulirten Diensten oder in den Auszügern anderer eidgenössischen Ständen stehen. Sollte also Jemand seiner schuldigen Pflicht auf irgend eine Weise sich zu entziehen wissen , so bezahlt er nebst der Gebühr der Classe , in welche er gehört , noch eine Buße von Franken vier bis zehn , davon die Hälfte dem Trüllmeister.

Die Herren Oberamtleute , Kreis-Commandanten und

Kreis-Adjutanten werden, so viel an ihnen, ein wachsa- 5. April
mes Auge über diese letztern Anordnungen haben. 1820.

Diejenigen Pflichtigen, so sich infolge der Verord-
nung vom 4. April 1820 loszukaufen gedenken, sollen
sich, ehe sie vor Oberamt erscheinen, auf dem Lande und
in den Städten bey dem Gerichtsstatthalter, oder bey den
Erüllmeistern ihres Bezirks melden, um als solche aufge-
zeichnet zu werden.

Wenn wegen verspäteter Erscheinung der Verordnung
vom 4. April 1820, einige Pflichtige, die das Recht ha-
ben, sich infolge derselben loskaufen zu können, einige
Erüllen gefehlt haben, so sind ihnen bey dem Loskauf die
daherigen Bußen unentgeltlich nachzulassen.

In Zukunft werden alljährlich, in der ersten gan-
zen Woche vom Hornung, nach vorhergegangener Publi-
kation, die Dispensirten dem Tit. Oberamt, hinter wel-
chem sie sitzen, die schuldige jährliche Gebühr entrichten,
und sich auf ihren Scheinen quittiren lassen.

Bern, den 5. April 1820.

Der Präsident des Kriegsraths,
General R. von Wattenwyl.

Der Kriegs-Rathsschreiber,
v o n E r n s t.

G e s e h.

Anstellung eines neuen Grundsatzes in Paternitäts-Sachen.

Vergl. Ges. u. Dekr. Th. III. S. 276. f.

13. April 1820. **W**ir Schultheiß, Klein und Große Rätthe der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit:

Da Wir Uns bereits vor einigen Jahren mit der Revision Unserer Consistorial-Gesetze zu befassen angefangen, und nach eingezogenen Berichten Unserer Beamten zu Stadt und Land vorläufig den Grundsatz ausgesprochen, daß in Zukunft die unehelichen Kinder der Mutter folgen sollen; so haben Wir, bis jene Revision zu Stande gekommen seyn wird, einstweilen über die Folgen der unehelichen Vaterschaft verordnet:

1) Ein uneheliches Kind führt den Geschlechtsnamen der Mutter, und gehört derjenigen Gemeinde an, welcher die Mutter zur Zeit seiner Geburt angehört.

2) Dessen ungeachtet hat die Mutter das Recht, diejenige Mannsperson, welche sie, nach den in Unsern Consistorial-Gesetzen bestimmten Formen, der Vaterschaft überführt, durch das Obere Ehegericht zu einem verhältnismäßigen jährlichen Beitrag zu der Verpflegung des Kindes verurtheilen zu lassen.

3) Bei der Bestimmung dieses Beitrags soll die Behörde auf das Vermögen und die Erwerbsfähigkeit des
Beflagten

Beklagten und auf den gegen denselben geführten Beweis 13. April
billige Rücksicht nehmen. 1820.

4) Dieser Beitrag soll von dem Vater bis zu dem Zeitpunkt entrichtet werden, wo das uneheliche Kind das siebenzehnte Jahr Alters zurückgelegt haben wird.

5) Der Vater soll diesen Beitrag in halbjährigen Zielen der Mutter, oder, wenn diese von ihrer Gemeinde unterstützt wird, ihrer Gemeinde voraus bezahlen. Ein Ziel ist verfallen, wenn das Kind den ersten Tag desselben erlebt.

6) Die Gemeinden müssen für ihre Angehörigen, die zu dergleichen Beiträgen zu Verpflegung unehelicher Kinder verurtheilt werden, einstehen, oder dieselben vertreten, und können von der Mutter oder der Gemeinde des betreffenden Kindes für jedes Ziel direkte belangt werden, wenn der Vater dasselbe verstreichen läßt, ohne seine Verpflichtung zu erfüllen. Die daherige Quittung dient ihnen zum Forderungstitel gegen den Vater oder seine Erben.

7) Das Obere Ehegericht soll den Vater eines unehelichen Kindes noch überdies zu einer Entschädigungs-Summe verurtheilen, welche er der Gemeinde zu bezahlen hat, der das Kind auffällt. Diese Entschädigungs-Summe soll nach den im Art. 3. aufgestellten Grundsätzen bestimmt und nie höher als auf 500 Franken und nie niedriger als auf 50 Franken gesetzt werden. Dieselbe ist fällig, sobald sie gerichtlich bestimmt worden, und soll dem Vater zurückerstattet werden, wenn das Kind durch die nachherige Senrath seiner Eltern des väterlichen Bürgerrechts theilhaftig wird.

13. April 1820. 8) Der geständige Vater eines unehelichen Kindes kann, mit Bestimmung seiner Gemeinde, verlangen, daß das Obere Ehegericht ihm dasselbe zuspreche. Ein dem Vater zugesprochenes uneheliches Kind führt seinen Geschlechtsnamen, soll von ihm gepflegt und erzogen werden, und gehört seiner Gemeinde an. Der §. 7. dieses Gesetzes findet in einem solchen Falle keine Anwendung.

9) Vom 1sten Januar 1821 hinweg sollen alle bestehende bernische Consistorial-Gesetze in den reformirten Gemeinden der Leberbergischen Aemter in Ausübung gesetzt werden.

10) Dieses Gesetz tritt am 1sten Januar 1821 in Kraft. Alle Vaterschaftsklagen wegen unehelichen, nach dem 31sten Dezember 1820 gebornen Kindern sind darnach zu beurtheilen.

11) Gegenwärtiges Gesetz soll gedruckt, an den gewohnten Orten angeschlagen, von den Kanzeln angezeigt und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in unserer großen Rathversammlung, den 13. April 1820.

Der Amts-Schultheiß,
Fr. von Müllinen.

Der Staatschreiber,
Gruber.

G e s e h.

Tilgung der Staatsschulden aus eigens dazu
angewiesenen Hülfsmitteln, und Aufstellung einer
Schuldentilgungs-Commission.

Wir Schultheiß, Klein und Große Rätthe 20. April
der Stadt und Republik Bern, thun kund 1820.
hiermit:

Die verfloffenen Zeiten haben sowohl durch die Militär-Ausgaben der Jahre 1813, 1814 und 1815, als auch durch die Vorkehrungen, welche in den Jahren 1816 und 1817, um Unsern Angehörigen die damalige große Theuerung zu erleichtern, statt hatten, beträchtliche außerordentliche Ausgaben veranlaßt, welche nicht aus den gewöhnlichen Einkünften des Staats bestritten werden konnten, und welche auch in der Zeit selbst, von Unsern Angehörigen durch Anlagen erhoben, eine allzuschwere Belästigung für dieselben gewesen seyn würden.

Von den für diese Ausgaben Anleiheungsweise aufgenommenen Summen, ist zwar ein großer Theil durch Einziehung von Capitalien wieder abbezahlt worden; auch haben Wir, auf den Vortrag einer außerordentlichen Standes-Defonomie-Commission, bedeutende Einschränkungen in den Ausgaben angeordnet. Um aber, von gemeinen Bestens wegen, fernerer Verminderung des Staats-Ver-

20. April 1820. mögens vorzubeugen und die Abbezahlung der vorhandenen Schulden sicher zu stellen, haben Wir die Trennung derselben von der eigentlichen Staatshaushaltung angemessen gefunden, und unter den, einzig und ausschließlich zu Tilgung derselben anzuwendenden Hülfsmitteln diejenige Art von Auflagen bestimmt, welche Wir dem Lande am wenigsten lästig erachten.

Wir verordnen demnach:

1) Die Verzinsung und allmähliche Abtragung der, in Folge Unseres heutigen Beschlusses sich ergetenden Staatsschuld von Liv. 1,500,000 soll durch folgende, vom 1sten Juli nächstkünftig hinweg, im ganzen Canton zu beziehende Auflagen geschehen:

- a. Durch einen Gewichtzoll, als Consumo - Abgabe von allen in den Canton kommenden Waaren, mit einziger Ausnahme von Getreide, und der, dem Ohmgeld unterworfenen, Getränke.
- b. Durch eine Erhöhung der Eintritts-Gebühr von dem, zur Consumation eingeführten, Tabak.
- c. Durch Vermehrung des Stempel-Ertrages, vermittelt einiger Erhöhung und mehrerer Ausdehnung dieser Auflage und verschärfter Exekution.

2) Der Kleine Rath ist beauftragt, zu Beziehung obiger Auflagen, von obanaezetatem Zeitpunkt hinweg, nach Vorschrift Unserer dahierigen Beschlüsse, die angemessenen Exekutions-Versüßungen von Sich aus zu erlassen.

3) Die Abbezahlung der Staatsschuld und die Verwaltung der dahierigen Cassa, wird einer besondern, von

Uns zu ernennenden, Schuldentilgungs-Commission über, 20. April
tragen. 1820.

4) Diese Commission wird den Ertrag obiger Auflagen zu Bezahlung der Zinse und allmählicher Abtragung der Capital-Schulden verwenden.

5) Dieselbe soll alljährlich über ihre Verhandlungen Rechnung ablegen und diese Rechnung Uns zur Genehmigung und Passation vorgetragen, auch durch den Druck bekannt gemacht werden.

6) Obige, zu Tilgung der Schulden erkannte Auflagen, sollen einzig und ausschließlich zu Bezahlung der Zinse und Abführung der Staatsschuld verwendet, und von dem Augenblick an nicht mehr bezogen werden, wenn das letzte schuldige Capital zurückbezahlt seyn wird.

7) Gegenwärtiges Gesetz soll zu Jedermanns Verhalt durch den Druck bekannt gemacht, von Kanzeln angezeigt, und an den gewohnten Orten angeschlagen werden.

Geben in Unserer Großen Rathversammlung den
20sten April 1820.

Der Amts-Schultheiß,
F r. v o n M ü l l e n.
Namens des Großen Rathes,
der Staatschreiber,
G r u b e r.

Neue Stempel-Ordnung.

Vergl. Ges. u. Defr. Th. II. S. 178. Th. III. S. 239, 294.

20. April 1820. **W**ir Schultheiß, Klein und Große Rätthe der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit :

Demnach Wir Uns auf den Antrag Unserer, wegen Verbesserung der Staats-Finanzien ausserordentlich niedergesetzten Standes-Defonomie-Commission, bewogen gefunden, zum Behufe der Verzinsung und allmählichen Tilgung der Staatsschulden, jedoch nur für so lange bis diese beendigt seyn wird, eine Erhöhung der Stempelgebühren einzuführen; als haben Wir zu diesem Ende, in Revision und näherer Bestimmung der Verordnung vom 22ten May 1805 festgesetzt, was hienach folgt, wie Wir dann

v e r o r d n e n :

1) Alles Stempelpapier soll, wie bisher, oben mit dem Bernischen Standes-Wappen und unten mit dem Preis des betreffenden Papiers bezeichnet seyn; im Papier selbst dann die Worte: Canton Bern, enthalten, und zu folgenden Preisen in den Amtschreibereyen und

ben den von denselben angestellten Unterverkäufern ver- 20. April
kauft werden, als : 1820.

Groß Doppel-Folio, der Bogen zu	10	bk.
Groß Doppel-Folio, zweyter Art, der		
Bogen zu	5	—
Kleiner Doppel-Folio, der Bogen zu	4	—
Einfach Folio, ein Blatt, zu . .	2	—
Ein Quartblatt, zu	1	— 5 rp.
Ein Oktavblatt, zu	1	—

2) Schriften und Papiere, die nicht zugleich das Bernische Standes-Wappen und den unten stehenden Preis enthalten, sind als bloß ungestempeltes Papier anzusehen.

3) Diejenigen Partikularen, welche unbeschriebenes Papier oder Pergament wollen stempeln lassen, können dasselbe dem Stempelamte zustellen, allwo es gegen Erlegung der seiner Bestimmung oder seiner Größe angemessenen Gebühr, mit dem ovalen Extra-Stempel wird versehen werden.

Hingegen soll ohne schriftliche Bewilligung Unseres Finanz-Rathes, oder der betreffenden richterlichen Behörde kein überschriebenes Papier gestempelt werden.

4) Dem Stempel sind unterworfen :

- a. Alle Bewilligungen, alle Akten, Dokumente und Zeugnisse, Rechts- und Theilungs-Schriften, Verkommnisse, Schuldverschreibungen, Collokationen aus Geldstagen.

Die Pässe und Laufpässe, nach Inhalt der Verordnung vom 11ten Juny 1804.

20. April
1820.

Diejenige Ausfertigung eines Beneficii Inventarii, welches den Erben zugestellt wird, auch wenn das Vermögen weniger als Fr. zehntausend beträgt.

Alle und jede Eingaben in Beneficia Inventarii und Geldstagen, auch die Geldstags-Publikationen, selbst wo kein oder nur wenig Vermögen vorhanden ist; was davon als erster Artikel der Geldstagskosten nicht bezahlt wird, mag von dem Amtschreiber dem Staat verrechnet werden.

Die von Amtschreibern und Pfarrern auszustellenden Publikationen, Zeugsame, Tauf-, Ehe-, Hochzeit- und Todten-Scheine und dergleichen.

Auch sollen die Pfarrer ausser den obrigkeitlichen und oberamtlichen Publikationen nur solche, die auf Stempelpapier geschrieben sind, von Kanzel verlesen.

Die beyden Doppel von Bogtsrechnungen, wo das fruchtbare Vermögen die Summe der zehntausend Franken übersteigt.

Von chorgerichtlichen Akten, alle Zusprüche und Erkenntnisse, sie seyen in Form Schreibens oder eines Spruchs.

Die Refursen, Aufbriefe, Edictal-Citationen und Scheidbriefe, alle Extrakten aus Protokollen, alle Procedur-Schriften und alle rechtlichen Attestate.

Alle Fuhr- oder Frachtbriefe für versendende Waaren, Quittungen, Compti für Gegenstände von mehr als zwanzig Franken Werth.

Die im Canton auf Fremde und Einheimische ausgestellte Wechselbriefe und Assignationen, nach der im Art. 10 bestimmten progressiven Lage.

Alle Rechnungen, Bittschriften und Vorstellungen 20. April
 jeder Art, sie seyen an Cantons- oder Gemeinds- 1820.
 Behörden gerichtet.

Endlich auch alle Lotterie-Pläne und die Lotterie-
 Zedelen von erlaubten Lotterien.

- b. Alle Zeitungen und Wochenblätter, Ankündigungen
 und Berichtzedel, so im Canton gedruckt oder aus-
 gegeben werden.
- c. Alle Spielfarten.
- d. Die Gesundheits-Scheine für das Vieh.

5) Die geschwornen Schreiber sollen zu Ausfertigung
 aller Arten von Contrakten und Instrumenten, worunter
 auch die Obligationen oder Schuldverschreibungen, die
 Vergabungen, Testamente und Codicille begriffen sind,
 kein anderes Stempelpapier gebrauchen, als von dem
 großen Doppel-Folio, nämlich für alle Stipulationen,
 Transaktionen und Schuldverschreibungen über Fr. tausend
 an Werth, der Bogen zu zehn Bazen, und für diejenigen
 von Fr. tausend und darunter, der Bogen zu fünf Bazen.
 Diese Vorschrift giltet auch für alle und jede Transak-
 tionen und Schuldverschreibungen mit Zinsverpflichtung,
 welche nicht notarialisch, sondern durch die Partikularen
 selbst gemacht werden. Für bloße Zeugnisse, Lebensscheine,
 Abschriften und dergleichen aber mögen sich die geschwor-
 nen Schreiber des geringern Stempels bedienen. Es wird
 denselben verboten, von ungestempelten Schriften, die ge-
 stempelt seyn sollten, Abschriften mit Vidimationen zu
 verfertigen.

6) Von dem Stempel sind enthoben:

- a. Die aus andern Cantonen und Staaten einlangen-

20. April
1820.

den Rechtschriften, Citationen, u. s. w. Diese können, wenn sie Rechtsfachen betreffen, die in einem andern Canton verführt werden, und mit dem rogatorischen Ansuchen des betreffenden ausern Richters versehen sind, auch auf anderm als Berner Stempelpapier ausgefertigt, dennoch von Unsern richterlichen Behörden anerkannt und angenommen werden; hingegen soll keine Unserer richterlichen Behörden ein solches nicht auf Berner Stempelpapier ausgefertigtes Rogatorium unterschreiben, und die Anlegungs-Bewilligung auf die ungestempelte Schrift ertheilen; sondern es muß solchen Falls eine eigene, auf jenes Rogatorium sich beziehende, aber auf Berner Stempelpapier ausgefertigte Bewilligung aufgesetzt, und dann diese von dem betreffenden Richter unterschrieben werden.

- b. Alle Gegenstände von zwanzig Franken an Werth und darunter; alle von Amtswegen von einer obrigkeitlichen oder Gemeinds- Behörde an die andere gerichteten Akten, Schreiben oder Empfangscheine; die Rechnungen über Kirchen- und Armengüter; die Geldstagrödel; die Protokolle der Notarien; die Register, Handlungs- und Hausbücher und der Briefwechsel; die von der Fremde gezogenen und hier verhandelten oder quittanzirten Wechselbriefe; alle Bittschriften um eigentliche Almosen und endlich diejenigen Vogtsrechnungen, wo das fruchtbare Vermögen die Summe der Franken zehntausend nicht übersteigt.

7) Von der Fällung jedes erstinstanzlichen Urtheils über Prozeduren, die fiskaliter über Criminal-, Polizen-

oder korrektionelle Vergehen verführt werden, soll, wenn 20. April
 die dem Richter vorgelegten Akten nicht gestempelt sind, 1820.
 von Unserm betreffenden Oberamtmanne ein Visum an
 Stempel-*Statt* in das erstinstanzliche Urtheil eingerückt
 und bestimmt werden, was für so viel Bogen oder Blätter
 an Platz des Stempels als Visageld zu bezahlen sey.

8) In Schrift verfaßte Testamente und testamentliche
 Verordnungen sollen, wenn sie schon nicht auf Stempel-
 papier geschrieben sind, dennoch der ihnen übrigens zu-
 kommenden Beweisraft genießen, und dürfen sowohl von
 den Gerichten homologirt, als aber von den Behörden in
 und außer dem Rechten an- und abgenommen werden.
 Die Unterlassung des Gebrauchs des Stempels zu solchen
 Verhandlungen hingegen soll mit einer Buße, die nicht
 unter den vierzigfachen Werth des Stempels fallen und
 bis auf Fr. zweyhundert ansteigen kann, belegt seyn, welche
 bey selbst geschriebenen Testamenten aus dem Nachlaß des Te-
 stators, bey notarialisch errichteten Testamenten aber von
 dem Notar, der ein solches Testament verschrieben, und im
 Falle derselbe verstorben oder rechtlich todt wäre, eben-
 falls von dessen Erbschaft zu bezahlen ist.

9) Unser Kleine Rath wird auch fernerhin begwäl-
 tigt, Schuldverschreibungen von einem frühern Datum
 als das Stempelgesetz vom 14ten December 1803, welche
 nach den helvetischen Gesetzen entweder mit einem Visa
 versehen, oder auf Stempelpapier ausgefertigt seyn soll-
 ten, annoch zu einem Visa an Stempel-*Statt* zuzulassen,
 gegen Erlegung einer Buße von Fünf vom Hundert des
 betreffenden Capitalwerths.

10) Die Wechselbriefe und Assignationen, welche in

20. April hiesigem Canton auf Fremde und Einheimische ausgestellt
1820. werden, sind folgender Stempel-Lage unterworfen:

Für solche von Fr. 20 bis unter Fr. 300,	bk. 1
Für solche von Fr. 300 bis unter Fr. 1000,	— 2
Für solche von Fr. 1000 und darüber	— 4

11) Die Stempelgebühr von Zeitungen wird festgesetzt:

a. Für alle Zeitungen und Wochenblätter, Ankündigungen und Berichtzedel, so im Canton ausgegeben und gedruckt werden:

Von einem Folio-Bogen, auf zwei Rappen.

Von einem kleinen Blatt, auf einen Rappen.

b. Für alle schweizerischen, ausser hiesigem Canton gedruckten Zeitungen, für jedes mal, so oft sie in einer Woche heraus kommen:

Von einem Foliobogen, auf 5 bk. vierteljährlich.

Von einem Quartbogen, auf die Hälfte oder auf 2 bk. 5 rp. vierteljährlich.

c. Für alle ausser der Schweiz gedruckten Zeitungen:

Für solche, die täglich mit einem Foliobogen erscheinen, vierteljährlich Fr. 4

Für solche, die täglich mit einem Quartbogen erscheinen, vierteljährlich — 2

Für solche, die täglich mit einem Oktavbogen, oder dreyn und weniger male die Woche mit einem Quartbogen erscheinen, vierteljährlich — 1

12) Die Stempelgebühren der schweizerischen, ausser hiesigem Canton, so wie aller ausser der Schweiz gedruckten

Zeitungen sollen von den Abonnenten in den betreffenden 20. April
 Amtschreiberen entrichtet werden. Die Amtschreiber 1820.
 haben für die dießörtige Bezahlung, welche nach Verlan-
 gen für drey, sechs oder zwölf Monate abgenommen wird,
 aber stets für ein Quartal auf 1sten Jenner, 1sten April,
 1sten July, und 1sten Oktober Platz haben soll, eine
 Quittung ohne einiges Emolument zu ertheilen.

Diese Quittung soll dann an das betreffende Post-
 Bureau bey Bezahlung des Abonnements für die Zeitung,
 oder bey erster Abholung derselben abgegeben werden; ohne
 vorher geschehene Einlieferung einer solchen Quittung
 ist es allen Postbüreau ernsthlich verboten, an jemand
 eine Zeitung verabfolgen zu lassen, bey einer Buße von
 fünfzig Franken, welche im Wiederholungsfall verdoppelt
 werden soll. Die eingangenen Quittungen dann sind je
 alle drey Monate dem Hauptbüreau in Bern, und von
 diesem Unserm Stempel-Direktor einzusenden.

Von allen diesen, die Stempel-Abgabe von den Zei-
 tungen betreffenden, Verfügungen bleiben, wie bisher,
 die sämmtlichen allhier residierenden auswärtigen Herren
 Gesandten ausgenommen.

13) Die Spielfarten sollen zu folgenden Preisen ver-
 kauft werden:

Das Tarockspiel, zu	7 bz. 5 rp.
Das gemeine ganze Kartenspiel, zu 2 — 5 —	
Das Piquetspiel, zu	2 —

Es sollen auch die Spielfarten von niemand verkauft
 werden, als von solchen Personen, die dazu patentirt
 sind, bey Strafe der Confiskation aller anderswo feil

20. April 1820. gebotenen oder verkauften Spielfarten und einer dem Verkäufer aufzulegenden Buße von vier Franken für jedes verkaufte Kartenspiel.

14) Die Stempel-Gebühr der Gesundheitscheine für das Vieh bleibt folgendermassen bestimmt:

Von einem Schein für ein Stück,	3 rp.
Von einem solchen für zwei Stücke,	5 —
Von einem für mehrere Stücke,	1 bz.

Die Einnahme von den Viehscheinen soll fernerhin, ohne Abzug für die Kosten des Papiers und des Stempels, in die besondere Vieh-Assuranz-Cassa gelegt, und uns über die dießörtige Einnahme alljährlich die Rechnung vorgelegt werden.

15) Die Verfälschung des Stempels und Stempelpapiers soll gleich wie Falschmünzerei bestraft werden.

16) Allen obrigkeitlichen Tribunalen, ihren Präsidenten und Schreibern, Unsern Oberamt Männern, allen Gerichtsstellen und allen Gemeinds-Behörden ist bey ihrer Amtspflicht verboten, ungestempelte Schriften, die dem Stempel unterworfen, und nicht etwa unter den im §. 6. enthaltenen Ausnahmen begriffen sind, irgend einer Behörde vorzulegen oder weiter zu befördern, auf dieselben einige Rücksicht zu nehmen, darüber das Recht zu öffnen oder dieselben ins Recht legen zu lassen.

Nebst dem sollen alle diese Behörden und Beamten schuldig und gehalten seyn, über dergleichen Widerhandlungen und Uebertretungen des Stempelgesetzes, nach Inhalt dieser Verordnung zu verfügen und die gesetzliche

Strafe auszusprechen, oder wenn diese Befugniß ihnen nicht zukäme, den Fall dem competirlichen Richter zur gehörigen Abndung anzuzeigen, und die ungestempelte Schrift, mit Ausnahme der Bittschriften und Vorstellungen, an denselben zu übermachen. Endlich sollen auch alle Untergerichte, so wie alle Behörden, denen testamentliche Verhandlungen auf ungestempeltem Papier oder notarialische Stipulationen, die nicht auf gehörigem Stempelpapier ausgefertigt wären, vorkommen würden, verpflichtet seyn, darüber dem competirlichen Richter die Anzeige zu thun. 20. April 1820.

17) Außer der erkannten Unzulässlichkeit bey Tribunalen, Beamten, Gerichtsstellen und Gemeinds-Beörden, wird auf jede ungestempelte, und laut §. 4. gestempelt seyn sollende Schrift, Conto, Quittung, u. s. w., eine Buße von wenigstens zehn Franken bis höchstens vierzig Franken gesetzt, in welche sowohl der Abnehmer als der Aussteller der betreffenden Schrift, jeder für sich, verfällt; mit Ausnahme jedoch der Bittschriften und Vorstellungen, als für welche es bey der blossen Ungültigkeit und Unzulässigkeit sein Bewenden, mithin keine Buße statt haben soll.

18) Es wird auch für die Zukunft ausdrücklich verboten, daß Handelsleute und Handwerker noch ferner Conti und Rechnungen auf ungestempeltes Papier ausfertigen, und denn bloß die Quittung auf ein besonderes Stempelblatt ausstellen; sondern es sollen die Rechnungen und Conti selbst, wenn solche mehr als zwanzig Franken betragen, auf Stempelpapier ausgefertigt werden, bey einer Buße von wenigstens zehn Franken, und höchstens

20. April vierzig Franken, welche sowohl von dem Abnehmer als
1820. von dem Aussteller erhoben werden soll.

19) Die Wochenblätter, Ankündigungen und Berichtzettel sind obiger Buße von wenigstens zehn Franken bis vierzig Franken, gleichfalls unterworfen.

20) Auf jedes ungestempelte Kartenspiel wird eine Buße von vier Franken gesetzt, in die sowohl jeder Spieler als der Platzgeber verfällt.

21) Von allen durch diese Verordnung festgesetzten Bußen sollen zwei Drittheile dem Verleider, und ein Drittheil dem Stempelamte zu obrigkeitlichen Händen zukommen.

22) Unsere Oberamt männer sollen alle Widerhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung fertigen, sub beneficio recursus vor Unserm Kleinen Rath, für die, ihre Competenz übersteigenden, Straffälle.

Die Bußen und Confiskationen haben die Oberamt männer zu beziehen und dem Stempelamte den obrigkeitlichen Antheil an denselben in Rechnung zu setzen.

23) Alle weitem Veranstellungen zu Vollziehung und Handhabung dieser Verordnung bleiben Unserm Kleinen Rathe überlassen.

24) Durch diese Verordnung, welche auf 1sten July 1820 ihren Anfang nehmen soll, sind alle vorhergehenden, den Stempel betreffenden Gesetze und Verordnungen aufgehoben.

25) Gegenwärtiges Gesetz soll zu jedermanns Verhalt
durch

durch den Druck bekannt gemacht, von Kanzeln angezeigt 20. April
und an den gewohnten Orten angeschlagen werden. 1820.

Geben in Unserer Großen Rathversammlung in Bern,
den 20sten April 1820.

Der Amts - Schultheiß,
Fr. von Müllen,
Namens des Großen Rathes,
der Staatschreiber,
Gruber.

G e s e t z.

Consumo-Gebühr von dem Gewicht der
eingeführten Waaren.

Vergl. oben S. 262.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt 19. Juni
und Republik Bern, thun kund hiermit: 1820.

Demnach Unsere Gnädigen Herren und Obere, laut
Hochderoselben Verordnung vom 20sten April 1820, die
einstweilige Erhebung einer Consumo-Gebühr von dem
Gewicht aller in den Canton Bern eingeführten Waaren
erkennt haben; so haben Wir nunmehr, in Vollziehung
Hochdero daherigen Beschlusses, verordnet, was hiernach
folget, wie Wir denn

19. Juny
1820.

v e r o r d n e n :

1) Vom ersten Heumonat dieses Jahrs hinweg soll von allen in den Canton Bern eingeführten und daselbst zum Verbrauch oder Verkauf bestimmten Kaufmanns-Waaren, mit Ausnahme von Getreide aller Art, Mehl, Hülsenfrüchte und Reis, und aller dem Ohmgeld unterworfenen Getränke, während der Dauer der gegenwärtigen Verordnung, eine ausserordentliche Eintritts-Gebühr von zehn Bazen von jedem Bruto-Centner Markgewicht entrichtet werden, woben fünfzig Pfund und darüber je-weilen als ein Centner berechnet werden, das Gewicht unter fünfzig Pfund aber nicht in Anschlag kommen soll.

2) Der zur Consumption in den Canton eingeführte Tabak ist jedoch, in Abweichung von obiger Bestimmung, einer mehrern Abgabe unterworfen; nämlich:

Für den Tabak in Blättern, vom Centner netto
Markgewicht 20 bz.

Für den fabrizirten Tabak vom Centner
netto Markgewicht 50 bz.

In dem Verstand, daß in dieser Gebühr der bisherige Impost von $7\frac{1}{2}$ Bazen per Centner inbegriffen seyn soll.

3) Die Zoll-, Geleits-, Kaufhaus- und Lizenz-Gebühren sollen auch in Zukunft, nach den vorhandenen Tarifen, neben dieser ausserordentlichen Auflage, auf gleichem Fuße, wie bisher, bezogen werden.

4) Diese ausserordentliche Einfuhr-Gebühr wird sogleich bey dem Eintritte der Waaren in den Canton, auf den nachbenannten Grenz-Zollstätten, entweder durch die bereits bestehenden Zollbeamte, oder ermangelnden

Falls durch eigends dazu ernennende Grenz-Inspektoren ^{19. Juny 1820.} erhoben.

5) Bei denjenigen Grenz-Bureauz, in deren Nähe sich obrigkeitliche Kaufhäuser befinden, mag aber der Fall eintreten, daß die dort eingeführten Waaren, deren Bestimmung über diese Kaufhäuser geht, von den Grenzbeamten, zu Erhebung der Eintritts-Gebühr mittelst Passavants, an diese Kaufhäuser consignirt werden, indem bei diesen die Abwägung und Verifikation der verschiedenen Artikel bequemer und mit mehrerer Genauigkeit als bei den Grenz-Bureauz vorgenommen werden kann. Unsere Zoll-Commission wird hierüber, je nach den Umständen und den Lokalitäten, die nähern Anordnungen treffen.

6) Die Grenz-Bureauz, bei denen die Einfuhr der, der außerordentlichen Eintritts-Gebühr unterworfenen Waaren verstattet ist, sind:

Oberämter.

Grenz-Bureauz.

Büren	{ Büren.
	{ Lengnau.
Fraubrunnen	{ Bätterkinden.
	{ Wetzstorf.
	{ Artismuhl.
	{ Dürrmühle.
Wangen	{ Wangen.
	{ Herzogenbuchsee.
	{ Seeberg.
	{ Oberonz.
	{ Intzmühl.

19. Juny Oberämter.
1820.

Grenz-Bureau.

Narwangen	{ Narwangen. Murgenthal. Langenthal. Melchnau. Rohrbach.
Burgdorf	Koppigen.
Trachselwald	Huttwyl.
Signau	Kröschbrunnen.
Interlaken	{ Interlaken. Brünig.
Oberhasle	{ Gadmern. Guttannen.
Frutigen	Kandersteg.
Saanen	Saanen.
Schwarzenburg	Thoren.
Laupen	{ Neuenegg. Gümmenen.
Narberg	Narberg.
Erlach	{ Zühlbrück. St. Johannsen. Neuenstadt.
Courtelary	{ Sonceboz. Les Pontins. Renans. Cibourg.
Frenbergen	Goumois.
Bruntrut	{ Boncourt. Reclere. Bernevestin.
Delsperg	Grellingen.
Münster	Gremine.

Unserer Zoll-Commission bleibt jedoch, unter Genehmi- 19. Juni
gung des Finanz-Raths, vorbehalten, je nach den Um- 1820.
ständen die allfällig nothwendig werdenden Veränderungen
und Vermehrung dieser Bureauz vornehmen zu können.

7) Alle diejenigen Strassen und Nebenwege, welche
über die Grenzen in den Canton Bern führen, ohne eines
der hievor bemeldten Grenz-Bureauz zu berühren, sind
andurch für allen Transport von Waare, welche der aus-
serordentlichen Eintritts-Gebühr unterworfen ist, aus-
drücklich verboten; Unsere Oberamtleute werden durch
die in deren Gegenden stationirten Landjäger und Polizen-
Beamte sorgfältig darüber wachen lassen.

8) Alle und jede Fuhrleute sollen gehalten seyn, sich
mit deutlichen und richtigen Fuhrbriefen und so viel mög-
lich mit authentischen Ladkarten von den benachbarten
Kaufhäusern zu versehen, in welchen die Benennung,
Zeichen, Gewicht und die Bestimmung jedes einzelnen
Stückes ihrer Ladung genau und vollständig angegeben
sich befinde.

9) Die Fuhrleute sollen ferner gehalten seyn, so wie
für die Berichtigung der Zollabgaben, auch zu Bezahlung
der ausserordentlichen Eintritts-Gebühr, sich von selbst bey
dem Grenz-Bureau anzumelden, ohne zu erwarten, daß
man sie deßhalb zur Rede stelle. Desgleichen werden sie
sich auf ihrer Route angelegen seyn lassen, die erhalte-
nen Acquitte, Passavants oder Transit-Scheine, bey den
unterwegs passirenden Zollstätten zur Visirung vorzuweisen,
und an dem verzeigten Orte wieder abzugeben.

10) So wie ein Fuhrmann oder eine andere mit

19. Sunk Waaren versehene Person eine Eintritts - Journatt betritt,
1820. wird der Zollbeamte sogleich die Fuhrbriefe und Ladkarten
abfordern, dieselben mit der Ladung entgegen halten und
ihre Richtigkeit erwahren. Ist der Fuhrmann mit einer
vollständigen und authentischen Ladkarte von einem benach-
barten Kaufhause versehen, und wenn keine besondern
Muthmassungen einer nachherigen Veränderung der La-
dung vorherrschen, so sollen die Gebühren nach Auswei-
sung der Ladkarte berechnet und bezogen werden. Im
Fall aber von bloßen Fuhrbriefen oder mündlicher An-
gabe soll der Beamte bey dem geringsten Verdachte von
Unterschleif gehalten seyn, die Waaren abzuladen, ein-
zeln abzuwägen und, erforderlichen Falls, mittelst Er-
öffnung der Kisten, Fässer re. auch hinsichtlich der Qua-
lität verifiziren zu lassen.

11) Sobald sich bey einer solchen Untersuchung eine
Unrichtigkeit in der Angabe oder sonstiger Unterschleif
erzeigt, so wird der Beamte davon sogleich dem Ober-
amtmanne des Orts, so wie dem Ober-Zollverwalter eine
schriftliche Anzeige bey seinem Eide zukommen lassen und,
bis nach erfolgtem Abspruch, die Waare, auf welcher
die Unrichtigkeit erfunden worden, und überhaupt so viel
nöthig seyn mag von der Ladung innbehalten, um darob
sowohl die schuldige Gebühr, als die ergangenen Kosten
und die gesprochene Buße zu erheben; es seye denn, daß
der Fuhrmann für alles genugsame Bürgschaft geben
könne.

12) Haben sich aber, nach vorgenommener Unter-
suchung, die Angaben als richtig erwahret, so wird der
Beamte von allen denen in dem Canton verbleibenden

Waaren, nebst den tarifmäßigen Zoll-, Geleits- und Lizenz- 19. Juny
 Abgaben, auch die außerordentliche Eintritts-Gebühr, 1820.
 nach den §§. 1. und 2. hievor, berechnen und beziehen,
 und für die letztere dem Fuhrmann eine Empfangsbeschei-
 nigung in seinen Fuhrbriefen ausstellen.

13) In Fernerem wird der Zollbeamte dem Fuhr-
 mann für diese Eintritts-Gebühr, so wie für die Zoll-
 Gebühren, einen besondern Empfangschein, nach mitzu-
 theilendem Formulare, ausstellen.

14) Diese Empfangscheine sollen doppelt ausgefertigt,
 an das durch den Fuhrmann lezt zu passirende Zoll-Bureau
 adressirt, pünktlich numerirt, mit dem Namen des Fuhr-
 manns und mit dem Datum des Eintritts versehen wer-
 den. Sie sollen auch das Gewicht und Qualität der
 Waare, ihren Bestimmungsort und den Betrag der davon
 bezogenen Gebühr deutlich ausweisen; ein Doppel davon
 wird dem Fuhrmann zugestellt, das andere aber in dem
 Controllen-Buch belassen.

15) Ueber den Bezug dieser außerordentlichen Gebüh-
 ren wird der Grenzbeamte eine besondere Rechnung nach
 dem ihm mitzutheilenden Formulare führen, in welcher
 Tag für Tag die eingegangenen Gelder artikelweise, je
 nach der Reihenfolge der Numero's der ausgestellten
 Requite, mit Angabe des Namens des Fuhrmanns, der
 Quantität und der Qualität der Waare und ihres Be-
 stimmungsortes, eingetragen werden soll.

16) Mit Ende jedes Monats wird der Grenzbeamte
 ein Doppel dieser Rechnung, nebst dem Betrag der bezo-
 genen Gebühr in gesetzlichen Geldsorten, dem Ober-Zoll-

19. Zung verwalter einsenden, und für die Richtigkeit derselben
1820. verantwortlich seyn.

17) In denjenigen Grenz-Bureauz, wo, nach §. 5., der Fall eintreten wird, daß die eingeführten Waaren, zu Erhebung der Eintritts-Gebühr, an ein nahe gelegenes Kaufhaus gewiesen werden, wird der Zollbeamte dem Fuhrmann einen sorgfältig numerirten Passavant, nach erhaltendem Formular, ausstellen, welcher an das betreffende Kaufhaus adressirt ist, und die angegebene Gewicht und Qualität der Waare, ihre Bestimmung, den Namen des Fuhrmanns und das Datum des Eintritts enthalten soll.

18) Ueber diese ausgestellten Passavants wird der Grenzbeamte eine genaue, detaillirte Controлле führen und davon, mit Auslauf eines jeden Quartals, dem Ober-Zollverwalter eine Abschrift einsenden.

19) Sowohl über die ausgestellten Acquitte, als über die ertheilten Passavants wird der Grenzbeamte den betreffenden Zoll-Bureauz und Kaufhäusern, an die sie adressirt werden, alle Monate ein genaues Verzeichniß zukommen lassen. Letztere werden dann über den richtigen, so wie über den mangelhaften Eingang der Fuhren und Acquitte, nach diesen Avis-Briefen, dem Ober-Zollverwalter jedesmal ihren schriftlichen Rapport erstatten.

20) Den Grenz-Zollbeamten sollen, in Exekution ihrer Amtspflichten und zu Handhabung der guten Ordnung, die daselbst stationirten Landjäger in alle Wege behülflich seyn und an die Hand gehen.

21) Die Kaufhäuser, an welche von den Grenzbeam- 19. Juny
ten die eingehenden Waaren mittelst Passavants zugesen- 1820.
det werden, sollen diese Waaren sämmtlich abladen, ab-
wägen und verifiziren, die Eintritts-Gebühren, neben den
gewöhnlichen Kaufhaus-Abgaben, beziehen, und solche
nach Anleitung der §§. 15. und 16. hievor, so wie
es für die Grenzbeamten bestimmt ist, verrechnen. Sie
sollen sich auch hinsichtlich dieses Bezugs ganz nach den
hievor enthaltenen Vorschriften für die Grenz-Zollbeam-
ten verhalten.

22) So wie die Fuhrleute, nach Anleitung des §. 9.
hievor, die erhaltenen Acquitte bey den nachwärts passi-
renden Zollstätten vorweisen und abgeben sollen, so sol-
len die daselbst stationirten Beamten möglichst nachsehen,
ob bey der Eintritts-Zollstatt kein Irrthum in der Berech-
nung der Gebühr und keine falsche Angabe oder Unterschleif
der Waaren vor sich gegangen seye. Von dieser nochma-
ligen Untersuchung sind jedoch die Fuhren und Waaren,
welche an eines der Kaufhäuser gerichtet sind, aus-
genommen.

23) Sollte sich bey einer solchen Untersuchung wirk-
lich erzeigen, daß auf der Grenz-Zollstatt zu wenig be-
zogen worden, so wird der nächstfolgende Zollbeamte das
Behörige nachbeziehen, und nach Anleitung der §§. 15.
und 16. hievor verrechnen, so wie auch den Betrag die-
ses Nachbezugs auf dem Acquitte aussetzen.

24) Im Falle auch, daß sich aus dieser nachherigen
Untersuchung eine wirkliche Verschlagung erzeigen sollte,
seye es durch falsche Angabe der Waaren, oder durch
wirkliche Ausweichung der Eintritts-Zollstatt, so wird

19. Juny der auf der folgenden Zollstatt stationirte Beamte, nach
1820. Anleitung des §. 11. hievor, dem Oberamtmann des Orts
und dem Ober-Zollverwalter seine amtliche Anzeige machen.

25) Ist aber die Ladung richtig und mit dem Acquitte übereinstimmend erfunden worden, so wird der Zollbeamte auf dem nächsten Bureau diesen Acquit mit seiner Unterschrift visiren, oder, wenn es die darin vernamsete letzte Zollstatt betrifft, denselben innbehalten. Er wird alle diese eingezogenen Acquitte sorgfältig aufbewahren und quartaliter dem Ober-Zollverwalter zu Controllirung der Rechnungen von den Eintritts-Bureauz einsenden.

26) Unsern Kaufhäusern liegt ganz besonders die Pflicht ob, über alle bey ihnen eingehende Waaren genaue Nachforschung zu halten, ob die Eintritts-Gebühren gehörigen Orts richtig bezahlt worden seyen, als welches sich mittelst Abwägung der einzelnen Artikel einer Ladung unfehlbar erwahren muß. Sie werden auch das allfällig zu wenig Bezahlte nachnehmen, und darüber, nach obstehenden Vorschriften, besondere Rechnung halten und ablegen.

27) Die Kaufhäuser werden auf keinen Fall Waaren aus denselben abgehen lassen, es seye dann, daß sämtliche Gebühren davon richtig bezahlt worden seyen.

28) In der Stadt Bern sind die Thor-Zollbeamten gehalten, alle ankommenden Fuhrleute, welche dergleichen, der Eintritts-Gebühr unterworfenen, Waaren mit sich führen, zu gehöriger Verifikation nach dem Kaufhause zu dirigiren.

29) Obstehende Vorschriften beschlagen nicht nur die 19. Juny
eigentlichen Güter-Fuhrleute, sondern auch alle Schiff- 1820.
leute, Kutscher, Condukteurs von Diligences und Waarenwagen, Krämer, und überhaupt alle und jede Personen ohne Ausnahme, welche Waaren in Unsern Canton einführen, also, daß dieselben alle dieser Verordnung sich unterziehen und den darin enthaltenen Verfügungen nachleben müssen.

30) Von der ausserordentlichen Waaren-Einfuhr-Gebühr ist ausgenommen aller Transit, nämlich alle diejenigen Waaren, welche von einem Orte des Auslandes nach einem andern durch Unsern Canton unabgeladen und ohne aufzuhalten durchgeführt werden.

31) Damit die in den Canton eintretenden Waaren als Transit behandelt und also von der Einfuhr-Gebühr enthoben werden, so soll auf den Fuhrbriefen oder Ladkarten ihre Bestimmung als Transit und der Ort ihrer Hinsendung deutlich angegeben werden; ermangelnden Falls von denselben gleichfalls die Eintritts-Gebühr zu erheben ist.

32) Für diejenigen Waaren, welche sich nach obiger Vorschrift als Transit-Gut werden ausgewiesen haben, wird der Grenzbeamte dem Fuhrmann einen an die betreffende Austritts-Zollstatt adressirten, detaillirten Transit-Schein, nach dem ihm mitzutheilenden Formular, zu stellen.

33) Die Transit-Scheine sollen pünktlich numerirt, mit dem Datum des Eintritts, dem Namen des Fuhrmanns, der Quantität der Waare und mit dem Namen

19. Juni 1820. ihres Bestimmungsorts versehen, und auf die an der Route gelegene Austritts-Zollstatt des Cantons adressirt werden, mit der bestimmten Vorschrift, daß der Transit durch den Canton in längstens zehn Tagen vollzogen seyn solle.

34) Zu möglichster Verhütung von Unterschleif, wird der Beamte des Eintritts-Bureau den Beamten der betreffenden Austritts-Bureau durch erste Post ein genaues detaillirtes Verzeichniß der auf dieselben ausgestellten Transit-Scheine zusenden.

35) Der Fuhrmann wird den erhaltenen Transit-Schein bey den auf seiner Route gelegenen Zollstätten zur Visirung vorweisen, und denselben bey der darin vernamseten Austritt-Zollstatt abgeben.

36) Er wird sich in fernerem, unter strenger Verantwortung, auf der ganzen Route durch Unsern Canton aller Ab- oder Umladung sorgfältig enthalten, damit die Ladung bey der Austritt-Zollstatt ganz gleichförmig mit dem Transit-Schein erfunden werde.

37) Der Beamte bey der Austritt-Zollstatt wird dem Fuhrmann seinen Transit-Schein abfordern, ihn wohl untersuchen und mit der Ladung entgegenhalten; Falls es sich aus dieser Untersuchung erzeigen würde, daß der Fuhrmann unterwegs seine Ladung verändert und einen Theil derselben zurückgelassen habe, von welchem also die Eintritts-Gebühr fraudirt worden, so wird der Beamte darüber nach §. 11. seine Anzeige machen.

38) Der Beamte wird ferner die eingegangenen

Transit-Scheine aufbewahren, und mit den von den Eintritts-Bureau erhaltenen Avis-Briefen entgegen halten. 19. Junij 1820.
Sobald bey dieser Untersuchung einige Unrichtigkeit zum Vorschein kommen sollte, wird der Beamte davon dem Ober-Zollverwalter ungesäumt Mittheilung geben.

39) Wenn einmal die in den Canton eingeführte Waare als Einfuhr-Artikel ist angegeben und davon die Eintritts-Gebühr ist bezahlt worden, so soll diese Gebühr auch dann nicht zurück erstattet werden, wenn schon durch eine nachherige Erklärung die Waare als bloß transitirend angegeben werden sollte.

40) Von dieser Vorschrift wird nur allein für den Großhandel mit Käsen eine Ausnahme gestattet; jedoch unter folgenden beschränkenden Bestimmungen:

- a. Diejenigen Käse-Negotianten, welche in einem Jahre wenigstens 250 Centner außer dem Canton fabrizirte Käse lagern und nachher aus dem Canton versenden, haben sich bey dem betreffenden Oberamte in jedem Jahre für einen Lagerschein zu melden.
- b. Auf Vorweisung dieses Lagerscheins soll ihnen der Ober-Zollverwalter für dasjenige Quantum Käse, dessen Ausfuhr sie durch die Austritt-Zollstatt bescheinigen können, und wovon sie, laut abzuliefernder Empfangscheine der Eintritts-Bureau, im nemlichen Jahre die Consumo-Gebühr entrichtet haben, diese Gebühr, unter Abzug von zehn Procent, also mit neun Bazen vom Centner, zurück erstatten.

41) Zu Erleichterung des Transits durch Unsern Canton, wird auch, in Ausnahme der in den §§. 30. und 33.

19. Juni 1820. enthaltenen Bestimmungen, verstattet, daß die unter diese Classe gehörenden Waaren in Unfern Kaufhäusern abgeladen und daselbst auf einige Zeit deponirt werden dürfen, bis sie nach ihrer eigentlichen Bestimmung abgeholt werden, ohne dafür ein Mehreres als die daherigen tarifmäßigen Kaufhaus-Kosten zu entrichten. Alles aber unter der besondern Verantwortlichkeit der Kaufhaus-Beamten, daß die Waaren in ihrem ursprünglichen Zustande verbleiben.

42) Wenn nach obiger Bestimmung eine Transit-Waare in einem Kaufhause niedergelegt wird, so soll der dasige Beamte den von dem Eintritts-Bureau dafür ertheilten Transit-Schein abfordern, untersuchen und inbehalten, um bey nachheriger Wiederversendung die Waare mit einem neuen Transit-Schein auf das betreffende Austritts-Bureau zu begleiten, woben nach §. 34. zu verfahren ist.

43) Alle Anzeigen von Widerhandlungen gegen die vorstehende Verordnung sollen von den Zollbeamten, von den Landjägern, oder auch von andern Personen schriftlich an Unsere Oberamtleute gerichtet werden, welche darüber erstinstanzlich, nach Anleitung der nachstehenden Strafbestimmungen, sub beneficio recursus an Uns, abzusprechen haben.

44) Wenn jemand auf einer der verbotenen Nebenstrassen, welche nicht bey den eröffneten Grenz-Bureauz vorbeiführen, Waaren in den Canton einzuschwärzen trachtet, so soll er dafür, je nach den Umständen, höchstens mit der Confiskation der Waaren, mindestens aber

mit einer Buße vom zehnfachen Betrag der verschlagenen 19. Juny
Gebühren bestraft werden. 1820.

45) Die nemliche Strafbestimmung wird statt finden, wenn jemand, ohne sich anzumelden, bey Tag oder bey Nacht, bey dem Eintritts-Bureau vorbey gefahren ist, und also von seinen mitführenden Waaren den schuldigen Eintritts-Zoll daselbst nicht berichtiget hat.

46) Falls ein Fuhrmann oder eine andere der Einfuhr-Gebühr unterworfen Person bey einer nachher passirten Zollstatt unterläßt, den erhaltenen Acquit zur Visirung vorzuweisen, oder denselben gehörigen Orts abzugeben, so verfällt er dafür, nach Anleitung der Straf-Ordnung in Zollsachen vom 30sten Jenner 1818, in eine Buße von zwanzig Franken.

47) Die sich ermahrende falsche Angabe der Waaren, sene es auf den Fuhrbriefen selbst oder mündlich, soll gleichfalls nach §. 44. hievor bestraft werden.

48) Wenn eine bey dem Eintritts-Bureau als Transit angegebene Waare nachher in dem Lande verbleibt, und also die Einfuhr-Gebühr umgangen hat, so soll darauf unerläßlich die Confiskation der Waare haften. Falls aber diese nicht mehr zur Hand zu bringen wäre, so soll der Fuhrmann dafür mit einer Buße von mindestens fünfzig bis hundert Franken bestraft werden.

49) Falls die Fuhrleute die erhaltenen Transit-Scheine nicht in der vorgeschriebenen Zeit von zehn Tagen bey der Austritt-Zollstatt werden abgegeben haben, so verfallen sie dadurch in eine Buße von zwanzig bis fünfzig Franken.

19. Juny
1820.

50) Die confiszirten Waaren sollen öffentlich versteigert und von dem Erlös vor allem aus die schuldigen Gebühren der Waaren und die ergangenen Kosten be-
richtet werden; von dem Rest, so wie von allen fallenden Bußen sollen zwei Drittheile dem Verleider und ein Drittheil der Staats-Cassa anheim fallen.

51) Unsere Zoll-Commission ist mit der Vollziehung der gegenwärtigen Verordnung beauftragt; sie wird über die Zollbeamten und anzustellenden Inspektoren durch den Ober-Zollverwalter gehörige Aufsicht halten lassen, und dieselben, je nach Bedürfnis, noch in Näherem instruiren.

Gegeben in Bern, den 19. Juny 1820.

Der Amts-Schultheiß,

F r. v o n M ü l l e n.

Namens des Rathes,

der Rathsschreiber,

Benoit.

Cirkular des Kleinen Rathes

an alle Oberamtleute.

In dem ersten Artikel der Verordnung vom 19. Juny über den Bezug einer Consumo-Gebühr von dem Gewicht aller in den Canton Bern eingeführten Waaren, wird die Gebühr auf zehn Bazen vom Centner bestimmt, und am Ende wird bengefügt: „woben fünfzig Pfund und darüber

„über jeweilen als Ein Centner berechnet werden; das Ge- 26. Juny
 „wicht unter 50 Pfund aber nicht in Anschlag kommen soll.“ 1820.

Diese Stelle bedarf einer Erläuterung, um nicht mißverstanden zu werden. Der Sinn der Verordnung ist nämlich: daß von jedem Pfund Ein Rappen bezahlt werde, und bey einzelnen Ballen, Collis ic. soll die Gebühr auf diesem Fuß erhoben werden; nur bey ganzen Ladungen ist die obige Bestimmung anzuwenden, und der Bruch unter dem Centner auf obige Weise zu berechnen.

Diese Erläuterung wird Euch gedruckt zugesendet, damit sie unver säumt an gewohnten Orten angeschlagen und allen Zollstätten zur Befolgung mitgetheilt werden könne.

Bern, den 26. Juny 1820.

Der Amts - Schultheiß,
 Fr. von Müllen.
 Namens des Raths,
 Der Staatschreiber,
 Gruber.

B e s c h l u ß.

Bezug der Ausgleichungssteuer für die Kriegslasten
 von 1813 und 1814.

(Vergl. oben S. 201.)

Wir Schultheiß und Rath der Stadt 26. Juny
 und Republik Bern, thun kund hiermit: 1820.

Demnach Uns von dem Finanz-Rath der Bericht
 erstattet worden, daß die Abrechnungen zwischen den

26. Juny 1820. Oberämtern und Gemeinden für die in den Jahren 1813 und 1814 beim Durchzug der alliirten Truppen getragenen Einquartierungen und gemachten Lieferungen ausgefertigt sich befinden, und also der Zeitpunkt eingetreten sey, wo die durch den Beschluß UrGhrn. und Obern vom 18. Dec. 1819 erkannte Ausgleichung bewerkstelligt werden kann: als haben Wir in Befolgung des Art. 3. desselben beschlossen und verordnet, was hiernach folget; wie Wir denn

v e r o r d n e n :

1) Der oben angeführte Beschluß soll von nun an den Oberämtern zur Exekution mitgetheilt, von Kanzeln verlesen und an gewohnten Orten angeschlagen werden.

2) Die nach dem Art. 1. desselben zu erhebende Ausgleichungssteuer, oder der nach dem Art. 3. von den Aemtern oder Gemeinden heraus schuldige daherige Saldo soll spätestens bis Martini nächstkünftig an die betreffenden Oberamt-männer abgeliefert seyn.

3) Der Finanz-Rath ist beauftragt, zu diesem Ende an jeden Oberamtman die Rechnungen für seinen Amtsbezirk und die darin begriffenen Gemeinden sogleich zu übermachen, und die dieforts nöthigen weitem Verfügungen zu treffen; so wie auch denjenigen Gemeinden, welche heraus zu fordern haben, inner vier Wochen nach dem oben bestimmten Bezugs-Termin den Betrag ihres Guthabens anzuweisen, und seiner Zeit über das Ganze nach Vorschrift des Art. 4. des angeführten Beschlusses Uns die Rechnung vorzulegen.

Gegeben den 26. Juny 1820.

Der Amts - Schultzeiß,
F r. v o n M ü l l e n.
Namens des Raths,
der Staatschreiber,
G r u b e r.

Frenzügigkeits-Vertrag

mit dem Königreich Sachsen.

Wir Friedrich August, von Gottes Gnaden, 6. July
 König von Sachsen *ic. ic. ic.* urkunden und befehlen 1820.
 hiermit für Uns und Unsere Nachfolger an der Regierung, daß Wir Uns mit der schweizerischen Eidgenossenschaft über eine wechselseitige völlige Frenzügigkeit vereinigt haben, demzufolge

1) Von keinem aus Unsern Landen durch Auswanderung, Erbschaft, Vermächtniß, Schenkung oder auf andere Art in die Schweiz ausgehenden Vermögen irgend ein Abschopf oder Abzugsgeld erhoben werden soll.

2) Diese Frenzügigkeit soll eben sowohl statt finden, wenn Stadt-Räthe oder andere Patrimonial-Obriheiten und Corporationen, als wenn Unsere Cassen den Abschopf oder das Abzugsgeld zu erheben haben würden.

3) Die vorstehenden Bestimmungen sollen sowohl auf alle jetzt anhängige als auf alle künftige Fälle angewendet werden.

4) Diese Frenzügigkeit erstreckt sich jedoch nicht auf eine Befreyung der schweizerischen Angehörigen:

- a. von solchen schon bestehenden oder noch einzuführenden Abgaben, welchen Unsere eigenen Unterthanen

6. July
1820,

von dem in Unsern Landen erlangten erb-
schaftlichen Vermögen ohne Rücksicht auf eine Expor-
tation unterworfen sind;

b. von der Abgabe von Einem von Hundert, die zum
Unterhalt der Orts-Armen von demjenigen erb-
schaftlichen Vermögen zu entrichten ist, welches
aus dem Nachlasse eines hiesigen Einwohners
außerhalb des Reichbildes der Stadt Dresden an
andere inländische oder ausländische Orte ausge-
führt wird, und die gleicher Maaße auch an an-
dern Orten der hiesigen Lande entweder bereits
besteht, oder durch künftige Geseze eingeführt
werden sollte.

Zu dessen Urfund und Befräftigung haben Wir
diese Unsere Erklärung eigenhändig unterschrieben und
unter Unserm königlichen Insiegel ausfertigen lassen.

Schloß Pilniß, am 24. Juny 1820.

Friedrich August.

Graf von Einsiedel.

Wir Schultheiß und Rath der Stadt
und Republik Luzern, als wirklicher eid-
genössischer Vorort, beurfunden hiermit, im Namen, und
nach der uns erklärten Zustimmung der 22 Stände der
Schweiz:

Daß die schweizerische Eidgenossenschaft sich mit Sr.
Majestät dem König von Sachsen über eine wechselseitige
völlige Freyzügigkeit vereinigt habe, welcher zu Folge

1) Von keinem aus der Schweiz durch Auswanderung, Erbschaft, Vermächtniß, Schenkung oder auf andere Art in das Königreich Sachsen ausgehenden Vermögen, irgend ein Abschoß oder Abzugsgeld erhoben werden soll. 6. July 1820.

2) Diese Freizügigkeit soll eben sowohl statt finden, wenn Stadt-Räthe oder andere Orts-Obrigkeiten und Corporationen, als wenn die Staats-Cassen den Abschoß oder das Abzugsgeld zu erheben haben würden.

3) Die vorstehenden Bestimmungen sollen sowohl auf alle jetzt anhängige, als auf alle künftige Fälle angewendet werden.

4) Diese Freizügigkeit erstreckt sich jedoch nicht auf eine Befreyung der Angehörigen des Königreichs Sachsen:

a. von solchen schon bestehenden oder noch einzuführenden Abgaben, welchen die eigenen schweizerischen Angehörigen von dem in der Schweiz erlangten erbchaftlichen Vermögen ohne Rücksicht auf eine Exportation, unterworfen sind;

b. von der Abgabe, die bey Ausführung von Vermögen an andere inländische oder ausländische Orte, hie und da in der Schweiz von dem Nachlaß eines Bürgers zum Unterhalt der Orts-Armen entweder nach schon bestehenden Gesetzen zu entrichten wäre, oder durch künftige Gesetze eingeführt werden sollte, in so fern der Betrag einer solchen Abgabe Eins vom Hundert nicht übersteigen würde.

Zu dessen Urkunde und Befräftigung diese Unsere Erklärung von dem Amts-Schultheiß der Stadt und

6. July 1820. Republik Luzern, Präsidenten der Tagsatzung und des Vororts, so wie von dem eidgenössischen Kanzler unterschrieben, und mit dem eidgenössischen Siegel versehen worden ist, in

Luzern, am 6. July 1820.

Der Amts-Schultheiß der Stadt und Republik Luzern,
als eidgenössischer Vorort,

V i n z e n z R ü t t i m a n n.

Der eidgenössische Kanzler,

M o u s s o n.

Obiger Vertrag ist von dem Großen Rath der Stadt und Republik Bern ratifizirt worden.

Bern, den 10. März 1820.

Zoll-Verordnung

für den Leberberg.

(Vergl. Neue Ges. u. Defr. Th. I. S. 195, 380.)

20. Sept. 1820. **W**ir Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern, haben in Festsetzung eines Zoll-Systems für die Leberbergischen Amtsbezirke, und in Aufhebung der bisher hierüber erlassenen Verordnungen vom 18. Herbstmonat 1816 und 12. Wintermonat 1817 beschlossen und erkennt was hienach folgt, wie Wir denn

v e r o r d n e n :

20. Sept.
1820.

1) Die Zoll-Bureauz sind an hienach bezeichneten Orten festgesetzt. Alle zollpflichtigen Gegenstände sollen einzig bey diesen Zollstätten vorbey ein- oder ausgeführt werden, bey Strafe im Uebertretungsfall.

Oberamt. Haupt-Bureauz. Unterz. Bureauz.

Bruntrut . . .	Bruntrut . . .	{	Boncourt.
			Reclere.
			Berneveisin.
Delsperg . . .	Grellingen.		
Münster . . .		{	Cremin.
Courtelary . . .	Sonceboz . . .		Les Pontins.
id. . .	Eibourg . . .		Renan.
Saignelegier . . .			Goumois.

Unserer Zoll-Commission jedoch überlassend, nach Maaßgabe der Umstände in der Folge noch mehrere derselben zu bestellen, oder in den angezeigten die nöthigen Veränderungen vorzunehmen.

2) Die innere Circulation jedes Gegenstandes selbst für die Getränke, wenn derselbe nicht durch eines der oben bezeichneten Bureauz ausgeführt werden soll, ist des Zolles gänzlich befreyt, ausgenommen die Gebühren für den kleinen Zoll zu Sonceboz.

20. Sept.
1820.

3) T a r i f

für den Zollbezug in den fünf Aemtern des Leberberges.

Die in diesem Tarif enthaltenen Gegenstände sollen, im Fall selbige nicht abgeladen werden, die vorgeschriebene Gebühr immer nur einmal entrichten, nämlich entweder diejenige für den Transit, für die Einfuhr oder für die Ausfuhr.

Gränz-Zoll.

a. Jede Gattung von Waaren, ohne Unterschied von Werth und Qualität, welche die Gränz-Bureau der leberbergischen Aemter betritt, zahlt für den ganzen Weg vom Centner Markgewicht

b. Getreide, Mehl, Hülsenfrüchte aller Art, zahlen vom Centner Markgewicht

c. Eisen, Stahl, gegossenes, verarbeitetes und geschlagenes Eisen, zahlen vom Centner Markgewicht

d. Wein, Obstwein, Bier, Eßig, Branntwein und andere gebrannte Wasser, zahlen vom Centner, die Maass zu 4 Pfund gerechnet

e. Vieh-Waare. { Pferde, Ochsen, Kühe so über 2 Jahre alt, vom Stück
Füllen und Kälber, was unter 2 Jahre alt, vom Stück
Ziegen, Schaafe, magere Schweine, vom Stück
Fette Schweine, vom Stück

Transit	Eintr.	Austr.
Kreuzer.	Kreuzer.	Kreuzer.
8	8	8
5	5	5
8	12	4
4	4	4
8	8	8
4	4	4
1	1	2
4	4	8

f. Diejenigen Artikel, welche hienach bezeichnet sind, 20. Sept.
und nicht als Kaufmanns-Waare betrachtet werden kön- 1820.
nen, zahlen bey ihrem Eintritt oder Austritt, den Zoll
vom vorgespannten Pferd, wie folgt:

Gränz-Zoll.

	Eintr.	Austr.
	Kreuzer.	Kreuzer.
Reiter, von jedem Pferd	4	4
Pferd, Maulesel, oder beladener Esel, vom Stück	4	4
Kutsche, Chaise, oder Char-à-banc, vom vorgespannten Pferd	4	4
Bauholz aller Art, Brennholz, Kohlen, Baumrinde, Läden und Latten, vom vor- gespannten Pferd	6	6
Dauben, Zaunstecken, Nebstecken, Schindeln, vom vorgespannten Pferd	5	5
Asche	5	5
Gabeln und Rechen	4	2
Kalk, Gyps	3	3
Bachsteine, Ziegel	4	4
Töpferwaare, Glaswaare	8	4
Erdenes Geschirr, feines	10	6
Sensen und Sicheln	20	12
Obst, grünes und gedörrtes	5	5
Heu und Stroh	5	5
Meubeln und Hausrath	20	20

vom vorgespannten Pferd

g. Alle oben nicht benamseten Artikel, so nicht per
Centner als Waare zu behandeln sind, werden für Ein-
und Austritt wenigstens zu 4 Kreuzer vom vorgespannten

20. Sept. 1820. Pferd, und höchstens zu 6 Kreuzer nach dem Werth der Ladung angeschlagen und so verzollet. In Betreff des Holzes, welches auf Flößen ausgeführt würde, so soll dafür 4 Bazen von jedem Bern-Kloster erhoben werden.

4) Salz, Erdäpfel, Rüblein, Rüben und andere Gemüßarten sind zollfrei, so wie auch die leer zurückkehrenden Wagen. Ein Wagen wird als leer betrachtet, wenn seine allfällige Ladung weniger als einen Centner beträgt.

5) Die von Solothurn, Basel und andern Gränzbewohnern auf nahe gelegenen Gütern eingeernteten Produkte, und was für ihren Hausgebrauch ein- oder ausgeführt wird, sind zollfrei, in so fern als das Gegenrecht Unsern Angehörigen gestattet wird.

6) Die Zoll-Gebühren werden entweder im Zoll-Bureau des Orts der Abfahrt, oder in Ermangelung desselben bey dem erst betretenden Bureau erhoben, und dafür ein Acquit für die ganze Route ausgestellt.

7) Das Trattengeld von Pferden von 15 oder 7 ½ Bazen, und das Ausfuhrgeld für Vieh, je nach der Gattung der Waare, von 7 ½, 5 oder 2 ½ Bazen; der Impost von dem eintretenden und nicht transitirenden Tabak per Centner 7 ½ Bazen, und das Lizenzgeld bleiben nach den bestehenden Verordnungen, gleich wie im alten Canton, auch in den leberbergischen Aemtern in voller Kraft.

8) Von dem Tratten- und Ausfuhr-Geld sind diejenigen eidgenössischen Käufer frey, welche durch ein

gesetzliches Attestat beweisen können, daß diese aus dem Canton auszuführende Viehwaare wirklich für den innern Gebrauch in der Schweiz bestimmt sey. Welche Attestate für die Stadt Basel von dem dortigen Stadt-Rathe, für die Cantons-Angehörigen von den Gemeinds-Vorgesetzten, durch den Bezirks-Statthalter legalisirt, und für den löblichen Stand Solothurn, nach Anleitung des Vergleichs von Fraubrunnen vom 24. Wintermonat bis 5. Christmonat 1817, §. 13. Litt. a. Nro. 3. ausgestellt, und bey den bernerischen Zoll-Bureauz anerkannt werden sollen.

20. Sept.
1820.

9) Das Zoll-Bureau von Conceboz, Oberamts Courtelary, ist hauptsächlich mit der Verifikation und Controlle der durchpassirenden Waaren beladen, hat aber neben dem noch folgende Zoll-Gebühren zu beziehen:

- a. Von allen den dort hindurch transitirenden, so wie von den von oder nach dem Auslande ein- oder ausgeführten Waaren, wenn sie keinen Acquit von einer vorher passirten leberbergischen Zollstatt vorzuweisen haben, die Zollgebühr nach dem vorstehenden Tarife.
- b. Von allen Ein- oder Ausfuhr-Artikeln, von oder nach dem alten Cantone, wenn davon die Zollgebühr bey einer leberbergischen Zollstatt nicht bereits entrichtet worden ist, für die in den Artikeln a. b. c. und d. des Tarifs benamseten Gegenstände, vom vorgespannten Pferde 4 Kreuzer, und für diejenigen, welche in den Artikeln f. und g. bemeldet sind, vom vorgespannten Pferd 2 Kreuzer, mit Ausnahme jedoch der Reiter, Kutschen,

20. Sept.
1820.

Chaisen, Char-à-bancs, welche vom Zoll befreit sind.

- c. Der innere Verkehr von einer leberbergischen Ortschaft zur andern, so wie der Verkehr mit Viehmaare zwischen dem alten und neuen Canton, sind zu Sonceboz von aller Zollabgabe befreit.

General-Dispositionen.

10) In der Absicht, jeder Zoll-Gefährde möglichst vorzukommen, und die gänzliche Vollstreckung des vorstehenden Zoll-Tarifs zu handhaben, so soll jeder Fuhrmann mit deutlichen Fuhrbriefen oder Ladkarten versehen seyn, welche getreulich das wahre Gewicht der geladenen Waaren ohne Abzug der Thara, ihre Qualität und ihre Bestimmung angeben, damit bey der ersten Zollstatt des Leberberges die richtige Verzollung vor sich gehen könne. Sollte es sich durch die von den Zoll-Beamten vorzunehmende Verifikation erzeigen, daß die Ladung bey der ersten Zollstatt unrichtig angegeben, und ein Theil der Waare entweder gar nicht oder mangelhaft verzollt worden, so wird solches mit einer Buße vom zehnfachen Werth oder Betrag der verschlagenen Gebühren bestraft werden.

11) Nach der Verordnung vom 30. Jänner 1818 soll ein jeder Fuhrmann, auch selbst jede zollpflichtige Person, so bey einer Zollstatt vorbeifährt, von selbst sich bey dem Zoll-Bureau anmelden, um die aufhabenden Waaren zu verzollen, ohne zu erwarten, daß ihn der Zoll-Beamte dafür zur Rede stelle, bey einer Buße von

höchstens sechszig Franken. Eben so, wenn ein Fuhrmann, der bei der ersten Zollstatt die Zoll-Gebühr entrichtet, und folglich dafür einen Acquit erhalten hat, bei einem nachfolgenden Bureau vorbeifährt, so soll er von selbst, ohne zu erwarten, daß ihn der bestellte Beamte anrede und anhalte, bemeldten Acquit-Zedel dem Beamten vorweisen und einhändigen, damit er controllirt werden könne, bei einer Buße von zwanzig Franken.

20. Sept.
1820.

12) Den Führern von Viehwaare ist anmit verboten, die Gränz-Zollstätte zu übertreten, ohne sich mit einem Ausfuhr- oder Exattenzedel versehen zu haben, bei einer Buße vom zehnfachen Betrag der daherigen Abgabe.

13) Unsere Oberamtsleute der Leberbergischen Aemter sind anmit beauftragt, den angestellten Zoll-Beamten, in Ausübung ihrer Pflichten, auf Erfordern die richterliche Handbietung angedeihen zu lassen: den Orts-Vorgesetzten befehlen Wir dann, auch ihrerseits auf die Handhabung Unserer gegenwärtigen Zoll-Verordnung bestens mitzuwirken.

14) An den Orten wo Polizen-Diener oder Landjäger sich befinden, werden dieselben auch ihrerseits den Zoll-Beamten, auf ihr Begehren, behülflich an die Hand gehen, nach Inhalt ihrer habenden Consigne.

15) Von den fallenden Bußen kommt ein Dritttheil in die Zoll-Cassa zu Händen der Regierung und zwei Dritttheile gehören dem Verleider.

16) Wir befehlen übrigens allen angestellten Zoll-Beamten oder den mit dem Bezug der Zoll-Abgaben be-

20. Sept. 1820. **Ladenen Personen, auf die genaueste Erfüllung der gegenwärtigen Verordnung und des darin enthaltenen Zoll-Tarifs, nach aufhabender Pflicht, sorgfältig zu wachen, jede Gefährde oder Widerhandlung dann sogleich dem betreffenden Oberamtmann schriftlich anzuzeigen, damit von dieser Behörde aus, nach Anhörung der Parthenen, in erster Instanz summarisch und mit Refurs vor Uns abgesprochen, und den Parthenen das oberamtliche Urtheil zugestellt werden möge.**

17) Gegenwärtige Verordnung soll mit dem 1. Jenner 1821 in Exekution gesetzt, zu Jedermanns Kenntniß und Verhalt gedruckt, und an den gehörigen Orten angeschlagen werden.

Gegeben in Bern, den 20. Herbstmonat 1820.

Der Amts - Schultheiß,
Fr. von Müllen.

Der Rathsschreiber,
Benoit.

Modifikation einiger Artikel der Verordnung über die außerordentliche Eintritts- Gebühr.

(Vergl. oben S. 275.)

Wir Schultheiß, Klein und Große Rätche 13. Dec.
der Stadt und Republik Bern, thun kund 1820.
hiermit :

Da bei Festsetzung einer, zu allmählicher Tilgung der Staats-Schulden bestimmten außerordentlichen Eintritts-Gebühr, oder Gewicht-Zoll von allen in den Canton Bern eintretenden Kaufmanns-Waaren, Unsere Absicht keineswegs dahin gegangen, daß durch diese Abgabe die innere Industrie allzusehr erschwert werden sollte;

Da wir Uns ferner überzeugt haben, daß dieses einigermassen der Fall wäre, wenn die, über diese Abgabe erlassene Verordnung vom 19. Juny 1820 hinsichtlich derjenigen rohen Stoffe, aus welchen die Floreth-Seide verfertigt wird, und auch alle Färbe-Stoffe im strengsten Sinne vollzogen würde.

Als haben Wir Uns bewogen gefunden, vorbemeldte Verordnung, in so weit dieselbe nachstehende Artikel betrifft, zu mildern.

13. Dec.
1820.

Wir verordnen demnach:

1) Die außerordentliche Eintritts-Gebühr für Morresques, Strussi, Galetani, woraus die Floretb-Seidenwaare verfertigt wird, ist von 10 Bazen per Centner, auf 5 Bazen herabgesetzt.

2) Gelb- oder Farbkraut ist gänzlich von dieser Gebühr befreit.

3) Die Farbhölzer, welche verführt werden, ohne gepackt zu seyn, sind von der Consumo-Gebühr befreit.

4) Alle übrigen Färb-Stoffe bleiben der Consumo-Gebühr von 10 Bazen vom Centner, nach der Verordnung vom 19. Juny 1820, unterworfen.

5) Die hiervor enthaltene Bestimmungen sind vom 1. Januar 1821 anwendbar.

6) Die Vollziehung dieser Verordnung ist Unserm Finanz-Rath aufgetragen, und soll dieselbe gewohnter Massen bekannt gemacht, und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in Unserer Großen Rathversammlung,
den 13. December 1820.

Der Amts-Schultheiß,
Fr. von Müllinen.

Der Staatschreiber,
Gruber.

V e r o r d n u n g.

Erhöhung des Gehalts der Gerichtsstatthalter.

Wir Schultheiß, Klein und Große Räte der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit:

16. Dec.
1820.

Demnach Wir in Betrachtung gezogen, daß der Gehalt der Gerichtsstatthalter des alten Cantons, so wie derselbe durch das Dekret vom 30. December 1805 bestimmt worden, weder mit den beschwerlichen Dienstpflichten dieser Beamten überhaupt, noch mit der Verschiedenheit des Umfangs und der Bevölkerung der Kirchgemeinden, denen sie vorstehen, in einem richtigen Verhältnis steht; so haben Wir, in der Absicht dieses Verhältnis zu berichtigen, und den Gerichtsstatthaltern durch einige Verbesserung ihrer Stellen zugleich einen Beweis Unserer Zufriedenheit mit ihrer Pflichterfüllung und eine neue Aufmunterung für die Zukunft zu erteilen, nach angehörtem Vortrag Unserer Geheimen und Finanz-Räte, erkennt und

v e r o r d n e t:

1) Vom 1. Jenner 1821 hinweg, ist der Gehalt der Gerichtsstatthalter festgesetzt wie folgt:

Für die Gerichtsstatthalter, deren Kirchspiele eine Bevölkerung von 1000 Seelen und weniger enthalten, auf jährlich Frk. 100

16. Dec. 1820.	Für diejenigen, deren Kirchspiele von 1000 bis 2000 Seelen zählen, auf	Frk. 125
	Für die Kirchspiele von 2000 bis 3000 Seelen, auf	— 150
	Und von Kirchspielen über 3000 Seelen, auf	— 200

2) Unser Finanz - Rath wird den Gehalt der Gerichtstatthalter vierteljährlich durch die Oberamt männer in Geld ausrichten lassen, und es wird auf demselben kein Mehrwerth in Getreide berechnet.

3) Obige Verfügungen beziehen sich nicht auf die Gerichtstatthalter in den Leberbergischen Aemtern, und in den mit den Amtsbezirken Nidau, Erlach und Büren vereinigten neuen Landestheilen; — massen Wir es in Betreff derselben bey der jetzt bestehenden vortheilhaften Einrichtung bewenden lassen.

4) Zur Vollziehung der in gegenwärtigem Dekret enthaltenen Bestimmungen wird dem Finanz - Rath eine Summe von achttausend einhundert und drenßig Franken angewiesen und auf das Budjet der Ausgaben für das Jahr 1821 getragen.

5) Gegenwärtiges Dekret soll gedruckt, den Oberamt männern des alten Cantons zu Handen der Gerichtstatthalter mitgetheilt, und in die neue Sammlung der Gesetze und Dekrete eingerückt werden.

Gegeben in Unserer Großen Rathversammlung in Bern, den 16. December 1820.

Der Amts - Schultheiß,
F r. v o n M ü l l e n.

Der Staatschreiber,
G r u b e r.

Kreis Schreiben des Kleinen Raths, an alle Oberamtleute.

Anschaffung von Feuer-Eimern.

(Vergl. oben S. 158.)

Wiederholte Einfragen, wie der §. 58. der Feuer-
Ordnung wegen Anschaffung von Feuer-Eimern zu ver-
stehen sey, veranlassen Uns, Euch und allen Unsern
Oberamtleuten nachstehende Weisung zu ertheilen: 8. Jan.
1821.

Es ist nämlich die in dem §. 58. der Feuer-Ordnung enthaltene Vorschrift so zu verstehen, daß nur diejenigen der Anschaffung von Feuer-Eimern unterworfen seyn können, welche in eigenem Haushalt, es sey als Eigenthümer eines Hauses — oder in eigener Miete wohnen, und mithin nicht in die Classe der Diensthoren gehören.

Diese Weisung, welche als Erläuterung eines Artikels der Feuer-Ordnung, der Sammlung der Gesetze und Dekrete einverleibt werden soll, werdet Ihr bei Exekution des mehr erwähnten Artikels der Feuer-Ordnung befolgen.

Den 8. Jenner 1821.

Der Amts-Schultheiß,
N. v o n W a t t e n w y l.
Der Staatschreiber,
G r u b e r.

Kreisschreiben des Justiz- und Polizen-Raths an alle Oberämter,

Bettelbriefe und Armuthszengnisse.

(Vergl. Ges. u. Dekr. Th. I. S. 156.)

9. Febr. 1821. Da es sich bey verschiedenen Anlässen gezeigt hat, daß zuwider der Verordnung vom 29. August 1803 (Gesetze und Dekrete Bd. I. S. 156.), von einigen Hrn. Oberamtleuten Bettelbriefe ertheilt oder wenigstens besiegelt worden sind; so findet der Justiz- und Polizen-Rath für gut, Euer Tit. sowohl, als sämmtlichen übrigen Oberamtleuten jene Verordnung andurch in Erinnerung zurückzurufen, mit dem freundlichen Ansinnen, genau auf deren Vollziehung zu wachen.

Zugleich werden Sie Tit. ersucht, zu Verhütung von Mißbräuchen, welche häufig mit allgemeinen Armuthszengnissen getrieben werden, die Hrn. Pfarrer und Behörden Ihres Amtsbezirks, welche im Fall sind, Armuthsscheine zu ertheilen, anzuweisen, in diesen jeweiligen anzumerken, zu welchem Zweck sie ausgestellt werden.

Bern, den 9. Februar 1821.

Der Präsident des Justiz- und Polizen-Raths,
I s c h a r n e r.

Der zweite Justiz-Rathschreiber,
F. S t e t t l e r.

Kreisschreiben des Kleinen Raths an alle Oberämter.

Beschränkung des Verkaufs gebrannter Wasser.

(Vergl. Ges. u. Dekr. Th. V. S. 243. N. Ges. u. Dekr. Th. I.
S. 182.)

Die Unordnungen, welche durch den Kleinverkauf der gebrannten Wasser häufig veranlaßt werden, haben Uns bewogen, den §. 13. der Ohmgeld-Ordnung vom 24. May 1815 dahin zu erläutern: daß bey der in dem genannten Artikel bestimmten Strafe allen mit Schatzungs-scheinen versehenen Wasserbreunern untersagt seyn soll, nach 8 Uhr Abends gebrannte Wasser flaschenweise über die Gasse zu verkaufen, oder dergleichen Getränke im Kleinen bey Hause auszuschenken.

2. März
1821.

Diese Unsere Vorschrift, welche als ein Nachtrag zu der Eingangs angezogenen Ohmgeld-Berordnung der Sammlung der Gesetze und Dekrete einverleibt werden soll, werdet Ihr auf angemessene Weise in Euerm Amte bekannt machen, auf deren genaue Befolgung achten, und die Fehlbaren zur Verantwortung und Strafe ziehen.

Bern, den 2. März 1821.

Der Amts-Schultheiß,

N. von Wattenwyl.

Der Staatschreiber,

Gruber.

V e r o r d n u n g

über die Promulgation des Gesetzbuches über das
gerichtliche Verfahren in Civil-Rechtssachen.

26. März.
1821.

Wir Schultheiß, Klein und Große Rätthe
der Stadt und Republik Bern, thun kund
hiermit:

Demnach Wir, Unseres hohen Berufes eingedenk,
für das Beste Unserer Angehörigen zu sorgen, gut gefun-
den, nach dem Beispiele Unserer in Gott ruhenden Re-
giments-Vorfahren, die hiesigen Civil-Gesetze zu revidi-
ren und dem Zeitbedürfnisse gemäß einzurichten, und
hierin mit dem Gesetze über das Verfahren in
bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten den Anfang zu
machen, damit vor allen Dingen ein gleichmäßiger,
kürzerer und weniger kostspieliger Rechtsgang in Unserm
Landе eingeführt werde; als haben Wir den Uns von
Unserer Civil-Gesetzgebungs-Commission hierüber vorge-
legten Gesetzes-Entwurf durch eine eigene aus Unserm
Mittel ernannte Standes-Commission prüfen lassen, und
über den durch die vereinigten Commissionen revidirten
Entwurf auch die Wünsche Unserer Beamten und Ange-
hörigen vernommen; worauf Wir denselben selbst in
Berathung gezogen, und Uns nach einer langen und
gründlichen Discussion überzeugt, daß dieser Entwurf
dermal so eingerichtet sey, daß Wir Unsere landesväter-

liche Absicht zu erreichen hoffen können, wenn Wir demselben die Gesetzeskraft ertheilen; weshwegen Wir verordnet haben und

26. März
1821.

v e r o r d n e n :

1) Das Gesetzbuch über das gerichtliche Verfahren in Civil-Rechtsachen, bestehend aus einem allgemeinen Theil, welcher vier, und einem besondern Theil, welcher neun Titel enthält, die alle zusammen in 345 Satzungen abgetheilt sind, soll in Unserm Lande sogleich öffentlich bekannt gemacht, und demselben, vom 1. April 1823 hinweg, volle Gesetzeskraft beigelegt werden.

2) Von diesem Zeitpunkte hinweg sollen, in den alten Oberämtern, der dritte Theil Unserer Gerichtsanzung vom Jahre 1761, und in den leiberbergischen die 516 ersten Artikel des Code de procédure civile (bis première Partie, Livre V.) mit alleiniger Ausnahme des Tit. IV. Liv. II. de la communication au ministère public, und des Tit. XXV. Liv. II. Procédure devant les Tribunaux de Commerce, als welche auch nachher ihre Anwendung finden sollen, so wie alle übrigen bis dahin geltenden, aber mit diesem Gesetzbuche über das gerichtliche Verfahren in bürgerlichen Rechtsachen im Widerspruche stehenden Gesetze und Statuten aufgehoben seyn, welche Wir demnach von dem 1. April 1823 ausser Wirksamkeit setzen: die Fälle ausgenommen, die Wir in einer heute von Uns ausgegangenen Verordnung ausdrücklich vorbehalten haben.

3) Der deutsche Text dieses Gesetzbuches soll als der Urtext angesehen, und allen Urtheilen Unserer Gerichte zum Grund gelegt werden.

26. März
1821.

4) Dieses Gesetz soll gedruckt, der Sammlung der Gesetze und Beschlüsse einverleibt und auf gewöhnliche Weise bekannt gemacht werden.

Gegeben in Unserer Großen Rathsversammlung,
den 26. März 1821.

Namens des Großen Rathes,
der Amts-Schultheiß,
N. v o n W a t t e n w y l.
Der Staatschreiber,
G r u b e r.

V e r o r d n u n g

über die Einführung des Gesetzbuches über das gerichtliche Verfahren in Civil-Rechtsachen.

26. März
1821.

Wir Schultheiß, Klein und Große Rätthe der Stadt und Republik Bern, thun kund hiermit:

Daß Wir auf den Vortrag Unserer Civil-Gesetzgebungs-Commission, in Hinsicht auf die von Uns anbefohlene Einführung des Gesetzbuches über das gerichtliche Verfahren in Civil-Rechtsachen, zu erklären und zu verordnen gut gefunden und

erklären und verordnen:

26. März
1821.

1) Diejenigen Civil-Prozesse, welche vor dem Eintritt des Zeitpunktes, wo jenes Gesetzbuch sowohl in Unsern alten als in Unsern leiberbergischen Oberämtern Gesetzeskraft erlangt, auf die in Satzung 78. desselben bestimmte Weise wirklich angehoben worden, können (mit Ausnahme der später aufgeworfenen Zwischenfragen, welche unter das neue Gesetz fallen) nach der Vorschrift der bisherigen Gesetze zu Ende gebracht werden; dessen ungeachtet sollen die Satzungen 114. — 118. (in Betreff der Ferien), und die Satzungen 307. — 345. (in Betreff der Rechtsmittel, der Beschwerde gegen den Richter, und der Vollziehung des Urtheils) des neuen Gesetzes dabei ihre Anwendung finden.

2) Die in den Satzungen 115. und 116. enthaltenen Bestimmungen über die Gerichts-Ferien beziehen sich noch einstweilen bloß auf die Verhandlung von Civil-Prozessen, und sollen an den bisherigen, einem jeden Orte eigenen Statuten und Uebungen in Betreff der offenen und beschlossenen Zeit für Schuldbetreibungen, die weder durch die Rechtsdarschlagung noch die Rechnungsberufung in einen eigentlichen Civil-Prozeß erwachsen sind, nichts abändern.

3) In den leiberbergischen Oberämtern bleiben in Hinsicht auf Handlungsfreitigkeiten, alle sich auf diese beziehenden wirklich bestehenden Gesetze in Kraft.

4) Schlag- und Schelthändel, welche bey dem Civil-Richter anhängig gemacht werden, sollen an denjenigen Orten, wo dieselben dermal nach Unserer Ge-

26. März 1821. richtsfassung geführt werden, mit Benbehaltung der in dem IVten Theil dieses Gesetzbuches stehenden besondern Vorschriften, von der Einführung des neuen Gesetzes hinweg, von dem Richter von Amts wegen in das summarische Verfahren gewiesen, und Prozesse, die von Schimpf-, Stichel- und Verachtungsreden herrühren, von Unsern Oberamtleuten nach Vorschrift der Satzung 297. des neuen Gesetzbuches beseitigt werden.

5) Dieses Gesetz soll gedruckt, der Sammlung der Gesetze und Beschlüsse einverleibt und auf gewohnte Weise bekannt gemacht werden.

Gegeben in Unserer Großen Rathsversammlung,
den 26. März 1821.

Namens des Großen Raths,
der Amts - Schultheiß,
N. v o n W a t t e n w y l.
Der Staatschreiber,
G r u b e r.